



ÄRTER DER GARTENARCHITEKTEN
 GEBRÜDER OLMSTED IN BOSTON. *
 BESITZ WALDHEIM
 DES HERRN JAMES
 SPEYER IN SCARBOROUGH, N. J. *
 DER FORMGARTEN
 VOM BLUMENGARTEN
 AUS GESEHEN.
 === DEUTSCHE ===
 BAUZEITUNG
 XLV. JAHRGANG 1911
 ***** NO. 44. *****

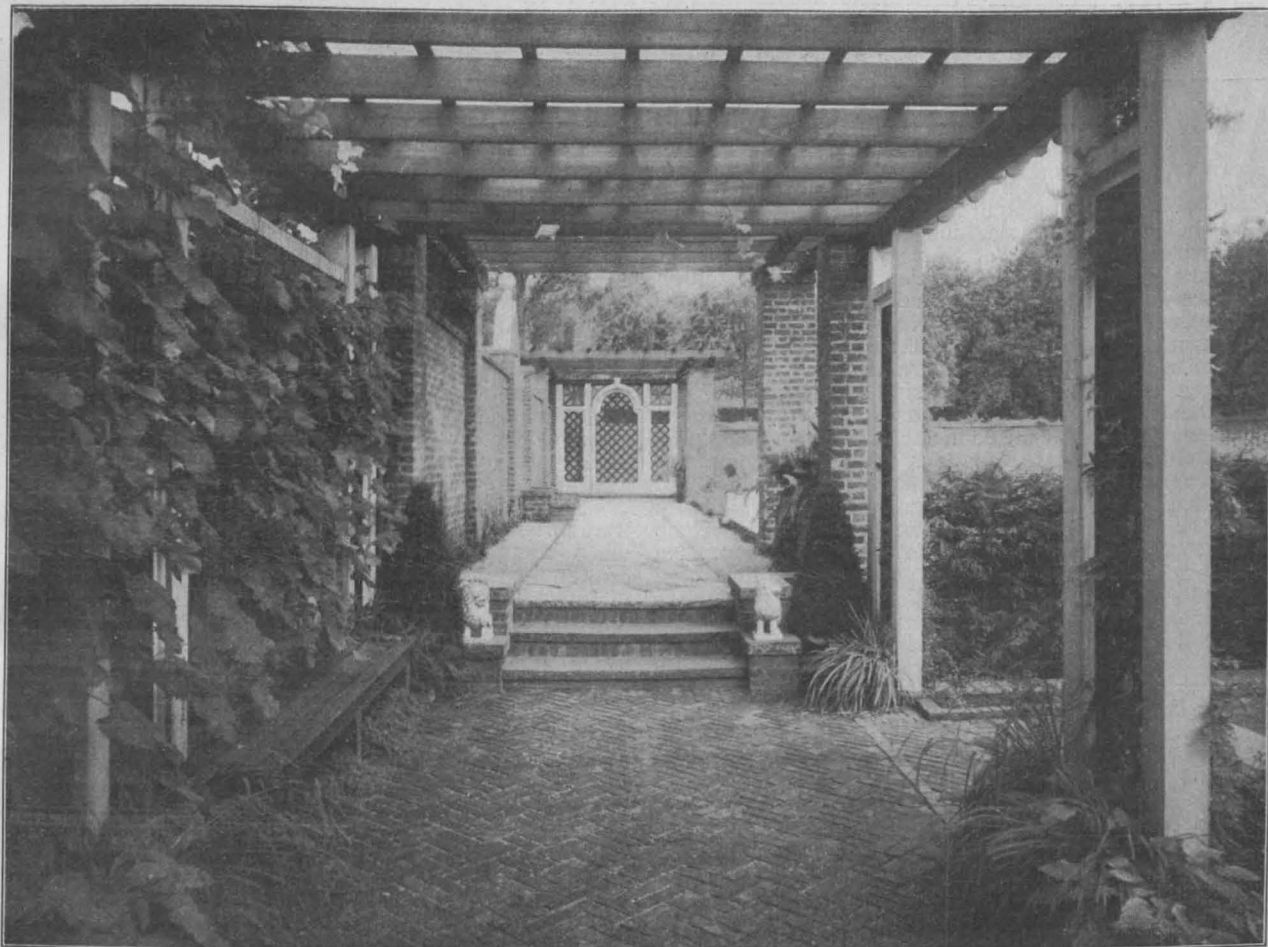


Abbildung 21. Besitz von James Speyer. Pergola an der Westseite des „Bowlinggreen“.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 44. BERLIN, DEN 3. JUNI 1911.

Gärten der Gartenarchitekten Gebrüder Olmsted in Boston.

Von Architekt Dr.-Ing. Hugo Koch in Hamburg. (Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 372 und 373.



In dieser Anlage des ganzen Besitzes zeigen die Künstler den Weg, welchen die Gartenkunst sich immer mehr zu eigen machen sollte: raumkünstlerisch zu gestalten, die vorhandene Geländebewegung eingehend zu studieren und charakteristisch zu steuern suchen, wie es schon die Zeit des Barock und Rokoko

so meisterhaft verstand, besonders bei den kleineren Besitzungen. Ihr Studium kann somit für unser modernes Schaffen von hohem Werte sein. Das haben die Gartenarchitekten Olmsted wohl erkannt. Die klassischen Beispiele Europas haben sie eingehend studiert und in ihren Schöpfungen im modernen, dem Empfinden des Volkes entsprechenden Geist verwertet.

Das Letztere scheint mir besonders wichtig. Das Ziel unserer heutigen Gartenkunst kann nicht dasselbe formalistisch-repräsentative sein, das ihr zur Zeit der Herrschaft des absoluten Königtums und der Aristokratie mit Recht eigentümlich war. Die Zeiten und mit ihnen die Menschen haben sich geändert.

Am deutlichsten hat sich das bei der modernen Architekturbewegung gezeigt. Es ist darum sehr wichtig, den Verlauf der analogen Bewegung recht gründlich ins Auge zu fassen, um zu verhüten, daß die Freiheit im Gestalten, der Grundzug der modernen Kunst, auf Abwege führt. So freudig auch das Streben, von der sogenannten landschaftlichen Gartenkunst los zu kommen, zu begrüßen ist, weil damit das Stre-

ben nach Persönlichkeit, nach Selbständigkeit erwacht ist, so gilt es doch vor allem, neue innere Triebkräfte zu entwickeln. Den Charakter der Zeit, die bürgerliche Schlichtheit gegenüber der Etikette des 17. und 18. Jahrhunderts zum Ausdruck zu bringen, aber nicht wie in der vergangenen Zeit durch geistloses Arbeiten im „landschaftlichen Stil“ oder in den äußeren Formen des Barock, sondern im Sinne des Barock: die Zweckforderungen, die gesellschaftlichen Lebensbedürfnisse künstlerisch zu lösen versuchen.

Die Gärten der Gebrüder Olmsted zeigen nach dieser Richtung viel Beachtenswertes. Der Entwicklung des Naturgefühles im letzten Jahrhundert tragen sie Rechnung. Das neu erwachte Bedürfnis des Menschen nach sportlicher Betätigung fördern sie durch Anlage von Spiel- und Sportplätzen, und schließlich scheinen mir ihre abgeschiedenen formalen Gärten dem idealistischen Streben der Zeit die Sehnsucht nach Verinnerlichung, nach höheren seelischen Werten gut zum Ausdruck zu bringen.

Die künstlerische Einheit in der Gestaltung werden wir zum Teil noch vermissen, die Einzelformen werden nicht immer unseren Beifall finden — denn das tektonische Gefühl des Deutschen ist stärker entwickelt, begründet durch die künstlerische Schulung der Vergangenheit. Selbst bei dem kunstsinnigen Amerikaner übertönt der Drang zur wilden Natur leisere Kultursaiten. Das erleichtert ihm zum anderen den Weg, welcher in den Worten Hamlets liegt: „More matter, with less art“ und welche eine Richtlinie für unsere moderne tektonische Kunst sind. —

Neuere Klappbrücken mit beweglichen Drehachsen in Amerika.

Von Reg.-Baumeister Karl Bernhard in Berlin.

(Schluß aus No. 41.) Hierzu die Abbildungen Seite 371.



as nun die Klappbrücken mit festen und beweglichen Drehachsen betrifft, so kann nach den vom Verfasser beobachteten Stimmungen der maßgebenden Ingenieure in Amerika, namentlich am Michigan-See, festgestellt werden, daß die Neigung zur Wiederholung derartiger dort ausgeführter Brückenbauten erheblich im Schwinden begriffen zu sein scheint.

Zumeist sind sie gegenüber den bisher dargestellten Bauarten aus der Absicht entstanden, die Windfläche der geöffneten Klappen zu verringern, die Schwierigkeiten der Verankerungen des Sackbalkens zu umgehen und die großen Gegengewichte zu vermeiden.

Nach dieser Richtung hin sind in Milwaukee, der deutschen Stadt am Michigansee, unter dem Stadt-Ingenieur Benzenberg die in nachstehenden Beispielen dargestellten Brücken Ende des vorigen Jahrhunderts entstanden. Die eine führt über den Messominee-Kanal in Milwaukee mit einer Durchfahrt von 20,79 m Weite im Zuge eines Straßen-Viaduktes von 18,29 m Breite, welche in der 16. Straße ziemlich außerhalb der Stadt liegt. Die Brücke machte in ihren Bewegungen, ebenso die nachstehende, bei ihrer eingehenden Besichtigung im Januar 1910 einen durchaus zuverlässigen Eindruck.

Zwei Hauptträger stützen sich im geschlossenen wie im geöffneten Zustand auf eine Rolle R (s. Abbildung 12) und eine Schwingstrebe S derart, daß sie bei der zweiflügeligen Anlage nach der Mittelluge zu über die Schwingstrebe, welche sich gegen einen festen Punkt an der Vorderkante der Pfeiler stützt, vorkragen, wodurch die Hauptträger verhältnismäßig leicht ausgebildet werden konnten. Während nun beim Aufklappen sich die Schwingstrebe um den Stützpunkt nach oben dreht, sinkt der hintere Stützpunkt mit einer Rolle an einer Gleitbahn T entlang tief nach unten, somit einen großen Teil der Klappe unter dem Windschutz der Seitenöffnungen dem vollen Windangriff entziehend. Die Gleitbahn ist derartig gekrümmt, daß 1. der Schwerpunkt der ganzen beweglichen Klappe sich nur wagrecht verschieben kann, während sich die Stützschwinde um das feste Stützgelenk dreht, und daß 2. der Stützpunkt der Rolle stets rechtwinkelig zum Kurvenelement der Gleitbahn steht. Aus diesen geometrischen Bedingungen läßt sich mit Hilfe der durch das Kräfte-dreieck zu dem gegebenen Gewicht der Klappe sich ergebenden Richtungen der beiden Stützdrucke für jede beliebige Lage der Stützschwinde Lage und Richtung des Kurvenelementes der Gleitbahn bestimmen. Die Gleitbahn ist in fester Verbindung mit dem Pfeileraufbau und dem Ueberbau der Seitenöffnung, in dem mittels einer wagrechten Zahnstange, am Schwerpunkt angreifend, durch elektrische Getriebe die Klappenbewegung erzeugt wird. Das Gewicht des beweglichen Teiles beträgt nur 60 t, die Zeit zum Öffnen bei 11 PS. Kraftbedarf nur 15 Sekunden.

Die andere Brücke führt über dieselbe Wasserstraße, die wesentlich niedriger liegende Huronstraße in Milwaukee mit 16,95 m Breite. (Eng. News 1897 v. 22. Aug.) Die Wasserstraße hat eine Breite von 67 m, die Schiffsdurchfahrt 28 m. Die beiden Hauptträger sind gleichfalls leichte Kragträger, die sich auf Stützschwinde und Rolle stützen. Jedoch ist hier die Rolle R (s. Abbildung 13) fest auf dem eisernen Pfeileraufbau und die Stützfläche findet sich in den Trägern eingebaut. Die Stützfläche ist als Gleitbahn derartig gekrümmt, daß wiederum der Schwerpunkt sich wagrecht bewegt und die Schwerlinie, Mittellinie der Schwinde und der jeweilige Krümmungshalbmesser sich in einem Punkt schneiden. Im letzten Teil der Bewegung hebt sich die Gleitbahn etwas von der Rolle ab, sodaß die Klappe von der Stützstrebe und der Zahnstange gehalten wird, welche in gleicher Weise wie bei der anderen Brücke zur Bewegung dient. Das Klappengewicht beträgt 115 t, da hier 45,3 t Gegengewicht notwendig waren.

Merkwürdigerweise hat der jetzige Stadtbaurat von Milwaukee bei den neueren Klappbrücken die Bauart der beweglichen Achsen ganz verlassen und ist zu den mit fe-

sten Drehachsen zurückgekehrt. Er baut die Sackkammern jedoch nicht etwa in das Uferland ein, sondern unbekümmert um das Durchflußprofil in den freien Strom, sodaß die neueren Klappbrücken nur eine Durchfahrt haben und statt der Seitenöffnungen vielfach geschlossene Mauern, die auch für die Schifffahrt der Eisbildung wegen nachteilig sind.

In Abbildungen 14 und 15 ist eine Klappbrücke dieser Art in Milwaukee dargestellt. Wie aus Abbildung 15 zu erkennen ist, greift das elektrisch angetriebene Zahnrad in einen auf der festen Drehachse sitzenden Zahnquadranten unter den beiden Hauptträgern unmittelbar ein. Die Fahrbahn liegt so hoch, daß der Sackbalken mit seinem Gegengewicht noch über dem Bollwerk sich bewegen kann (siehe Abbildung 14). Diese Brücke wurde Verfasser kurz vor der Vollendung im Bau vorgeführt. Gegen die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Anordnung sind keine Einwände zu erheben.

Schließlich sei hier noch auf die von Page 1902 erbaute Klappbrücke über den Chicago-Fluß in Chicago im Zuge der Ashland Avenue hingewiesen, welche mit einer 15,8 m breiten Straße eine 42,67 m breite Durchfahrt durch zweiflügelige Anordnung frei macht. Die Obergurte der Klappen-Hauptträger ragen nicht über die Geländerhandläufe hervor (s. Abbildung 16) und bilden im geschlossenen Zustand Dreigelenk-Fachwerkbogen, im geöffneten Zustand Kragträger. Sie werden um das untere Gelenk gedreht, aber statt des Gegengewichtes am Hinterarm werden sie durch die Stützung des gleichfalls beweglichen Ueberbaues der Seitenöffnung derart belastet, daß während der Bewegung stets Gleichgewicht vorhanden ist. Hier tritt also die Eigenart der Erfindung, die Drehung des seitlichen Ueberbaues um ein Gelenk am Endpfeiler hinzu, während das andere Ende mittels einer Rolle auf einer Stützfläche im hinteren Ende der Klappe ruht und beim Drehen der Klappe auf der gekrümmten Stützfläche abrollt. Die Krümmung der Fläche unterliegt wieder der Grundbedingung, daß die ganzen in Bewegung befindlichen Massen in der Höhenlage ihres Schwerpunktes sich nicht ändern. Zwischen den Drehpunkten der Mittelklappe und der Seitenöffnung sind feste Verbindungen AE zur Sicherung ihrer gegenseitigen Lage und zur Uebertragung des Bogenschubes im geschlossenen Zustand vorhanden; letzteres, damit der Strompfeiler mit Rücksicht auf großen Durchfluß-Querschnitt möglichst schwach gehalten werden konnte. Die Schließung des Scheitelgelenkes und der Schranken, sowie die Signalstellung erfolgen durch Druckluft. Die Antriebsvorrichtung befindet sich unter der Brücke. Hat der Gedanke, die Seitenöffnungen anstelle des Gegengewichtes mit zur Gleichgewichts-Erzielung heranzuholen, etwas Bestechendes, so muß die dadurch herbeigeführte Vermehrung der beweglichen Teile als durchaus unerwünscht angesehen werden. Verfasser fand diese Brücke denn auch außer Betrieb und in Reparatur vor, was ja aber rein zufällig gewesen sein mag.

Grundsätzlich möge aber aus den Vorführungen der letzten Bauarten gefolgert werden, daß lasten tragende gekrümmte Flächen entschieden nachteilig sind, einmal der erhöhten Kosten wegen, dann auch der Schwierigkeiten halber, diese baulich den Gleichgewichtsbedingungen entsprechend, namentlich wenn es sich noch gar um große nicht einmal aus Kreisen bestehende Krümmungen handelt, herzustellen und last not least dauernd zu halten. Alle Abweichungen der verschiedenen krummen Bahnen führen zu erheblichen Steigerungen des Kraftbedarfes und zu Gefahren in der Standsicherheit wegen der Bewegung, und diese Erwägungen führen zum Schluß, daß diese Art Brücken aus praktischen Gründen nicht entwicklungsfähig ist, während die Scherzer- und namentlich die Rall-Bauarten auf besseren Grundlagen sich entwickeln können. —

Das National-Denkmal für Viktor Emanuel in Rom im Lichte italienischer Denkweise.

Von Max Roeder in Rom.



eit langer Zeit ist das fast immer abfällige Urteil über die von 1885—1900 errichteten römischen Bauten, die Tiber-Regulierung, die Banca d'Italia, die Piazza delle Terme usw., die vor Jahren den Hauptgesprächsstoff bildeten, verstummt. Auch der Kampf gegen den Justizpalast, der seit dem 10. Januar 1911 eingeweiht ist, ist beträchtlich flauer geworden. Zwar immer

noch spielen „die übertriebene Größe“, „das viele Geld“ eine große Rolle, aber die Kritik wird nach einiger Gewöhnung ebenso verstummen, wie die früheren Urteile. Nun, wo das National-Denkmal für Viktor Emanuel anfängt, der Vollendung entgegen zu gehen, tritt dieses in den Brennpunkt der bittersten Kritik. Wenn es künstlerisch weniger anstößt, als die übrigen Bauten, so sind doch der Platz, die Größe, die Anmaßung, die Verschwen-

ding Gegenstand zahlreicher Erörterungen. Ich rede nur von den Deutschen, denn bei den Italienern sind diese Ansichten so vereinzelt, daß sie nicht in Frage kommen. Alle diese Erörterungen, die für das moderne Rom

dem, was für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke, 7 B. für die Schule, geschah. Bei einem jährlichen Staatshaushalt von 2 Milliarden Lire spielen eine bis zwei Millionen jährlich, die das National-Denkmal kostet, eine ebenso geringe

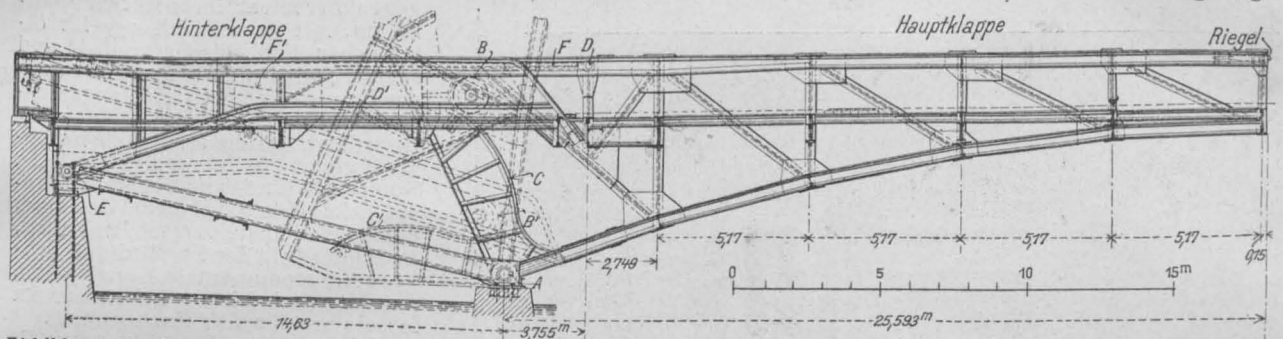


Abbildung 16. Brücke über den Chicago-Fluß in Chicago im Zuge der Ashland-Avenue. (A = Drehpunkt der Hauptklappe; E = desgl. der Hinterklappe; B = Rolle der Hinterklappe zur Führung auf der Laufbahn C; D = Angriffspunkt des Antriebsgestänges F.)

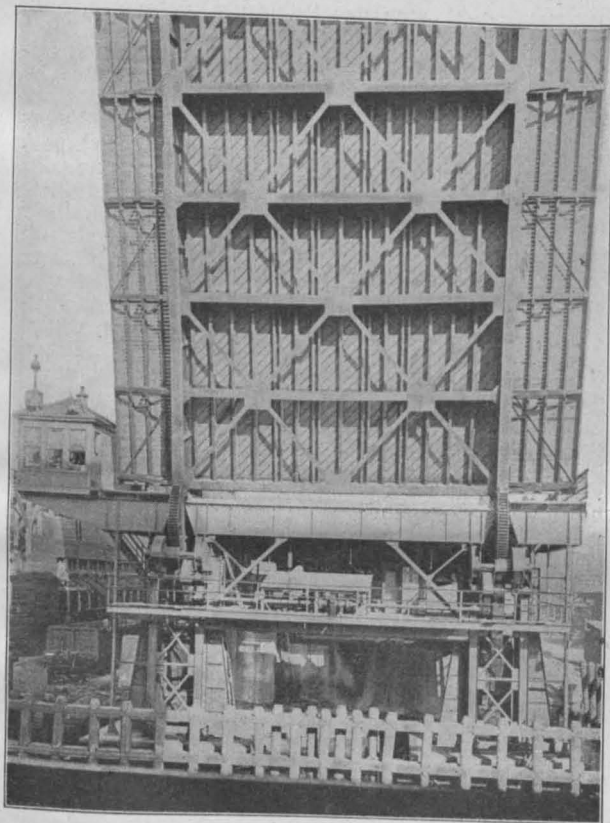


Abbildung 15. Antrieb-Mechanismus zu Abbildung 14.

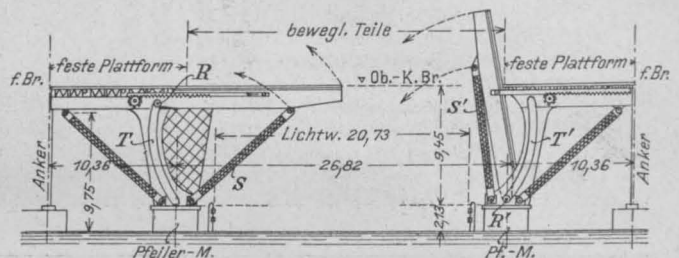


Abbildung 12. Klappbrücke über den Messominee-Kanal in Milwaukee.

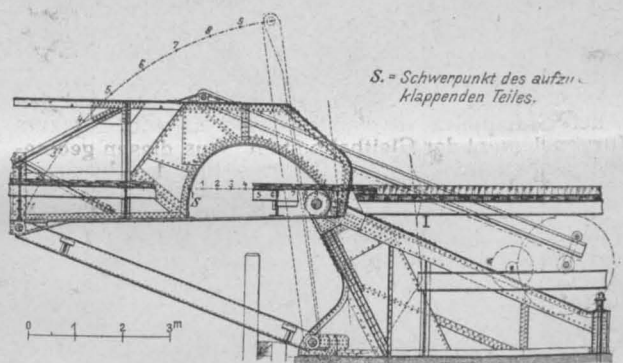


Abbildung 13. Klappbrücke im Zuge der Huron-Straße in Milwaukee.

Neuere Klappbrücken mit beweglichen Drehachsen in Amerika.
Von Reg.-Baumeister Karl Bernhard in Berlin.

immer abfällig sind, haben meines Erachtens nicht etwa den Grund, daß die modernen Bauten sich nicht würdig den alten anfügten, denn eingehend beschäftigt man sich selten mit ihnen; es sprächen auch schon dagegen die Beruhigung und richtigere Beurteilung gegenüber den seit längerer Zeit fertig gestellten Werken. (? D. Red.) Auch kann die Fürsorge für die italienischen Finanzen, wie zwar oft gesagt wird, der wahre Grund nicht sein, denn einerseits denken die Wenigsten so haushälterisch, besonders für eine fremde Nation; sie wissen außerdem, daß die bauliche Verschwendung im Kirchenstaat in schreiendem Gegensatz zu dessen sprichwörtlich gewordener Geldnotstand und zu-

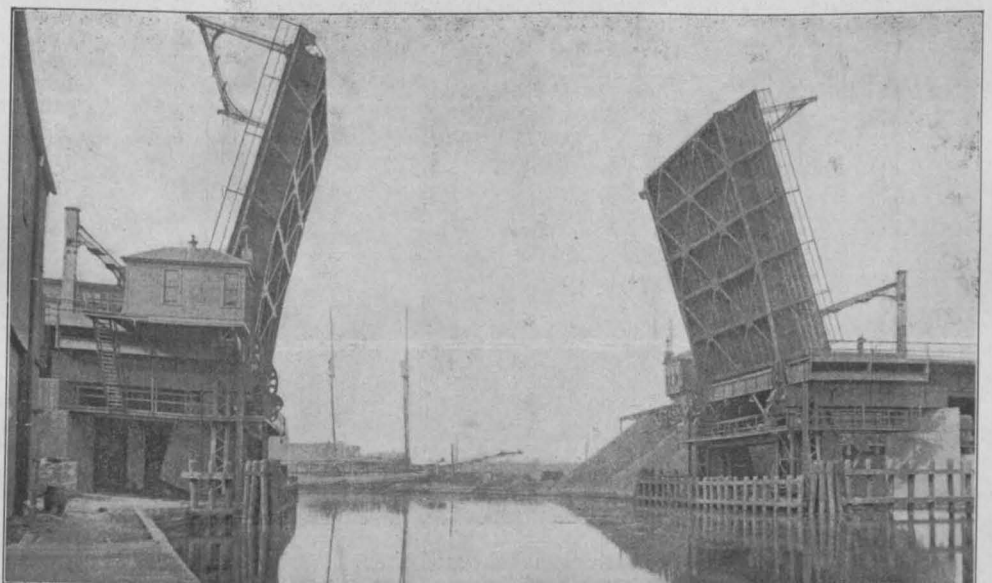


Abb. 14. Klappbrücke mit fester Drehachse über die First Avenue in Milwaukee (1910 vollendet).

rolle für das Land und sind ebenso unwirksam für andere Zwecke, wie für einen mäßig begüterten Privatmann ein Paar Lire. Ein Kriegsschiff z. B. kostet mehr, als das ganze Denkmal und ist nach 20 Jahren wertlos, ohne, zum Glück

rief. Man kann den gebildeten Deutschen doch im allgemeinen keine Sympathie für den Papst und das Papsttum vorwerfen, aber hier in Rom mache ich durchweg die Beobachtung des Gegenteiles. Der vergangenen Regierung gegenüber mit all' ihren Rückständig-

keiten, mit ihrer Nichtsorge für öffentliches Wohl, für Gesundheit und Freiheit, wird die neue mit ihren gesunderen, uns im Grunde angemesseneren Prinzipien als Eindringling betrachtet, der die alte Größe barbarisch und mutwillig vernichtet. Diese Sympathie für das im Grunde Gegensätzliche entspringt dem Umstand, daß es die Päpste verstanden haben, durch das Bild der Stadt, durch große, edle, monumentale Kunst jeden, auch den feindlichen Beschauer zu fesseln und für sich einzunehmen.

Wäre nun das Papsttum wie z. B. die Herrschaften in Neapel und Florenz einfach abgelöst worden, hätte sich das Königtum, nehmen wir an, im Vatikan, das Parlament in St. Peter eingerichtet, so hätte man sich allmählich mit der historischen Tatsache abgefunden, daß die alte Zeit einer neuen gewichen wäre. Nun lebt aber das Alte noch und an derselben Stelle.

Die provisorische Einrichtung der Regierung in alten Klöstern und Palästen war auf die Dauer unhaltbar und mußte den Schein der Inferiorität erwecken. Da man aber in unserer Zeit nicht, wie in barbarischen späteren Zeiten einfach alles dem Erdboden gleich machen konnte, wie es z. B. die Christen mit der antiken Stadt, wie es sogar noch die ziemlich skrupellosen Cinquecentisten mit dem mittelalterlichen Rom gemacht haben, so mußte man sich äußerlich Geltung verschaffen durch Bauten, die mit den alten in Wettbewerb treten konnten.

In einem früheren Jahrhundert hätte ein großer Königspalast genügt, die neue Herrschaft zu vertreten. Jetzt, wo die Person des Herrschers weniger in den Vordergrund tritt, ist es die Vaterlandsidee, die Einigung des Landes, der gewissermaßen der ideale Ausdruck, der Mittel- und Brennpunkt geschaffen werden mußte. Daß dieser Brennpunkt für Rom, für Italien nur das alte, im Mittelpunkt der Stadt gelegene, von den Päpsten verhältnismäßig vernachlässigte Capitol (in allen größeren Kommunen hat man bedeutendere Stadtpaläste) sein konnte, ist klar. Nur der Mittelpunkt der antiken Größe konnte die bodenständige Kraft der neuen Größe einhauchen.

Man mag es für eine zu schwere Aufgabe halten, sich Meisterwerken des 16. und 17. Jahrhunderts an die Seite stellen zu können, aber wie sollte eine Nation, die das große, seit Jahrhunderten ersehnte Werk der Einigung erreicht hat, an ihrer Kraft auch in dieser Beziehung, die ihr doch selbst in der Unterdrückung nicht gefehlt hat, verzweifeln?

Eines ist aber sicher, wenn es Italien erreicht, in würdiger Weise die Hauptstadt modernen Zeiten gemäß und einer neueren Lebensauffassung und Entwicklung umzuformen, die ewige Stadt aus einer Stadt der Vergangenheit zum dritten Male zu einer Stadt der Gegenwart und Zukunft zu machen, daß das auch politisch von der allergrößten Bedeutung ist.

Dann werden vielleicht auch die romantischen Gemüter, von der bestrickenden Fessel des päpstlichen Rom befreit, zu einer höheren historischen Auffassung sich aufschwingen. Die Idee, der hohe Idealismus, der in alle-

Abb. 24. Blick in den Weg vom Bowlinggreen nach dem Wohnhause. Dr.-Ing. Hugo Koch in Hamburg.

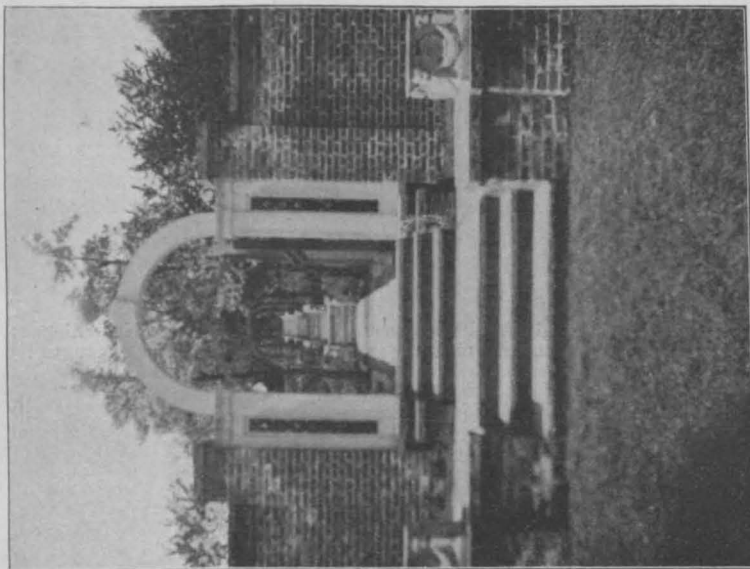


Abb. 23. Abschlußwand der Pergola. Von Architekt Olmsted in Boston.

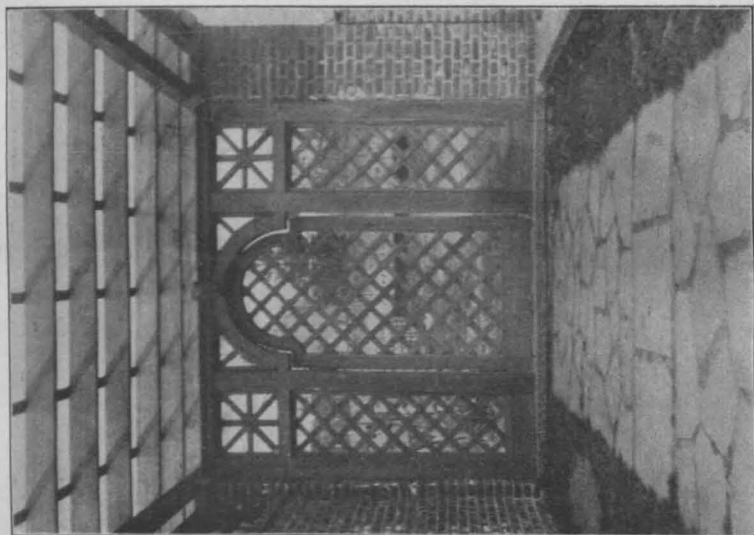
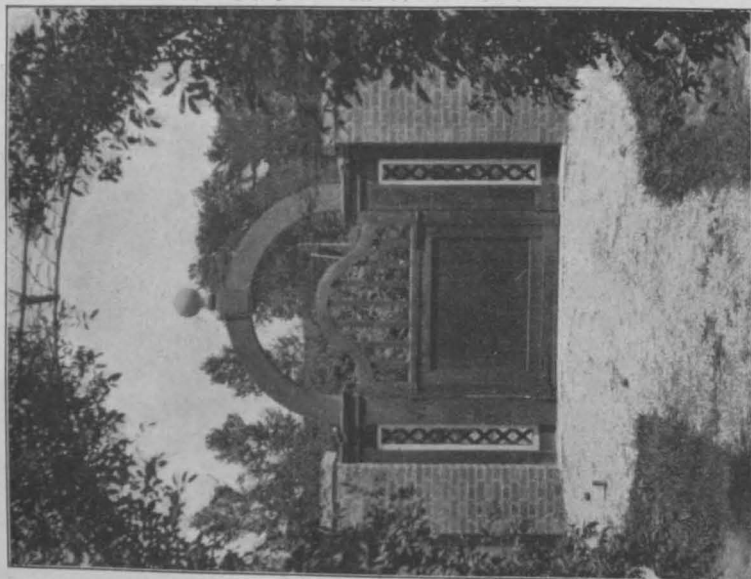


Abb. 22. Besitz James Speyer. Eingangstor zum Besitzt. Gärten der Gartenarchitekten Gebrüder Olmsted in Boston.



freilich, je eine praktische Bedeutung gehabt zu haben.

All' diese Einwände haben einen viel tieferen Grund und zeigen, wie richtig der Instinkt der Italiener war, der diese Bauten und in einer so auffälligen Größe ins Leben

dem liegt, ist, das muß auch die Mißgunst anerkennen, groß und einer neuen Zeit würdig, und dieser Idealismus wird heute, wie bei dem Bau der Dome des Mittelalters, von der ganzen Nation getragen.

Das lebhafteste Interesse, das auch der Niedere diesem Bau und jeder neuen Einzelheit dieses Bâues entgegenbringt, ist dessen Zeuge, und nie hat eine offene Gegnerschaft von irgend einer Partei dagegen stattgefunden. Man ist sich im allgemeinen der großen Wirkung bewußt, welche die gute Vollendung mit sich bringt. So hat man auch nicht an Material gespart: der Bau des Portikus ist ganz in Steinschnitt ohne Mörtel ausgeführt mit einer Vornehmheit, wie sie selbst hier dem besten sich an die Seite stellt.

Die plastische Ausschmückung ist bisher frei von dem Hurratriotismus, der so viele Denkmäler unserer Zeit beeinträchtigt. Keine Verschwendung von aufdringlichen Wappen und Wappentieren. Auch kein einseitiger Klassizismus, sondern eine glückliche Verschmelzung uralter, bodenständiger Ueberlieferung mit modernem Schönheitssinn. Wenn man manchmal geglaubt hat, äußerliche Rhetorik gehöre zum romanischen Charakter, hier hat man den Beweis des Gegenteiles. Groß und eindrucksvoll wird es das Stadtbild beherrschen, ohne es zu zerreißen, ebenso wie das Colosseum und St. Peter, die beiden vorherigen Meilensteine einer zweitausendjährigen bedeutenden Geschichte. —

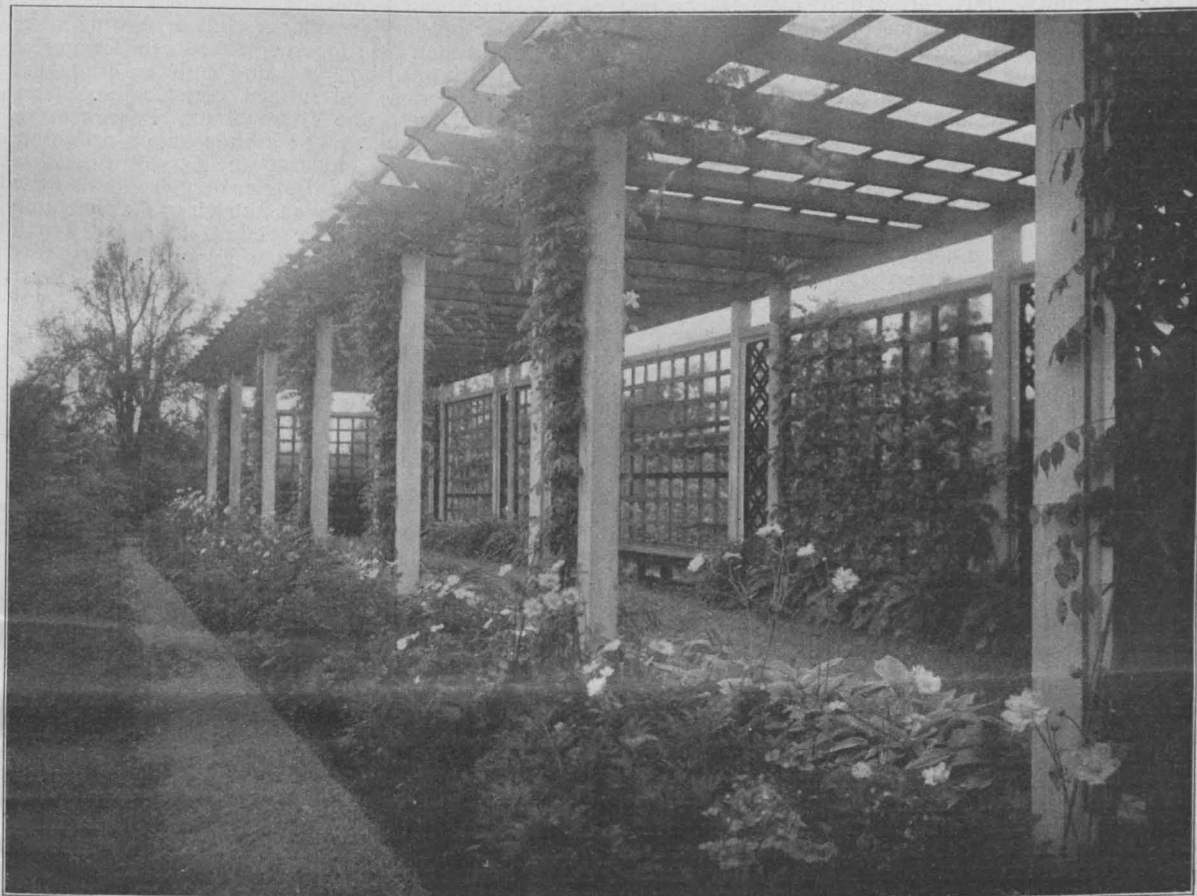


Abbildung 25. Besitz James Speyer. Die Pergola.
Gärten der Gartenarchitekten Gebrüder Olmsted in Boston. Von Architekt Dr.-Ing. Hugo Koch in Hamburg.

Das dritte Rom und die Baukunst.

Die unmittelbar bevorstehende Einweihung des Viktor-Emanuel-Denkmales in Rom und die damit verbundenen großen baulichen Umwälzungen im Herzen der Stadt lenken die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße wieder auf die großen Umwandlungs-Prozesse hin, welche aus dem zweiten Rom das dritte, aus dem päpstlichen Rom der Vergangenheit die Königsstadt der Gegenwart als Repräsentantin des geeinigten Italien, als Ergebnis der Lebensenergie eines modernen Staatswesens zu machen suchen. Schon Gregorovius hat auf den charakteristischen Unterschied zwischen den beiden Städten, welche die antike Welt beherrschten, hingewiesen und hat der Ideenmacht Athens die Tatengröße Roms gegenüber gestellt. Und diese Tatengröße Roms, die bereits in der Römerzeit der ewigen Stadt alle Bildungen beherrschte, ist auch heute noch die treibende Ursache aller Umgestaltungen in einem solchen Maße, daß oberflächliche Beurteiler der römischen und italienischen Volkseele von Größenwahn sprechen konnten. Aber es gilt doch auch für das heutige Rom dem Sinne nach noch, was Gregorovius vom alten Rom sagte: „Wer das Wesen dieser wunderbaren Stadt nur äußerlich auffaßt, entdeckt in Rom Armut an schöpferischen Kulturideen; er sieht nur große politische Triebe der Eroberung, große Bedürfnisse des praktischen Verstandes und den bewunderungswürdigen Riesenbau des Staates, des Rechtes und der bürgerlichen Gesetze. Was sich in die höchsten Sphären des Denkens erhebt, findet er in Rom entweder nicht ent-

wickelt oder nur aus der Fremde eingeführt. Selbst die Fülle edler Kunstwerke, die Rom verschönerten, erscheint ihm nur als die Beute der Tyrannei, hinter deren Siegeswagen die gefangenen Musen einhergehen“. Der große Geschichtsschreiber gibt diese Wahrheit zu, sie sei jedoch nicht alles. „Die romulische Stadt am Tiber erbte die Schätze und die Arbeit von drei Weltteilen, in deren Mitte sie im schönsten Lande der Erde gebaut war“. Das ist so richtig, daß noch um 384 n. Chr., als die Cäsaren bereits Rom verlassen hatten, der römische Rhetor Themistius ausrufen konnte: „Die herrliche und berühmte Roma ist unermesslich und ein über jedes Wort erhabenes Meer von Schönheit“. Das war es also noch, als das Christentum in Rom einzog. Das christliche Rom entstand jedoch nicht neben dem heidnischen, sondern in ihm; beide vermischten sich miteinander: „So erhielt die Stadt des Mittelalters durch die Verbindung der Vergangenheit und Gegenwart, durch das Miteinanderbestehen der antiken Gestalt des Heidentumes und der neuen des Christentumes das wunderbare Gepräge monumentaler Doppelnatur, wie es sich nirgend sonst in der Welt wiederholt hat“. Unter den großen Päpsten, namentlich unter Julius II., nahm dann Rom seine dritte Gestalt an, nachdem ihm die Republik seine erste, die Kaiser seine zweite gegeben hatten. „Durch die Weltidee des Papsttumes erweiterten sich alle Gedanken für die monumentale und ideelle Erhabenheit der päpstlichen Stadt auf den Grad der Kaiserzeit“. So glanzvoll nun aber auch das Werk der großen Päpste Julius II. und Leo's X. und

ihrer Nachfolger war, die Päpste vermochten doch die Stadt nicht ganz zu erneuern, sodaß sie eigentlich bis heute aus Gegensätzen bestand. Zu allen Zeiten gab es Stadtteile, in welchen Trümmerfelder und wild wuchernde Natur den Eindruck des Verfalles machten, sodaß einer der Gebrüder Goncourt sagen konnte, Rom sei „l'histoire mangée par la nature“. Aber vielleicht gerade in diesen Gegensätzen lag der unbezwingliche Reiz der Stadt, lag das, was Goethe in seiner „Italienischen Reise“ veranlaßte, mit den Worten niederzulegen: „Alle Träume meiner Jugend sehe ich nun lebendig . . . Anderer Orten muß man das Bedeutende aufsuchen, hier werden wir davon überdrängt und überfüllt. Wie man geht und steht, zeigt sich ein landschaftliches Bild aller Art und Weise, Paläste und Ruinen, Gärten und Wildnis, Fernen und Engen, Häuschen, Ställe, Triumphbogen und Säulen, oft alles zusammen so nahe, daß es auf Ein Blatt gebracht werden könnte“. Goethe meint, die Schilderung versage ihm; mit tausend Griffeln müsse man schreiben; was solle hier eine Feder? Goethe sah noch das, was Piranesi mit seinem wunderbaren Griffel uns von dem Rom der Romantik hinterlassen hat.

Mit dem Ende der geistlichen Herrschaft in Rom, als die Hauptstadt des neuen Italien von Florenz, wo sie sich von 1865—1870 befand, nach der ewigen Stadt verlegt wurde und diese nunmehr die Residenz der Könige Italiens wurde, findet auch das romantische Rom, das malerische Rom, das die ganze Kunstwelt so begeisterte, daß aus ihm ein künstlerisches Kosmopolis wurde, sein langsames Ende. Der Prozeß hatte schon früher begonnen. Schon Montesquieu klagte: „Rome nouvelle vend pièce à pièce l'ancienne“. Man hatte Schwierigkeiten, den Uebergang aus der Stadt der Päpste zur Stadt der Könige zu finden. Man ging mit großen Absichten an den Gedanken, Rom zur Hauptstadt des neuen Italien zu machen. Der italieni-

sche Dichter De Amicis rief 1870 aus: „Rom wird in zehn Jahren eine der schönsten Städte der Welt sein!“ Und selbst Gregorovius, der Bewunderer des alten Rom, äußerte sich 1871 hoffnungsvoll, in zwanzig Jahren werde hier eine neue Welt sein. In der Literatur war diesem Gedanken schon vorgearbeitet. In einem politischen Roman vom Jahre 1862 „Racconto di un alunno di Propaganda Fide“ sah der Philosoph Terenzio Mamiani in Pesaro bereits ein Groß-Rom im Geiste, denn er empfand Freude darüber, die zukünftige Hauptstadt Italiens zu sehen, wie sie sich weitet und dehnt, wie sie ihre majestätischen Arme über den Pons Milvius hinüberstreckt und den Monte Mario völlig einschließt.

Aber diese Gedanken des größeren Rom sollten mit einer Vernichtung seiner alten Schönheiten Hand in Hand gehen. Der große Wechsel, der eintrat, wird deutlich erkannt, wenn man die Klagen von Ferdinand Gregorovius, Hermann Grimm, Ugo Pesci und anderen entgegenhält den begeisterten Schilderungen von Goethe, Stendhal, Massimo d'Azeglio und Viktor Hehn. Pesci schrieb, in 36 Jahren habe Rom mehr Veränderungen erduldet, als in 18 Jahrhunderten. Indessen, die Zerstörung war nicht aufzuhalten. Es kam der Belgier de Mérode als Priester in den Vatikan. Von 1860 ab betrieb er die Bauspekulation im Großen; er erwarb große Gelände auf dem Quirinal und den größten Teil des Esquilin. Er faßte den Plan zu der großen Verkehrsader, die den Bahnhof mit der Piazza Venezia verbindet und heute Via Nazionale heißt. Als er im Jahre 1874 starb, hatten bereits andere Arbeiten eingesetzt, denn die neue Hauptstadt erlebte eine starke Einwanderung, sodaß die Bevölkerung von 226 000 des Jahres 1870 auf 283 000 des Jahres 1877 stieg. Das brachte Wohnungsnot und Neubauten meist unfreudlicher Natur. — (Schluß folgt.) — H. —

Rhein-Korrektion und Hochwassergefahr.

Kürzlich enthielt die Tagespresse in Baden die Behauptungen, es seien durch die bei der Rhein-Korrektion nach Tulla's Plan vorgenommenen Bauten und die zur Förderung der Verlandung der Altwasser ergriffenen Maßnahmen die Hochwasser gehoben worden, auch würde durch die bei der Regulierung des Rheines nach dem Honsell'schen Entwurf ausgeführten Bauwerke der Abfluß gehemmt und das Hochwasser gestaut. Hierzu schreibt die „Karlsru. Zeitung“ halbamtlich:

„Die Behauptung, daß durch die Korrektion die Hochwasser höher geworden seien, ist nicht neu, sie ist noch in jeder wasserreichen Periode erhoben worden. Aber ebenso bekannt ist es, daß regelmäßig in wasserarmen Zeiten der Korrektion auch die Schuld an der Austrocknung des Bodens in der Rhein-Niederung zugemessen zu werden pflegt. Bei diesen sich widersprechenden Meinungsäußerungen wird eben übersehen, daß sich zu beiden Seiten des Rheines vom Gebirge zum Strom Grundwasserströme hinziehen, die ihren Abfluß nach dem Rhein haben. Die Höhe des Grundwassers richtet sich im allgemeinen nach der Größe und Dauer der Niederschläge und nur in der Nähe des Stromes wird sie durch die Wasserhöhe in diesem beeinflußt. Ist der Rhein hoch, so kann das Grundwasser nicht mehr abfließen, es wird eine Strecke weit ins Land hinein gestaut, und wenn der Stau über das Gelände reicht, tritt es als Druckwasser auf. Das Druckwasser ist also nicht Flußwasser, sondern Grundwasser.

Nun sind 1910 vom Beginn des Jahres bis in das zweite Halbjahr hinein die Niederschläge ungewöhnlich groß gewesen, infolge davon ist das Grundwasser um ein beträchtliches gestiegen. Gleichzeitig war aber auch der Rhein hoch — nicht zum kleinsten Teil infolge der verheerenden Hochwasser, von denen die Schweiz heimgesucht worden ist — und so ist dann allerdings die beklagenswerte Ueberstauung der tiefer liegenden Teile der Rheinniederung entstanden. Diese Ueberstauungen auf die Korrektion und die Verlandung der Altwasser als Folge der Korrektion zurückzuführen, geht jedoch schon aus dem Grunde nicht an, weil dieselben Erscheinungen auch entlang solchen Rheinstrecken sich gezeigt haben, in denen ähnliche Korrekturen nicht vorgenommen worden sind, wie z. B. in der hessischen Niederung zwischen Mannheim und Mainz. Wohl scheint es naheliegend, daß die Hochwasser, wenn sie große Altarme füllen, sich also seitlich weiter ausbreiten können, nicht mehr so hoch würden, als dies bei dem heutigen Zustand der Altarme der Fall ist; der Schluß wäre jedoch nur dann richtig, wenn die Rheinsohle nicht in so hohem Grade beweglich wäre. Diese ihre Eigenschaft bedingt es aber, daß sich

die Gestalt und Höhenlage der Sohle mit der Stärke der Strömung ändert. Wollte man nun die Altrheine wieder im früheren Umfang den Hochwassern öffnen, so würde in dem dadurch entlasteten breiten Mittelbett die Strömung an Stärke verlieren, sie könnte das vom Oberstrom kommende Geschiebe nicht mehr weiter schaffen, es müßte also hier eine Ablagerung entstehen und das Strombett sich erhöhen. Hierdurch würde aber der Wasserspiegel, auch bei Hochwasser, gehoben werden und somit das gerade Gegenteil von dem eintreten, was mit der Oeffnung der Altrheine bezweckt war. Für diesen Vorgang bietet die Baugeschichte der Rhein-Korrektion Beispiele genug. Die Behandlung, welche die Altrheine bei der Durchführung der Korrektion erfahren haben, ist aber eine wohlüberlegte gewesen, und auf ihr beruht es zum Teil, wenn die Wasserhöhen, wie zahlenmäßig nachgewiesen werden kann, im Laufe der letzten Jahrzehnte nicht höher, sondern niedriger geworden sind. Es darf aber auch weiterhin nicht außer acht gelassen werden, daß, wenn in den Altrheinen größere Wassermengen als bisher zurückgehalten würden, der Abfluß der Hochwasser längere Zeit brauchte, daß also die Dauer der Hochwasser verlängert würde. Das wäre keineswegs erwünscht, weil der gefüllte Rhein das Grundwasser am Abfluß hindert und die Ueberstauung des Binnengeländes mit Druckwasser um so höher wird und um so länger dauert, je länger die höheren Rheinstände anhalten. Im übrigen ist die Frage, ob in der Verlandung der Altrheine die Ursache hoher Rheinstände gesehen werden kann, heute nur noch eine theoretische, da an eine Ausräumung der Altrheine und an eine Beseitigung der Verlandungen aus naheliegenden Gründen nicht mehr zu denken ist.

Gleich irrig ist auch die Meinung, welche über die Tätigkeit der staatlichen Wasserbaubehörden zur Förderung der Verlandung geäußert worden ist. Nach dieser Richtung sind in den letzten Jahrzehnten vorwiegend die Gemeinden tätig gewesen, denen es um den Gewinn an Land zu tun war. Da in neuerer Zeit der Wert der Altwasser als Fischwasser immer mehr erkannt wurde, ist auch hierin ein Wandel eingetreten und es wird seitdem die Verpflanzung der Altwasser, die die Gemeinden unter Aufsicht der Forstbehörde durchführten, eingeschränkt. Die staatliche Wasserbauverwaltung macht für die Förderung der Verlandungen nur geringe Aufwendungen, die im wesentlichen dem Landschaftszugute kommen. Die Verlandung, die ein natürlicher Vorgang ist, überhaupt zu verhindern, gibt es kein Mittel.

Ebensowenig als die Rhein-Korrektion kann die Rhein-Regulierung für die Ueberstauungen verantwortlich gemacht werden, denn diese haben auch entlang denjenigen Rheinstrecken stattgefunden, in denen bisher keine Regu-

lierungsarbeiten vorgenommen worden sind, so zwischen Breisach und Straßburg und von Sondernheim bis zur badisch-hessischen Landesgrenze. Eine eingehende Untersuchung der Hochwasserhöhen des vorigen Jahres und ihre Vergleichung mit früheren Hochwasserhöhen durch die aus den leitenden Wasserbautechnikern von Baden, Elsaß-Lothringen und Bayern zusammengesetzte Regierungskommission für die Rheinregulierung hat zu dem Ergebnis geführt, daß infolge der Regulierung nicht nur keine Hebung, sondern streckenweise sogar eine allerdings nicht bedeutende Absenkung der größeren Hochwasser stattgefunden hat.

Vermischtes.

Errichtung von Bauberatungsstellen. Von der „Zentralstelle für Wohlfahrt“ ist eine Schrift über „Die Organisation und die Tätigkeit der Bauberatungsstellen“ herausgegeben worden (Berlin, Heymanns Verlag), die den Vorbericht und die Verhandlungen einer im Dezember v. J. stattgehabten Konferenz von Sachverständigen enthält und durch zahlreiche Abbildungen aus der Praxis ergänzt wurde. Der Arbeitsausschuß des von der erwähnten Konferenz eingesetzten Hauptausschusses für Bauberatungsstellen hielt kürzlich eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die Schrift den in Frage kommenden Kreisen, namentlich auch den Behörden zu übersenden und sowohl bei diesen wie insbesondere bei den Stadtverwaltungen die Förderung der Errichtung von Bauberatungsstellen in Anregung zu bringen. In dieser Sitzung wurde auch über den Standpunkt der Bauberatungsstellen und des Heimatschutzes gegenüber der Baumaterialien-Industrie verhandelt. Ob.-Brt. Schmidt-Dresden legte eine große Anzahl von Beispielen aus der Praxis der Bauberatungsstelle des Sächsischen Heimatschutzes in Dresden vor, aus denen sich ergab, in welcher Weise die Bauberatungsstellen dazu mithelfen können, daß die Baustoffe der modernen Industrien, namentlich auch die Dachpappe, in ästhetisch befriedigender Weise verwendet werden. Der Ausschuß kam bei der Erörterung der hiermit im Zusammenhang stehenden Fragen zu dem Ergebnis, daß für die Wahl der Baustoffe das künstlerische Empfinden und der Bauherr zunächst bestimmend sind.

Die Baustoff-Industrie kann nicht verlangen, daß ihre Erzeugnisse ohne Rücksicht auf die ästhetischen Anforderungen und die Interessen der Allgemeinheit grundsätzlich und lediglich nach ihren Wünschen zur Verwendung gelangen, gleichgültig, ob sie für den jeweiligen Fall sich eignen oder nicht. Die Beratungsstellen haben daher neben der Beratung des Bauherrn einen Teil ihrer Aufgabe darin zu erblicken, die Baustoff-Industrie in der Anpassung ihrer Erzeugnisse an die berechtigten Forderungen der künstlerisch Empfindenden zu beraten. Sie erscheinen deshalb besonders geeignet, dafür zu wirken, daß der richtige Stoff an der rechten Stelle in geeigneter Weise verwendet werde und daß vor allem die berechtigten Interessen der modernen Industrie auch insoweit Beachtung finden, als hierdurch ästhetische Forderungen nicht verletzt werden.

Zur Rettung der Piazza d'Erbe in Verona ließ sich die „Voss. Ztg.“ aus Verona Folgendes berichten:

„Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die deutschen Zeitungen, daß es dem Bemühen des Veroneser Malers Angelo dall'Oca Bianca gelungen sei, eine Gruppe malerischer Häuser an der Piazza delle Erbe zum National-Monument erklären zu lassen, wodurch diese Häuser sichergestellt und der Spekulation entzogen seien. Ein jeder, dem die schöne Stadt an der Etsch bekannt ist, mußte annehmen, daß es sich um die Häusergruppe am Nordende der Piazza neben dem uralten Skaligerpalast, der sogenannten Casa Mazzanti, handele. Es ist dies eine schöne Häusergruppe aus dem 10. bis 11. Jahrhundert, die für den Veroneser Baustil so bezeichnend ist, daß es schade wäre, wenn sie der Spekulations- und Bauwut zum Opfer fiel. Ich erkundigte mich daher genau, um welche Häusergruppe es sich handele, und mußte zu meinem Erstaunen erfahren, daß es sich um die Häuser des alten Ghetto handelt, die das Judenviertel nach der Piazza zu begrenzen. Es sind neun Häuser nach der alten Handelskammer nach der Via Capello zu gelegen, die nur zwei bis drei Fenster Front haben und daher mit ihren sechs Stockwerken wie Türme wirken. Mit Ausnahme einiger schmiedeiserne Balkongitter aus der Veroneser Renaissance, die sehr gut beim Neubau wieder benutzt werden könnten (!Die Red.), bieten die Häuser nichts Wertvolles, sind aber derartig zerfallen, daß bereits das Bewohnen von nicht weniger als 13 Wohnungen von der Baupolizei untersagt wurde. Nach hinten zu bilden die Häuser ein

Es ist keine Frage, daß die Schädigung durch das Druckwasser als die Begleiterscheinung der Hochwasser von den Rheinanwohnern da und dort schwerer empfunden wird, als dies vor wenigen Jahrzehnten der Fall war. Die Ursache hierfür liegt nicht allein in der Steigerung, welche der Wert des Geländes seither erfahren hat und die ja in der Hauptsache der Wirkung der Korrektur zu danken ist, sondern auch darin, daß heute viel Land, welches früher der Wassergefahr wegen als Bruch, Oedland oder Faschinenwald liegen gelassen wurde, unter dem Eindruck der langen Reihe wasserarmer Jahre in eine intensive landwirtschaftliche Benutzung genommen worden ist.“

Gewirr von Gängen und Plätzchen, in die niemals ein Sonnenstrahl fällt und die sich höchstens durch ganz unglaublichen Schmutz und Gestank auszeichnen. Man kann es daher verstehen, daß viele Veroneser das Projekt dall'Oca Bianca's mißbilligen, der diesen Seuchenherd als „Monumento nazionale“ erhalten wissen will. Ganz besonders hatte es die guten Veroneser gekränkt, daß sie vom „Berliner Tageblatt“ als Barbaren bezeichnet wurden, weil sie sich den Ideen ihres berühmten Mitbürgers nicht anschlossen. Es stimmt auch nicht, wie seinerzeit das „B.T.“ schrieb, daß eine Spekulantengruppe hier ein Tingeltangel errichten wollte, sondern die Sparkasse von Verona, das zweitstärkste Finanzinstitut Italiens, will hier ihren Neubau errichten. Es sind Garantien geboten, daß die Piazza d'Erbe durch den Neubau nicht verpatzt werden wird, denn die Sparbank hat sich bereits verpflichtet, den Neubau in reinem Veroneser Stil aufzubauen und die ersten Architekten Italiens dabei zu Rate zu ziehen. Die Ernennung des fraglichen Häuserblocks zum Nationalmonument schließt ja dessen Abbruch nicht aus, doch bedarf es dazu einer besonderen Erlaubnis der Regierung. Die große Anzahl der Veroneser, die für den Abbruch stimmen, hat sich um den hiesigen Advokaten Carlo Massarani-Prosperini geschart und bereits eine Eingabe bei der Regierung gemacht, um den Abbruch durchzusetzen. Auf den Entscheid darf man gespannt sein, da eine ganze Anzahl Künstler und Kunstgelehrte Italiens für und wider Stellung genommen haben. Die Veroneser hoffen, trotz allem den Abbruch durchzusetzen, da diese Häuser gänzlich unbekannter Architekten irgend einen künstlerischen Wert nicht besitzen, sondern nur malerisch wirken, beim Ausbrechen epidemischer Krankheiten aber geradezu eine Gefahr für Verona bilden könnten. M. B.“

Hierzu möchten wir nur kurz bemerken, daß der Verfasser selbst zugibt, daß die Häuser, wenn sie auch keinen eigenen Kunstwert haben, doch „malerisch wirken“. Im unvergleichlichen Bilde der Piazza d'Erbe aber ist es gerade diese Wirkung, welche die Hauptanziehungskraft auf alle Künstler und Kunstfreunde ausgeübt hat. Sie würde schwer beeinträchtigt durch einen Neubau und sei dieser noch so feinfühlig in das Ganze des Platzes eingefügt. Aber wer steht hierfür? Im übrigen handelt es sich um spekulative Bestrebungen zu verschiedener Zeit. In erster Linie wurde der Bau eines „Politeama“, eine Bezeichnung, die man mit Tingeltangel übersetzt hat, glücklich verhindert. Dann sollte das malerische Viertel zwischen Via Nuova und Via Pellicae niedergelegt werden. Hierüber scheint der Kampf noch zu toben.

Die „Vorschriften des kgl. Polizei-Präsidiums in Berlin für Räume zur Unterbringung von Kraftwagen mit Verbrennungstriebwerk“ (s. Verf. vom 14. 6. 1910 — 1112 III G R 10) finden nur auf solche Unterstandsräume Anwendung, in denen Kraftwagen mit Behältern von mehr als 15 kg Fassungsvermögen eingestellt werden. Kraftfahrzeuge mit Behältern von weniger als 15 kg Fassungsvermögen — also stets Kraftfahräder — bedürfen keiner besonders ausgestatteten Unterstandsräume, da für die Aufbewahrung der Vorräte von Benzin die Vorschriften des § 1 Ziffer II der Polizeiverordnung über den Verkehr mit Mineralölen vom 3. März 1906 ausreichen und der Behälter des Wagens oder Rades diesen Vorschriften entspricht.

Ehrendoktoren. Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Berlin haben auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Schiff- und Schiffsmaschinen-Bau durch Beschluß vom 12. Mai ds. Js. dem Generaldirektor der Hamburg-Amerikanische, Hrn. Albert Ballin in Hamburg, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste als unermüdlicher Vorkämpfer der deutschen Schifffahrt, als tatkräftiger Mitbegründer des deutschen Welthandels und als bedeutender Förderer der Schiffbautechnik die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

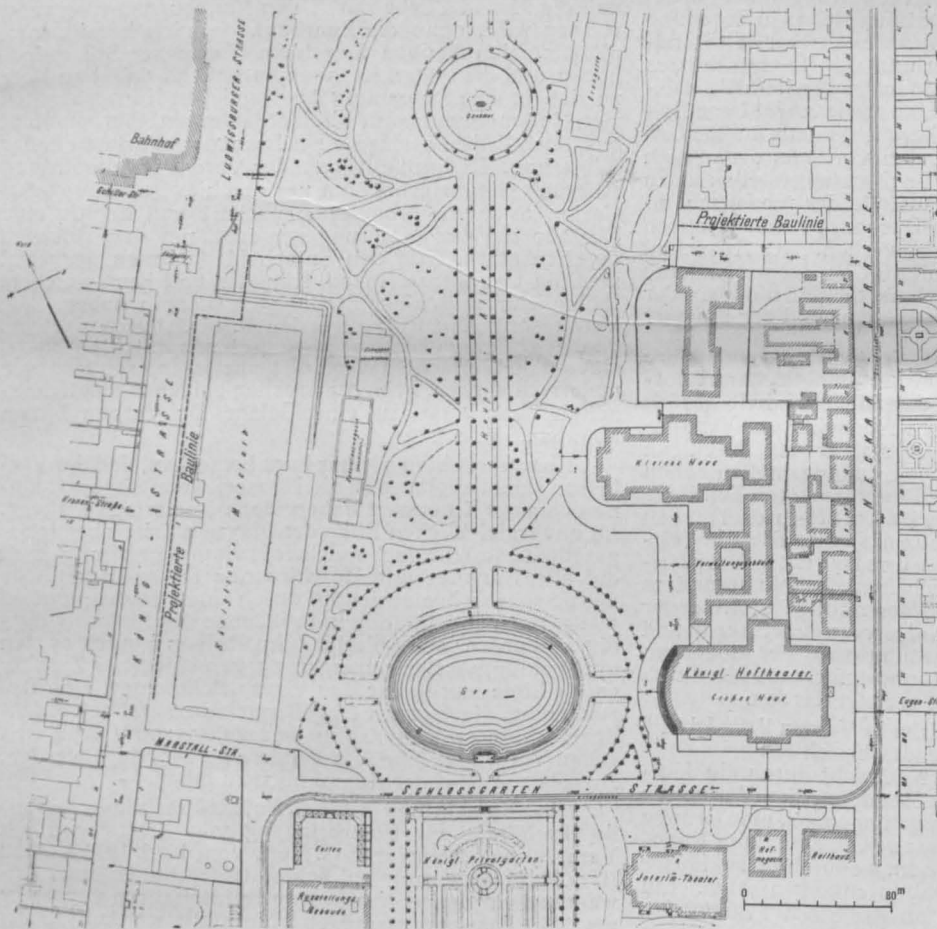
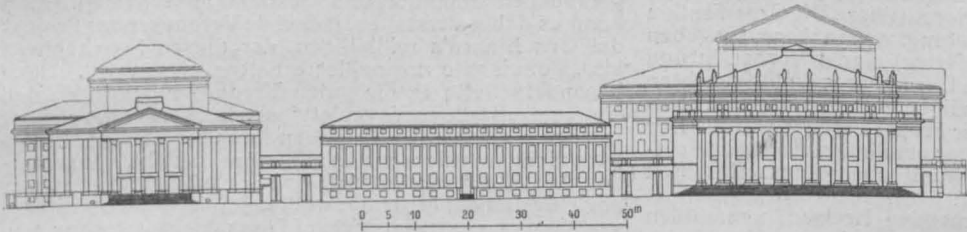
Wettbewerbe.

Aus einem engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Zentralschulgebäude mit Doppelturnhalle in Burgstädt in Sachsen gingen die Architekten Gebrüder Kiessling, Kötzschenbroda-Dresden als Sieger hervor. Die vereinten städtischen Kollegien stimmten der Ausführung des mit einem Kostenaufwand von 550 000 M. zu errichtenden Schulgebäudes nach dem Kiessling'schen Entwurf zu. Die weitere Planbearbeitung, sowie die Bauberleitung wurden den Gebrüdern Kiessling zugesprochen. —

Bei einem Wettbewerb um die Ausgestaltung des Platzes am ehemaligen Bahnhof Küchengarten in Linden, veranstaltet vom Magistrat der Stadt Linden, erhielt Arch. Sasse in Hannover den I. Preis von 850 M.; der Entwurf wurde zur Ausführung bestimmt. Den II. Preis von

sein. Entlang der neuen Schiller-Straße, für welche mit Ausnahme des nördlichen Teiles des Marstallgeländes eine Bebauung nicht vorgesehen ist, ist je eine Einfriedigung der beiden Schloßgartenteile zu entwerfen und zwar diejenige des oberen Teiles in einfachster Weise, diejenige des unteren Teiles im Einklang mit der schon bestehenden Einfriedigung an der Ludwigsburger-Straße und unter Hervorhebung des künstlerisch auszuzeichnenden Haupteinganges.

Außer der Hauptallee ist noch für eine genügende Verbindung zwischen der neuen Schiller-Straße und der Schloßgarten-Straße, insbesondere zur bequemen Zugänglichkeit der beiden Hoftheater und ihrer Vorplätze zu sorgen. Eine Änderung der entlang den beiden neuen Theatern vorbeiführenden genehmigten Privatstraße ist hierbei nicht ausgeschlossen. Der ganze Platz in der



650 M. erhielt Hr. Arch. Arend in Hannover; weiter wurde der Entwurf von Arch. Philipps daselbst mit 500 M. angekauft. —

Wettbewerb für Entwürfe zur Fortsetzung der Schiller-Straße, Umgestaltung des K. Schloßgartens zwischen der Schiller-, Marstall- und Schloßgarten-Straße und zur Aufteilung des Marstallgeländes in Stuttgart. In dem vorstehenden Lageplan ist die neue Verbindungsstraße zwischen Bahnhofplatz und Neckar-Straße (Schiller-Straße) mit einer Gesamtbreite von 22 m zu entwerfen, bei deren Führung auf die tunlichste Schonung der größeren Bäume, jedoch unbeschadet der Interessen des ungestörten Verkehrs, Rücksicht zu nehmen ist. Die Einmündung in die Neckar-Straße ist durch die dort schon genehmigte Baulinie festgelegt, bei dem Bahnhofplatz wird eine Verschiebung der geplanten Baulinie zu Gunsten einer besseren Ausnützung des Baugeländes zu erwägen.

ken zu den Theaterbauten ermöglicht. Eine Skizze, aus welcher der Aufbau der Massen der Hoftheater ersichtlich ist, ist beigegeben.

Das bestehende Theaterdekorationsgebäude wird abgebrochen werden, die Belassung, Versetzung oder Entfernung des Königstores ist als offene Frage zu betrachten. Vorschläge hierüber sind erwünscht. —

Inhalt: Gärten der Gartenarchitekten Gebrüder Olmsted in Boston. (Schluß). — Neuere Klappbrücken mit beweglichen Drehachsen in Amerika. (Schluß). — Das Nationaldenkmal für Viktor Emanuel in Rom im Lichte italienischer Denkweise. — Das dritte Rom und die Baukunst. — Rhein-Korrektion und Hochwassergefahr. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Vereinsmitteilungen. —

Hierzu eine Bildbeilage: Gärten der Gartenarchitekten
Gebrüder Olmsted in Boston.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Holmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



❁ BEILAGE FÜR VEREINE ❁

Berichte über Versammlungen und Besichtigungen.

Architekten-Verein zu Berlin. Hauptversammlung vom 20. Febr. 1911. Vorsitz. Hr. Saran, Schriftführer Hr. Dr.-Ing. Siedler, anwesend 109 Mitglieder.

Nach Mitteilungen des Vorsitzenden über die Verluste, die der Verein durch den Tod erlitten hat, unter denen das Ehrenmitglied des Vereins, Geh. Ob.-Reg.-Rat Alb. Kinel, und der Wirkl. Geh. Ob.-Finanzrat Gustav Lacomie (von Hause aus Eisenbahner, später Vortragender Rat im Finanz-Ministerium) besonders hervorzuheben sind, wurde die Wahl verschiedener Ausschüsse vollzogen. Daran schloß sich ein den Abend füllender, eingehender und instruktiver Vortrag des Stadtrats a. D. Theod. Röhn über den „Zwangszweckverband Groß-Berlin“. Redner gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die früheren Bestrebungen, eine einheitliche Organisation für Groß-Berlin zu schaffen, die sich aber zerschlugen. Der Gedanke einer umfangreichen Eingemeindung wurde Anfang der 90er Jahre v. Jahrh. von Berlin abgelehnt und erscheint nun nicht mehr durchführbar. An seine Stelle trat der Gedanke eines Zweckverbandes für bestimmte Aufgaben, den u. a. auch der Ausschuß Groß-Berlin befürwortet hat. Dann folgte eine Uebersicht über den Gesamtentwurf, bezüglich deren wir auf unsere ausführlichen Veröffentlichungen des Gesetzes und seiner Begründung in No. 6, S. 50 und No. 7, S. 63 verweisen können. Redner gab hierauf eine Kritik des Gesetzentwurfes, den er im großen und ganzen als einen gangbaren Weg zu einer einheitlichen Behandlung namentlich der Verkehrs- und Wohnfragen Groß-Berlins bezeichnet, zu einzelnen Punkten, z. B. die Abgrenzung, die Vertretung der Gemeinden im Verband, die Organisation der leitenden Stelle usw. aber eine Reihe von Vorschlägen machte, die Berücksichtigung finden müßten, wenn wirklich das erreicht werden soll, was der Gesetzentwurf beabsichtigt. Die interessanten Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. —

Versammlung am 27. Febr. 1911. Vorsitzender Hr. Saran, anwesend 97 Mitglieder.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und Beurteilung zweier Monatswettbewerbe (Aufteilung eines Baublockes und Entwurf zu einem Treppenhaus) durch die Hrn. Mebes bzw. Dernburg werden die Berichte des Beurteilungsausschusses über die zum diesjährigen Schinkelfest eingereichten Wettbewerbsarbeiten verlesen. Eingegangen waren 15 Arbeiten auf dem Gebiet des Hochbaues (Entwurf zu einer Kriessakademie), 3 auf dem des Wasserbaues (Einmündung eines Schiffahrtskanales) und 14 auf

dem des Eisenbahnbaues (Entwurf zu einer Gebirgsbahn). Nach Verlesung der Gutachten durch die Hrn. Seeck, Triest und Louys beglückwünschte der Vorsitzende die Sieger (vergl. die Mitteilung über die Entscheidung unter Wettbewerbe S. 168). —

Versammlung am 6. März 1911. Vorsitz. Hr. Saran, Schriftf. Hr. Lamp, anwesend 93 Mitglieder, 3 Gäste und 11 Damen.

Nach geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden erfolgten die Wahlen verschiedener Vereins-Ausschüsse.

Sodann erhielt Hr. Geh. Brt. Mühlke das Wort zu seinem Vortrag über „Deutsche Heimatkunde“. An der Hand zahlreicher Lichtbilder schilderte er, wie sich die Kunst der deutschen Heimat entwickelt hat. Ein Vergleich der Sprachkarte des heutigen Deutschland mit der Ausbreitung der einzelnen Haustypen läßt erkennen, wie die Stammesart neben den wirtschaftlichen Bedingungen, den klimatischen Verhältnissen und den heimatlichen Baustoffen ihren großen Einfluß besonders auf die ländliche Baukunst ausgeübt hat, welche mit der städtischen Bauweise wohl gemeinschaftliche Eltern gehabt haben mag. Die letzten Ausgrabungen in Buch mögen die Annahme, daß der Einraum jener gemeinschaftliche Stammvater gewesen, als die richtige bestätigen. Dieser Einraum ist jetzt in Deutschland nicht mehr nachweisbar, wohl aber im germanischen Norden, in Skandinavien. Die Hinzufügung immer neuer Räume für die Viehhaltung und das Wohnen der Menschen hat sich bei den verschiedenen deutschen Stämmen recht abweichend entwickelt. Daß die holländisch-friesische Bauweise sich bis weit hinein in die Elbemündung und im Osten selbst noch im Danziger Werder nachweisen läßt, ist erst in jüngster Zeit ergründet worden. Hier ist der Gulf, die Bergestätte des Heues und Getreides, als letzter Ueberbleibsel des Einraumes anzusehen. Auch in der niedersächsischen Diele ist die Ableitung von der vorgeschichtlichen Hausbildung leicht erkennbar. Der mannigfachen Anklänge an den alten Götterglauben der Germanen wurde gedacht, ferner wurden Einflüsse des Klimas und der Baustoffe erläutert. Der Umwandlung der alten Vorhalle zur fränkischen Laube, der Oberlaube in Sachsen und Böhmen, dem Löwing in der Neumark und im Posenschen sowie in Litauen wurde nachgegangen. Die vielen praktischen Einrichtungen, das Umgebende der Sudetenländer, die Ueberdachung der Holzbrücken, die Galerien der Alpenländer, die besonderen Eigenschaften des Tiroler Bruchsteinhauses, sie alle geben von dem Fort-



schreiten der Entwicklung zu immer neuen Ausdrucksformen Zeugnis. Dabei ist die Stärke der alten Erinnerungen so groß, daß die Einflüsse neuer Bedürfnisse in den alten Rahmen in frischen, gesunden Bauformen eingefügt werden. Dieses Fließen der Entwicklung ist leider im vergangenen Jahrhundert abgebrochen worden, ohne daß die neuen Formen mit geringen Ausnahmen künstlerischen Wert und Berechtigung haben. Die neue Durchbildung an das wertvolle und erhaltungswürdige Können der früheren Zeit anzuknüpfen und weiter zu formen, ist die Aufgabe der Heimatpflege. Somit ist die Denkmal- und Heimatpflege berechtigt, wenn sie sich nur der Werke der Volkskunst annimmt, die den Keim für eine gute Weiterentwicklung in sich tragen.

Im Anschluß an den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag macht Hr. Reg.-Bfhr. Lindner interessante Mitteilungen über das niedersächsische Bauernhaus in Nordwestdeutschland und Holland, die sich auch auf Nebengebäude, Ornamente an den Möbeln und Giebel schmuck ausdehnen. Das Ergebnis seines Studiums in Holland erläuterte der Redner besonders eingehend durch Vorführung einer Sammlung historischer Zeichnungen, Stiche und Lichtbilder. Auch diese Mitteilungen fanden lebhaften Beifall. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Düsseldorf. Die Versammlungen im Wintersemester wurden am 19. Okt. 1910 wieder aufgenommen. Neben geschäftlichen Angelegenheiten bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung ein Bericht des Vorsitzenden, Hrn. Brt. Musset, über die Abgeordneten-Versammlung in Frankfurt a. M. Es wird ferner ein Ausschuß zur Behandlung der Frage der Wertzuwachssteuer gebildet. —

In der Versammlung am 2. Nov. 1910 wird vorwiegend der Bericht des Ausschusses über die Frage der Reichs-Wertzuwachssteuer besprochen und angenommen. Der Entwurf der durch den Verbandsvorstand an den Reichstag zu richtenden Eingabe betrachtet den Gesetz-Entwurf in der Gestalt, wie er dem Reichstag zur Beratung überwiesen wurde, als höchst bedenklich für die gesamte Bautätigkeit und dementsprechend auch als eine schwere Schädigung der gesamten Architektenschaft. Es wird um Nichtgenehmigung des Gesetzes in der vorliegenden Fassung gebeten. —

In der Versammlung am 23. Nov. 1910 widmet der Vorsitzende dem Mitgliede und verdienstvollen mehrjährigen Vorsitzenden Landesbrt. Geh. Brt. M. Görz einen warm empfundenen Nachruf. Dann folgten innere Angelegenheiten des Vereins, Besprechungen über das Bürgerhauswerk, Kleinwohnungswesen, Bauberatungsstellen, ein Bericht über den Stand der Düsseldorfer Bauordnungsfrage usw. Zum Schluß sprach Hr. Reg.-Bfhr. Böhrer über den „Seehafen Emden“. Der interessante Vortrag, an den sich noch eine angeregte Aussprache anschloß, wurde mit Beifall aufgenommen. Der Gedankengang ist etwa folgender: Der ersten Blütezeit des Emdener Seeverkehrs im 16. Jahrhundert, als die Stadt noch an der jetzt 3,5 km entfernten Ems lag, folgte ein rascher Niedergang. Schon die durch gewaltige Sturmfluten entstandene Bildung des Dollart um 1287 legte den Keim für diesen Niedergang. Doch wehrte sich die aufblühende Stadt dagegen durch für damalige Zeit gewaltige Neubauten und es gelang ihr, den zum Nebenarm der Ems gewordenen Zugang zur See noch schiffbar zu erhalten. Streitigkeiten der Stadt mit der Landesherrin und wirtschaftlicher Niedergang ließen das große Pfahlwerk, das den Emsdurchbruch abgeschlossen hatte, verfallen und der Zugang von See zur Stadt versandete mehr und mehr. Auch die zurzeit der Hannover'schen Herrschaft ausgeführten kostspieligen Bauten waren wegen des geringen Tiefganges von 4 m von geringem Erfolg.

Die preuß. Regierung sorgte von 1866 an zunächst durch Verbauung der Emsmündung und Baggerungen dafür, daß der Ebbe- und Flutstrom das Fahrwasser bis zu 10 m unter H.W. vertiefte.

Daneben wurde von 1880 an ein unter Schleusenverschluß stehender Binnenhafen und davor ein zweckmäßiger Außenhafen geschaffen. Nach Eröffnung des Dortmund-Emskanales wurden im Außenhafen außerdem für Umschlagzwecke Kohlenkipper, schwere Krane und Schuppen eingerichtet.

Dieser erste Zubringer aus dem Industriegebiet steigerte aber den Umschlag im Hafen von 156 000 t im Jahr 1898 auf 1 390 000 t im Jahr 1904, also so gewaltig, daß die im Jahr 1901 vollendeten Erweiterungen nicht mehr ausreichten. Da nach Vollendung der jetzt im Bau befindlichen großen Schiffsfahrtskanäle mit einem noch weit größeren Umschlag zu rechnen sein wird, so mußten bedeutende Erweiterungen vorgesehen werden.

Neben ausgiebigem Raum für den Umschlag der Kanalfahrzeuge in die größten demnächst zu erwartenden Seefrachtdampfer war Gelände aufzuschließen für die Anlage von industriellen Werken, die ebenso wie die Werftanlagen in bequeme Verbindung mit der Eisenbahn und den Kanalanlagen zu bringen waren. Die örtlichen Verhältnisse gestatteten die Erweiterung östlich von den bestehenden Hafenanlagen nach dem Watt hin, wo das erforderliche Gelände durch Anlage eines neuen Seedeiches und Bildung des sogen. Königspolders gewonnen wurde. So erhielt man eine 30,5 ha große Fläche, auf der mit bequemem Zugang nach See sämtliche eben genannten Einrichtungen mit der erforderlichen Erweiterungsfähigkeit errichtet werden konnten.

Da dort eine gute Außenreed die Anlage eines Außenhafens entbehrlich machte, so wurde der ganze neue Binnenhafen als Dockhafen angelegt und durch eine Schleuse abgeschlossen, die bei jedem Wasserstand benutzbar bleiben mußte. Die Lage dieser neuen Schleuse im Schutz des Seedeiches war durch die Länge der Zufahrt, in der drei bis vier Liegeplätze für größere Frachtdampfer zu schaffen waren, bedingt. Sie wurde daher an das Ende eines etwa 70 m breiten und 5880 m langen Vorhafens verlegt. Bei Festlegung der Abmessungen der Schleuse selbst war auf eine Steigerung der Wasserverdrängung der größeren Frachtdampfer in der nächsten Zeit Rücksicht zu nehmen. Die darüber angestellten sehr sorgfältigen Erhebungen führten zu einer Kammerlänge von 260 m, einer Breite von 40 m und zu 13 m Drempeltiefe bei Niedrigwasser. Damit wird der Emdener Hafen nicht nur für jeden zurzeit fahrenden Frachtdampfer zugänglich sein, sondern er wird auch der künftigen Entwicklung des Frachtdampfer-Verkehres für lange Zeit Rechnung tragen. Bei der großen zu verschließenden Breite waren Stemmtoore und wegen der hochmastigen Schiffe auch Hubtoore für die Schleuse ausgeschlossen. Mithin kamen nur noch die gewählten Schiebetore in Frage, die beim Öffnen in seitliche Torkammern zurückgezogen werden. Bei der Gründung mußte der Wasserstand in den Baugruben um die gewaltige Höhe von 19–20 m abgesenkt werden. Bei dem vorzüglichen, fast wasserundurchlässigen Kleiboden, der den Untergrund des eingedeichten Watts bildet, war dies durch stufenweise angeordnete Kränze von Saugbrunnen möglich. Ebenso gestattete der Kleiboden, auch die Schleusenammer ohne Betonsohle nur mit einer starken Sohlenpflasterung zu befestigen. In dem Becken des Binnenhafens hat man, da der Hauptverkehr in Umschlag der Güter von Kanalschiffen auf Seedampfer bestehen wird, zunächst von der Anlage umfangreicher Kaimauern abgesehen, dagegen reichlich durch Dalben zum Festlegen der Seeschiffe gesorgt.

Eine Kanalverbindung mit dem älteren Binnenhafen und Erweiterungen der Mündungen des Dortmund-Emskanales sorgen für bequeme Vermittelung des Binnenlandverkehres. Verbesserungen und umfangreiche Neuanlagen in der Betonung und Beleuchtung des Außenfahrwassers erleichtern eine sichere Ansegelung des neuen Hafens. So ist mit sehr großem Kostenaufwand — die neueste Hafenerweiterung allein ist mit 20 Mill. M. seinerzeit veranschlagt worden — eine Hafenanlage geschaffen, die den Wettbewerb des Emdener Hafens als Ausfuhrhafen eines gewaltigen Industriegebietes mit allen übrigen Häfen der Nordseeküsten für lange Jahre aushalten wird. —

Sächs. Ingenieur- und Architektenverein zu Dresden. In der Wochenversammlung am 30. Januar 1911 sprach Hr. Reg.-Bmstr. Bloß über den „Einfluß des elektrischen Stromes auf Zement-Beton“. Wir geben den Vortrag auszugsweise in den „Mitteilungen über Zement, Beton und Eisenbeton“ demnächst wieder. —

Wochenversammlung am 13. Febr. 1911. Vortrag des Hrn. Stadtbaumstr. Dr. Ing. Niedner über „Tiefbauliche Arbeiten beim neuen Schlachthof in Dresden“.

Eins der größten Bauwerke, welche die Stadt Dresden in den letzten Jahrzehnten geschaffen hat, ist der neue Schlachthof. Wo dieser heute steht, befand sich vor 12 Jahren ein flaches, von Elbhochwässern überflutetes Gebiet, das vor der Bebauung entsprechend über die höchsten Elbhochwässer herauszuheben war. Die erforderlichen Erdmassen wurden teils aus einer zur geregelten Hochwasserabführung herzustellenden etwa 300 m breiten Flutrinne, teils aus Bauschutt und Ausschachtungsmassen und aus einer von der staatlichen Wasserbauverwaltung ausgeführten Elbufervorland-Abgrabung gewonnen.

Um die Dammschüttungsarbeiten auch während der Elbhochwässer bewirken zu können, wurde eine 320 m lange hölzerne Jochbrücke erbaut. Im Ganzen wurden

etwa 1 Million cbm verbaut. Um späteren Einsenkungen der im Schlachthof erforderlichen fügenlosen Hallenfußböden und Straßenbefestigungen vorzubeugen, mußten die einzelnen, 25 cm hohen Schichten der etwa 2,5 m hohen Schüttungen sorgfältig abgerammt und abgewalzt werden. Hierfür sind rd. 50000 M. aufgewendet worden. Diese Kosten haben sich aber wohl gelohnt, denn bisher sind Senkungen der befestigten Flächen nirgends beobachtet worden.

Der Baugrund der so hergestellten Schlachthofinsel bestand aus wenig tragfähigem sandigen Schlamm und schlammigem Sand. Die zulässigen Bodenpressungen betrugen nur 0,5 bis 1,5 kg/qcm. Bei Belastungen von 2 kg/qcm traten Senkungen bis zu 5 cm ein.

Für den Eisenbahnananschluß mußte eine 370 m lange Eisenbahnbrücke über die Flutrinne erbaut werden. Sie liegt auf die Länge eines Viertelkreises im Bogen von 180 m Halbmesser und wurde wegen der von der Wasserbauverwaltung geforderten möglichst geringen Einengung des Durchflußprofils in ihrem gradlinigen Teile mit drei durchgehenden Trägern über je drei Öffnungen von 16,3 m Stützweite mit je zwei Pendelpfeilern ausgeführt. Die Pendelpfeiler sind in Eisenbeton mit Betongelenken hergestellt. Des schlechten Baugrundes wegen wurden Gründungsverbreiterungen bis zu 5 m erforderlich.

Ein wichtiges Bauwerk, eine 300 m lange Entladerampe, wurde, um eine sichere Lage der Rampenmauer zu gewährleisten, regelrecht auf den gewachsenen Boden gegründet. Trotzdem zeigten sich schon während des Aufbetonierens ungleichmäßige Senkungen derart, daß die Rückseite der mit Anlauf hergestellten Mauer sich 8 cm nach rückwärts legte bei einer gleichzeitigen Senkung um 5 cm. Durch reichliches Abwalzen der 4 m hohen Hinterfüllungsmassen konnte die Mauer beim Verfüllen wieder in ihre richtige Lage gebracht werden. Die bei dieser Mauer gemachten Erfahrungen gaben Veranlassung, andere Bauten, z. B. Rampenmauern für den Sanitäts- und Pferdeschlachthof und den Ausländerstall, Drehscheiben usw. nicht mehr auf den gewachsenen Boden, sondern auf die gewalzte Schüttung flach zu gründen. Irgend welche Uebelstände haben sich bis jetzt hierbei nicht gezeigt. Interessant ist auch die Ausführung des Rampengleises, dessen Bereich zur Ermöglichung einer gründlichen Reinigung mit dichter Oberfläche hergestellt werden mußte. Es wurde eine Gleislage auf Einzelbetonstützen gewählt. Um aber Senkungen zu verhüten, wurde auf die gut in Schichten abgewalzte Schüttung zunächst eine Schicht grobe Kiesel eingewalzt, dann wurden Betonlängsschwellen aufgestampft und darauf die Einzelstützen versetzt. Die Zwischenräume wurden mit Granitkleinsteinen in Zementmörtel ausgepflastert. Diese Anordnung hat sich gut bewährt. Auf besonders hohen Schüttungen sind Dichtungen der Pflasterflächen mit Steinkohlenteer vorgenommen, wie überhaupt der Teer zur Herstellung der Verkehrsfläche ausgiebig mit Vorteil angewendet worden ist.

Als Zugang für Fahr- und Fußverkehr über die Flutrinne dient auch jetzt noch die im Jahre 1899 erbaute Holzbrücke. Da diese während des Bauens stark durch die Bauverfahren und die Einflüsse der Witterung gelitten hatte und zur Aufnahme der Straßenbahnverbindung dienen sollte, machten sich umfängliche Wiederherstellungsarbeiten nötig. Die mangelhafte Längs- und Querversteifung wurde sachgemäß ergänzt, die zum großen Teil angefallenen und zerstörten senkrechten Pfähle wurden nach Aushub der Baugrube für die neue Gründung abgesägt, dann wurden Quadranteisen um sie gelegt, an welche Flacheisen angenietet waren. Diese Quadranteisen wurden dann in ein Betonfundament mit Eiseneinlagen einbetoniert. Die starke Zerstörung der Fahrbahndecke war zum größten Teil der zu dichten Lage der Balken mit nur 1–2 cm Zwischenraum zuzuschreiben. Auffallend war, daß an den Stellen, wo auf den Balken zum Zwecke der Höhenausgleichungen Dachpappe aufgeklebt war, das Holz kerngesund geblieben war. Beim Umbau wurden deshalb sämtliche Balken nach Wegschneiden der zerstörten Stücke und Ersatz durch neue mit größeren Zwischenräumen neu verlegt und einzeln mit Dachpappe abgedeckt. Die nun ausgebesserte und neu versteifte Brücke zeigt unter dem Straßenbahnverkehr wesentlich geringere Schwingungen als früher unter dem leichten Fußverkehr.

Die meisten Straßenflächen des Schlachthofes wurden mit Zementmakadam befestigt. Auch Kleinsteinpflaster auf Betonunterbau ist wiederholt gewählt worden. Beide Befestigungsarten haben sich trotz der meist hohen Schüttung gut bewährt.

Die Entwässerung der Schlachthofinsel erforderte besondere Anlagen wegen ihrer nur geringen Erhebung über das höchste Hochwasser. Die Tagewässer können zwar jederzeit unter Ausnutzung des natürlichen Gefälles abgeführt werden, nicht aber die umfangreichen Schmutz-

wässer, die teilweise unter der Straßenhöhe anfallen und vor ihrem Einlassen in die Elbe gereinigt werden müssen. Als zweckmäßigste Anordnung ergab sich das Trennsystem: die Tagewässer werden durch ein Kanalnetz der Elbe gegenüber von Uebigau zugeführt, während die Schmutzwässer nach Norden zu in eine nach dem System Riensch gebaute Kläranlage fließen und bei Niedrigwasser unmittelbar, bei Hochwasser aber erst nach Ueberpumpen der Elbe zufließen. —

Rtz.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Aachen. Bericht über die Vereinstätigkeit im Jahre 1910. Zu Beginn 1910 zählte der Verein 61, zu Beginn 1911 66 Mitglieder. Der Vorstand für 1911 setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Lürig, kgl. Baurat, stellvertr. Vorsitzender und Kassenwart Becker, Dipl.-Ing., kgl. Ob.-Lehrer, Schriftwart Schmidt, Reg.-Bmstr., 1. Beisitzer Prof. Arnold, 2. Beisitzer Stadtbauinsp. Bohrer.

Im Jahre 1910 hat der Verein u. A. folgende Veranstaltungen getroffen: Vereinsversammlung am 20. Januar: Bericht des bisherigen Vorsitzenden über das Vereinsjahr 1909, des Kassenwartes und der Kommission für das Bürgerhauswerk. Wiederwahl des bisherigen Vorstandes; Vereinsversammlung am 15. April: Nach Erledigung der Vereinsangelegenheiten Vortrag des Hn. Bohrer: „Die Farbe im Aachener Stadtbilde“; Vereinsversammlung am 27. Mai: Hr. Holz hielt einen Vortrag mit Lichtbildern über: „Die wasserbaulichen Anlagen der Stickstoffindustrie Norwegens.“ Am 24. Oktober, gelegentlich der Wanderausstellung des Rh. Vereins für Kleinwohnungswesen im Reiffmuseum veranstaltete der Architekten- und Ingenieur-Verein in Verbindung mit der Aachener Handwerkskammer einen Lichtbildervortrag des Hn. Arch. Dr. Ing. Hecker, an welchen sich ein Vortrag des Sekretärs der Handwerkskammer Hrn. Scholl und eine Besprechung anschlossen. Ferner fanden folgende Besichtigungen statt: am 18. Juni des römischen Tempelbezirks in Cornelimünster unter Führung des Leiters der Ausgrabungen Hrn. Max Schmid; am 26. Juni des Neubaus für das kgl. Polizeipräsidium unter Führung des örtlichen Bauleiters Hrn. Wohlfarter; am 18. Juli der im Bau begriffenen Dreilägerbach-Talsperre bei Rötgen unter Führung des Bauleiters Hrn. Schoelvinck; am 12. Dezember des neuerbauten hüttenmännischen Institutes der Technischen Hochschule im Anschlusse an einen die Einrichtungen des Neubaus erläuternden Vortrag des Hn. Geh. Reg.-Rats Prof. Dr. Wüst; am 20. Dezbr. des Ponttor-Museums, bei welcher Hr. Museumsdir. Dr. Schweitzer die hier neu aufgestellte sehr vermehrte städt. Sammlung von Altertümern eingehend erläuterte.

Zur Bearbeitung verschiedener Einzelgebiete bestehen folgende Ausschüsse: 1. Für die Frage: „Wie kann die Stellung der Architekten und Ingenieure in den öffentlichen Verwaltungskörpern gehoben werden?“ Mitglieder die Hrn. Kümmel, Lürig und Wohlfarter;

2. für das Bürgerhauswerk: Mitglieder die Hrn. Arnold, Bohrer, Buchkremer, Hausmann, Henrici und Wohlfarter. Zum städtischen Ausschuss für die Neubearbeitung der Baupolizei der Stadt Aachen hat der Verein die Hrn. Becker und Lürig entsandt. Der Ausschuss der Stadt Aachen zur Bearbeitung eines Ortsstatutes zur Verhütung der Verunstaltung städtischer Straßen und Plätze soll von der Bürgerhauskommission unterstützt werden, die zur Teilnahme an den Ausschussberatungen Hrn. Henrici wählte. —

Architekten- u. Ingenieur-Verein zu Bremen. Jahresbericht 1910. Der Verein bestand am 1. Januar 1910 aus 163, am 1. Januar 1911 aus 167 Mitgliedern. Der Vorstand wurde i. J. 1910 gebildet aus den Hrn.: Baudir, Graepel, 1. Vorsitzender; Reg.-Bmstr. Rauschenberg, 2. Vorsitzender; Ing. Prof. Wilda und Arch. Hans Lassen, Schriftführer; Dir. Götze, Säckelmeister; Fabrikbesitzer Bestenbostel, Bücherwart.

An Versammlungen wurden abgehalten: 4 Hauptversammlungen, 25 regelmäßige Versammlungen. Sie fanden in den Räumen des Künstlervereins statt. Außer den vorerwähnten Versammlungen sind noch fünf besondere Versammlungen, an denen auch Damen teilnahmen, zu erwähnen, und zwar: 1. am 14. Jan. im Goethesaal, in der Hr. Strobel seine Eindrücke von einer englischen Studienreise unter Vorführung von Lichtbildern vortrug, 2. am 1. April desgl., in der Hr. Knaus über Genua, ebenfalls unter Vorführung von Lichtbildern, sprach, 3. am 4. Nov. im Konventsaal des Künstlervereins, in der Hr. Bahnsen einen Vortrag hielt über: „Etwas über die schwarzweiße und farbige Lichtbildkunst“. Der Vortrag wurde ergänzt durch Vorführung zahlreicher selbstangefertigter schwarzweißer und farbiger (Auto-

grom-) Lichtbilder. Am Schluß zeigte Hr. Plate einige von ihm angefertigte Autogrombilder. 4. am 12. Dez. im Konventsalle, auf Einladung des Arch.- u. Ing.-Vereins unter Teilnahme geladener Gäste, in der Hr. königl. Brt. Contag über seinen „Entwurf einer Großschiff-fahrtsverbindung zwischen Werra und Main“ sprach. 5. am 18. Dez. im Bürgeramtssaal auf Einladung des Hrn. Dr. Tetens in Gemeinschaft mit dem Bezirksverein Deutsch. Ing., in der ersterer über den Plan einer elektrischen Schnellbahn von Bremen nach Bremerhaven sprach.

In den regelmäßigen Versammlungen wurden 8 größere Vorträge gehalten, und zwar sprachen Hr. Süchting über: Etwas über den Kreisel; Hr. Wilda über: Einiges über Schraubenflieger; Hr. Wagenführ: Ueber die Jungfraubahn, mit Lichtbildern; Hr. Keuffel: Ueber die weitere Entwicklung der Turbinen zum Antrieb von Schiffschrauben und Hilfsmaschinen auf Schiffen; Hr. Schwiars: Ueber die Zentralstelle für technische Aukunft; Hr. Prof. Dr. Müller: Ueber die elektrischen Lichtbogen und einige neuere Bogenlampen im Technikum; Hr. Ziegler: Ueber die Fuller-Breithaupt'schen Schnellmesser, Schiebetachymeter für lotrechte Lattenstellung.

Außer den Vorträgen fanden in den Versammlungen noch eine ganze Anzahl von Mitteilungen statt, und zwar sprachen z. T. wiederholt die Hrn.: Rauschenberg, Sinzig, Oeltjen, Dr. Schaefer, Wagner, Kölle, Bücking, Wilda und Lassen.

Berichte über Ausschusstätigkeit usw. erstatteten die Hrn.: Lassen, Rauschenberg, Wagner, Graepel.

Im Juni fand unter starker Beteiligung von Damen und Herren die alljährliche Zusammenkunft der Hansischen Architekten- und Ingenieur-Vereine statt. Besichtigt wurden der Elbtunnel und die St. Pauli Landungsbrücken in Hamburg. Am Nachmittag brachte ein Dampfer die Teilnehmer nach Dockenhuden an der Elbe. Den Schluß bildete eine Zusammenkunft im Ratskeller bei einer vom Hamburger Verein gestifteten Bowle.

An Besichtigungen sind aufzuführen: Im Mai: Handels- und Industriehafen. Im Juni: Die Naßbetonierung des Trockendockes in Bremerhaven, anschließend Zusammenkunft in der Seelust. Im Juli: Hemelinger Aktien-Brauerei, Eiswerk Bremen, Brückenbauten der Bahnstrecke Sebaldsbrück—Bremen. Im Novbr.: Das Ratscafé.

Ueber die Verbandsfrage: „Grundsätze für neuzeitliche Bauordnungen“ wurde dem Verbands-Vorstand ein Bericht eingereicht.

An den Senat wurde vom Vorstand auf Grund eines Vereinsbeschlusses der Bericht des Ausschusses über die Wohnungsinspektion übermittelt. —

Münchener (oberbayer.) Architekten- und Ingenieurverein. Am 7. Febr. 1911 gab Prof. Karl Hocheder in seinen „Mitteilungen über den Neubau des Verkehrsministeriums“ sehr dankenswerte Aufschlüsse über diesen nach seinen Plänen und unter seiner Oberleitung stehenden umfangreichen Monumentalbau. Wie bei uns so ziemlich alles, hat natürlich auch dieser Bau die verschiedensten Meinungen ausgelöst und dabei waren jene, die am wenigsten unterrichtet sind von den gleichzeitigen praktischen Forderungen, die von einem Bau dieser Art befriedigt werden müssen, die lautesten Beurteiler. Der reiche Beifall der zahlreich Anwesenden bekundete deren Dank. Dem verstorbenen Generaldirektor der Verkehrsanstalten und langjährigen Mitglied des Vereins v. Ebermayer widmete der I. Vorsitzende einen herzlichen Nachruf. Ministerialrat v. Stempel gab einen kurzen Ueberblick über den Erfolg der seit 1904 erledigten 35 Wettbewerbe, von denen nur 5 ohne Zuziehung des Preisträgers ausgeführt wurden. Die Preise betrugen insgesamt über 40 000 M., von denen ungefähr 7000 M. an den Verein für Selbstunkosten rückvergütet wurden. Erfreulich sei die lebhafteste Beteiligung der jüngeren Kräfte an den Wettbewerben gewesen. —

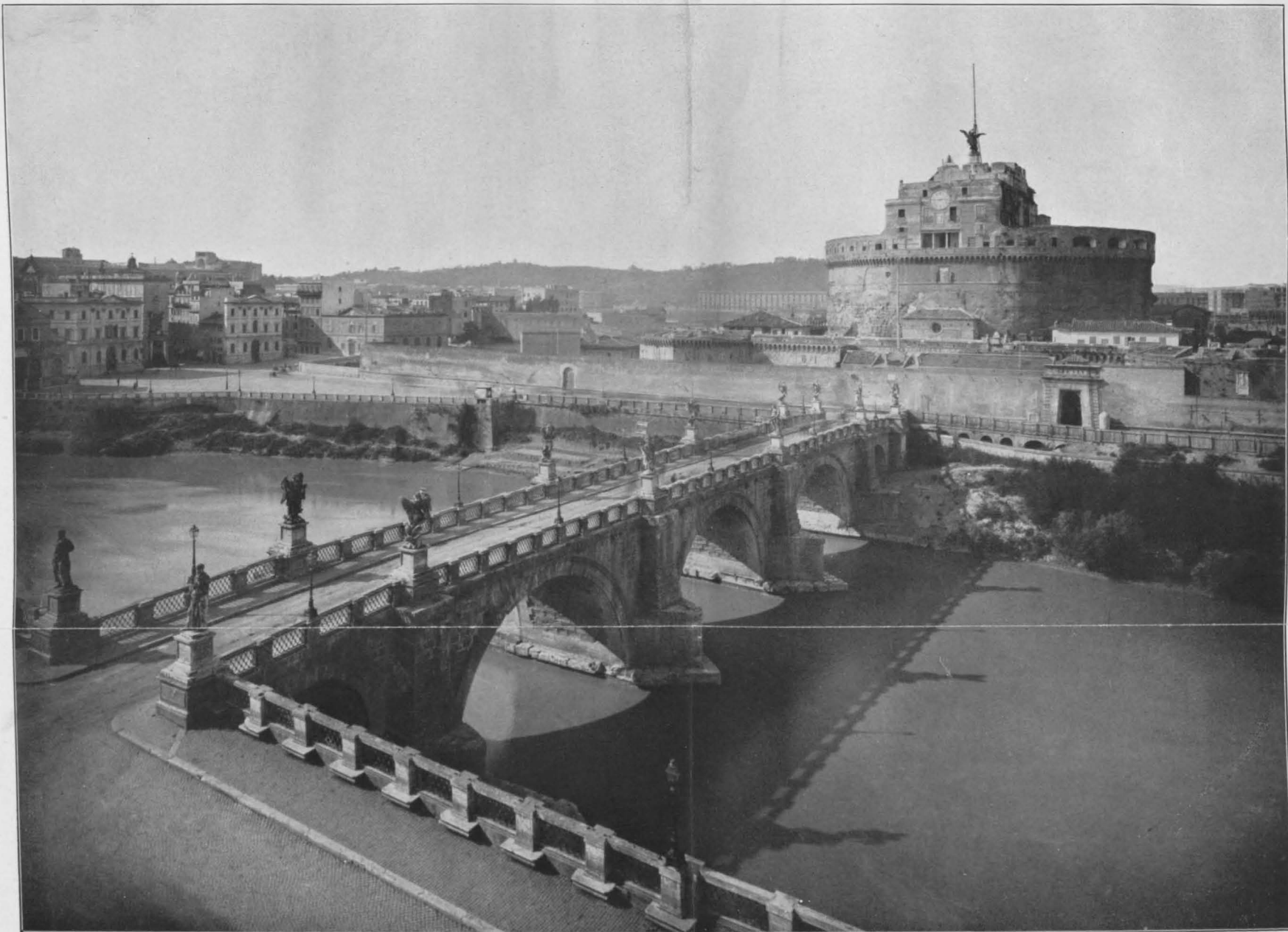
Der 16. Febr. 1911 brachte den mit Experimenten verbundenen Vortrag des Prof. Dr. Oskar Knoblauch von der K. Technischen Hochschule in München über „Wärme- und Schallisolationen von Gebäuden“. Nach der Erläuterung der an Neubauten in dieser Richtung angestellten Versuche ging der Redner auf die Wirkung der verschiedenen Isoliermaterialien über. Er führte eine Anzahl dieser experimentell vor, wobei manche gang und gäbe Ansicht eine drastische Widerlegung erfuhr. Schließlich wies er noch darauf hin, daß die obersten Stockwerke unserer Häuser schlechte Wärmehalter seien. In der anschließenden Besprechung erwähnte Prof. Hönig, daß unsere Bautechniker sich doch wohl zu wenig um derlei kümmern und berichtete aus eigener Erfahrung, daß grober Kies ein sehr schlecht schalldämpfendes Mittel sei,

ein ungleich besseres aber Sand. Prof. Jammerspach sprach über seine Erfahrungen mit Wärme-Isoliermaterial bei landwirtschaftlichen Bauten und Ingenieur Steiner über die Ursachen der Trambahngeräusche. —

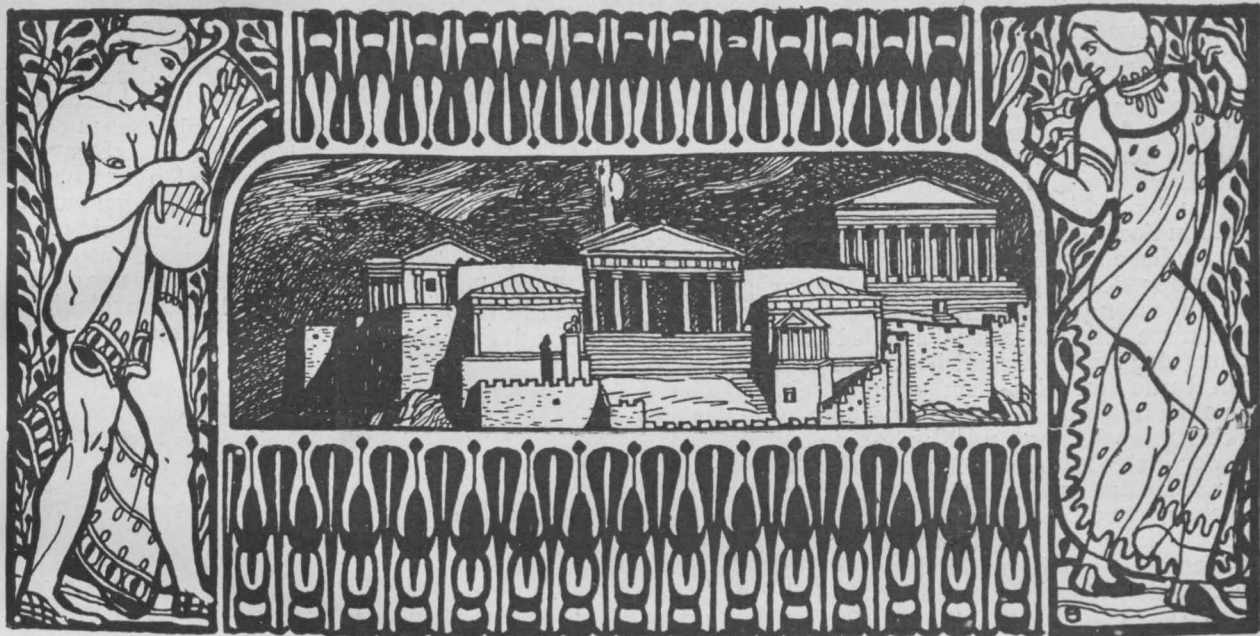
Am 23. Febr. 1911 war allgemeiner Diskussionsabend, der sich recht anregend gestaltete. Arch. Schuster führte zunächst einen patentierten Apparat zum Schließen und Öffnen der Fensterläden von innen vor, den Prof. Hönig als brauchbar auf Grund von Erprobung bezeichnete. Zustimmung begrüßt wurde die Anregung, daß für Pläne, Aufrisse usw. die bisherige Forderung für deren Größe 1:100 in Zukunft die von 1:200 genügend erachtet werde. Ministerialrat v. Stempel wurde der Dank für seine Förderung der Wettbewerbe ausgesprochen. Obering. Herndl besprach dann die Forderungen der Berliner Baupolizeibehörde hinsichtlich des Eisenbetonbaues, deren Gültigkeit für ganz Deutschland angestrebt werde. Dies bot Anlaß zur Besprechung des Betonbaues überhaupt und dann zum Uebergreifen auf den § 19 der Münchener Staffeldbauordnung, der von der Beschränkung bezw. dem Verbot der Ausnützung der Dachgeschosse zu Wohnzwecken handelt. Dieses Thema entfesselte ein sehr lebhaftes Wortgefecht. Prof. Hönig sprach sich für die Aufhebung dieses Paragraphen aus und die gleiche Ansicht vertraten die Hrn. Voigt, L. Rank, Rehlen und Prof. Rank, nachdem jene Vorschrift durch die Zulassung von Ateliereinbauten mit anschließenden Wohnräumen ohnehin bereits durchbrochen sei. Das Thema wurde nach allen Seiten besprochen und Direktionsrat Straub betonte dann nicht ohne Grund, daß bei Schaffung dieser Bauordnung der Verein sehr wenig berücksichtigt worden sei. Dies müßte in Zukunft anders werden, man sollte da nicht Zuwarten. Bei so tief einschneidenden Vorlagen hätte der Verein das Recht zu fordern, daß seine Meinung auch gehört werde. — Der Abend brachte somit eine Fülle von Anregungen, die, wenn sie auch vorwiegend lokale Verhältnisse betrafen, doch ihrer Natur nach über dieses Lokalinteresse hinausgingen. —

„Betrachtungen in Bremen, Berlin, Weimar und anderen Städten“ nannte Prof. Gabriel v. Seidl seinen Vortrag vom 2. März 1911, den er bescheiden nur als eine Plauderei bezeichnete. Vom Bremer Rathaus ab begann er seine Wanderung zu allen den Bauwerken, von denen er eine reiche Sammlung von Abbildungen trefflichster Art mitgebracht hatte. G. v. Seidl besitzt eine eigene Gabe, in seine schlichte, liebenswürdige Vortragweise allerlei Lebensbeobachtungen mit einzuflechten, die gleich blühenden Ranken den von ihm geschilderten Gegenstand umschlingen. So war es auch hier, wo seine Schilderung der „Schaffermahlzeit“ u. a. die Räume des altehrwürdigen Baues belebten, dem er selbst mit feinem Verständnis für dessen altehrwürdige Formen einen neuen Teil angefügt hat. Der Uebergang auf Berlin gab ihm Gelegenheit des Architekten-Dioskurenpaars Messel und Hoffmann zu gedenken, deren Wirken er mit liebevoller Wärme schilderte. Das märkische Museum, das Rud. Virchow-Krankenhaus usw. seien sprechendste Beweise für Hoffmanns hocherspriessliche Tätigkeit. Alfred Messel sei nicht nur einst Hoffmanns Schulkamerad, sondern auch dessen kongenialer Freund im besten Wortsinne gewesen. G. v. Seidl gedachte hierbei der Bauten Messels, des Hauses der Diskontogesellschaft auf dem Gendarmenmarkt u. a. und führte aus, wie viel die moderne Architektur, namentlich die Berlins, dem vorbildlichen Wirken dieses leider zu früh verstorbenen Mannes zu danken habe. Die Kunst und somit auch die Architektur sei eben kein toter Stoff, wohl aber eine lebendig nachwirkende Macht. Dies sähen wir nicht nur an der Kunst der Griechen, sondern auch an den Bauten Messels in seinen Schülern. Weimar erklärte G. v. Seidl, als das Widerspiel Berlins. In der Ilmstadt sei alles schlicht und nett, alles mache da die Erinnerung an Schiller, Goethe, Wieland usw. lebendig. Durch den ersten Vorsitzenden, der den durch einmütigen Beifall bekundeten Dank in Worte kleidete, kam dann auch eine durch Stempel und Marken beglaubigte Zuschrift zur Verlesung, in der das alte Bremer Rathaus sich bei G. v. Seidl in humoristischer Weise für die rücksichtsvolle Behandlung bedankt, die er ihm bei Anfügung des neuen Anbaues zuteil werden ließ. —

Vereinigung Hannoverscher Architekten. In Hannover hat sich am 4. Mai 1911 eine „Vereinigung Hannoverscher Architekten“ gebildet. Nach den Satzungen bezweckt die Vereinigung „den Zusammenschluß der ihren Beruf als Künstler ausübenden Architekten zum Schutz ihrer Arbeit und zur Hebung ihres Ansehens“. Voraussetzung zur Mitgliedschaft sind nennenswerte baukünstlerische oder bauwissenschaftliche Leistungen und selbständige Betätigung im Beruf. —



AS DRITTE ROM UND
DIE BAUKUNST. **
ANSICHT DER EN-
GELS - BRÜCKE MIT
DEM ZUSTAND VOR
DER REGULIERUNG
DES TIBER. ****
DEUTSCHE
BAUZEITUNG **
XLV. JAHRGANG 1911
**** NO. 45. ****



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. № 45. BERLIN, DEN 7. JUNI 1911.

Der Erweiterungsbau des königlichen Bankgebäudes in München.

Architekt: Professor Albert Schmidt in München.



In den Jahren 1893 auf 1894 wurde auf einem Eckgelände der Promenade- und der Pranner-Straße in München nach den Entwürfen des Hrn. Professor Albert Schmidt daselbst ein Geschäftshaus für die königliche Bank errichtet, dessen Raumverteilung der umstehende Grundriß zeigt. Das Anwachsen der Geschäfte

umgeben war und damit für die Entfaltung der Räume die günstigsten Verhältnisse darbot. Die Haupt-Ansicht entwickelt sich an der Promenade-Straße. Die Ansicht an der Pranner-Straße blieb in der bisherigen Weise erhalten, während ein längerer Gebäudeteil sich an der Salvator-Straße entwickelt. Er ist der königlichen Zentral-Staatskasse zugewiesen.

Der Architekt war nun vor die nicht leichte Aufgabe gestellt, das alte Bankgebäude in eine organische Verbindung mit dem Neubau zu bringen und

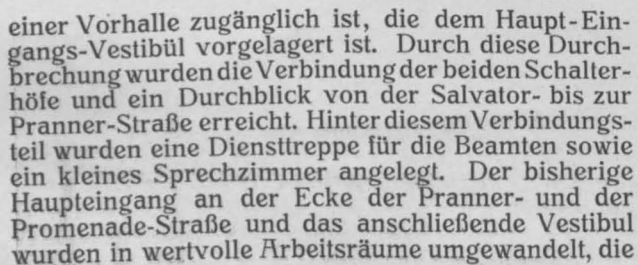
der Bank hatte nach und nach zur Folge, daß die bebaute Fläche von etwa 800^{qm} dieses Geländes auch nicht entfernt mehr ausreichte, sodaß eine Erweiterung des Bankgebäudes immer dringender wurde. Als die maßgebenden Stellen, in erster Linie der Finanzminister, sich dazu entschlossen hatten und für eine entsprechende Vorlage die Genehmigung des bayerischen Landtages nachgesucht werden sollte, machte sich zugleich der Wunsch geltend, den Erweiterungsbau in solchem Umfang vorzunehmen, daß auch die Geschäftsräume der königlichen Zentral-Staatskasse in ihm Unterkunft finden konnten. Um den Bedürfnissen der Bank und der anderen Stelle zu genügen, mußten die Anwesen Promenade-Straße 3 und 4, sowie Salvator-Straße 9 und 10 erworben werden. Durch diese Erwerbungen ergab sich eine Baustelle, die an drei Seiten von Straßenzügen



Reste des Ponte Palatino (Ponte Rotto) in Rom. Die wahrscheinlich im Jahre 114 v. Chr. durch den Quästor Aemilius angelegte Brücke wurde bei der Ueberschwemmung d. J. 1598 zerstört. Eine Hängebrücke, in der Abb. S. 383 sichtbar, verband die bestehenden Teile miteinander.

Das dritte Rom und die Baukunst.

mit dem neuen Schalterhof des alten Teiles in unmittelbarer Verbindung stehen. Durch die Verlegung des neuen Haupteinganges in die Mitte der Fassade an der Promenade-Straße und durch die hierdurch bedingte Anlage eines neuen Treppenhauses mußten sich die Arbeitsräume des Altbaues an dieser Straßenfront eine kleine Beschränkung gefallen lassen. Im übrigen hat der Altbau keine weiteren organischen Veränderungen erfahren. Dagegen haben eine Anzahl der bedeutenderen Räume dieses Baues eine neue Ausstattung erhalten, so das Zimmer des ersten Vorstandes (Kassettendecke mit hohem Konsolenfries und Wandvertäfelung), das Sprechzimmer des ersten



Vorstandes und der Sitzungssaal im I. Obergeschoß des Altbaues (Kassettendecke, Pilasterteilung und Stoffbespannung der Wände). Zur Erreichung einer harmonischen Farbenwirkung in diesen drei Räumen zwischen weißer Stuckdecke, graugrüner und tiefer roter Stoffbespannung wurde zu den Friesen der Türen, Täfeln und der Kassettendecke tief gebeiztes Eichenholz, zu den Füllungen das Holz der deutschen Esche und zu denen der Wandpilaster des Sitzungssaales das Holz der ungarischen Esche verwendet. —

(Fortsetzung folgt.)

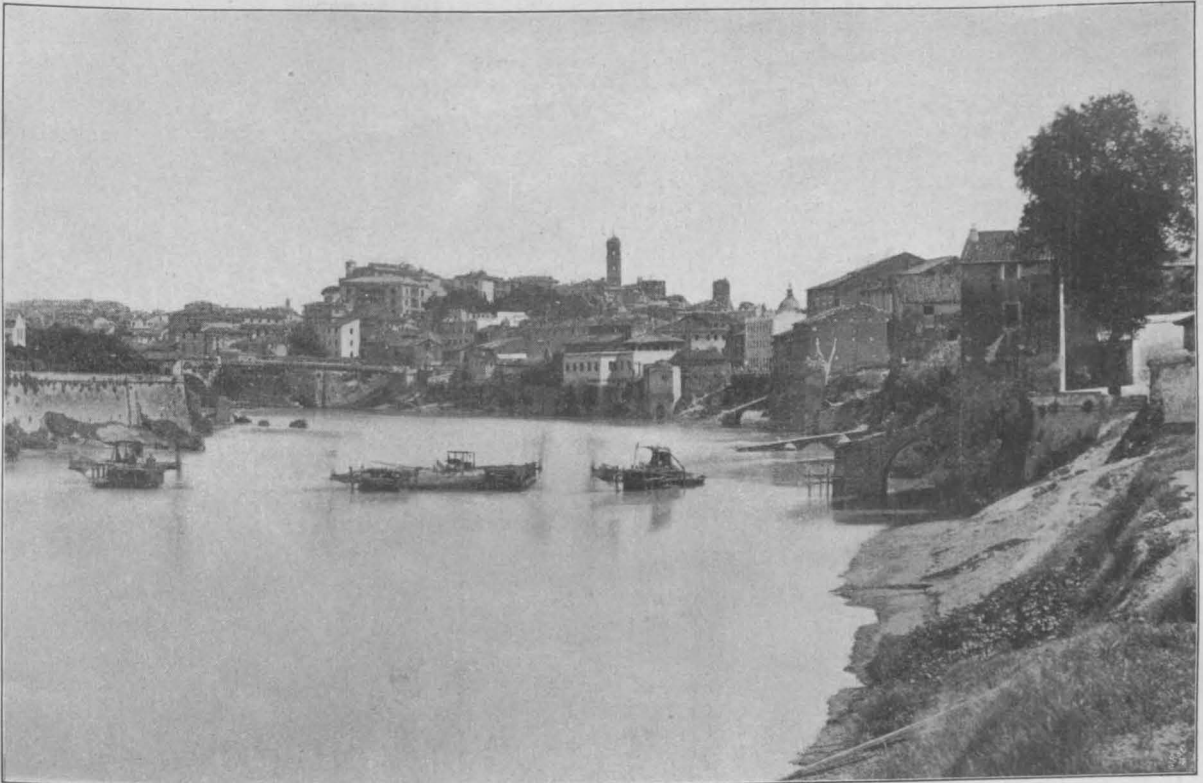
(Fortsetzung statt Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 387.

der Bögen der Brücke ist von drei auf fünf gewachsen und damit das frühere Verhältnis zur Engelsburg gestört. Aber nicht genug damit, wurde in geringer Entfernung unterhalb der Engels-Brücke zur Aufnahme einer neuen Linie der Straßenbahn eine neue, wenn auch provisorische eiserne Brücke über den Tiber geschlagen, welche die Zerstörung des ehemaligen Bildes vollendete. Gerade diese Brücke zeigt, mit welchem geringen Verständnis für die überlieferten idealen Werte der Vergangenheit der Neu-Römer die neuen Arbeiten vornimmt. Es besteht dieses Provisorium schon Jahrzehnte und ist erst in den jüngsten Tagen durch die neue Brücke Vittorio Emanuele, die im Zuge des Corso Vittorio Emanuele den Tiber überschreitet, der aber ein Teil des Spitals von San Spirito zum Opfer fiel, ersetzt worden.

Auch in seinem weiteren Verlauf hat der Tiber eiserne Brücken erhalten, wo die gewölbte Steinbrücke allein den Forderungen des *genius loci* entsprochen hätte. Die Abbildungen S. 383 legen zugleich dar, welche Veränderungen die Tiber-Regulierung am malerischen Charakter

der Stadt hervorgerufen hat. Beide Abbildungen stellen den Monte Capitolino vom Tiber aus dar, die obere Abbildung vor, die untere nach der Regulierung und nach Ausführung des neuen Ponte Sublicio. Wir stellen diesen letzteren Arbeiten von Neu-Rom außerdem die Einzelheiten der verfallenen alten palatinischen Brücke (Ponte

schwemmung des Jahres 1598 zerstört. Die stehen gebliebenen Joche wurden durch eine Hängebrücke mit einander verbunden, die in der Abbildung unten sichtbar ist und dem landschaftlichen Bilde keinen Eintrag tat. Gegenüber diesen errechneten Eisenwerken möge eine Brücke aus der Zeit der Renaissance, die Brenta-Brücke



Ansicht des Tiber mit dem Capitolinischen Hügel vor der Regulierung des Flusses.



Ansicht des Tiber mit dem Capitolinischen Hügel nach Anlage der Ufermauern und des neuen „Ponte Sublicio“.

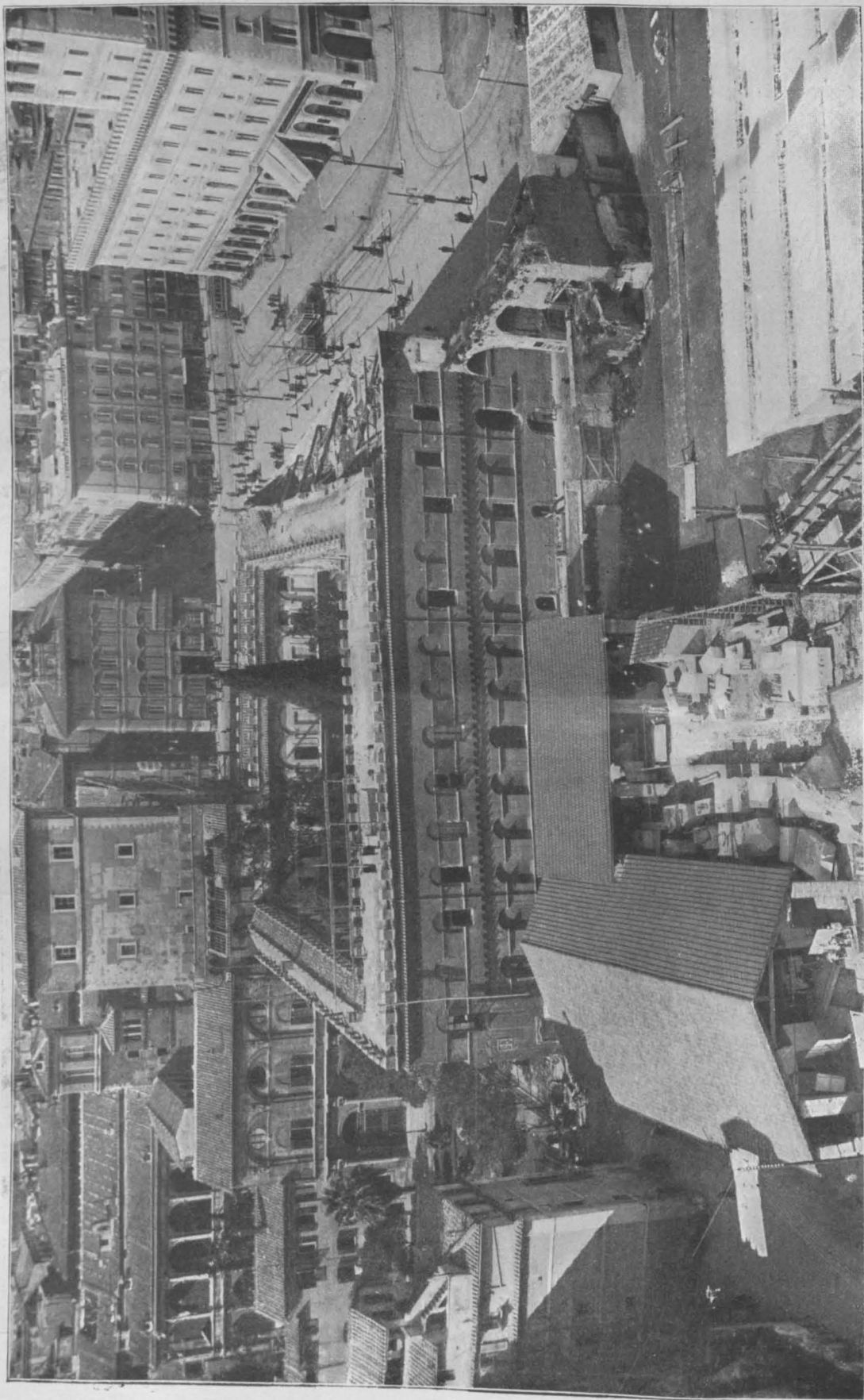
Palatino) entgegen, um zu zeigen, welcher Zwiespalt zwischen der Auffassung des Altertums und jener der Gegenwart klafft. Die Reste des alten Ponte Palatino, des späteren Ponte Rotto, sind die Ueberreste jener Brücke, die wahrscheinlich im Jahre 114 v. Chr. durch den Quästor Aemilius erbaut wurde. Die Brücke wurde bei der Ueber-

in Bassano in der Provinz Venedig, ein Werk, dessen Entwurf dem Meister von Vicenza, Andrea Palladio zugeschrieben wird, ein Beispiel sein dafür, daß auch rein konstruktive Anordnungen eine sachgemäße Veredelung und eine im Sinne der Schönheit befriedigende und harmonische Ausbildung erfahren können. Wir haben nur

für eine der bedeutendsten Stellen des Tiberlaufes im Stadtbilde von Rom gezeigt, welche verhängnisvollen Folgen die Tiberregulierung für das Stadtbild hatte. Wir könnten die Beispiele leicht vermehren, es sei nur an

Rom begleiten den Fluß Uferstraßen, welche für das Stadtbild eine große Reihe von Schönheiten erschlossen haben.

Man ist in der ganzen Zeit der letzten vierzig Jahre mit einer gewissen Energie daran gegangen, das alte Rom



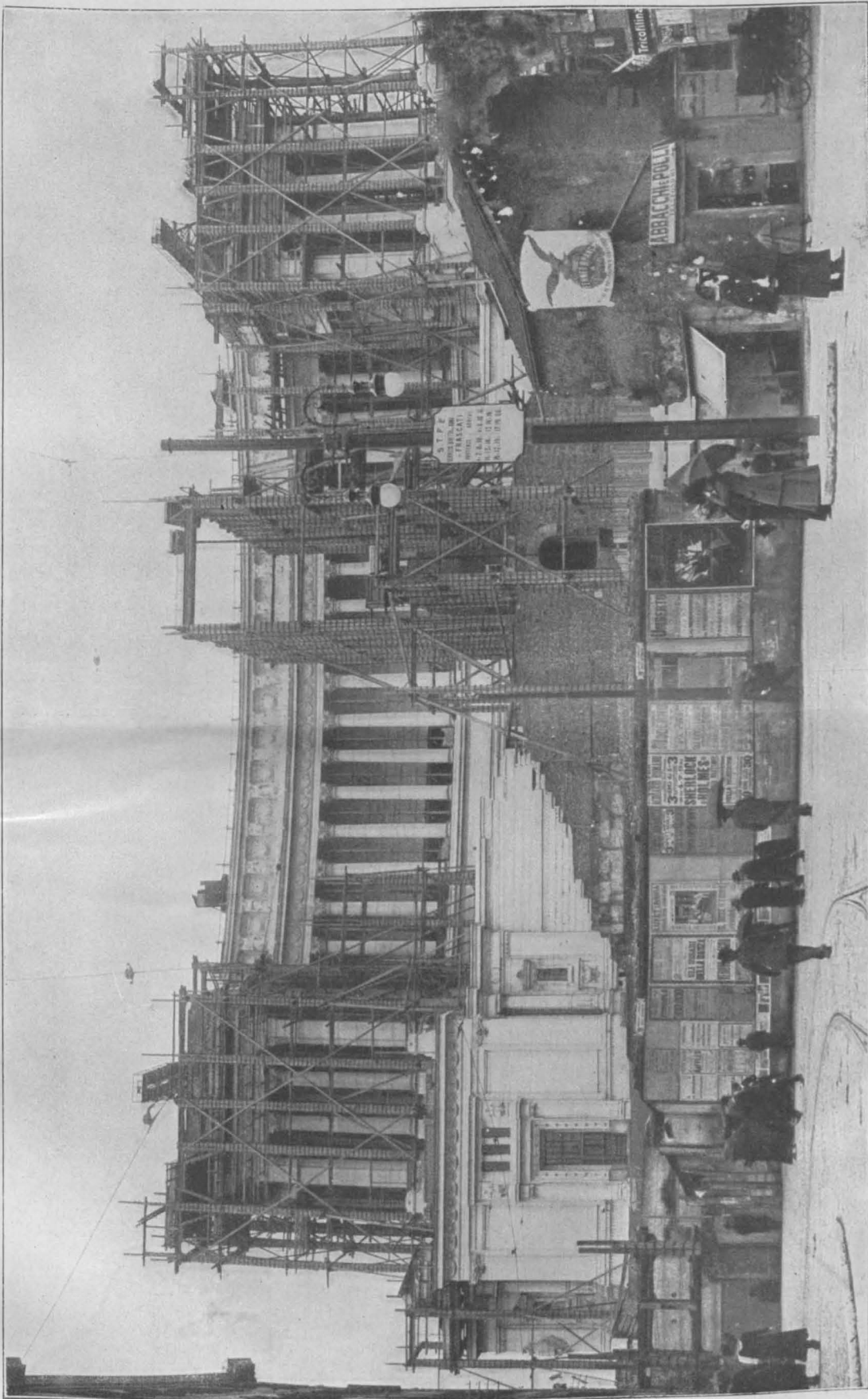
Ansicht der Piazza Venezia mit dem Palazzo Venezia während der Niederlegungs-Arbeiten, mit Blick zum Corso.
Das dritte Rom und die Baukunst.

den Garten der Farnesina erinnert. Indessen die Gerechtigkeit gebietet, doch auch zu erwähnen, daß die Tiber-Regulierung Gewinne im Gefolge hatte, die im Sinne des Städtebaues nicht gering zu schätzen sind. Auf dem ganzen Verlauf des Tiber durch die bebauten Teile von

aufnahmefähig für das neue zu machen. Vor etwa fünf- und zwanzig Jahren beschloß die Stadtverwaltung, das Gelände der Villa Ludovisi auf dem Esquilin der Bauunternehmung zu opfern. Der herrliche „Park für Könige und Weise“ wurde vernichtet und durch Straßenzüge auf-

geteilt. Was der Kardinal Lodovico Ludovisi im Jahre 1622 auf den Gärten des römischen Geschichtsschreibers Sallust, an den heute noch die Via Sallustiana erinnert, aufbaute, fiel dem Unternehmertum zum Opfer. Wenn auch

Der Villa Ludovisi folgte die Villa Borghese, ein weites Gelände im Norden Roms, östlich vom Monte Pincio und der Villa Medici, mit dem Haupteingang hinter Porta del Popolo. Die Villa ist eine Schöpfung des Kardinals



Ansicht des Viktor-Emanuel-Denkmales nach Fertigstellung der Architektur und vor Aufstellung des Reiterstandbildes.
Das dritte Rom und die Baukunst.

heute von manchen Beurteilern das blühende Villenviertel, das in jener Gegend entstand, mit einer gewissen Anerkennung begleitet wird, so vermag das doch nicht entfernt den Verlust der Villa und des Gartens Ludovisi aufzuwiegen.

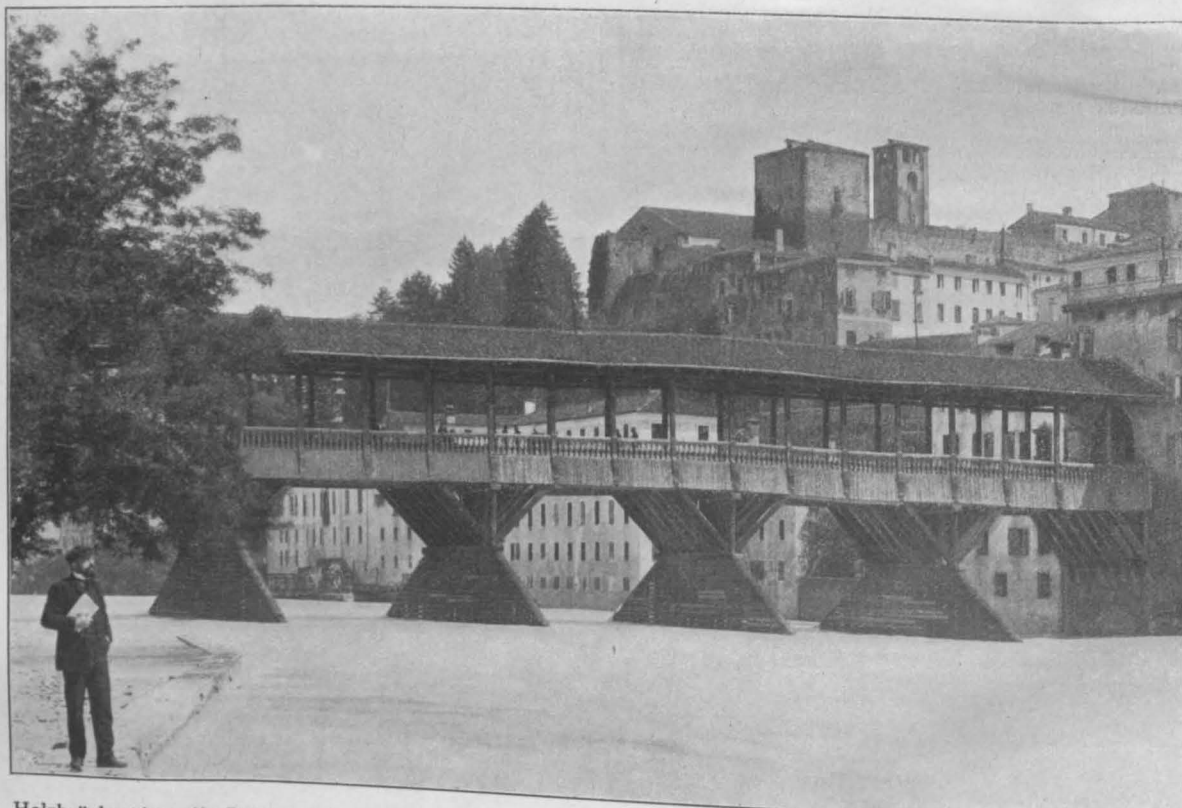
Scipio Borghese, des Neffen des Papstes Paul V. Ihre Fläche erreicht die Ausdehnung von etwa 1 qkm. Die Anlage wurde 1608 begonnen, das Kasino durch den Niederländer Hans van Xanten (Giovanni Vasanzio Fiamingo) im Jahre 1615 erbaut. Zu Beginn der achtziger Jahre des

XVIII. Jahrhunderts verschönerte Marc Antonio Borghese mit dem bedeutenden Aufwand von 2,2 Mill. L. durch dekorative Bauten die Anlagen, denen Paolina Borghese

über den römischen Adel eine finanzielle Katastrophe herein, die zum großen Teil veranlaßt war durch umfangreiche bauliche Unternehmungen in dem Stadtviertel



Ansicht der Engelsburg mit St. Peter nach der Regulierung des Tiber und nach Ausführung der provisorischen Eisenbahnbrücke nach Piazza Pia.



Holzbrücke über die Brenta in Bassano (Provinz Venedig) nach einem ursprünglichen Entwurf des Andrea Palladio und B. Ferracino; im 19. Jahrhundert erneuert durch A. Casarotti.

durch Canina das Portal hinter Porta del Popolo hinzufügte. In dieser Ausgestaltung war das weite Gelände dem römischen Volke stets offen. Da brach zu Beginn und in der Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts

Prati di Castello, die den Bedarf der Bevölkerung weit überschritten, sodaß unfertige Palastbauten unvollendet liegen bleiben mußten, fertige palastartige Wohnhäuser aber vom niederen Volk bezogen wurden. Die Katastrophe

suchte auch die Familie Borghese heim, die ihren alten Besitz den Gläubigern zur finanziellen Ausbeutung überlassen mußte. Dadurch trat ein Zustand ein, dem König und Staat ein Ende zu machen wünschten. Am 26. Dez. 1901 nahm das italienische Parlament eine Vorlage an, nach der Villa und Kasino Borghese um 3,6 Mill. L. vom Staat angekauft und der Stadt Rom als Geschenk überlassen wurden. Am 22. Nov. 1902 trat die Stadt Rom den Besitz an, mußte aber eine Reihe von Verpflichtungen übernehmen, die geeignet waren, den alten Charakter der Gartenanlagen stark zu beeinträchtigen.

Zu diesen Verpflichtungen gehörte die Anlage einer fahrbaren Straße zur Verbindung mit dem Monte Pincio, eine Anlage, die durch die umfangreichen Erdarbeiten, die das hügelige Gelände erforderte, starke Eingriffe in die Landschaft machen mußte. Ferner sollten dem Staat 50000 qm Gelände zur Erweiterung des Museums und für ein internationales Landwirtschafts-Institut in Rom, das Viktor Emanuel III. 1905 mit großer Freigebigkeit ins Leben gerufen hatte und das von 47 Staaten beschickt wird, überlassen bleiben. Das Gebäude ist inzwischen errichtet und es wurden vorher schon die Denkmäler für Goethe und Viktor Hugo im Park der Villa aufgestellt. Es liegt auf der Hand, daß durch alle diese Unternehmungen der Park stark leiden mußte, sodaß ein römischer Aufruf an das Volk, der sich gegen die Zerstörungen wendete, mit den Worten anhub, das verräterische Beil habe seine schändliche Arbeit begonnen. Man wird das Schicksal der Villa Borghese wohl als etwas Unabänderliches hinnehmen müssen, denn bei der wirtschaftlichen Lage der Stadt Rom muß die Hoffnung schwinden, daß ein so großer Besitz, der unmittelbar an eng bebautes Gelände grenzt, auch nur in der heutigen Form wird auf die Dauer erhalten werden können. Wenn ihn auch vielleicht einst nicht das Schicksal der Villa Ludovisi treffen wird, so ist doch die Zeit abzusehen, in der sein Charakter als römische Parkanlage der Barockzeit der Vergangenheit angehören wird.

Nicht weit davon, gleichfalls im Norden der Stadt, jedoch am rechten Ufer des Tiber, hat das Stadtbild eine einschneidende Veränderung erlitten, die nicht zu seinem Vorteil ausfiel. Wer von der Höhe des Monte Pincio den Blick nach St. Peter richtet, gewahrt, der Engelsburg vorgelagert, eine ungefüge Baumasse, den Justizpalast, ein weitgedehntes Rechteck zwischen Piazza Cavour und Piazza dei Tribunali, die durch den Ponte Umberto I. mit dem Stadtkern verbunden ist. Dieser Palast war während seiner ganzen Bauzeit, die 23 Jahre etwa umfaßt, sowohl in künstlerischer wie finanzieller Beziehung so sehr das Schmerzenskind der italienischen Staatsverwaltung, daß der Minister Bartolini den Tag der Einweihung des Palastes (es war am 10. Januar dieses Jahres) als einen Jammertag für die italienische Baukunst wie für die italienischen Steuerzahler nannte. Der Palast ist ein ungeheures Rechteck von etwa 210 m Länge und 150 m Tiefe. Er ist in schweren, überladenen Formen nach den Entwürfen des Architekten Giuseppe Calderini mit einer Bausumme, die 30 Millionen Lire erheblich überschreitet, im Äußeren in gelblichem Travertin errichtet. Man wird diesen ungeheuren Aufwand an Geld, Ausdehnung und an architektonischen Ausdrucksmitteln einigermaßen verstehen, wenn man weiß, daß der Palast für das neue Italien symbolische Bedeutung haben sollte. Er soll in der Gegenwart ein Symbol dafür sein, daß das alte Rom der Kulturwelt das Recht schenkte und er soll zugleich ein Tempel für den Gedanken sein, daß an die Stelle des patriarchalischen Despotismus der päpstlichen Herrschaft das neue Italien die Gerechtigkeit in der freihheitlichen Entwicklung des Volkes gesetzt habe.

Es ist der dritte der großen Justizpaläste, die Rom seit der Renaissance besaß. Den ersten großen Palast ließ Julius II. in der Zeit der Renaissance durch Bramante in der von ihm angelegten Via Giulia, die heute noch zwischen Ponte Sisto und der neuen Brücke Viktor Emanuels bei der Engelsburg auf dem rechten Ufer des Tiber verläuft, erbauen. Jedoch der Bau wurde nicht vollendet. Im letzten Jahrzehnt des XVII. Jahrhunderts, um 1691, erteilte Papst Innocenz XII. dem Architekten Carlo Fontana den Auftrag, den Palazzo Pamfili auf Monte Citorio, ein Werk des Bernini, zu einem päpstlichen Justizpalast umzubauen. Es war Innocenz X. (vor seiner Wahl zum Papst Giovanni Battista Pamfili), der 1650 den Plan faßte, für sich und seine Familie auf den Ruinen des Amphitheaters des Statilius Taurus am Monte Citorio einen großen Palast zu errichten, zu dem Bernini die Entwürfe lieferte und der durch den Schüler des Meisters, Mattia de Rossi, ausgeführt wurde. Auch hier zeigte Bernini in der Gestaltung der architektonischen Einzelheiten seine Vorliebe für die Uebertragung der Gebilde der Natur (Felsen usw.) auf den tektonischen Aufbau seiner Werke. Obwohl die Arbeiten sofort begannen, war doch beim Tode des Papstes, am 5. Januar 1655, erst der untere Teil des Bauwerkes bis zur Hälfte des Erdgeschosses aufgeführt. Es dauerte noch mehr als 40 Jahre, bis 1697, daß der Palast vollendet ward. Als „Corte Innocenziana“ war er fortan der päpstliche Gerichtspalast von Rom und blieb es bis zum Jahre 1870, in welchem Jahre das Parlament des neuen Italien seinen Einzug hier hielt. Damit war die Notwendigkeit gegeben, für die Gerichtsbehörden eine neue Unterkunftsstätte zu schaffen.

In der ersten Zeit richtete sich die neue Staatsverwaltung in den vorhandenen Gebäuden aus der päpstlichen Zeit ein. Das hatte aber, abgesehen von der Unzulänglichkeit der Gebäude, zur Folge, daß das päpstliche Rom das neue Italien mit dem höhnischen Worte begrüßte, die eindringenden Piemontesen glaubten nicht an die Dauer ihrer Herrschaft, da sie nicht wagten, neue Gebäude aufzuführen. Da war es der Minister Zanardelli, der im Jahre 1883 den Plan faßte, sowohl dem päpstlichen Rom wie den Italiern des neuen Staates zu zeigen, daß die neue Herrschaft stabilisiert sei und er betrieb die Errichtung eines Justizpalastes als eines eindrucksvollen architektonischen Werkes, dem zugleich die symbolische Bedeutung der Festigung des neuen Staatswesens beiwohnen sollte. Es war auch nicht Zufall, daß der neue Justizpalast in der nächsten Nähe der vatikanischen Stadt erbaut wurde. Wer ihn daher heute in seiner übermäßigen Ausdehnung und in seiner Gestaltung beurteilt, muß dem Umstande Rechnung tragen, daß das Gebäude ein sichtbarer Protest gegen das päpstliche Rom sein sollte. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß dieser steinerne Protest nicht hätte in Formen gekleidet werden können, die mehr der Höhe der italienischen Kunstüberlieferung entsprochen hätten. Die Ministerschaft Zanardellis fand eine Unterbrechung und damit auch die Vorarbeit für die Errichtung des Palastes. Als aber Zanardelli im Jahre 1887 wieder zur Regierung berufen wurde, nahm er ungesäumt die Arbeiten wieder auf und betrieb sie mit solcher Energie, daß am 14. März 1888 die feierliche Grundsteinlegung stattfinden konnte. Nach 23 Jahren fand die Einweihung statt. Das neue Rom war mit diesem Werke durch ein Gebäude bereichert, das ähnlich wie eine Reihe anderer Monumentalbauten — die Ministerien, die Piazza delle Terme, Bauten in der Via Nazionale — äußerlich einen großen Willen einer starken politischen Macht zeigt, in seinen künstlerischen Eigenschaften aber diesem politischen Machtgefühl nicht entspricht. Das ist mehr der Fall bei dem National-Denkmal für Viktor Emanuel II. in Rom. — (Schluß folgt.) — H.—

Die Energieversorgung der Städte.

Von Reg.-Baumeister Dr.-Ing. Hans Geitmann in Bremen.



ie Energieversorgung der Städte für Licht-, Kraft- und Wärmezwecke ist zu einem bedeutungsvollen Faktor in unserem Wirtschaftsleben geworden. Ursprünglich wurde sie von den Gasanstalten allein durchgeführt, deren einzige Konkurrenz bis zum letzten

Viertel des vorigen Jahrhunderts das Petroleum war, das, obgleich stark gefördert, nicht vermochte, die Gaswerke in ihrem beschaulichen Dasein, das sie infolge ihrer Monopolstellung führten, zu stören. Anders wurde es, als die Elektrizitäts-Werke auf den Plan traten und nach wenigen Jahren der Entwicklung ihren einzigen in der Technik dastehenden Siegeslauf begannen. Mit dem beschaulichen Dasein der Gaswerke war es vorbei, sie fühlten sich in ihrer Existenzfähigkeit bedroht und machten ungeheure Anstrengungen, den Wettbewerb auszuhalten. Alle lieb-

gewordenen Gewohnheiten wurden abgeschafft und neue Organisationen ins Leben gerufen, die mit einer vollständigen Umwälzung von innen und von außen endigten.

Im Gegensatz zu dem bisher handwerksmäßig betriebenen Gaserzeugungsprozeß brachte die Einführung der Maschine, der modernen Transportmittel in den Erzeugungsprozeß, der Uebergang zu sich selbst entleeren Vergasungsöfen, die Lösung der schon in den 70er Jahren aufgerollten Wassergasfrage die Loslösung des Betriebes vom Arbeiter. Die Erfindung des Gasglühlichtes, die Einführung des Münzgasmessers, die Fernversorgung durch Ueberlandzentralen verschafften dem Gas außerordentlich große Absatzgebiete in Dorf und Stadt. „Aus dem vornehmen Gasdirektor der guten alten Zeit, der ruhig zu Hause saß und sich um einen Gasanschluß bitten ließ, wurde ein routinierter Geschäftsmann, der Vorträge

über die Vorzüge des Gases hält, Unterrichtskurse im Gaskochen und Ladenausstellungen veranstaltet, Reklame in Wort und Schrift, Vermietung von Apparaten und Abzahlungsgeschäfte betreibt, um die Gasabnehmer heranzulocken.“ (Gasjournal 1909, Körtling.) Nicht mit Unrecht wird dieser Umschwung im Dasein der Gaswerke als der Uebergang zu den höheren Betriebsformen bezeichnet.

Diesen Ausdehnungs-Bemühungen war ein voller Erfolg beschieden. Noch im Jahre 1885 betrug der Jahres-Gasverbrauch Deutschlands etwa 480 Millionen cbm, heute rechnet man mit etwa 2500 Mill. cbm. Fest steht heute, daß als Ursache des Ueberganges der Gaswerke zu den höheren Betriebsformen das Entstehen, Wachsen und Gedeihen der Elektr.-Werke anzusehen ist. Wir sehen hier die eigentümliche Erscheinung, daß eine neue Erfindung nicht das Alte vernichtet, sondern ihm neue Impulse zu ungeahnter Entwicklung gibt.

Noch viel umgestürmer als die Entwicklung der Gaswerke war indessen diejenige der öffentlichen Zwecken dienenden Elektrizitäts-Werke, welche i. J. 1895 etwa 180 Anstalten mit 46 750 Jahres-Kilowatt-Std. zählten und heute die schwindende Zahl von 2000 Werken mit über 1200 Mill. KW.-Std. Jahreserzeugung erreicht haben. Auf über zwei Milliarden M. wird das Kapital geschätzt, das in den letzten 15 Jahren in den öffentlichen Zwecken dienenden Gas- und Elektr.-Werken Deutschlands angelegt worden ist, und das mit einigen Ausnahmen eine hervorragende Rente abwirft.

So friedlich sich nach Außen hin der Wettbewerb zwischen den Gas- und den Elektrizitäts-Werken auch abspielt, der Kampf, welcher in einzelnen Städten um die Straßen-Beleuchtung stattfand, wirft bedenkliche Schatten voraus. Es ist eine bekannte Tatsache, daß dieser Kampf um die Straßenbeleuchtung oft zur Folge hatte, daß die Beleuchtung unter den Selbstkosten abgeschlossen wurde, diktiert von der vielleicht nicht ganz unberechtigten Voraussetzung, daß dem Beleuchter der Straße auch der Vorzug bei der Innenbeleuchtung zufallen werde. Dieser Zustand ist geeignet, im unparteiischen Beobachter Bedenken gegen die bisher so sicher geglaubten Anlagekapitalien der Gaswerke auszulösen, die noch gestützt werden, wenn man die Abschlüsse der letzten Jahre verfolgt, in denen sich zeigt, daß die Steigerung des Konsums bei den Gasanstalten ganz erheblich mehr nachgelassen hat als bei den Elektrizitäts-Werken, daß manche Gaswerke sogar bei dem vorjährigen Konsum stehen geblieben sind. Aengstliche Gemüter glauben hierin schon eine Rückwärtsbewegung der Gaswerke erblicken zu müssen, wobei sie die vielleicht zutreffende Ahnung leitet, daß nach dem Uebergang zu den höheren Betriebsformen seitens der Gasanstalten im Gasversorgungs- wie Verteilungsprozeß die Technik diesen kein Mittel mehr liefern dürfte, welches eine weitere Herabdrückung der Selbstkosten ermöglicht, sodaß die steigenden Lohn- und Kohlenkosten einmal zu einer Erhöhung der Gaspreise führen müßten, falls die Rentabilität dieselbe bleiben soll.

Die Gaswerke werden als von den Elektrizitäts-Werken überholt betrachtet; es wird geltend gemacht, daß die Elektrizitäts-Werke die höheren Betriebsformen der Gasanstalten, die im wesentlichen in der Loslösung des Betriebes vom Arbeiter, in der Schaffung großer Zentralen mit großem Aktionsradius bestehen, längst durchgeführt haben, daß der Konsum und die Ueberschüsse der Elektrizitäts-Werke trotz schlechter Zeiten erheblich steigen, wobei noch die Möglichkeit vorliegt, durch Einführung des Diesel-Motors für billige Brennstoffe (Teeröle und Teer), durch Nutzbarmachung der enormen Wärmemengen des Kühlwassers in öffentlichen Badeanstalten die Brennstoffkosten auf einen Bruchteil der heutigen herabzumindern. Die Wahrheit dieser Beweisführung liegt offen zutage.

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben der evangelischen Kirchengemeinde in Essen-Altendorf bei Essen an der Ruhr, beschränkt auf die in Rheinland und Westfalen ansässigen Architekten, betrifft Entwürfe zum Neubau einer Kirche nebst Pfarrwohnung und Gemeindesälen. Frist 1. September 1911. Summe der Preise 5000 M. Im Preisgericht die Hrn. Geh. Bt. Prof. Georg Frentzen in Aachen, Prof. Fr. Pützer in Darmstadt, Arch. Emil Schreiterer in Cöln und Bt. Schmohl in Essen. Unter den Stellvertretern die Hrn. Prof. v. Lohr in Aachen, Arch. Ludw. Hofmann in Herborn, sowie Beigeordneter Guckuck in Essen. Unterlagen gegen 3 M. durch Hrn. Pfarrer Lemmer in Essen an der Ruhr. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für ein Amtsgebäude der Sparkasse in Budweis in Südböhmen erläßt die Direktion zum 15. Sept. 1911 bei drei Preisen von 5000, 3000 und 1500 K. Im Preisgericht die Herren Rich. Kristinus, Konservator der k. k. Zentral-

Hinzu kommt, daß der Bau der Gasturbinen im stillen derartig gereift ist, daß ihre Nutzenanwendung bevorsteht. Wie den Elektrizitäts-Werken bisher alle Errungenschaften des Maschinenbaues mühelos in den Schoß fielen, so wird es auch bei den Gasturbinen der Fall sein. Sowohl als reine Explosionsturbinen, wie als Verbindung der Wasserturbinen mit der Humphrey-Pumpe sind sie unter Ausschaltung der raumperrenden Dampfkessel geeignet, von Bedeutung zu werden. Als Kraftmittel für diese beiden Turbinenarten kommt in erster Linie Sauggeneratorgas in Frage. Der Zufall will es, daß parallel mit dem Entwickeln der Gasturbinen die Gewinnung der Nebenprodukte des Kraftgases geht. Dieses Bemühen, den Stickstoff der Kohle zu gewinnen, ist schon alt. In Stockton on Tees und in der Nähe von Birmingham sind zwei bedeutende Werke, die schon seit Jahren nach dem Mondschen Verfahren den Stickstoff der Kohle binden. Hier ist allerdings die Stickstoffgewinnung die Hauptsache, die Gasverwendung mehr Nebenbetrieb. Etwa 75 % der Kohlenkosten sollen durch die Stickstoffgewinnung gedeckt werden. Bei uns scheint sich das Umgekehrte durchsetzen zu wollen, indem die Stickstoffgewinnung als Nebenbetrieb betrachtet wird. Man rechnet, etwa $\frac{1}{3}$ der Kohlenkosten durch die Stickstoffgewinnung zu decken, sodaß, selbst wenn das Gas dann unter dem Dampfkessel verbrannt wird, immer noch ein nicht unerheblicher Gewinn gegenüber der unmittelbaren Verfeuerung der Steinkohlen unter dem Dampfkessel bleiben würde. Nach meinen Auseinandersetzungen mit Prof. Gramberg-Danzig im „Ges. Ing.“ 1911, Heft 4, über dieses Thema gilt als feststehend, daß die Ueberführung der in der Kohle enthaltenen Energie in jene des Dampfes unter Gewinnung des Stickstoffes mit einem Gesamtwirkungsgrad von etwa 65—70 % vor sich geht, also dem Durchschnitts-Wirkungsgrad guter Dampfkesselanlagen mit automatischer Kohlenbeschickungs-Vorrichtung ziemlich nahe kommt.

Die Einführung der Vergasung des Brennstoffes in den Erzeugungsprozeß elektrischer Energie kann nun von außerordentlicher Bedeutung für die Elektrizitäts-Werke werden. Die Umsetzung elektrischer Energie in mechanische Arbeit und Licht geht heute bereits mit solcher Oekonomie vor sich, daß die Möglichkeit besteht, daß die Elektrizitäts-Werke aus diesen beiden Gebieten die Gaswerke einmal ganz verdrängen werden; nur das Gebiet der Wärmeversorgung werden sie ihnen nie streitig machen können, und alle Versuche, den Elektrizitäts-Werken den Stempel der Wärmezentralen aufzudrücken, bleiben stets ein Spiel mit Zahlen, denen die Beweiskraft fehlt. Schon die Tatsache, daß die Ueberführung der in der Kohle enthaltenen Energie in Elektrizität mit einem Wirkungsgrad von 15 % bestenfalls möglich ist, spricht für sich genug. In dem Kraftgas haben indessen die Elektrizitäts-Werke einen vorzüglichen Wärmeträger, dessen Verbrennung im kleinen wie im großen mit einem Wirkungsgrad von 80 bis 90 % möglich ist. Berücksichtigt man nun, daß Licht-, Kraft- und Kochperioden zeitlich nicht zusammenfallen, so ist das Elektrizitäts-Werk in der Lage, die Gaserzeugungs-Anlage, welche für den Lichtbetrieb, der auch bei den Elektrizitäts-Werken für die Größenbemessung des Werkes ausschlaggebend ist, zugeschnitten sein muß, in jenen Zeiten, in denen sie für Kraft- und Lichtzwecke nicht benutzt werden, zur Erzeugung des Gases für die Wärmeversorgung sowohl zum Kochen wie zum Heizen zu verwenden. Dadurch, daß nur ein Bruchteil der Anlagekosten der Vergasungsanlage von dem Gas für Wärmezwecke amortisiert und verzinst zu werden braucht, weil ja schon der Lichtbetrieb diese Anlage erfordert, kann Kraftgas außerordentlich billig abgegeben werden. Nachfolgendes Zahlenbeispiel möge die Bedeutung veranschaulichen. —

(Schluß folgt.)

kommission in Budweis, Bez.-Ing. Anton Müller in Budweis, städt. Baudirektor Jos. Mrkviczka daselbst und Ob.-Bt. Prof. Friedr. Ohmann in Wien. —

Wettbewerb betr. Bebauungsplan für die königl. Freistadt Brassó, mit welcher Bezeichnung die Ungarn die deutsche Stadt Kronstadt belegen. Bei acht Entwürfen wurde von der Erteilung des I. und II. Preises Abstand genommen. Den III. Preis erhielt mit 4 gegen 2 Stimmen der Entwurf „pro futuro“. Zum Ankauf wurden empfohlen die Entwürfe „Moderne Stadtform“ und „Unter der Zinne“. Die Verfasser aller dieser Entwürfe sind in der Veröffentlichung nicht genannt. —

Inhalt: Der Erweiterungsbau des königlichen Bankgebäudes in München. — Das dritte Rom und die Baukunst. (Fortsetzung.) — Die Energieversorgung der Städte. — Wettbewerbe.

Hierzu eine Bildbeilage: Das dritte Rom und die Baukunst.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



ER ERWEITERUNGSBAU DES KÖNIGLICHEN BANKGEBÄUDES IN MÜNCHEN.
 ARCH.: PROFESSOR ALBERT SCHMIDT
 IN MÜNCHEN. * ANSICHT AUS DEM
 HAUPT-VESTIBÜL. * * * * *

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

* * XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 46. * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. No. 46. BERLIN, DEN 10. JUNI 1911.

Erweiterungsbau des königlichen Bankgebäudes in München.

Architekt: Professor Albert Schmidt in München. (Fortsetzung.) Hierzu eine Bildbeilage.



Der Zugang zu den Bankräumen erfolgt nach der Vereinigung beider Bauteile ausschließlich durch das Vestibül im Mittelbau. Eine dreiflügelige Treppe mit breitem Mittelflügel führt von hier zum Bankgeschoß empor; der rechte Flügel vermittelt vom breiteren Mittelflügel ab den Zugang zum neuen großen Schalterhof, der linke zum alten, und setzt sich als Haupttreppe zu den beiden oberen Geschossen fort. Unter den Podesten dieser Treppen findet rechts der Zugang zum neuen großen, links zum alten Tresor mit den Arbeitsräumen statt.

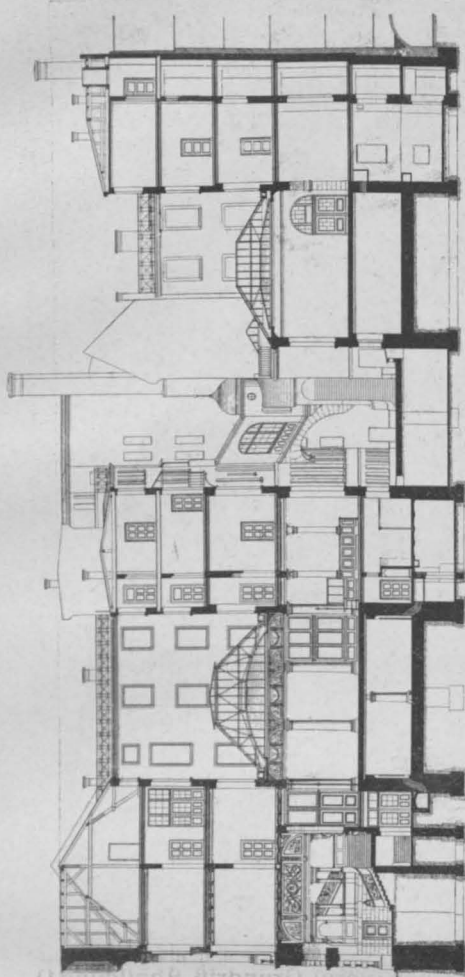
Unter dem großen Schalterhof des Neubaus liegt der stattliche neue Tresor, an den Fronten der Promenade- und der Salvator-Straße, flankiert von den Arbeitsräumen, an der Hofseite von den umfangreichen Räumen für Garderoben und Aborte. Die neue Tresor-Anlage ist durch einen Vorraum mit der alten verbunden.

Im Bankgeschoß schließt an das Vestibül mit Treppen eine Vorhalle an. Von hier aus findet durch zwei große Oeffnungen zwischen Säulen an der Langseite der Eintritt in den neuen großen Schalterhof, durch eine dritte in den alten statt. An den Schmalseiten der Vorhalle vor dem Schalterhof befindet sich

im Neubau der Zugang zu einem Sprech- und Vorstandszimmer, auf der anderen Seite im Altbaugleichfalls zu einem Sprech- und Vorstandszimmer.

Der große neue Schalterhof wird auf drei Seiten, zwei an der Straßen-, eine an der Hofseite, durch die Arbeitsräume der Bank, die sich an allen Stellen eines ergiebigen Lichtes erfreuen, umfaßt; auf der vierten ist er durch die Vorhalle unter dem Querbau mit dem alten Schalterhof verbunden worden. Nach dem Zusammenschluß beider Bauteile stehen die Arbeitsräume im Bankgeschoß ringsum auf dem großen Gelände auf drei Seiten in unmittelbarer Verbindung, auf der vierten Seite sind sie lediglich unterbrochen durch das Vestibül mit Haupttreppe im Mittelbau.

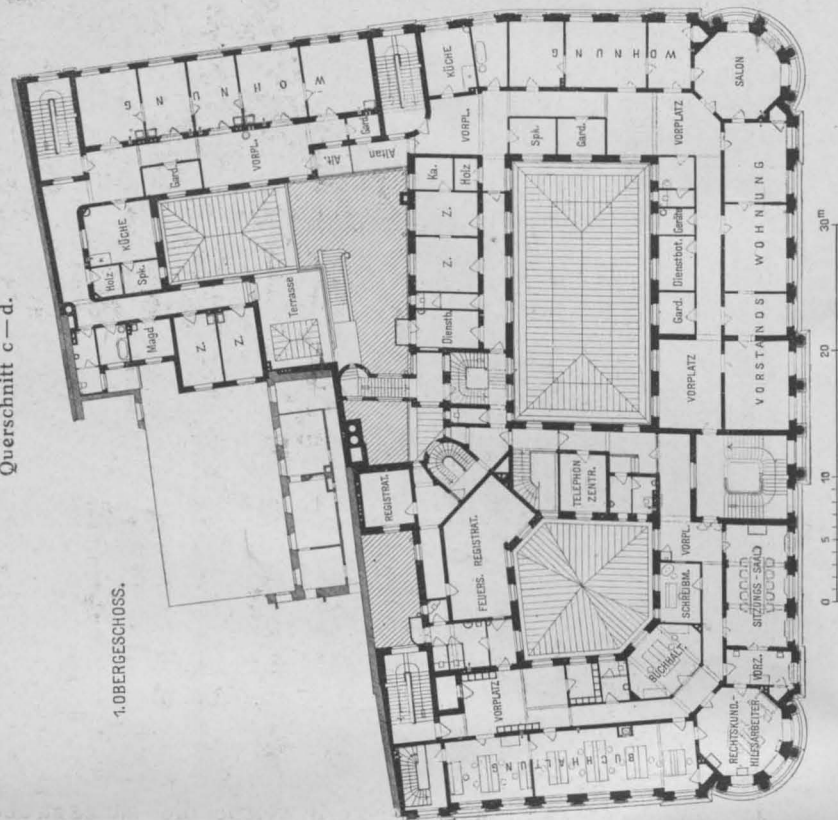
In der Salvator-Straße schließt sich an den Neubau der kgl. Bank der Seitenbau an, in dem die kgl. Zentral-Staatskasse untergebracht ist. Im Inneren ist dieser Seitenbau von dem Bankgebäude durch einen Hof von Nord nach Süd getrennt. Dieser erweitert sich parallel der Salvator-Straße nach Westen über dem Erdgeschoß, in welchem an dieser Stelle der Oberlichthof für das Zahlamt liegt, bis zum Querbau an der Grenze und wird von dem Gebäude auf drei Seiten hufeisenförmig umfaßt, wodurch die beiden Höfe in eine Lichtquelle zusammentreten. In südlicher Richtung tritt als weitere Lichtquelle der große Hof im unmittelbar benachbarten Graf Preysing-Palais, das im Besitz der kgl. Bank ist, hinzu.



Querschnitt c—d.

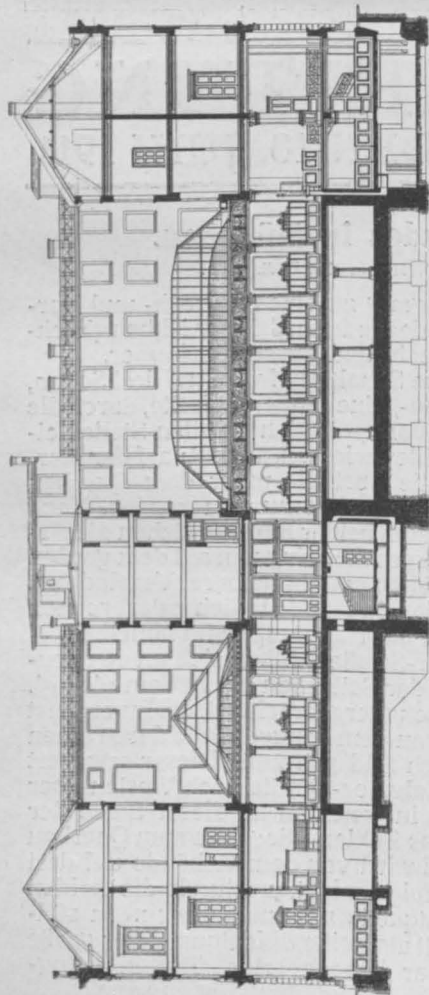
0 5 10 20 30 m

Der Zugang zum Erdgeschoß findet von einem Vestibül, welches zugleich die Durchfahrt zum Hofe aufnahm, statt. Um den Lichthof des Zahlamtes gruppieren sich weitere Räume: die Vorstandszimmer usw. an der Straßenfront, die übrigen unter den Schenkeln des Hufeisens gegen die Höfe. Zwischen dem Oberlichthof des Zahlamtes und den Bureaus an der Straßenfront liegt der große Warteraum, wel-



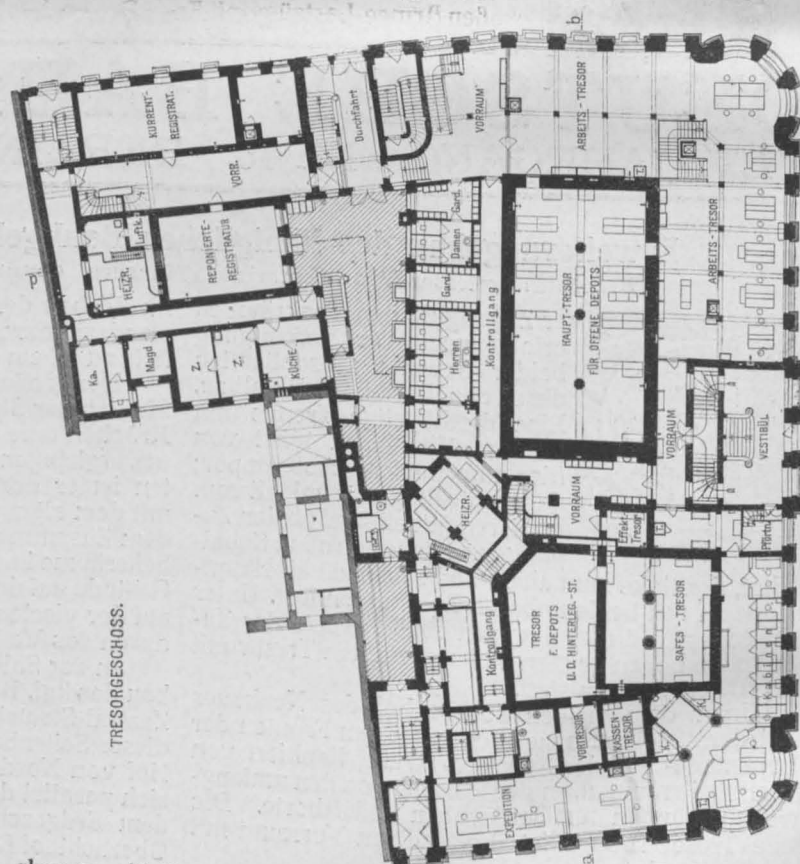
1. OBERGESCHOSS.

0 5 10 20 30 m



Längsschnitt a—b.

0 5 10 20 30 m



TRESORGESCHOSS.

0 5 10 20 30 m

cher unmittelbares Licht vom Hof und durch die Glasabschlüsse nach dem Oberlichthof empfängt.

Unter dem Lichthof des Zahlamtes sind im Sockelgeschoß ein Tresor, an der Straßenfront Kassengewölbe und Registratur, nach dem Hof des Preysing-Palais die Hausmeisterwohnung für die ganze Bau-Anlage angeordnet.

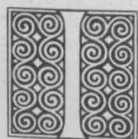
Im ersten Obergeschoß des neuen und des alten Bankgebäudes ist Vorsorge zur Aufnahme von Büreaus getroffen, im zweiten Obergeschoß liegen Wohnungen für den Bankvorstand und erste Beamte, in den Hofflügeln für die Bankdiener. Im Seitenbau sind im ersten und zweiten Obergeschoß gleichfalls Wohnungen angelegt. Die bestehende Treppenanlage mit Eingang an der Pranner-Straße ist geblieben und dient nunmehr für die Bureauräume im ersten Geschoß und für die Wohnung im zweiten. Die Haupttreppe im Mittelbau und das Vestibül an der Promenade-Straße dienen jetzt den Zwecken der Räume im

ersten Geschoß und der Wohnung im zweiten. Die Treppe an der Salvator-Straße mit Zugang ist Nebentreppe für das erste Geschoß und Wohnungstreppe für das zweite. Die Treppe mit Zugang an der Salvator-Straße an der Grenze von No. 11 ist Treppe für die Wohnungen im Seitenbau. Hierzu kommt eine Treppe im großen Freihof mit Zugang vom Vestibül an der Salvator-Straße. Sie ist ausschließlich Diener-treppe, dient als Aufgang für die Bankdiener-Wohnungen und als Lieferanten-Treppe für die Küchen der Beamten-Wohnungen. —

(Schluß folgt.)

Die Energieversorgung der Städte.

Von Reg.-Baumeister Dr.-Ing. Hans Geitmann in Bremen. (Schluß.)



m Südwesten Berlins beginnt man, das Tempelhofer Feld der Bebauung zu erschließen. Im Bebauungsplan ist festgelegt, daß größtenteils Häuser mit Vorderwohnung zur Anwendung gelangen sollen, die, wie in den übrigen westlichen Vororten Berlins, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet werden, also mindestens sämtlich Zentralheizung und Gas zum Kochen erhalten. Angenommen, die Besiedelung betrage binnen kurzer Zeit 50 000 Einwohner, die in 1000 Häusern zu je 10 Wohnungen für je 5 Personen untergebracht seien.

An Leuchtgas zu Kochzwecken benötigen diese 50 000 Einwohner bei 150 cbm für den Kopf und das Jahr rd. 7,5 Millionen cbm jährlich, die bei 13 Pfg./cbm eine Ausgabe von rd. 1 Million M. verursachen. Der mittlere Wärmebedarf eines Hauses mit 50 Zimmern beträgt etwa 90 000 Wärme-Einheiten stündlich. Bei einem Heizjahr von 2000 Heizstunden und einer Ausnutzung der Kohle in der Zentral-Heizung von 3500 Wärme-Einheiten für 1 kg Brennstoff würde der Hauseigentümer

$$\frac{2000 \cdot 90\,000}{3500} = \text{rd. } 50\,000 \text{ kg}$$

Kohlen oder Koks im Jahr verbrauchen, die bei einem Preise von 2 M. für 100 kg eine Ausgabe von

$$\frac{50\,000 \cdot 2}{100} = 1000 \text{ M. für}$$

das Jahr und Haus verursachen. Für die Beheizung der 1000 Wohnhäuser wäre demnach ebenfalls eine Million M. aufzuwenden, sodaß für die Wärmeversorgung von 50 000 Einwohnern für Koch- und Heizzwecke jährlich ein Betrag von rd. 2 Millionen Mark zur Verfügung steht.

Nun beträgt der Wärmewert des Leuchtgases rd. 5000 und jener des Kraftgases rd. 1200 Wärme-Einheiten für 1 cbm. Da der Wirkungsgrad der Gasbrenner für beide Gasarten zwischen 80—90 % liegt, wären bei der Verbrennung 4,5 cbm Kraftgas 1 cbm Leuchtgas gleichwertig. Die Wärmeversorgung der 50 000 Einwohner erfordert demnach für Kochzwecke 4,5 · 7,5 = 34 Millionen und für

$$\frac{2000 \cdot 90\,000}{0,8 \cdot 1200} \cdot 1000 = 190 \text{ Millionen cbm Kraft-}$$

Heizzwecke für das Jahr. Rechnet man für Leitungsverluste und Selbstverbrauch für das Fortdrücken des Gases 26 Millionen cbm, so wäre die Zentralen-Leistung etwa 250 Millionen cbm für 1 Jahr, bei einer größten Stundenleistung von etwa 150 000 cbm.

Es besteht nun keine Schwierigkeit, Kraftgas-Generatoren von rd. 10 000 cbm größter Stundenleistung zu bauen. Die Anlagekosten einschließlich der Vorrichtungen zur Gewinnung der Nebenprodukte (Stickstoff und Teer) dürften etwa 200 000 M. für 10 000 cbm Stundenleistung betragen. Unter der Annahme, daß $\frac{2}{3}$ der für die Wärmeversorgung erforderlichen Vergasungs-Zentrale für den Betrieb des Elektrizitäts-Werkes vorhanden sein muß, hätte die Wärmeversorgung $\frac{1}{3}$ zu verzinsen und zu amortisieren.

Die Gesamtanlagekosten der Wärmeversorgung stellen sich überschläglich auf:

Vergasungs-Zentrale für 50 000 cbm Stundenleistung 5 · 200 000 M.	1 000 000 M.
Gasbehälter	200 000 "
Kompressor-Anlage	100 000 "
15 000 m Rohrnetz zu je 50 M.	750 000 "
1000 Hausanschlüsse	300 000 "
	<hr/> 2 350 000 M.

Die jährlichen Betriebskosten der Wärmeversorgung setzen sich nun aus einer festen Summe für die Verzinsung, Amortisation und Unterhaltung der Anlage, die als mittelbare Betriebskosten bezeichnet werden mag, und einer veränderlichen Summe, die sich mit dem Verbrauch des Brennstoffes ändert, also von der Witterung beeinflusst wird, und unmittelbare Betriebskosten genannt werden mag, zusammen.

Auf Grund der bisher angeführten Zahlen betragen nun die jährlichen Betriebskosten:

a) Unmittelbare Betriebskosten.

55 000 t Steinkohlen zu je 17 M.	935 000 M.
(1 kg Kohle liefert etwa 4,5 cbm Kraftgas)	
Bedienung: 1 Betriebsleiter	6 000 M.
2 Meister	6 000 "
2 × 10 Arbeiter	33 000 "
	<hr/> 45 000 "
	980 000 M.

b) Mittelbare Betriebskosten.

12 % des Anlagekapitales der Vergasungs- und Kompressor-Anlagen = 1 100 000 M.	132 000 M.
8 % des Anlagekapitales für Gasbehälter und Rohrnetz = 1 250 000 M.	90 000 "
	<hr/> 222 000 M.

Gesamtsumme der jährlichen Betriebskosten für die Wärmeversorgung 980 000 + 222 000 = 1 202 000 M.

Im Durchschnitt enthält die Kohle etwa 1,5 % Stickstoff. Unter der Annahme, daß 60 % hiervon gewonnen werden, ergeben die für die Wärmeversorgung erforderlichen Kohlen 55 000 · 0,015 · 0,6 = 500 t Stickstoff, oder

$$\frac{500 \cdot 17}{14} = 600 \text{ t Ammoniak } [\text{NH}_3], \text{ oder } 4 \cdot 600 = 2400 \text{ t}$$

schwefelsaures Ammon $[(\text{NH}_4)_2 \text{SO}_4]$.

Der Verkaufspreis für Sulphat, welches vorwiegend von der Landwirtschaft verbraucht wird, beträgt durchschnittlich 220 M. für 1000 kg. Da für die Herstellung von 1000 kg Sulphat eine Tonne Schwefelsäure benötigt wird, für die etwa 40 M. aufzuwenden sind, wäre der Erlös des schwefelsauren Ammons 220 — 40 = 180 M. für 1000 kg.

Die Teerausscheidung beim Vergasungsprozeß beträgt etwa 5 %, der Marktpreis für Teer etwa 20 M. für 1000 kg.

Die Betriebseinnahmen aus den Nebenprodukten ergeben sich nun zu

2400 t $(\text{NH}_4)_2 \text{SO}_4$ zu je 180 M.	432 000 M.
2700 t Teer zu je 20 M.	54 000 "
	<hr/> 486 000 M.

Nach Abzug der Einnahmen aus den Nebenprodukten stellen sich daher die Kosten für die Wärmeversorgung der 50 000 Einwohner des Tempelhofer Feldes für Koch- und Heizzwecke auf 1 202 000 — 486 000 = 716 000 M. Diese Zahlen sind keineswegs willkürlich gegriffen, sondern stützen sich auf Konstruktions- und Versuchsdaten.

Selbst wenn in der Abschätzung der Kosten ein Fehler unterlaufen sein sollte, über eine Million M. dürften die Kosten der Wärmeversorgung für Koch- und Heizzwecke der 50 000 Einwohner des Tempelhofer Feldes nicht kommen, sodaß Ersparnisse gegenüber der bisher üblichen Wärmeversorgung gemacht werden, die sich annähernd auf eine Million M. jährlich belaufen.

Obleich ich die von Prof. Gramberg gefürchtete Gefährlichkeit des Kraftgases infolge seines etwa 22 % betragenden Kohlenoxydgehaltes und wenig starken Geruches nicht teile, so sei doch auch dieser Umstand in der Rechnung berücksichtigt. Die Technik gibt im Merkaptan ein Mittel an die Hand, welches, dem Kraftgas zugeführt, schon das Ausströmen geringer Gasmengen erkennen läßt, und das bereits jetzt häufig zur Anwendung gelangt. Die Kosten sollen 2,5 M. für 100 000 cbm Kraftgas betragen, was für 250 Millionen cbm einer Jahresausgabe von rd. 6000 M. entspricht, die also wohl zu erschwingen wäre.

Um das Verrechnungsgeschäft möglichst einfach zu gestalten, ist es angebracht, weder für das Gas zu Koch- noch zu Heizzwecken Gasmesser aufzustellen, sondern die Bezahlung vom Hauswirt nach Maßgabe der einzelnen Wohnungen zu verlangen, der sich dann durch einen entsprechend höheren Mietpreis deckt.

Dem Einwand, der Hauseigentümer käme zu sehr in ein Abhängigkeitsverhältnis von der Zentrale, ist dadurch

vorzubeugen, daß sämtliche Kessel für die Heizung wie Warmwasserversorgung mit Feuerungen für feste Brennstoffe eingerichtet werden, in die der Gasbrenner nachträglich einzubauen wäre. Im Fall einer Störung der Gaszufuhr würde jeder Portier binnen weniger Minuten den Gasbrenner herausnehmen und den Betrieb mit festen Brennstoffen auf beliebige Zeit durchführen können.

Wenngleich die technische und wirtschaftliche Möglichkeit, die Wärmeversorgung für Koch- und Heizzwecke mittels Kraftgas als Nebenbetrieb eines Elektrizitäts-Werkes durchzuführen, vorhanden ist, so dürfte ihre allgemeine Uebertragung in die Praxis doch noch in weiter Ferne liegen. Die Gaswerke mit ihrer mehr als hundertjährigen Vergangenheit wurzeln denn doch zu fest in unserem Wirtschaftsleben, als daß sie so glatt beiseite geschoben werden könnten. Was sollte auch aus dem auf mehrere Milliarden M. zu schätzenden Kapital werden, das in den Gaswerken, im Rohrnetz, in der öffentlichen und privaten Beleuchtung angelegt ist, deren Benutzung für Kraftgas unmöglich ist, weil das Kraftgasvolumen auf den gleichen Wärmeinhalt bezogen etwa das 4—5fache desjenigen des Leuchtgases beträgt. Nur in dem besonderen Fall, wo wie beim Tempelhofer Feld in wenigen Jahren ein neuer Stadtteil mit vorwiegend steuerkräftiger Bevölkerung entsteht, dürfte ein Versuch mit Aussicht auf Erfolg sowohl in gesundheitlicher als wirtschaftlicher Beziehung durchgeführt werden können, besonders wo in allernächster Nähe das Elektrizitätswerk Süd-West bereits vorhanden ist, aus dessen bisheriger Entwicklung geschlossen werden kann, daß die Betriebsleitung die für die Durchführung der Wärmeversorgung mittelst Kraftgas unbedingt notwendige

Initiative und Anpassungsfähigkeit besitzt. Gelingt der Versuch, dann erst haben die Elektr.-Werke Aussicht, einmal das Erbe der Gaswerke anzutreten und Energiezentralen großen Stiles für die Licht-, Kraft- und Wärmebedürfnisse der Städte zu werden.

Fassen wir die vorstehenden Ausführungen noch einmal kurz zusammen, so besagen diese, daß der Wettbewerb der Gas- und der Elektrizitäts-Werke nicht so friedlich verläuft, wie allgemein angenommen wird. Die geringe Verbrauchssteigerung der Gaswerke in den letzten Jahren und der Umstand, daß nach Uebergang zu den höheren Betriebsformen die Technik den Gaswerken wahrscheinlich kein Mittel mehr liefern wird, die stetig steigenden Löhne und Kohlenpreise durch Verbesserungen der Betriebs-Einrichtungen auszugleichen, lassen die Zukunft der Elektrizitäts-Werke, die bekanntlich im Gegensatz zu den Gaswerken eine erhebliche Verbrauchssteigerung auch in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges aufweisen, und die durch Anwendung des Dieselmotors für Teer- und Teerölbetrieb, in der Ausnutzung der Kühlwasserwärme der Dampfkraft-Anlagen durch Angliederung öffentlicher Badeanstalten in der Lage sind, die Brennstoffkosten für die Kilowattstunde auf einen Bruchteil der heutigen noch herabzudrücken, sehr günstig erscheinen. Die zwecks Gewinnung der Nebenprodukte vorgeschlagene Vergasung der Steinkohlen mit nachfolgender Verbrennung des Gases unter Dampfkesseln oder unmittelbarer Verwertung in der Gasturbine bieten technisch und wirtschaftlich die Möglichkeit, die Wärmeversorgung der Städte für Koch- und Heizzwecke mittelst Kraftgas als Nebenbetrieb der Elektrizitäts-Werke durchzuführen. —

Vermischtes.

Gasse oder Straße? Manchem Freunde alter Städte und ihrer stillen Winkel ist das Wort „Gasse“ mit seiner bescheidenen, genügsamen Bedeutung ein Laut, der ihm angenehmer im Ohr liegt, als das anspruchsvollere Wort „Straße“. Die Gasse ruft die Erinnerung wach an einen Verkehrsweg, dem die Jahrhunderte mit ihren Absichtlichkeiten und Zufälligkeiten besondere Merkmale aufgedrückt haben. Mit dem Namen verbinden sich die geringere oder größere Regelmäßigkeit des Verlaufes, Brücken, Laubengänge, Erkervorbauten, Hauswahrzeichen, bemalte Fassaden, Tortürme, kurz, der ganze Formenreichtum, den die Geschichte unseren alten Städten verliehen hat. Es ist daher die Bezeichnung „Gasse“ ein wesentlicher, jedenfalls harmonischer Teil unserer alten Städtebilder und sollte erhalten bleiben. Und er hat sich auch in vielen Städten lange und bis auf heute erhalten, nicht nur im Kern der Städte, den die Umfassungs- und Wehrmauern einst einschnürten, sondern auch in den Teilen, die in der Barockzeit und später über das enge mittelalterliche Gebiet hinausstrebten und im Anschluß an italienische Vorbilder eine weiträumigere Gestaltung suchten. Das ist hauptsächlich der Fall in den Städten, die aus geschichtlichen Gründen vorwiegend dem italienischen und französischen Einfluß unterworfen waren. Der Werdeprozeß der Großstädte freilich hat in diese alte Stimmung weite Breschen geschlagen, weiter oft, als es nötig gewesen wäre. Er hat auch die Bezeichnung „Gasse“ verlassen und an ihre Stelle die „Straße“ gesetzt. Schon aus diesem Umstand läßt sich ein Gegensatz bei den Bezeichnungen herleiten. Wenn nun aber auch zuzugeben ist, daß der moderne Städtebau unter außerdeutschem Einfluß Anlagen geschaffen hat, auf deren Verkehrswege die Anwendung der Bezeichnung „Straße“ geradezu geboten ist, so lassen sich auf der anderen Seite doch auch Bestrebungen erkennen, die das Wort „Straße“ an die Stelle der Bezeichnung „Gasse“ da setzen wollen, wo Natur und Begriff einander widersprechen. Man umkleidet heute gern neue und alte Verkehrswege mit dem großblumigen Brokatstoff des Begriffes „Straße“ und verkennt dabei nicht selten die Bedeutung der Ueberlieferung. Eine der deutschen Großstädte, die sich die Bezeichnung „Gasse“ am längsten bewahrt haben und wo nach unserem Gefühl dieser Begriff mit am heimatlichsten wirkt, ist Wien, das alte Wien; nicht nur das Wien innerhalb der ehemaligen Basteien, sondern auch das Wien der Außenbezirke, das im XVII. und XVIII. Jahrhundert entstand. In diesen Bezirken ist die Bezeichnung „Gasse“ die stehende für die meisten Verkehrswege. Nur wenige radial ausstrahlende Verkehrszüge haben die Bezeichnung „Straße“ angenommen, der gegenüber die Bezeichnung „Gasse“ nur noch heimatlicher wirkt. Nun befindet sich aber bekanntlich Wien seit einigen Jahren in einem durchgreifenden Zersetzungsprozeß der alten Stadt. Mit diesem Prozeß gehen eine große Summe unwägbarer Werte verloren. Das haben einsichtige Freunde des alten Ruhmes von Wien erkannt und sich zusammengeschlossen, den Verlusten zu bege-

nen. Es ist eine alte Erfahrung: Man ruft erst dann nach einer Sache, wenn man sie zu verlieren droht. Kein unbedeutender Umstand in diesem Zersetzungsprozeß ist der Wunsch des Ersatzes des Wortes „Gasse“ durch die Bezeichnung „Straße“ auch für Verkehrswege, deren Verhältnisse dazu nicht drängen. Es soll die Heu-Gasse eine Prinz Eugen-Straße werden. Erkennst du, lieber Leser, den großblumigen Brokatstoff? Die Heu-Gasse führt ihre Bezeichnung seit langer Zeit mit Recht. Durch sie führen und fahren heute noch die Wagen zum Heumarkt vor der Heumarkt-Kaserne. Die Prinz Eugen-Straße dagegen würde ihren Namen nicht mit dem gleichen Rechte führen, denn für den größten Teil ihres Verlaufes führt sie den Mauern des Schwarzenberg-Gartens entlang und erst an ihrem südlichen Ende berührt sie das obere Belvedere, die Sommer-Residenz des Prinzen Eugen von Savoyen. In den Jahren 1714—1724 ist die Belvedere-Anlage, die bekanntlich aus einem unteren Palast am Rennweg und aus einem durch den schönen Garten getrennten oberen Palast an der Heu-Gasse besteht, nach den Entwürfen des Johann Lucas von Hildebrandt entstanden. Mit dem gleichen Rechte könnten die Bewohner des Rennweges Anspruch auf den Namen des Prinzen Eugen machen. Aber so populär dieser Name gewiß ist, würde er an Volkstümlichkeit gewinnen, wenn er die charakteristischen Bezeichnungen Rennweg und Heu-Gasse verdrängt hätte? Verlieren die vornehmen Häuser an beiden Straßen auch nur das Geringste durch die Beibehaltung der alten Bezeichnung?

Wir meinen, es gibt Dinge, die auch in dem realistischen Denken und Fühlen des modernen Wirtschaftslebens nicht außer Acht gelassen werden sollten. Zu diesen Dingen mit unwägbarer Tragweite gehört die Beibehaltung der alten Bezeichnungen unserer Verkehrswege. Daher lasse man der „Gasse“ ihr schönes Recht, weiter zu bestehen und baue unserethalben „Straßen“, wo die neuen Verhältnisse das fordern. — H. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Rathaus Lörrach. Ein Teilnehmer des Wettbewerbes hat berechnet, daß die im Programm mit 220—250000 M. angegebene Bausumme bei den gleichzeitig angegebenen Einheitspreisen viel zu niedrig sei. Es stelle sich der Neubau ohne Mobiliar auf 290000, mit Mobiliar auf 322950 M. Bei Umbau des Amtshauses würden diese Zahlen rd. 275000 zu rd. 308000 M. sein. Der Einsender bittet, Bausumme, Einheitspreise und Programm-Forderungen miteinander in Einklang zu bringen. —

Inhalt: Erweiterungsbau des königlichen Bankgebäudes in München. (Fortsetzung.) — Die Energieversorgung der Städte. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Erweiterungsbau des königlichen Bankgebäudes in München.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



ER ERWEITERUNGSBAU DES KÖNIGLICHEN BANKGEBÄUDES IN MÜNCHEN.
 ARCH.: PROFESSOR ALBERT SCHMIDT
 IN MÜNCHEN. * ARBEITSZIMMER DES
 I. BANK-VORSTANDES. * * * * *

DEUTSCHE BAUZEITUNG

* * XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 47. * *



Neuer Schalterraum.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 47. BERLIN, DEN 14. JUNI 1911.

Der Erweiterungsbau des königlichen Bankgebäudes in München.

Architekt: Professor Albert Schmidt in München.

(Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 395.



Die äußere Architektur der Baugruppe war durch den Anschluß an das bestehende Bankgebäude festgelegt und wurde im gleichen Geiste fortgeführt. Die Verlegung des Haupteinganges in die Mitte der Fassade an der Promenade-Straße hatte hier die Bildung eines giebelgekrönten Risalites zur Folge. Bei die-

sem geht im Sockel- wie im Erdgeschoß die Bossenquaderung durch, während die Obergeschosse eine Dreiviertelsäulen-Gliederung erhalten haben, die einen Giebel mit reichem Figureschmuck trägt. Durch figürlichen Schmuck sind auch die Verdachungen der Fensteröffnungen zwischen den Säulen ausgezeichnet worden. Entsprechend dem alten Gebäude wurde die gesamte Architektur der Fassade der Promenade-Straße in Kronacher Sandstein erstellt, während an der Fassade an der Salvator-Straße auch Putz zur Anwendung gelangte. Der figürliche Schmuck des Äußeren stammt von dem Bildhauer Prof. Heinr. Waderé in München.

Im Inneren erstreckt sich die künstlerische Gestaltung in der Hauptsache auf einige repräsentative Räume, die dem geschäftlichen Verkehr mit der Öffentlichkeit oder der würdigen Vertretung der Bank dienen. Unsere beiden Bildbeilagen sowie die Abbildungen dieser Nummer geben Beispiele dieser Ausstattung. Abgesehen von den Decken der Räume im ersten und zweiten Obergeschoß, welche in ihrer künstlerischen Ausgestaltung nach der Bedeutung dieser Räume abgestuft sind, beschränkt sich die architektonische Ausschmückung im eigentlichen Bankgebäude auf das Vestibül mit Haupttreppe, auf

den Schalterhof, auf die Sprech- und Vorstandszimmer, und in dem Teil, der die Zentralstaatskasse enthält, auf die Ausgestaltung des Vestibüls mit Durchfahrt und Haupttreppe und die des Warteraumes.

Eine Ansicht aus dem Vestibül des Bankgebäudes zeigt die Bildbeilage zu No. 46. Die dreiflügelige Vestibültreppe mit Stufen aus Granit hat eine in bewegten Linien durchbrochene Brüstung aus poliertem grauem Schnöll-Marmor erhalten. Aus dem gleichen Material bestehen die Wangen dieser Treppe und die sich anschließenden Portale zum Tresor. Die Wände sind bis zur Höhe des Wangenbandes mit dem gleichen Marmor bekleidet. Darüber erheben sich auf den seitlichen Podesten die Portale zum Schalterhof, sowie eine von toskanischen Säulen getragene Arkade aus rotem polierten Schnöll-Marmor. Aus gleichem Material besteht bis auf Brüstungshöhe die Wandverkleidung, welche sich, die Treppenarme begleitend, nach oben fortsetzt. In einer Flachnische steht die Büste des Prinzregenten aus Laaser Marmor von Waderé. Aus den Wänden leiten Viertelkreisgewölbe zu einem flachen Mittelfeld der Decke über, welches durch den Maler Bayerl ein Freskogemälde mit der allegorischen Darstellung der acht Kreise Bayerns erhalten hat. Die Ausbildung des Schalterhofes zeigt unsere Kopfabbildung. 14 Säulen und 4 Pfeiler, Monolithe aus Untersberger Marmor, bilden diesen einem Peristyl ähnlichen Raum. Ein Brunnen nach dem Entwurf des Architekten mit figürlichem Schmuck von Prof. H. Waderé zieht die Mitte des Schalterhofes. Brunnen und krönende Figur der Bavaria bestehen gleichfalls aus Untersberger Marmor. Das Sprechzimmer erhielt eine Kassetendecke in Stuck, eine Stoffbespannung der Wände, sowie Täfelung mit Türen und Rahmen aus geschliffe-

nem und gebeiztem Eichenholz. Das Vorstands-Zimmer dagegen wurde mit einer Holz-Kassetten-Decke mit Querbalken, Stoffbespannung der Wände, Täfelung und Türen mit Verdachungen ausgestattet. Die Hölzer dieses Raumes, den die Bildbeilage zur

heutigen Nummer zeigt, sind die gleichen, wie die des Sprechzimmers.

Im Vestibül an der Salvator-Straße erhielt die Treppe Granitstufen und ein durchbrochenes Geländer aus Burgpreppacher gelbgrauem geschliffenem

Sandstein; die Wände bis auf Bodenhöhe des Hauptgeschosses erhielten eine Verkleidung aus dem gleichen Material. Der Raum ist durch ein Tonnengewölbe überdeckt. Die Portale bestehen aus poliertem Pappenheimer Dolomit. Den Treppenanfänger krönt ein sitzender Löwe mit Wappen. Der Warteraum von 12,5m Länge und 4m Breite ist mit einem Tonnengewölbe überdeckt; die Architektur besteht auch hier aus poliertem Pappenheimer Dolomit. Die Wände sind mit gebohtem Eichenholz vertäfelt und erhielten Sitzbänke.

Die Ausstattung der übrigen Teile des Hauses ist eine der Bedeutung der Stellen entsprechende, die es aufnimmt. Als königliches Bankgebäude mußte der Bauanlage das Recht zugesprochen werden, mit nicht geringerer Würde in die Erscheinung zu treten, als man sie in den letzten Jahrzehnten den größeren privaten Bankgebäuden zuzusprechen geneigt war.

Die Bauzeit betrug für die umfangreiche Bauanlage 2 1/2 Jahre, ein Zeitraum, der bei den Schwierigkeiten, welche bei der Ausführung sich ergaben, als ein sehr kurzer zu bezeichnen ist. Die staatliche Oberaufsicht über die Ausführung hatte der Ministerialrat bei der Obersten Baubehörde Frhr. v. Schacky. Als langjährige Gehilfen standen dem Architekten, Prof. A. Schmidt, die Architekten J. Heyn, Papp und Fischer zur Seite. —



Mittelbau an der Promenade-Straße.

Umbau und Wiederherstellung des „Steinernen Hauses“ in Ziegenhain in Hessen.

Architekt: A. Venitz in Berlin.

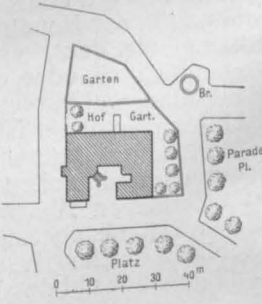


19. Jahrhundert hat nun das „Steinerne Haus“ ver-

nter den Baudenkmälern von Hessen-Kassel spielt das wieder hergestellte sogenannte „Steinerne Haus“ zu Ziegenhain keine unwesentliche Rolle. Ziegenhain war einst der Sitz der Grafen von Ziegenhain und in kurhessischer Zeit wurde im alten Schloß daselbst Hof gehalten; die Stadt hatte eine große Garnison. Im Jahre 1659 wurde das „Steinerne Haus“ nach dem Chronisten Winkelmann von dem damaligen Hofmarschall und Obristen vom Hof zu Wohnzwecken und als Kavalierhaus errichtet. Und weiter hat am 12. Januar 1659 die Stadt dem Obristen Jacob vom Hof den Garten bei seinem Hause verehrt und übergeben. Bis zum

schiedene Umwandlungen erlebt, blieb aber in der Familie derer vom Hof und war bis vor einiger Zeit im Besitz der Familie des heutigen Ziegenhainer Landrates Hrn. Baron von Schwertzell, einem Nachkommen des Jacob vom Hof. Es erfüllte den Zweck als Landratsamt nebst Wohnung des Landrates usw. Zuletzt waren im Gebäude wieder nur Wohnungen untergebracht.

Der sogenannte „Schwälmmer Kump“ (Brunnen) mit interessanter Ornamentik aus älterer Zeit wurde wegen der Beengung an seinen heutigen Platz (siehe Lageplan) gerückt. Das „Steinerne Haus“ selbst besitzt neben der Eigenart der Lage und Anordnung noch einzelne ältere Teile, so eine alte Säule mit romanischem Anklang, welche wohl von anderen verfallenen Gebäuden stammt und hier Wiederverwendung fand. In letzter Zeit war das Haus dem Verfall nahe, sodaß man sich zu gründ-



licher Wiederherstellung entschloß. Der Unterzeichnete wurde vom heutigen Besitzer mit dieser interessanten, aber auch schwierigen Aufgabe betraut. Mit den Jahren hatte das Gebäude durch unüberlegte Flickarbeiten ein übles Aussehen erhalten; der Eindruck war finster. Teils wurden Anbauten angefügt, teils Räume eingebaut, die immer mehr den früheren Zustand verwischten. Dann war das Eichenholz-Fachwerk durch ungenügende Unterkonstruktion stark zerstört und in Bewegung geraten. Außer dem Neueinziehen von Decken und Abfangen der darüber ruhenden Konstruktionen war wohl das Heben und Geraderichten des Fachwerkes am schwierigsten. Dieses wurde mit Eisenschrauben gehoben und die neue Konstruktion eingezogen. Bei dieser Arbeit blieben keine Ueberraschungen eines Umbaues erspart und nur dem gesunden Zustand des schweren alten Eichenholzes war es zu danken, daß diese Arbeiten ausgeführt werden konnten. Ferner bezog sich der Umbau auf alle übrigen Teile; es galt, das Gebäude in seinen früheren Zustand zurück zu versetzen und für moderne Zwecke nutzbar zu machen. Es besteht aus 3 Geschossen.

Das Gebäude steht an hervorragendster Stelle der Stadt und bildet durch seine von allen Seiten freie Lage mit seiner Umgebung, unter Beziehung zu dem alten Schloß, eines der besten Beispiele mittelalterlicher Baukunst. Dazu zeigt das Anwesen in den Einzelheiten (der Fachwerk-



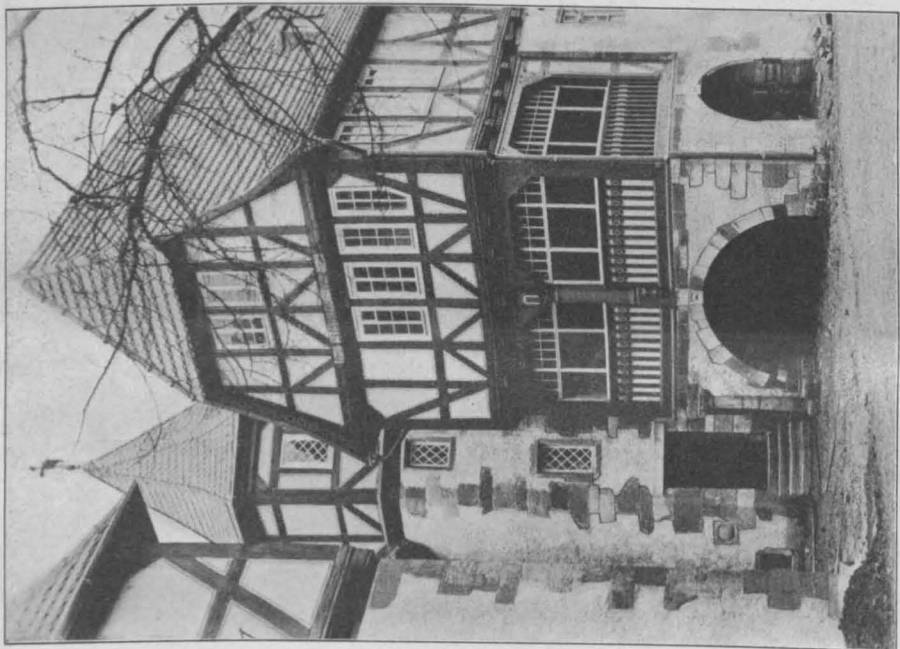
Der Erweiterungsbau des königlichen Bank-Gebäudes in München.
Architekt:
Prof. Albert Schmidt in München.

Ansicht aus dem Haupt-Vestibül und Vorhalle zwischen Haupt-Vestibül und Schalterhof.

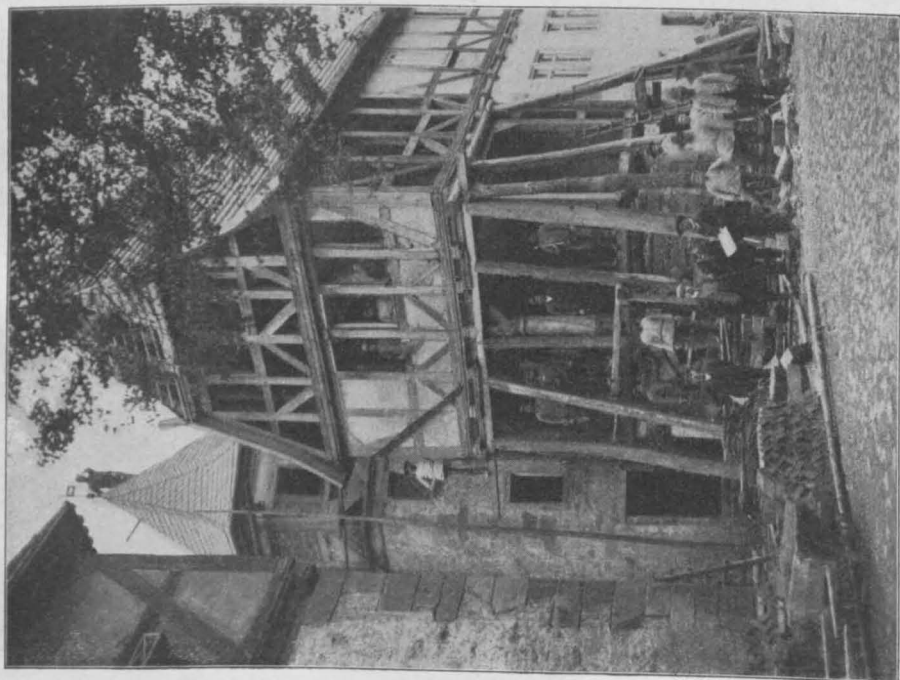
14. Juni 1911.



Neuer Haupteingang.



Nach der Wiederherstellung.



Während der Wiederherstellung.

aufbau soll in späterer Zeit aufgesetzt worden sein) eigenartige Lösungen von größter Einfachheit, aber zugleich von überzeugender Wirkung und Klarheit. Das bezieht sich auch auf die meisterhafte Gestaltung des an sich recht einfachen Grundrisses.

Bei der Ermittlung des früheren Zustandes hatte Hr. Bezirkskonservator Geh. Reg.-Rat Prof. v. Drach in Marburg a. L. seine Erfahrung zur Verfügung gestellt und bereitwilligst die Sache gefördert. Das neu angebrachte Wappen über dem Eingang, wiedergegeben über dem Initial dieses Aufsatzes, ist das kurhessische Staatswappen aus der Zeit etwa gegen 1650.

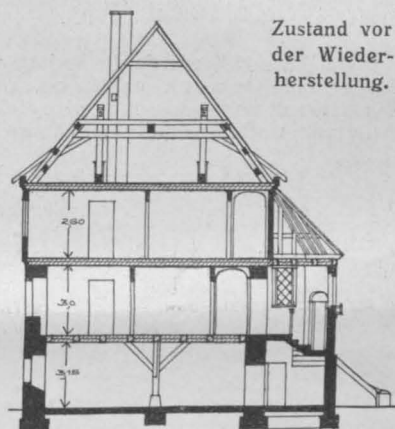
Die Rohbau-Arbeiten wurden zum großen Teil von einheimischen Zieghainern und Trysaer Handwerksmeistern ausgeführt, was die Arbeit etwas erschwert hat, da die Uebung für derartige Arbeiten diesen Meistern doch etwas fehlte. Einen Teil der Steinmetzarbeiten führten Ph. Holzmann & Co., Steinmetzabteilung Berlin, aus.

Der Innenausbau wurde gleichfalls zum Teil von Marburger Handwerkern, und zwar die Malerarbeiten von A. Deiner, die Tapezierer-Arbeiten von W. Brauer, beide in Marburg a. L., ausgeführt. Die elektrische Lichtanlage wurde sachgemäß von Schäfer & Montanus in Frankfurt a. M. eingerichtet. Die Glasmalerarbeiten sind von Schwarz & Raukamp in Berlin W. Die Meißner Oefen lieferten Melzer, Strahl & Co. Die ziemlich schwierigen Pflastererarbeiten führte Jacob Boeker aus Dreihäusen bei Marburg aus.

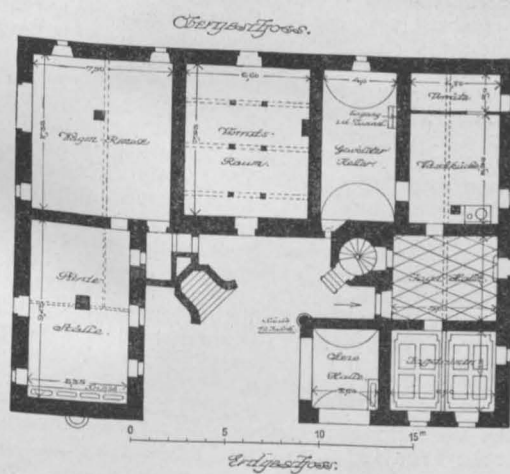
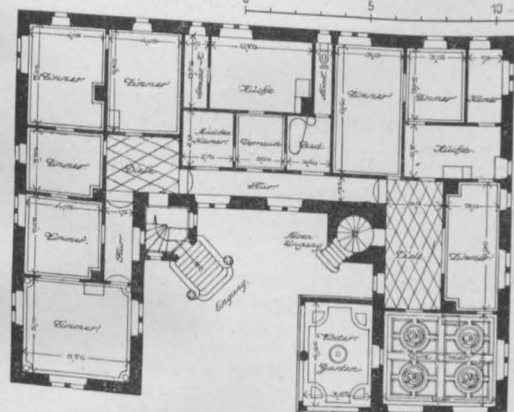
Die Kosten des Umbaus einschließlich des Architekten - Honorars betrugen etwa 60 000 M. Die Bauzeit währte von Juni 1910 bis März 1911.

Mit der Gesamtleitung, Bauleitung und künstlerische Bearbeitung, war der Unterzeichnete beauftragt, welcher hierbei zeitweise durch eine örtliche Bauaufsicht unterstützt wurde. —

A. Venitz, Architekt in Berlin.

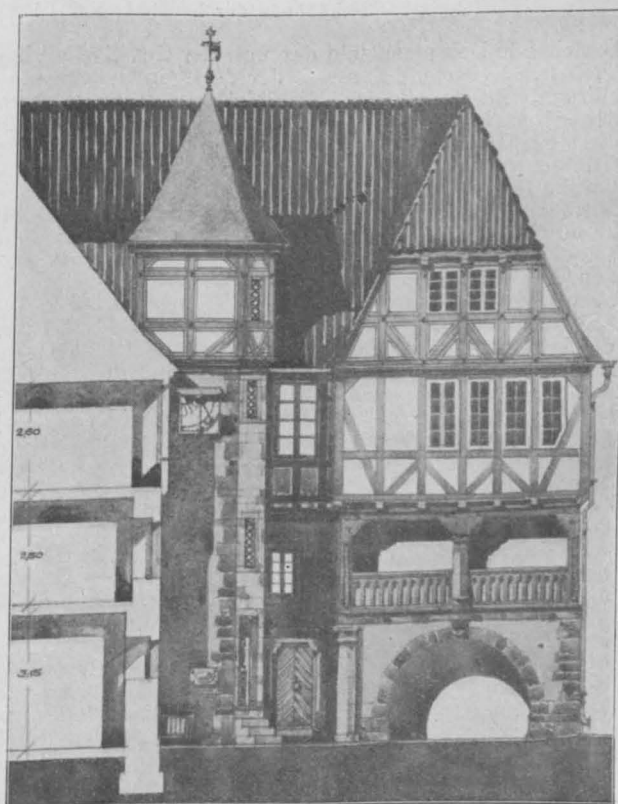


Zustand vor der Wiederherstellung.



Umbau und Wiederherstellung des „Steinernen Hauses“ in Ziegenhain in Hessen.

Architekt: A. Venitz in Berlin.



Giebel mit Turm an der Hoffront.

Einsturz und Wiederaufbau des Wehres in der Neiße bei Zelz.

Von Br. Schulz, Reg.-Baumeister und Privat-Dozent an der Technischen Hochschule in Berlin.

Das Zelzer Wehr liegt in der Neiße etwa 5 km unterhalb Muskau an einer Stelle, an der sich schon seit Jahrhunderten eine Mühlenanlage befindet. (Vgl. Lageplan Abbildung 1). Der Fluß teilt sich hier in zwei Ärmle, die eine rd. 1 km lange Insel umspülen, und bietet dadurch günstige Vorbedingungen für die Ausnutzung der Wasserkraft. Es ist so möglich, außer der Stauhöhe des eingebauten Wehres noch das starke Gefälle des Flusses selbst auszunutzen, indem man den Hauptarm an der oberen Inselspitze absperrt und das Kraftwerk an das untere Ende des Nebenarmes — Mühlgraben — hinsetzt. Nach diesem Grundsatz war die alte Mühlenanlage an dieser Stelle erbaut, welche zum Betrieb einer Spinnerei und Bleicherei diente.

Die Wasserverhältnisse der Neiße sind für eine dauernde Kraftgewinnung recht günstig; es betrug die nutzbare Stauhöhe am Kraftwerk in der beobachteten Zeit des vollen Betriebes von Oktober bis Ende Juli 1909/10 (vergl. Abbildung 2) an 104 Tagen mehr als 3,25 m, an 92 Tagen zwischen 3,0 und 3,25 m, an 40 Tagen zwischen 2,75 und 3,0 m. Die durchschnittliche Wassermenge beträgt 15 cbm/Sek., steigt bei hohem Mittelwasser bis auf 50 cbm und fällt in trockenen Monaten bis auf 10 cbm/Sek. Da bei einem geringeren Wasserzufluß das Gefälle größer ist, kann man bei einer durchschnittlichen Wassermenge von 10 cbm/Sek. mit einem mittleren Gefälle von 3 m rechnen und erhält auf diese Weise eine Bruttoleistung der Wasserkraft von

$$10 \cdot 3 \cdot 1000 = 400 \text{ PS.}$$

Im Jahre 1899 wurde die Anlage von dem Lausitzer Elektrizitätswerk erworben, mit der Absicht, die Wasserkraft zur Gewinnung von elektrischem Strom auszunutzen, und zwar sollte das neue Kraftwerk die schon

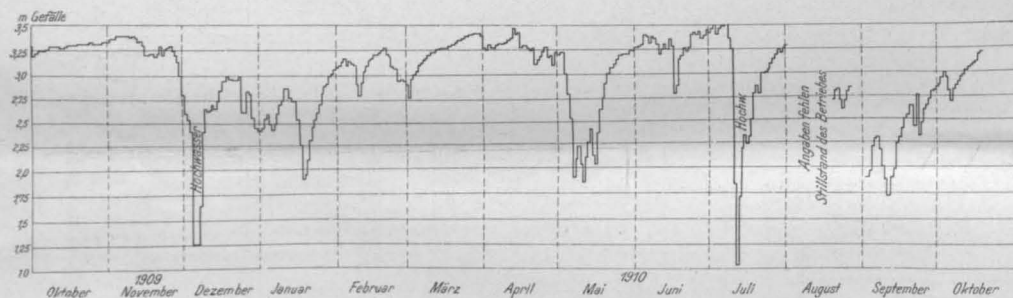


Abbildung 2. Gefällhöhen der Lausitzer Neiße bei dem Elektrizitätswerk in Zelz.

bestehende Dampfzentrale der von der Gesellschaft betriebenen Ueberland-Zentrale der dortigen Gegend verstärken. Zu dem Zwecke war ein Neubau des vorhandenen Kraftwerkes erforderlich, wobei gleichzeitig anstelle des alten Strauchwehres etwas unterhalb ein Nadelwehr (Abbildungen 3a—c) nach Plänen der Firma Liebold & Co. im Jahre 1900 ausgeführt wurde. Dieses Nadelwehr bewährte sich jedoch nicht. Die Bedienung der Nadeln zum Regulieren des Wasserstandes bei Frost war sehr schwierig und das Öffnen und Wiedereinsetzen des ganzen Wehres vor und nach einem Hochwasser jedesmal sehr zeitraubend.

Durch den strengen Frost des Winters 1902/03 und das folgende Tauwetter wurde die rechte Seite des Wehres zerstört und dieser Teil dann durch ein Schützenwehr ersetzt. Es wurden dabei drei nebeneinander liegende Öffnungen von je 9,166 m l. W. eingebaut (Abb. 4a—c). Zur Verwendung kamen eiserne Rollschützen mit hölzernem Bohnenbelag, die durch Gegengewichte entlastet waren. Diese Schütze wurden nur an den Tagen, an denen das Wehr still lag, gezogen, um durch sie den im Oberwasser abgelagerten Kies abzuführen; das Nadelwehr dagegen diente weiter zur Regulierung des Wasserzuflusses während des Betriebes und wurde nur bei herannahendem Hochwasser ganz geöffnet. Auch in dieser gemischten Ausführung hatten die Wehrverschlüsse aber im Winter stets unter starker Vereisung zu leiden, wodurch ihre Bedienung sehr erschwert wurde. Dabei war es besonders nachteilig, daß der Bedienungssteg des Nadelwehres nur wenig über dem Stauspiegel lag, sodaß ein Betreten desselben bei rasch ansteigendem Hochwasser bald gefährlich werden mußte. Dies wurde der Anlage auch zum Verhängnis.

Im Februar 1909 brachte nach einer stärkeren Frostperiode ein Witterungsumschlag so rasch einsetzendes

Hochwasser, daß das Nadelwehr in kurzer Zeit überflutet wurde. Auch gelang es, bei der starken Vereisung nur eine einzige Schützöffnung zu ziehen, durch die nun alles Wasser mit großer Gewalt hindurchschloß. Die in dem Unterwasser entstehenden heftigen Wirbelbewegungen unterspülten den Wehrkörper, bis schließlich das hoch angestaute Wasser unter dem Wehr durchbrach und so den Zusammensturz des Wehres herbeiführte. Die Abb. 5—7 (die wir folgen lassen) zeigen photographische Aufnahmen des Wehres kurz nach der Katastrophe.

Wenn auch zunächst als unmittelbare Ursache des Einsturzes die Vereisung des Wehres anzusehen ist, so kann doch die Gründung des Wehres, die einen Durchbruch zuließ, nicht als ausreichend angesehen werden. Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, sind die Spundwände, besonders die flußabwärts gelegenen, bei weitem nicht tief genug in den Boden geführt. Als weiterer Mangel muß das Fehlen einer kräftigen Sohlenbefestigung im Ober- und Unterwasser angesehen werden, die eine Unterspülung des Wehres wirksam verhindert oder zum mindesten solange verzögert hätte, bis es gelungen wäre, auch die anderen Schütze zu ziehen.

Nach dem örtlichen Befund war eine Ausbesserung des eingestürzten Wehres ausgeschlossen, da der Untergrund durch die Auskolkungen und Unterspülungen so stark angegriffen war, daß auf die Erzielung eines dichten Abschlusses ohne eine vollkommen neue Gründung nicht gerechnet werden konnte. Die Kosten hierfür waren bei der Schwierigkeit einer solchen Bauausführung ebenso hoch, wie bei der Erbauung einer ganz neuen Anlage. Da ferner die Nadelwehr-Verschlüsse wegen ihrer Betriebsunsicherheit bei Frost keinesfalls beibehalten werden durften, entschloß man sich zu einem vollständigen Neubau an anderer Stelle.

Für eine geeignete Wahl der Baustelle des neuen

Wehres waren folgende Erwägungen maßgebend: Der Stromschlauch verläuft verhältnismäßig gleichmäßig; er hat sich in sein Hochwasserbett, in das sonst im allgemeinen flach und gleichmäßig verlaufende schmale Flußtalgelände, nach verschiedenen Wechsellagen in die jetzige Lage allmählich eingespült. Es ist danach wohl anzunehmen, daß sich die Beschaffenheit des Untergrundes der Sohle auf größerer Entfernung von der Baustelle in gleicher Weise fortsetzt. Die Wahl der neuen Baustelle kann deshalb durch die Beschaffenheit der benachbarten Flußufer nicht wesentlich beeinflusst werden.

Der Fluß führt erfahrungsgemäß große leichtere Geschiebemengen von Kies und Sand, die sich oberhalb des Wehres ablagernd. Aus diesem Grunde wäre es nicht richtig gewesen, das Wehr, wie bisher, an der Inselspitze anzulegen; es erschien zweckmäßiger, es weiter unten anzulegen, um in dem vor dem Wehr gestauten Stromwasser eine ausreichende Ablagerungsstelle des mitgebrachten Kieses zu haben, ohne daß der Kies das Wehr in größeren Mengen erreicht. Bei geöffnetem Wehr würde dann das Wasser den Kies stromabwärts befördern, und es wären auch bei mittelgroßen Wasserständen das Ausflußwasser des Wehres und gegebenenfalls das Unterwasser des Kraftwerkes leichter in der Lage, den etwa unterhalb des Wehres liegenden Kies zu erfassen und weiter zu schieben.

Schon aus diesem Grunde wurde der Gedanke, das neue Wehr über dem eingestürzten zu errichten, aufgegeben. Der Untergrund ist an dieser Stelle des weiteren durch die beim Einsturz erfolgten Auskolkungen der Sohle sehr stark angegriffen worden, und es erschien fraglich, ob sich eine Dichtung unterhalb des Wehres an dieser Stelle erreichen lassen würde. Es konnte deshalb nur noch in Frage kommen, den Neubau des Wehres weiter unterhalb zu errichten, doch war diesem Bestreben eine Grenze gesetzt durch die unterhalb befindliche hölzerne Landstraßen-Brücke, deren hölzerne Pfeiler nicht dem unmittelbaren Angriff der dem Wehr entströmenden Wassermassen ausgesetzt werden durften.

Nach den Bohrungen, die bis auf 300 m unterhalb des alten Wehres vorgenommen wurden, erschien deshalb die Flußstrecke etwa 100 m unterhalb für einen Neubau

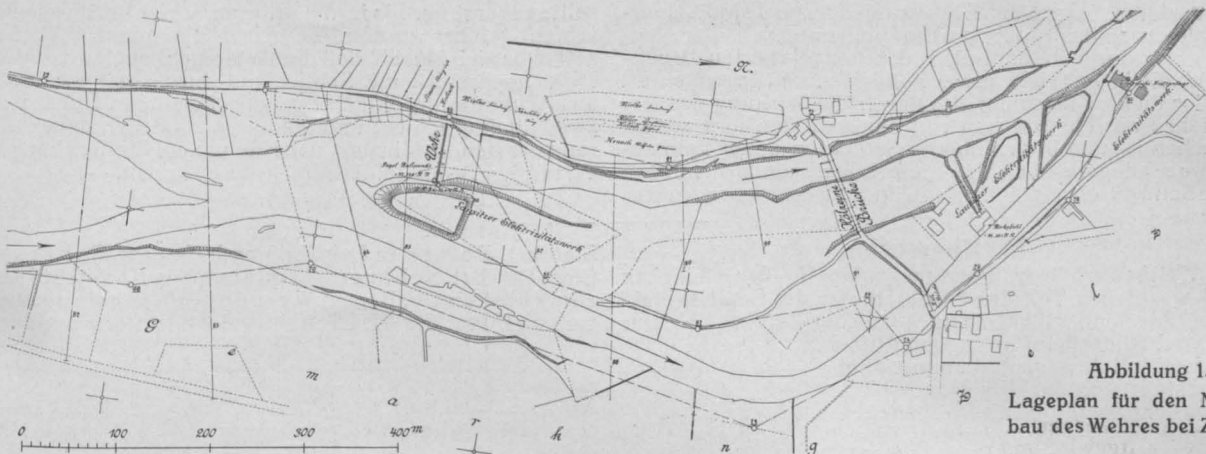


Abbildung 1.
Lageplan für den Neubau
des Wehres bei Zelz.

Abbildungen 3a und b. Altes Nadelwehr vor dem Neubau.

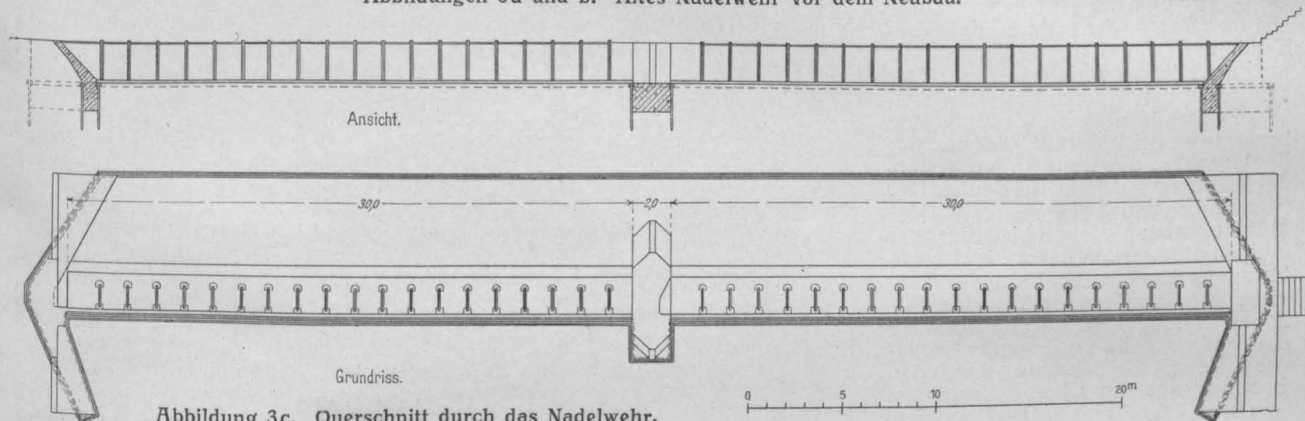


Abbildung 3c. Querschnitt durch das Nadelwehr.

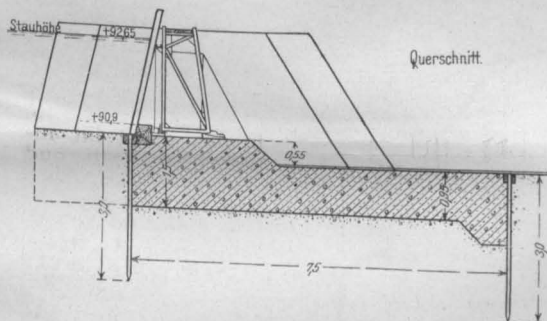


Abb. 4a und b. Durch Schützenwehr ersetzte Hälfte des alten Wehres.

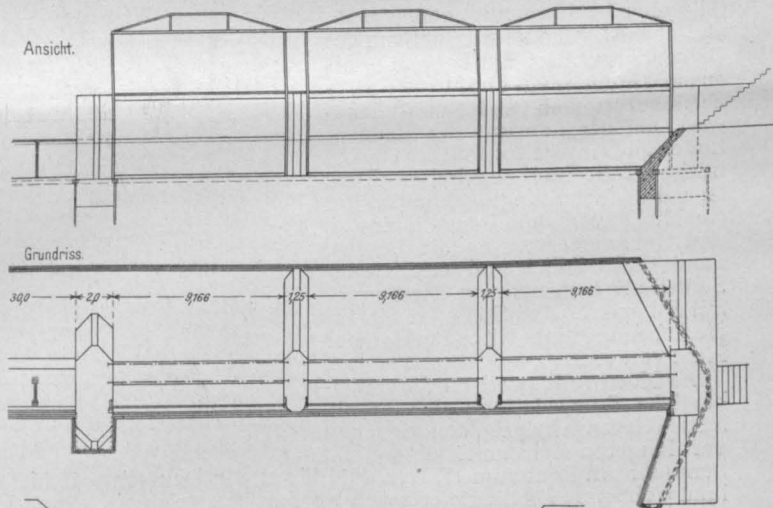
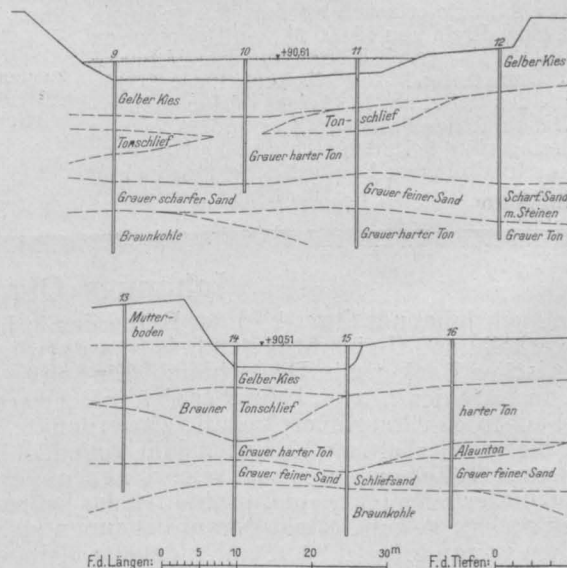
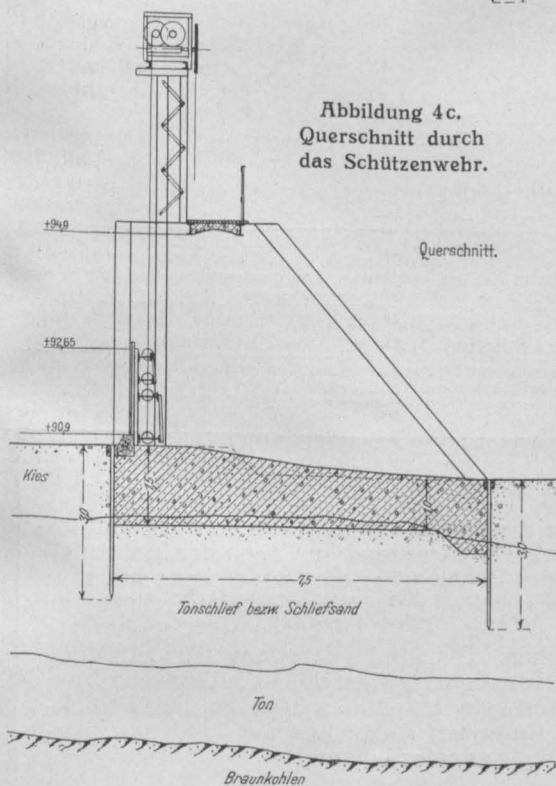


Abbildung 4c.
Querschnitt durch
das Schützenwehr.



Abbildgn.
8 und 9.
Querprofil
oberhalb
bzw. unterhalb
der
Baustelle
des neuen
Wehres.

Einsturz und Wiederaufbau des Wehres in der Neiße bei Zelz.

am geeignetsten; in den Abbildungen 8 und 9 sind 2 Querprofile durch das Flußbett ober- und unterhalb der Neubaustelle dargestellt. Ueber der festgelagerten Braunkohle, die in 7 m Tiefe unter Sohle ansteht, lagert eine 2 bis 4 m dicke Tonschicht, die durch die Wirkung des Geschiebes des Flusses zum Teil abgeschliffen und ausgewaschen ist und in den oberen Schichten daher kein zusammenhängendes Gefüge mehr bildet, sondern mit feinem Sand durchsetzt ist. Die Gründung des neuen Wehres

sollte vorerst nur bis in die unteren Schichten dieser Tonschicht geführt werden. Beim Ausheben des Baugrundes zeigte es sich jedoch, daß die Tonschicht auch in größerer Tiefe noch stark mit Schliefsand durchsetzt war, sodaß ihre Widerstandsfähigkeit gegen einseitigen Ueberdruck zweifelhaft erschien, und man entschloß sich daher während der Bauausführung, den Neubau auf die durchaus zuverlässige Braunkohlenschicht zu gründen. —

(Schluß folgt.)

Wettbewerbe.

Wettbewerb betr. Bebauungsplan für den südlichen und westlichen Teil des Stadtgebietes der Stadt Hildesheim. Für den südlichen und westlichen Teil des Gebietes der Stadt Hildesheim, im Lageplan umrandert, soll ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden. Als Haupt-Verkehrsrichtungen sind die Straßenzüge Damm-Straße—Bergsteinweg, Alfelder-, Steinberg-, Luzienvörder-Straße, Hohnsen- und Marienburger-Straße anzusehen. Von den in dem Gebiet vorhandenen Wasserläufen müssen erhalten oder können verlegt werden: Der Trillkebach, der Eisteich zwischen Alfelder-Straße und Gr. Venedig, die Innerste westlich der Gr. Venedig, der Eselsgraben, der Langeliniengraben, der Mühlengraben und die Beuke. Der Blenkebach und die Teiche östlich des Mühlengrabens können beseitigt oder umgestaltet werden. Besondere Beachtung erfordert die Erhaltung der Aussicht von dem oberen Teil des östlichen Abhanges der Bergholzforst auf die Stadt und die vorliegende Niederung. Es soll die Bebauung durch den Bebauungsplan und Baubeschränkungen in solcher Weise geregelt werden, daß das jetzige reizvolle Stadtbild möglichst ganz erhalten bleibt, keinesfalls aber beeinträchtigt oder verunstaltet wird. An dem Westabhang des Galgenberges darf die Bebauung bis an die Windmühlen- und Mozart-Straße hinauf erfolgen. Es ist wünschenswert, bei der Führung der Straßenlinien und Anlage von Plätzen Durchblicke auf die Stadt zu erhalten. Auch ist auf die Erhaltung wirkungsvoller Ausblicke von dem Langelinienwall und Kehrvielerwall in die bergige Landschaft südlich und westlich der Stadt Bedacht zu nehmen. Etwa an der mit K bezeichneten Stelle ist ein für die Erbauung einer Kirche geeigneter Platz vorzusehen. — (Schluß folgt.)

Der Ideenwettbewerb für die städtebauliche Ausgestaltung der Frankfurter Wiesen in Leipzig, den wir schon vor längerer Zeit ankündigten, ist nunmehr mit Frist zum 15. Dez. 1911 für alle in Deutschland wohnende Fachleute erlassen worden. Es gelangen zur Verteilung ein I. Preis von 15 000 M., ein II. Preis von 10 000 M., zwei III. Preise von je 5 000 M. und drei IV. Preise von je 3 000 M. Dazu treten bis zu 3 Ankäufe für je 2 000 M. Nur die Beträge des I. und des II. Preises dürfen auf einstimmigen Beschluß des Preisgerichtes anders verteilt werden. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. Prof. Dr. Th. Fischer in München, Landesbaurat Goecke in Berlin, Geh. Ob.-Brt. Prof. K. Hofmann in Darmstadt,

Stadtbrt. Peters in Leipzig, Landesbaurat Rehorst in Köln, Ob.-Brt. Scharenberg in Leipzig, Architekt Jahrmak in Leipzig, Baurat Weidenbach in Leipzig, sowie Geh. Brt. Prof. Dr. H. Licht daselbst. Unterlagen gegen



15 M., die zurückerstattet werden, durch den Rat der Stadt Leipzig. —

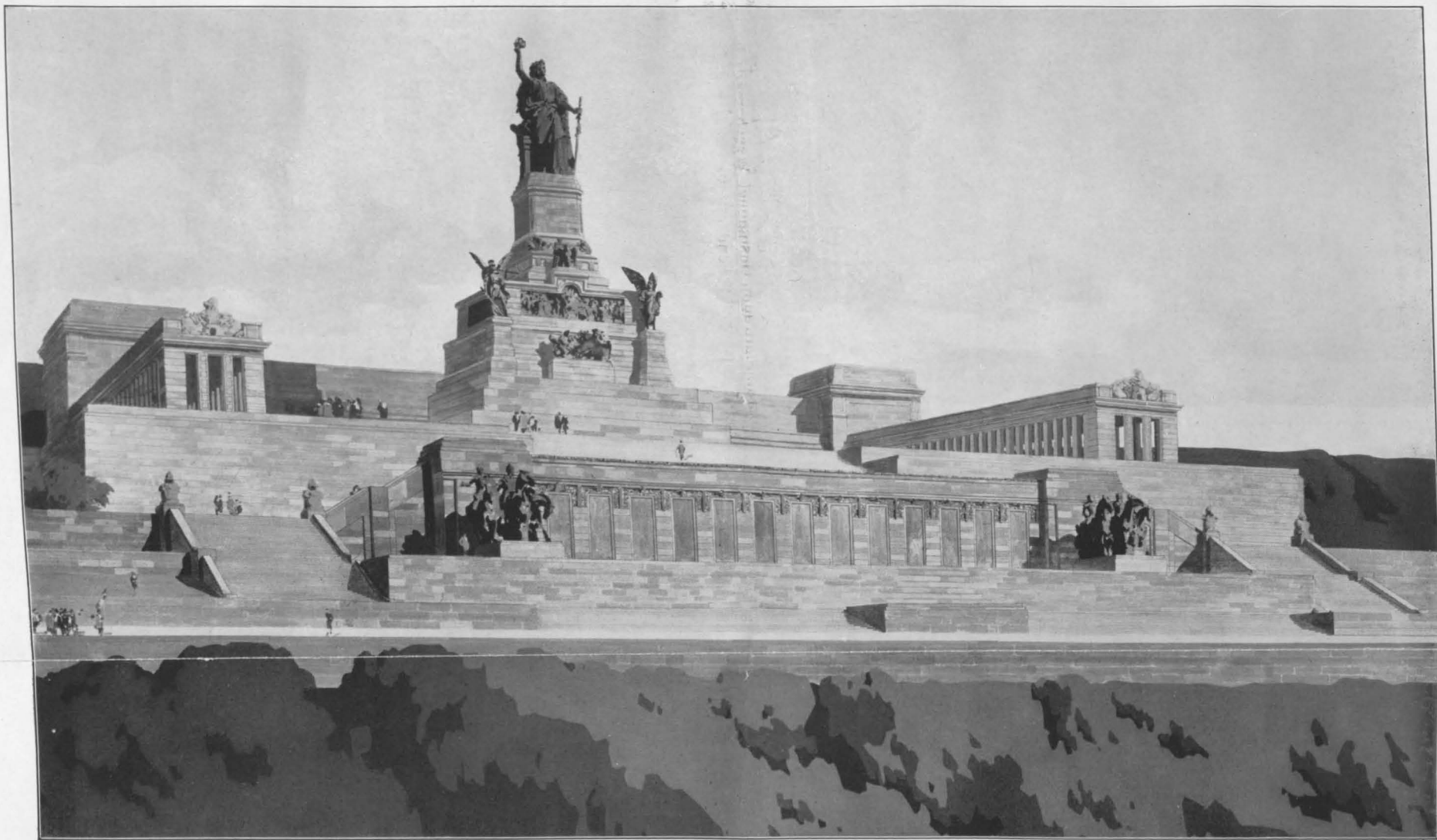
Inhalt: Erweiterungsbau des königlichen Bankgebäudes in München. (Schluß.) — Umbau und Wiederherstellung des „Steinernen Hauses“ in Ziegenhain in Hessen. — Einsturz und Wiederaufbau des Wehres in der Neiffe bei Zelz. — Wettbewerbe. — Johannes Otzen †. —

Hierzu eine Bildbeilage: Erweiterungsbau des königlichen Bankgebäudes in München.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Johannes Otzen †.

Nun auch Johannes Otzen! In der Frühe des 8. Juni verschied er nach längerem Leiden an Arterienverkalkung. Gleich bedeutend als Künstler wie als Denker, stand er mit an der Spitze der zeitgenössischen Baukunst in Deutschland. Ein souveräner Beherrscher der ihm eigenen künstlerischen Form wie des Wortes, befand er sich in der vordersten Reihe der Kämpfer um die Entwicklung des Faches, das ihm Außerordentliches verdankt. Am 8. Oktober 1839 geboren, wurde Johannes Otzen in diesem Herbst sein 72. Lebensjahr vollendet haben. Als wir im Jahrgang 1909 zur Vollendung seines 70. Lebensjahres sein reiches Lebenswerk würdigten, gaben wir dem Wunsche Ausdruck, daß dieser Zeitpunkt kein Einschnitt in das Leben und kein Abschluß sein möge. Das Schicksal hat es anders gewollt. Bald darauf begannen sich die ersten Anzeichen des Leidens einzustellen, dem er nun erlegen ist. Sein Andenken bleibt ein gesegnetes für uns! —



IE ARCHITEKTUR AUF DER GROSSEN BERLINER KUNST-
 AUSSTELLUNG 1911. * ENTWURF ZU EINEM UNTERBAU
 FÜR DAS NIEDERWALD-DENKMAL. * ARCHITEKT: AR-
 NOLD HARTMANN IN GRUNEWALD. * * * * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG * XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 48.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. N^o. 48. BERLIN, DEN 17. JUNI 1911.

Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine E. V.

Programm

für die 40. Abgeordneten-Versammlung im September 1911 zu Münster i. W.

Donnerstag, den 21. September 1911.

Abends 8 Uhr: Begrüßung der auswärtigen Teilnehmer und ihrer Damen durch einheimische Mitglieder des Ortsvereins und zwangloses Beisammensein je nach der Witterung im Sommer- oder Wintergarten des Hotels Kaiserhof.

Freitag, den 22. September 1911.

Vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr: Abgeordneten-Versammlung im Landeshaus am Mauritz-Tor mit Frühstückspause.

Vormittags 10¹/₂ Uhr: für die Damen: Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt. Versammlung im Friedenssaal des alten Rathauses.

Nachmittags 5 Uhr: Führung der Herren in Gruppen zu den bedeutendsten Bauwerken der Stadt.

Abends 8 Uhr: Begrüßung der Abgeordneten seitens der Stadt und des heimischen Vereins im großen Rathaussaal. Die Teilnehmer und ihre Damen sind Gäste der Stadt.

Sonnabend, den 23. September 1911.

Vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr: Abgeordneten-Versammlung im Landeshaus.

Vormittags 10¹/₂ Uhr: für die Damen: Weitere Führung durch die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Versammlung im Landesmuseum am Dom-Platz.

Nachmittags 4 Uhr: Führung der Herren in Gruppen zu den bedeutendsten Bauwerken der Stadt.

Abends 8 Uhr: Festessen mit Damen in den Räumen des Hotels Kaiserhof.

Sonntag, den 24. September 1911.

Vorm. gegen 10 Uhr: Mit Sonderzug nach Datteln (mit Damen).

Mittags 12 Uhr: Frühstück im Restaurant Lukas am Schiffshebewerk.

Nachmittags 2 Uhr: Besichtigung des Schiffshebewerkes und des Neubaus der Schachtschleuse bei Henrichenburg.

Nachmittags 4 Uhr: Dampferfahrt auf dem Dortmund-Ems-Kanal nach Dortmund.

Abends 8 Uhr: Zwangloses Beisammensein mit Mitgliedern des Dortmunder Architekten- und Ingenieur-Vereins in Dortmund.

München-Berlin, im Juni 1911.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine E. V.

R. Reverdy.

F. Körte.

C. Kölle.

A. Hofacker.

F. Franzius.

Tagesordnung

der 40. Abgeordneten-Versammlung am 22. und 23. September 1911 zu Münster i. W.

I. Geschäftlicher Teil.

1. Allgemeine Mitteilungen.
2. Mitteilungen über die literarischen Unternehmungen des Verbandes und seine Einnahmen hieraus.
3. Vorlage der Abrechnung für 1910. Bericht der Rechnungsprüfer. Wahl eines neuen Vereins zur Prüfung der Abrechnung für 1911.
4. Bericht über den Erfolg der Vermögens-Sammlung.
5. Bericht über die Sammlung für das Bürgerhauswerk.
6. Vorlage des Voranschlags für 1912. Festlegung des Mitgliederbeitrages für 1912.
7. Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen zwecks Gründung einer Verbandszeitschrift. Vorlage eines Vertragsentwurfes mit der Firma X betreffend Verbandszeitschrift. Antrag des Vorstandes auf Genehmigung des Vertrages mit der Firma X und auf Einrichtung der Redaktion der Zeitschrift in Verbindung mit einer Erweiterung der Geschäftsstelle.

8. Wahl zweier neuer Vorstandsmitglieder an Stelle des ausscheidenden Herrn Reverdy und des seit 1909 dem Vorstand angehörenden Herrn Hofacker.
9. Aufnahmegesuch des Architekten- und Ingenieur-Vereins Mainz.
10. Allgemeine Beziehungen des Verbandes zu anderen technischen Vereinen und Verbänden.
11. Juristisches Gutachten über die Zweckmäßigkeit des gerichtlichen Vorgehens in Fällen von unlauterem Wettbewerb.
12. Etwaige Anträge, die nach Feststellung der Tagesordnung oder aus der Versammlung eingehen und nicht zu den vorstehenden Punkten gehören.

II. Technisch-wissenschaftlicher Teil.

13. Kurze Berichte der Ausschüsse und des Vorstandes:
 - a) Normalien für Hausentwässerungs-Leitungen.
 - b) Normalbedingungen für die Lieferung von Eisenkonstruktionen für Brücken- und Hochbau.
 - c) Deutsches Museum in München.
 - d) Vorkommnisse auf dem Gebiete des Wettbewerbswesens.
 - e) Deutscher Ausschuß für Eisenbeton. Gemeinsamer Ausschuß des Verbandes und des Deutschen Beton-Vereins.
 - f) Ausschuß für Einheiten und Formelgrößen.
 - g) Arbeiten des Ausschusses für neuzeitliche Bauordnungen.
 - h) Ausschuß für technisches Schulwesen.
 - i) Ausschuß für Architekten-Kammern.
 - k) Abänderung der Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure.
 - l) Ausschuß für das Bürgerhauswerk.
 - m) Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen.
14. Bericht des Vorstandes und des Danziger Ausschusses von 1908 über seine Tätigkeit seit der Frankfurter Abgeordneten-Versammlung.
15. Bericht über die Tätigkeit der deutschen Gruppe im internationalen Architekten-Komitee, 9. internationaler Architekten-Kongreß zu Rom.
16. Eingabe zum Reichswertzuwachssteuer-Gesetz.
17. Bericht des Vorstandes über die Verwendung der Denkschrift: „Ueber die Aesthetik der Baustoffe“, Beteiligung an Sitzungen der Kommission zur Beseitigung der Auswüchse der Heimatschutzbestrebungen.
18. Abschaffung der Schiedsgerichte und Einsetzung besonderer Baugerichte nach Analogie der Gewerbegerichte.
19. Gutachten über die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen.
20. Maßnahmen des Vorstandes, um den in Ortsgruppen gegliederten Vereinen zu ermöglichen, jede Ortsgruppe auf der Abgeordneten-Versammlung vertreten zu lassen.
21. Etwaige Anträge, die nach Feststellung der Tagesordnung oder aus der Versammlung eingehen und nicht zu den vorstehenden Punkten gehören.

München-Berlin, im Juni 1911.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine E. V.

R. Reverdy. F. Körte. C. Kölle. A. Hofacker. F. Franzius.

Die Architektur auf der Großen Berliner Kunstausstellung 1911.

Hierzu eine Bildbeilage.



Ln diesem wie auch schon im vergangenen Jahre sind architektonische Gestaltungen am Ausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof selbst unterblieben, sodaß sich die Baukunst auf das Ausstellungsgut an sich beschränkt. Dieses aber hat gegen frühere Jahre eine erhebliche Erweiterung erfahren; es ent-

faltet sich in vier in sich geschlossenen Gruppen: in der Ausstellung der königlichen Meßbild-Anstalt in Berlin in der Westhalle, in der Ausstellungsgruppe Alt-Berlin, in der Ausstellung der Privatarchitekten, sowie in der Ausstellung des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, die sich in Perioden von 3 zu 3 Jahren wiederholt. Das Ausstellungsbild ist durch diese vier Gruppen ein außerordentlich vielseitiges und reiches geworden und hat Teile von wahrhaft erhebendem Eindruck gewonnen. Das bezieht sich in erster Linie auf die Ausstellung der königlichen Meßbildanstalt des preußischen Unterrichtsministeriums, die in dem, was sie darbietet, wie in dem, wie sie es darbietet, einen selten reinen Genuß gewährt. Die Anstalt ist bekanntlich von dem Geheimen Baurat Dr. A. Meydenbauer, jetzt in Godesberg im Ruhestand lebend, begründet und in ihrem Bestand auf eine achtunggebietende Höhe gebracht worden. Sie wird heute von dem Reg.-Bmstr. v. Lüpke verwaltet, auf den wohl auch die schöne Anordnung der Ausstellung zurückgeht. Die letztere umfaßt in der Hauptsache Aufnahmen antiker und mittelalterlicher Bauwerke in Griechenland. Aus dem Altertum kommen in Betracht Aufnahmen von Bau- und Bildwerken aus den Städten und Landschaften Insel Aegina, Akrokorinth, Amphissa, Argos, Athen, Chäroneia, Chalkis, Delos, Delphi, Eleusis,

Epidauros, Korinth, Messene, Mykenä, Nauplia, Olympia, Orchomenos, Insel Santorin, Sparta, Stratos, Sunion, Tegea und Tiryns. Die Bauwerke des griechischen Altertumes, die uns auf den Wegen unseres Studiums begleitet haben und ein Gemeinbesitz des Baukünstlers von heute sein sollten, sind in Aufnahmen nach der Natur von so hoher Schönheit dargestellt, daß das Verweilen in der Ausstellung einer Andacht vor dem Genius des Griechentumes gleichkommt. Mit den Aufnahmen der Bauwerke verbunden sind eine Reihe griechischer Landschaftsbilder, deren interessante heroische, oft malerisch-dämonische Natur vortrefflich beobachtet und wiedergegeben ist.

Auch was das Mittelalter uns in Griechenland hinterlassen hat — es ist nicht allzuviel und architektonisch nicht allzu bedeutend — ist in einigen Aufnahmen aus Akrokorinth, Amphissa, Andravida, Arta, Argos, Athen, Chalkis, Chlemutzi, Daphni, Hosios-Lukas, Kalambeke, Merbaka, Meteora, Mistra, Nauplia, Orchomenos, Paros, Porta Panhagia, Tegea und Warkaw zur Darstellung gebracht. Von hohem Interesse auch bei einigen dieser Aufnahmen ist das Landschaftliche; als ein Beispiel sei das Kloster von Meteora, hoch auf einem zerklüfteten Felsen, genannt, ein Bild von außerordentlichem malerischen Reiz. In vielen der Aufnahmen dieser und der vorhergehenden Gruppe ist mit dem antiken oder mittelalterlichen Bauwerk auch das Straßenbild von heute wiedergegeben, sodaß der Beschauer sich ein anschauliches Bild vom alten Denkmal und der nicht selten widersprechenden neuen Umgebung machen kann.

Den Bildern aus Griechenland sind eine Sammlung kleiner und großer Bilder von der Baalbek-Expedition nach Syrien in den Jahren 1900—1904, von der deutschen Äkum-Expedition nach Abessinien aus den Jahren 1905—1906, sowie eine kleine Gruppe von Aufnahmen aus Alt-Berlin und aus Cassel, die in den Jahren 1910 und 1911 entstanden sind, angegliedert.

Das Gesamtbild dieser Ausstellung ist, es sei wiederholt, ein in hohem Grade erfreuliches. In der Umgebung der Bauwerke des Altertumes umfängt den Beschauer die feierliche Stimmung des Erhabenen, des Reinen, einer Kunst ohne ehrgeizige Absichten, einer Kunst, die um ihrer selbst willen geübt wird.

Dies ist auch auf die Werke unseres Meisters Karl Friedrich Schinkel übergegangen, die den Mittelpunkt des architektonischen Teiles jener Ausstellungsgruppe bilden, die als „Berlinische Kunst aus den Jahren 1830—1850“ bezeichnet wird. Es war die Erinnerung an den vor 50 Jahren erfolgten Tod des Königs Friedrich Wilhelm IV. († 2. Januar 1861), welche die Ausstellungsleitung veranlaßte, zum Gedächtnis des kunstsinnigen Königs der Gegenwart ein Bild der künstlerischen Kultur Berlins seiner Regierungszeit zu geben. Eine Sonderkommission betraute die Architekten Hermann Ziller, Arthur Biberfeld, Ernst Lessing und Georg Risse mit der Gestaltung der Ausstellung, die sich als vornehmster Teil im Herzen der Gesamtausstellung befindet. Die Ausstellung besteht aus einem mittleren Hauptsaal mit Gemälden von Künstlern jener Zeit, sowie aus zwei Raumgruppen, die sich zu beiden Seiten dem Hauptsaal angliedern, im Charakter der Zeit ausgestattet sind und eine Sammlung von Kunstwerken

jener Periode von den verschiedensten Besitzern enthalten. Nach den Entwürfen von Arthur Biberfeld wurden ein Bankett-Saal, ein blauer Saal, ein Vorzimmer und ein Schlaf- und Wohnzimmer, nach den Entwürfen der Architekten Lessing & Risse ein Musiksaal, ein Wohnzimmer, ein Bibliothekszimmer und ein kleiner Kuppelraum gestaltet und in einer Weise ausgestattet, daß der Beschauer ein schönes Bild der hohen künstlerischen Kultur jener Zeit erhält. Eine Schinkel-Galerie wurde von Ziller angelegt; sie zeigt schon in dem Ausschnitt aus dem gewaltigen Lebenswerk des Meisters, den sie notgedrungen nur geben kann, wie er so voll von der Kunst erfüllt war, daß man unwillkürlich zu der Frage gedrängt wird, wie es möglich sein konnte, daß dieser Künstler auch noch Baubeamter mit allen die Phantasie einengenden Pflichten dieser Tätigkeit sein konnte. Man kann es begreifen, wenn man von ihm nach Theodor Fontane sagt, seine Seele war griechisch, sein Geist altenfritzisch, sein Charakter dagegen märkisch. Nur aus dieser Mischung von griechischem Idealismus, friderizianischem Pflichtgefühl und märkischer Zähigkeit und Ausdauer sind die Widersprüche im Lebensbilde des Altmeisters Schinkel, des größten und universellsten Künstlers, den Preußen je besessen, zu erklären. —

(Fortsetzung folgt.)

Die Gestaltung der Umgebung des neuen Bahnhofes in Dortmund.*)

Hierzu die Abbildungen Seite 404 und 405.

Sie schrieben seiner Zeit zur Frage der Umgestaltung des Theater-Platzes in Dresden, „daß an wichtigen Stellen des deutschen Kunstlebens die größten Möglichkeiten nicht erschöpft sind“. Diesen Eindruck gewinnt man auch, wenn man den Wettbewerb für die „Gestaltung der Umgebung des Bahnhofes in Dortmund“ in seinem Ergebnis verfolgt. Das Bahnhofsgelände ist fertig und gut ausgefallen, eine gute Massengestaltung des benachbarten Bahnpostgebäudes ist gesichert. Der natürliche Verlauf der Straßenzüge ist in gleicher Weise einguter und das Gelände bietet in seinen Höhenunterschieden die Voraussetzung für Städtebilder von hohem Reiz. Die Stadt Dortmund ist noch im Besitz von Bauplätzen, welche für die demnächstige Gestaltung von Einfluß sind. Vor der Ausschreibung des Wettbewerbes sind vom städtischen Bauamt die Baufluchtlinien festgelegt worden. Im Preisausschreiben wurden verlangt „Bauentwürfe, die bei der demnächstigen Bebauung als Vorbilder für die Gestaltung der Platz- und Straßenwandungen, sowie für die Gruppierung der Baumassen dienen sollen“; ferner wurden ein „harmonischer Gesamteindruck des Straßensbildes“, das „Einordnen von Bauten in einen Gesamtplan, der der Bedeutung dieser neuen Straßenschöpfung an einem der verkehrsreichsten Punkte der Stadt in großzügiger Weise Rechnung trägt“, gefordert. Der Wettbewerb fand keine besonders rege Beteiligung. Bei der Entscheidung wurden nur die Entwürfe berücksichtigt, welche die vorgesehenen Baufluchtlinien einhielten und sich möglichst streng nur auf Gestaltung des architektonischen Aufbaues beschränkten. Man muß also annehmen, daß die ausschreibende Behörde und das Preisgericht sich darüber einig waren, daß eine Bebauung auf Grund der vorgesehenen Baufluchtlinien anzustreben sei. Es soll nicht bestritten werden, daß auf diese Weise

annehbare, zum Teil interessante Stadtbilder entstehen werden, aber die größten Möglichkeiten sind auch nicht annähernd erschöpft. Die erste Frage ist die: „Ist es richtig, gegenüber dem Bahnhofeinen Block zu erbauen?“. Das oder die Gebäude dieses Blockes können unter Umständen an und für sich interessante Bauwerke werden, und auch der Aufgang zwischen Block „A“ und Block „B“ wird zweifellos reizvoll. Die Verhältnisse sind aber materiell und ästhetisch beengt, und ein freier Platz mit geschickter Ausgestaltung des Geländeunterschiedes sowie mit schönen Bauten am Königswall im Hintergrund dürfte zweifellos einen unvergleichlich eindrucksvolleren befreienden Eindruck machen. Was spielen da einige hunderttausend Mark für eine Rolle, wenn es sich darum handelt, für eine Stadt von der wirtschaftlichen Bedeutung wie Dortmund auf Jahrhunderte eine einschneidende Bauanlage zu schaffen.

Was die Gestaltung der auf den Königswall einmündenden Straßen anbelangt, so muß auch hier gesagt sein, daß eine Bebauung nach den vorgesehenen Baufluchtlinien nicht als eine stadtbaukünstlerische Leistung im höheren Sinne des Wortes angesehen werden kann. Das Auge verlangt an dieser langen Front nach Punkten, wo es wirklich großzügig gedachte Anlagen vorfindet. Was liegt aber näher, als gerade die als Hauptverkehrsader gedachte Hansa-Straße an ihrer Mündung besonders zu betonen? Kleinliche Architekturmittel sind da nicht am Platze; nur das großzügige stadtbaukünstlerische Motiv, Vorplatz, offener oder zum Teil abgeschlossener Platz wirkt hier. Auch die anderen Straßen bedürfen noch einer Durcharbeitung. Ein fester Wille dürfte sicher zum Ziele führen, selbst wenn die Schwierigkeiten zuerst unüberwindbar scheinen, was sie aber nicht sind.

Der nachstehende Entwurf gibt in seinen Vorschlägen Anhaltspunkte für die Beurteilung des Gesagten. Zu hoffen ist, daß die Baubehörden noch nachträglich ihre Pläne abändern und daß die ferneren Verfügungen aus einem groß sinnigen Wollen heraus getroffen werden. —

L. B. M.

Einsturz und Wiederaufbau des Wehres in der Neiße bei Zelz.

Von Br. Schulz, Reg.-Baumeister und Privat-Dozent an der Technischen Hochschule in Berlin.

(Fortsetzung statt Schluß.)

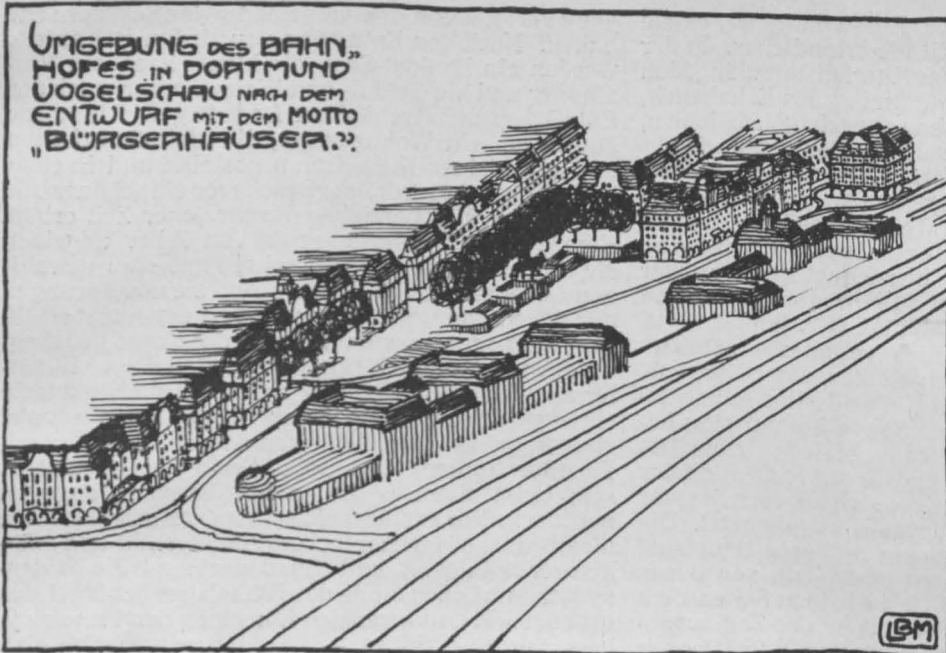
Das neue Wehr ist in Abbildung 10 im Lageplan, in den Abbildungen 11—15 in Grundrissen und Schnitten dargestellt. Es erhielt 6 Öffnungen und zwar 2 mittlere von je 9,166 m und 4 äußere von je 10 m i. W. Das Maß für die Mittelöffnungen ergab sich aus der Absicht, in diese die zwei noch verwendungsfähigen Schützverschlüsse des eingestürzten Wehres einzubauen. Für die seitlichen Öffnungen wurden besondere Verschlüsse konstruiert, die weiter unten beschrieben sind. Die Ordinate des konzessionierten Staues liegt auf + 92,65 und die Flußsohle an dem Bauwerk auf + 89,9. Die Fachbaum-Ordinate wurde auf + 90 m angeordnet,

um ein glattes Abführen des Kiesel zu erzielen. Die Querschnittsfläche des gestauten Wassers beträgt demnach $(2 \cdot 9,166 + 4 \cdot 10) \cdot 2,65 = 154,5 \text{ qm}$ und das Durchflußprofil bis zur Unterkante der festen Wehrbrücke auf + 94,5 $(2 \cdot 9,166 + 4 \cdot 10) \cdot 4,5 = 262,5 \text{ qm}$.

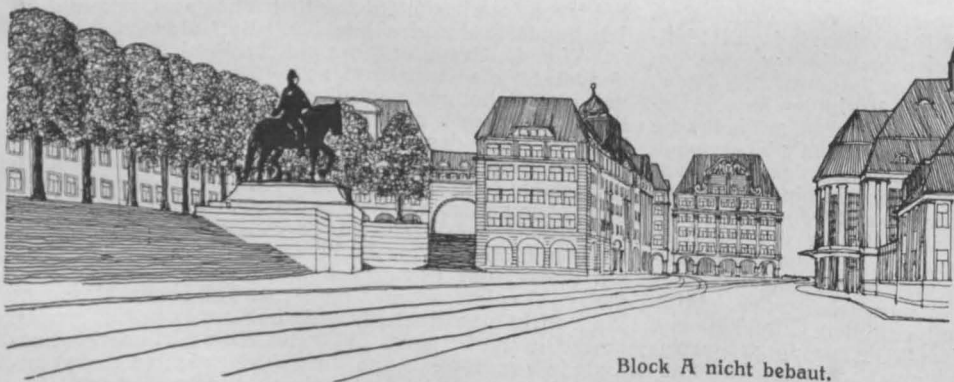
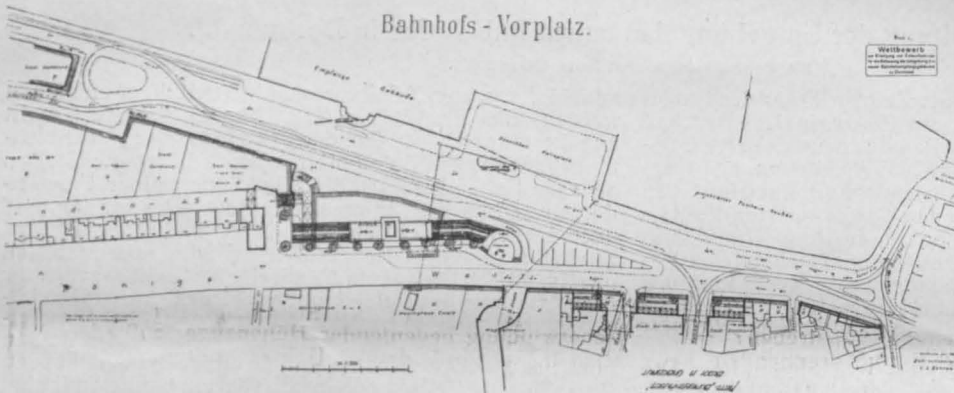
Das feste Wehr besteht aus einem Betonkörper von 8 m Breite, der das Flußbett in ganzer Breite durchquert und in die Fundamente der senkrechten Flügel übergeht, die beiderseits etwa 10 m in die Ufer einschneiden. Die Oberkante des Wehrkörpers liegt auf + 90 und ist in den Seitenöffnungen, entsprechend dem höheren Fachbaum, in schlanker Krüve nach dem Oberwasser zu bis auf + 90,7 hochgezogen. Der Wehrkörper ist als unten offener Π -

*) Siehe auch den Lageplan in No. 75, Jahrgang 1910 der „Deutschen Bauzeitung“.

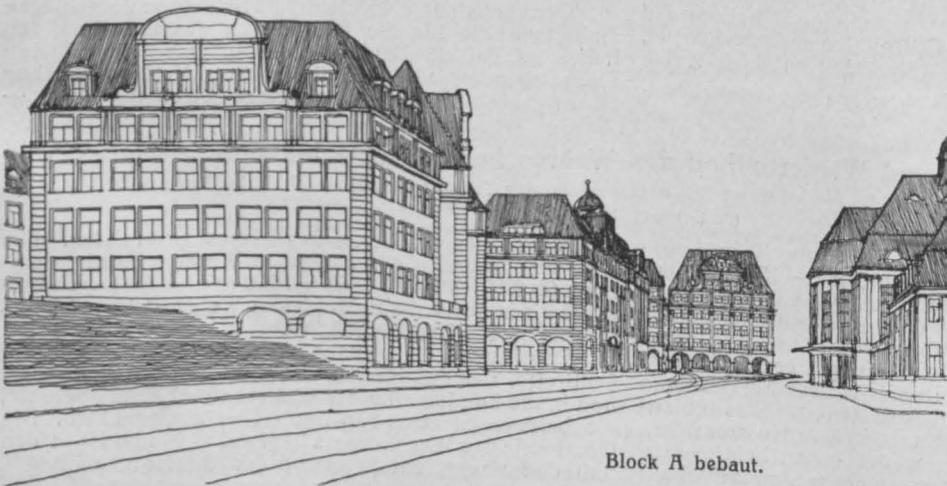
UMGEBUNG DES BAHN-
HOFES IN DORTMUND
VOGELSCHAU NACH DEM
ENTWURF MIT DEM MOTTO
"BÜRGERHAUSER."



Bahnhofs - Vorplatz.



Block A nicht bebaut.



Block A bebaut.

Die Gestaltung der Umgebung des neuen Bahnhofes in Dortmund.

Querschnitt (Abbildgn. 14 und 15) ausgebildet; der wagrechte Steg hat eine Dicke von 2m, die beiden Schenkel greifen, sich nach unten verjüngend, als Schürzen noch 2m in den Boden ein und sitzen auf den Hauptspundwänden auf, die in ganzer Breite durch das Flußbett gehen und bis in die Braunkohle gerammt sind. Die obere Spundwand ist unter den Fundamenten der Flügel bis in die Ufer hineingezogen; in der Mitte und an den Seiten sind außerdem Querspundwände angeordnet. So war eine genügende Sicherung gegen Durchbrüche sowohl unterhalb des Wehres wie auch um die Flügel herum erreicht. Zur weiteren Sicherung wurde außerdem der Fundamentkörper auf hölzerne Pfahlgruppen (Abbildung 11) gesetzt, die unter den Pfeilern angeordnet und bis in die Braunkohle gerammt sind. Die Pfähle sind in bekannter Anordnung schräg gesetzt, sodaß sie für die zu übertragenden Kräfte eine Art Fachwerk-Verband zwischen Baugrund und Fundament bilden. Sie sind jedoch so geneigt, daß in jedem Pfahl die Druckspannung die Zugbelastung überwiegt. Der Pfahlrost ist dabei so bemessen, daß er das Gewicht des Wehres und den Wasserdruck mit Sicherheit aufnehmen kann, auch wenn das Zwischenmaterial nicht tragfähig wäre und das Wehr nur auf den Pfählen stände.

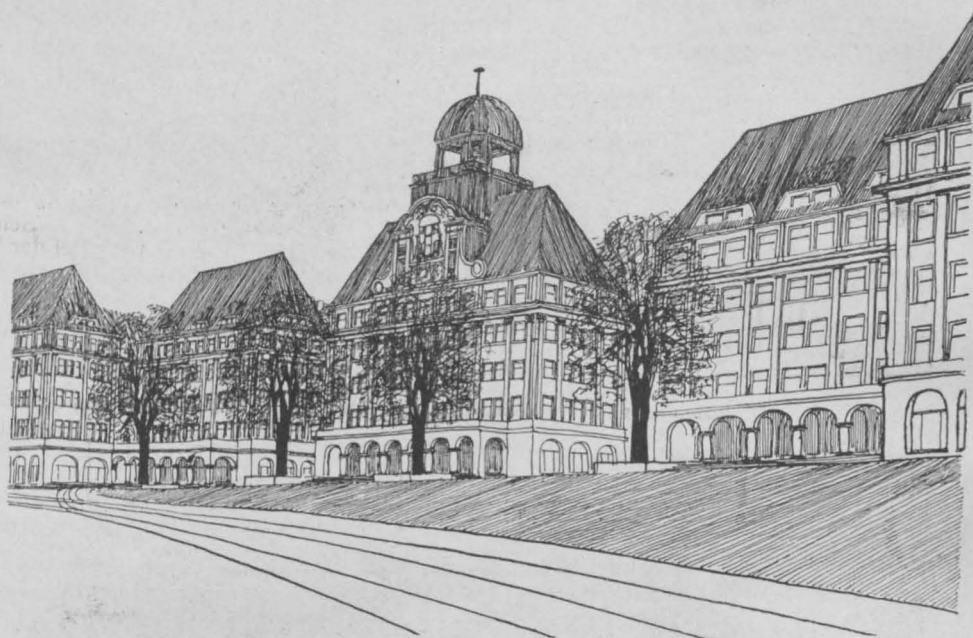
Wehrkörper, Pfeiler und Widerlager wurden aus Beton im Mischungsverhältnis 1:5 aus dem an der Baustelle gewonnenen vorzüglichen Neißekies hergestellt. Für die oberen Flächen des Fundamentes, die dem Wasserangriff bei geöffnetem Wehr ausgesetzt sind, wurde eine fettere Mischung 1:3 verwendet, die schließlich mit einer 10cm starken Fettschicht 1:1 abgedeckt ist. In den Mittelöffnungen, die vorzugsweise zur Abführung des abgelagerten starkschleifenden Geschiebes dienen sollen, wurde anstelle der Fettschicht eine Abdeckung mit den aus dem Abbruch des alten Wehres gewonnenen Granitplatten ausgeführt. Wehrkörper und Pfeiler sind ausreichend mit Eiseneinlagen bewehrt, um die auftretenden Biegungs- und Scherspannungen zu übertragen. Letztere sind besonders groß an der Wurzel der Pfeiler, die deshalb mit einer Verzäh-

nung in den Fundamentkörper eingreifen. Obgleich in diesen Flächen die zulässige Schubspannung nicht überschritten wird, sind außerdem unter 45° nach oben abgebogene Eisen-Einlagen vorgesehen, die bis in das Fundament hindurchreichen. Biegungsspannungen in dem Beton ergeben sich dadurch, daß der Wehrkörper nur an den Pfeilern und Widerlagern durch die Pfahlgruppen gehalten ist und zwischen diesen Eigengewicht und Wasserdruck durch Biegung übertragen muß. Deshalb wurde der Querschnitt des Wehrkörpers allseitig mit 25 mm starken Eiseneinlagen bewehrt, die in der Längsrichtung des Wehres durchgehen. Außerdem wurden zur Vermeidung von Rißbildungen an der Oberfläche des Wehrkörpers dicht unterhalb desselben und senkrecht zu den vorigen Eisen in engeren Abständen 10 mm starke Rund-eisen angeordnet.

Zur Sicherung gegen Quellenbildungen wurde oberhalb des festen Wehrkörpers die Kiesdecke in 8 m Breite entfernt und durch eine eingeschleimte Tonschicht (Abbildg. 14) ersetzt, die in einen Falz des Wehrkörpers eingreift. Diese Tonschicht wurde mit einzelnen Schichten von feinem Sand, Kies und Schotter und zum Abschluß mit 0,25 m starken, im Verband verlegten Betonplatten abgedeckt. Die Widerlager und Flügelmauern sind gleichfalls sorgfältig mit Tonschlag umhüllt und die anschließenden Ufer mit Betonplatten auf Kiesunterlage abgedeckt. Diese Betonplatten wurden schachbrettartig zwischen Holzleisten an Ort und Stelle gestampft; das Abbinden in den Fugen wurde durch eingelegte Streifen von Dachpappe verhindert und so ein Nachgeben des Belages bei Sackungen erreicht.

Zur Sohlensicherung im Unterwasser wurde auf 15 m ein massiver Abfallboden ausgeführt (Abbildungen 14 u. 15). Dieser besteht aus 0,5 m starken, 2 qm großen Betonplatten, die auf einer Faschinenmatratze von gleicher Stärke aufruhren. Die Faschinenmatratze wurde aus Wurstaffaschinen hergestellt und mit Spickpfählen befestigt. Der Abfallboden ist in Abständen von 5 m durch 3 querlaufende Pfahlreihen verstärkt und durch Längs-Pfahlreihen begrenzt, die gleichzeitig den Böschungsfuß der Ufermauern sichern. An den Abfallboden schließt sich auf weitere 10 m eine Sohlensicherung aus 0,25 m starken Betonplatten auf dünnerer Faschinenunterlage an,

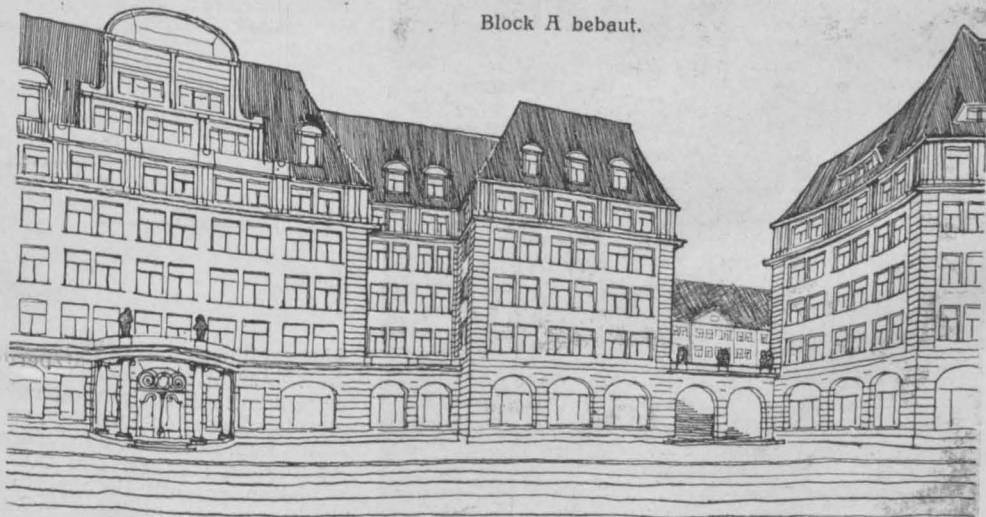
die mit flacher Neigung den Uebergang in das Flußbett bildet. Den Abschluß der Sohlensicherung bildet eine Faschinenmatratze, die mit Steinen aus dem Abbruch des



Blick auf die Hansa- und die Weber-Straße.

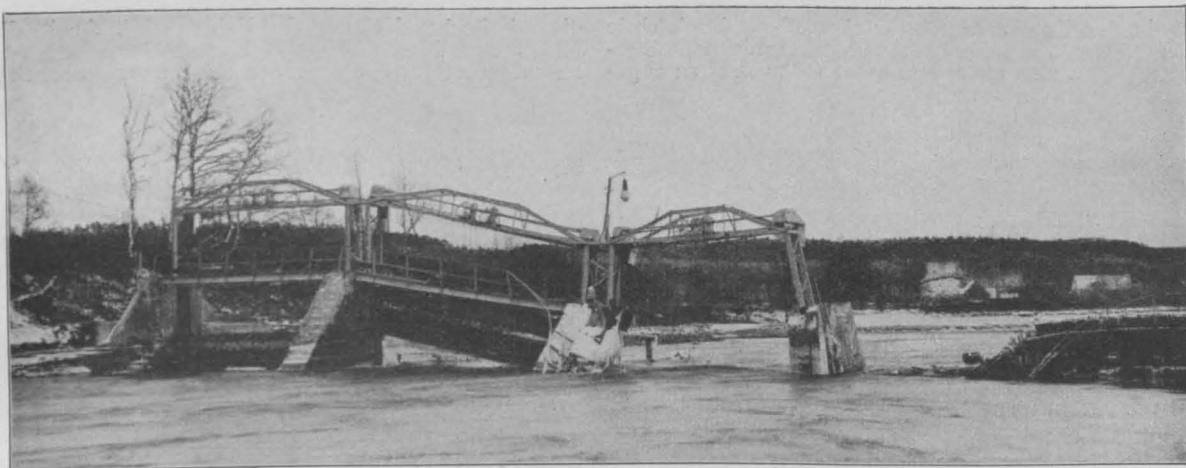


Block A bebaut.

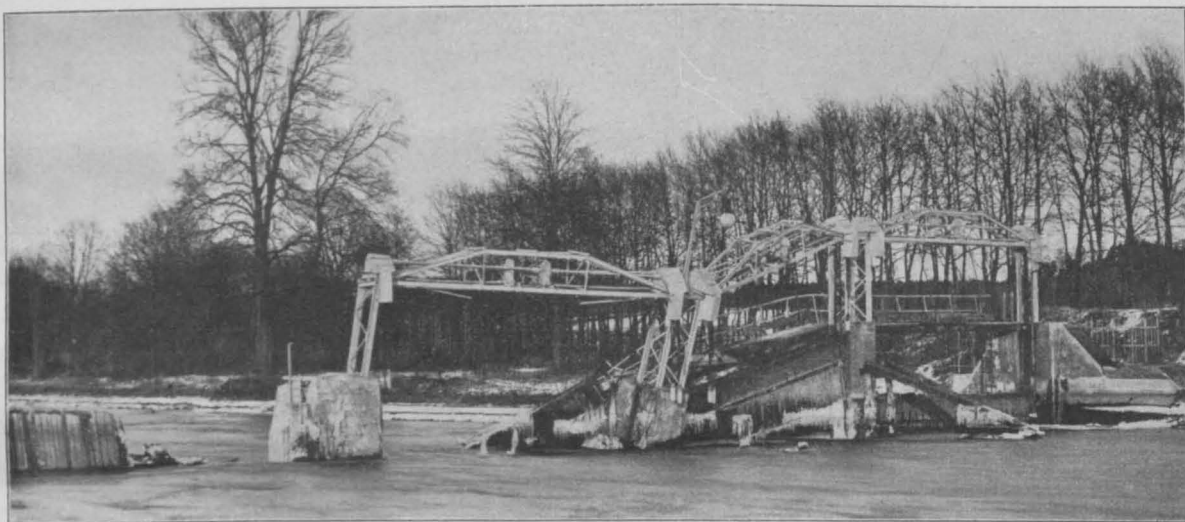


Block A bebaut, vom Bahnhof-Portal aus gesehen.
Die Gestaltung der Umgebung des neuen Bahnhofes in Dortmund.

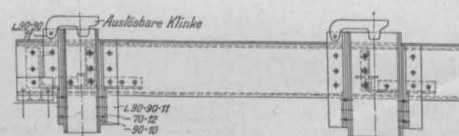
alten Wehres beschwert ist. Der leitende Gedanke dieser Anordnung war, daß der untere Teil dieser Sohlensicherung bei den zu erwartenden Auskolkungen und



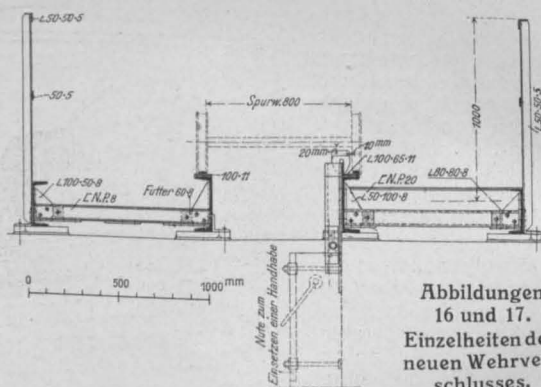
Abbildungen 5–7. Aufnahmen des früheren, Februar 1909 eingestürzten Wehres.



Einsturz und Wiederaufbau des Wehres in der Neisse bei Zelz.



Loßständer mit Vorsatzbrettern.



Abbildungen 16 und 17. Einzelheiten des neuen Wehrverschlusses.

Unterspülungen vom Unterwasser her tiefer in das Flußbett einsinkt. Die Oberfläche soll dann dem Einsinken entsprechend mit Steinen oder durch mit Beton gefüllte Zementsäcke bepackt werden, bis die Faschinenmatratze zur Ruhe kommt und so den festen Abfallboden gegen Unterspülungen schützt. Die Ufer sind zu Seiten des festen Abfallbodens mit Betonplatten belegt und weiter unterhalb noch mit Faschinen befestigt.

Als Verschlüsse der mittleren Oeffnungen wurden die Rollschütze des eingestürzten Wehres wieder verwendet (Abbildung 13 rechts). Entsprechend dem um 0,7 m tieferen Fachbaum mußte die obere Schütztafel zu diesem Zweck um 0,7 m aufgehöhht werden. Gleichzeitig wurde die Zugvorrichtung der Schütze verstärkt, um diese bei Frost mit größeren Eismengen heben zu können.

Abbildung 14.

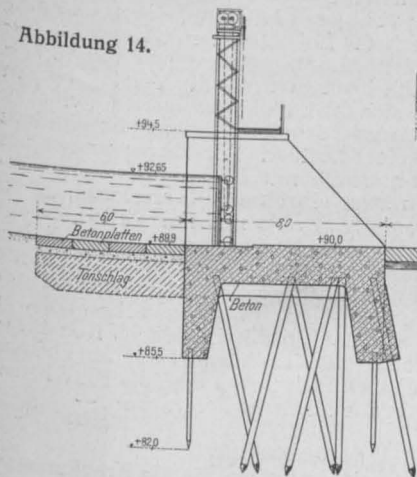
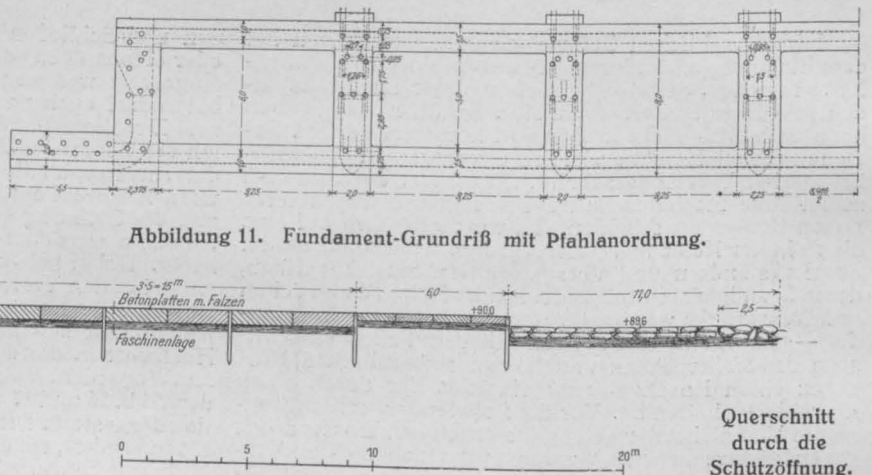


Abbildung 11. Fundament-Grundriß mit Pfahlanordnung.



Querschnitt durch die Schützöffnung.

Abbildung 12. Teil-Querschnitt durch das Wehr.

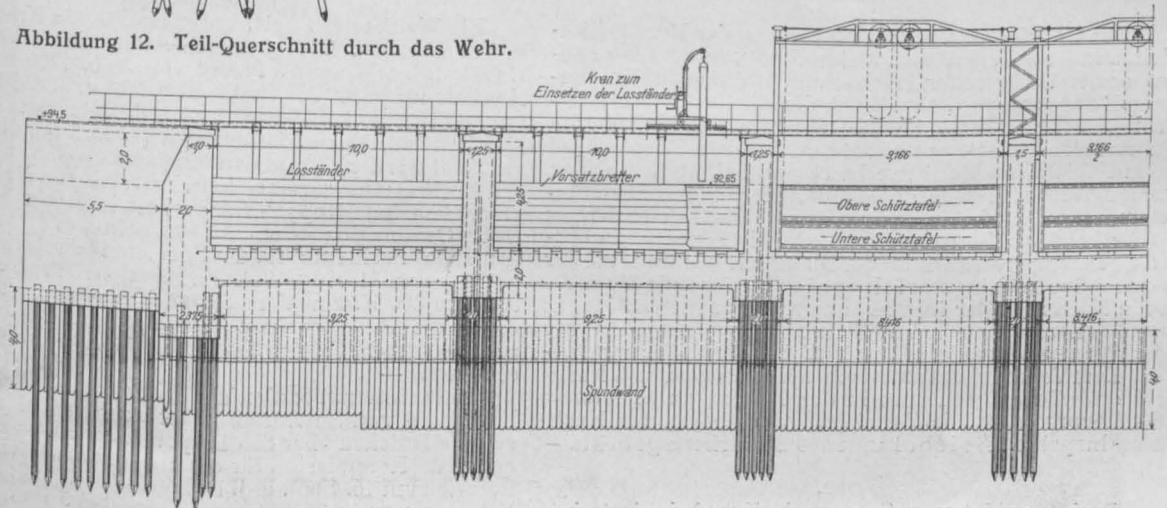


Abbildung 13. Teil des Wehr-Grundrisses.

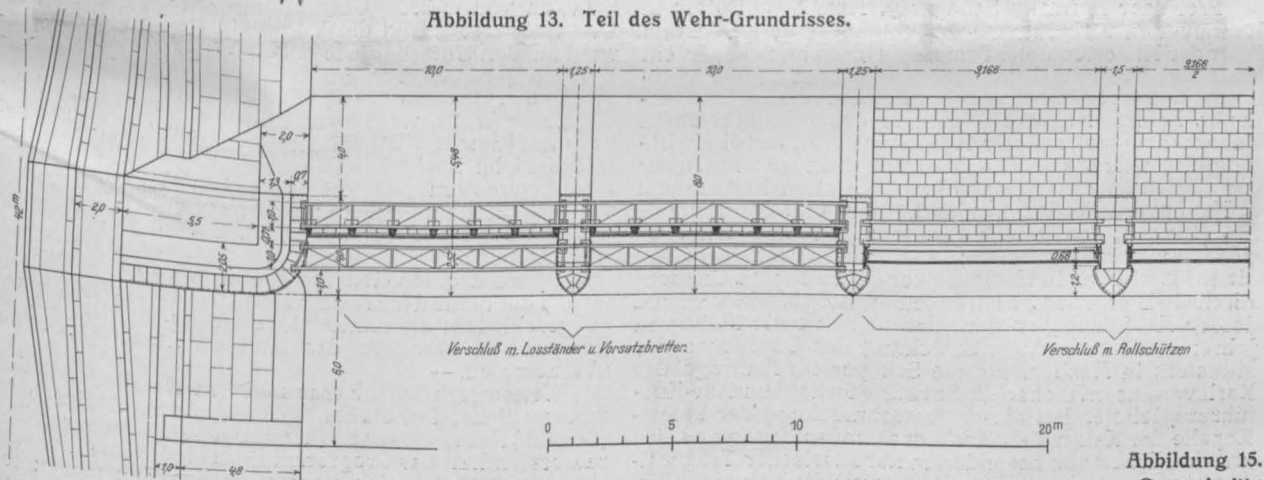


Abbildung 10. Lageplan des neuen Wehres.

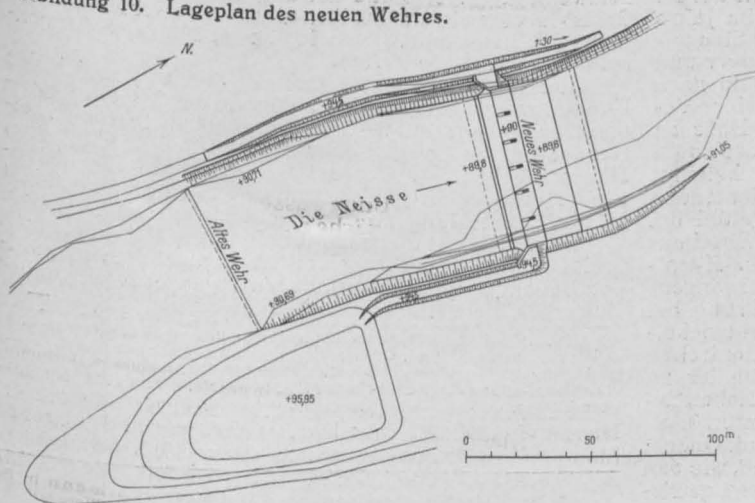
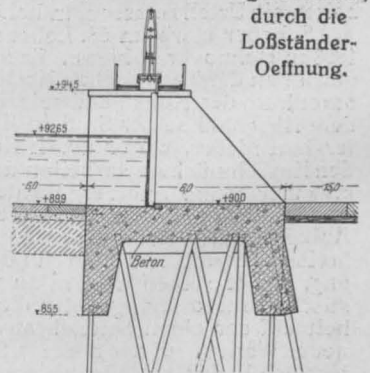


Abbildung 15. Querschnitt durch die Lößtänder-Öffnung.



Zu
Abbildung 15.
Sturzbett
rechts wie in
Abbildung 14
ausgebildet.

Einsturz und Wiederaufbau des Wehres
in der Neisse bei Zelz.

Für die seitlichen Öffnungen mußte nach den bei dem Einsturz gemachten Erfahrungen ein Verschluss gefordert werden, der sich bei Gefahr unter allen Umständen in kürzester Zeit öffnen läßt. Schütze oder Nadeln konnten hierfür nicht in Betracht kommen, da ihre Bedienung durch Hand zu viel Zeit erfordert und außerdem bei starker Vereisung sehr erschwert ist; auch mußten selbsttätige mechanische Wehrverschlüsse wegen ihrer hohen Kosten ausscheiden. Es wurde deshalb auf eine ältere in der Neife mehrfach erprobte Wehrkonstruktion aus Lößständern und Vorsatzbrettern zurückgegriffen, deren Grundgedanke folgender ist: Zwischen Wehrrücken und Wehrbrücke werden hölzerne Balken — die Lößständer — aufgestellt; diese sitzen mit dem Fuß in einer Nische des Wehrrückens und lehnen sich mit dem Kopf gegen einen Ansatz der Wehrbrücke, der durch einen Riegel festgehalten ist. Vor die Lößständer werden wagrechte Vorsatzbretter gelegt, die durch den Wasserdruck gegen erstere gepreßt werden und einen dichten Verschluss geben. Im normalen Betrieb werden zum Öff-

nen und Schließen die Vorsatzbretter mit Schiffshaken oder eigens dazu konstruierten Zangen herausgeholt und eingesetzt und zur völligen Freilegung einer Öffnung bei Bedarf auch noch die Lößständer mit einem zu diesem Zweck vorhandenen Laufkran herausgeholt. In Fällen der Gefahr jedoch brauchen nur die Verriegelungen der Ansätze, an die sich die Lößständer lehnen, gelöst zu werden, worauf der Wasserdruck die Lößständer umkippt und die Öffnung sofort freilegt. Die abschwimmenden Holzteile werden unterhalb mit Bootshaken herausgefischt. Dabei gehen zwar einzelne Teile verloren, die so entstehenden Verluste sind aber nicht erheblich, da die Kosten aller Holzteile einer Öffnung nur an 500 M. betragen und schließlich derartige plötzlich eintretende Hochwasser, die ein Freilegen der Öffnung auf normale Wege nicht mehr gestatten, nur selten vorkommen. In den Abb. 16 und 17 sind die Einzelheiten dieser Konstruktion dargestellt. Die Lößständer sind am Kopf und Fuß mit Eisen armiert, am oberen Ende mit einem Bügel und in der Mitte mit Führungen aus Flacheisen versehen. —

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Der Nachfolger von Paul Wallot an der Kunst-Akademie in Dresden ist nach Meldungen von dort der Professor der Technischen Hochschule in Dresden, Dr. German Bestelmeyer, eine Wahl, die wir für außerordentlich glücklich halten. Hr. Bestelmeyer hat in früheren Jahren eine vielseitige und sehr erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Wettbewerbswesens entfaltet. Bei den umfangreichen Erweiterungsbauten der Universität in München war er in selbständiger und künstlerisch bedeutender Weise beteiligt. Von seinen jüngeren Arbeiten seien mehrere eigenartige Entwürfe für das Bismarck-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück, sowie das Gebäude für deutsche Kunst auf der internationalen Kunstausstellung in Rom genannt. An die Tätigkeit Bestelmeyers als Lehrer der Kunstakademie knüpfen sich daher gute Hoffnungen. —

Zum Vorstand des städtischen Hochbauamtes in Karlsruhe wurde an Stelle des in den Ruhestand getretenen Stadtbaurates Strieder der bisherige zweite Beamte, Hochbau-Inspektor Beichel unter 69 Bewerbern gewählt. —

Tote.

Professor Hermann Schaper †. Am 12. Juni starb in Hannover in verhältnismäßig noch nicht vorgerücktem Alter der Historienmaler Professor Hermann Schaper, ein Künstler, dem die Kunst der Gegenwart in der Ausschmückung von Monumentalbauten Hervorragendes verdankt. Zahlreich sind die Werke, an denen Schaper durch Uebernahme dekorativer Ausschmückungsarbeiten beteiligt war; als die bedeutendsten unter ihnen nennen wir die Marienburg in Westpreußen, den alten Rathaussaal in Hannover, die Garnisonkirche daselbst; das Rathaus in Göttingen; den Dom in Bremen; die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin; den Römer in Frankfurt a. M.; die Erlöserkirche in Homburg vor der Höhe; die Gnadenkirche in Berlin usw. Sein bedeutendstes Werk, während dessen Ausführung er starb, ist die seit einer Reihe von Jahren betriebene Ausschmückung des Oktogons des Karlsvereins in Aachen, für die Schaper im Auftrage des Karlsvereins in Aachen die Entwürfe fertigte und die Ausführung leitete. Bei dieser Ausschmückung der Palast-Kapelle der Kaiserpfalz Karls des Großen handelt es sich um eine Arbeit von besonderem künstlerischen Takt, welcher der verstorbene Künstler, soweit die bisherigen Arbeiten ein Urteil zulassen, in hohem Maße gerecht wurde.

Schaper starb im 58. Lebensjahre, er war im Jahre 1853 in Hannover geboren. Er machte seine Studien zunächst an der Technischen Hochschule in Hannover und darauf an der Kunstakademie in München. Bald nach dem Abschluß seiner Studien ließ er sich in seiner Vaterstadt nieder, wo er durch Konrad Wilhelm Hase an den Ausschmückungsarbeiten des alten Rathauses sowie an einer Reihe anderer Wiederherstellungen beteiligt wurde. Was Schaper die zahlreichen und bedeutenden Aufträge verschaffte, das war das hohe Stilgefühl bei breiter dekorativer Wirkung und monumentaler Anschauung, das er seinen Werken zu verleihen wußte. Altruistische Unterordnung unter die Gebote der Vergangenheit auf der einen Seite, kraftvolle Selbstäußerung bei neuen Werken auf der anderen Seite, dazu ein entwickeltes Gefühl für die Forderungen der architektonischen Raumwirkung machten den verstorbenen Künstler zu einem gesuchten Mitarbeiter des Architekten. Neben Gesellschaft gehörte er zu den bedeutendsten Monumentalkünstlern der Fläche der Gegenwart in Norddeutschland, sodaß wir seinen Verlust als einen großen, und, wie den des Meisters Gesellschaft, als einen bis zu einem gewissen Grade unersetzlichen bezeichnen müssen. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Krankenhaus in Naumburg a. S. wird für deutsche Architekten zum 1. Okt. d. J. erlassen. 3 Preise von 2000, 1200 und 800 M. Ankäufe für je 500 M. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Geh. Brt. Beißner in Merseburg und Geh. Brt. Prof. Dr. H. Licht in Leipzig. Unterlagen gegen 3 M., die zurück-erstattet werden, durch den Magistrat. —

Ein Preisausschreiben betr. Entwürfe für die Erbauung einer Gemeinde-Doppel-Volksschule in Urfahr bei Linz in Ober-Oesterreich erläßt die Gemeinde-Vorstehung für deutsche Fachleute (d. h. Fachleute deutscher Nationalität) zum 31. Aug. 1911. Es gelangen 3 Preise von 1000, 500 und 300 K. zur Verteilung. Unterlagen gegen 10 K. durch die Stadtgemeinde-Vorstehung Urfahr. „Der bezahlte Kaufschilling wird unter keinen Umständen zurück-erstattet.“ —

Einen internationalen Wettbewerb mit Verdingung zur Erlangung von Entwürfen nebst Kostenanschlag für drei eiserne Brücken über den Diepoldsauer Rhein-Durchstich erläßt die Kommission für die internationale Rhein-Regulierung zum 16. Sept. d. J. Es handelt sich um drei eiserne Brücken von je 250 m Gesamtlänge bei 5 und 7 m Breite. Der Wettbewerb und die Verdingung beziehen sich sowohl auf den Unterbau wie auf die Tragkonstruktion. Unterlagen gegen 30 Frcs. durch die Bauleitung, Mariaberg-Straße 5 in Rorschach. —

Einen Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Leichenhalle mit Krematorium auf dem städtischen Hauptfriedhof in Pforzheim beantragt der Stadtrat unter Einstellung einer Summe von 11000 M. beim Bürger-Ausschuß. 3 Preise von 4000, 3000 und 2000 M.; für Ankäufe 2000 M. —

Wettbewerb Warenhaus Tietz in Cöln. Die Frist zur Einsendung der Entwürfe ist bis zum 1. Sept. d. J. verlängert worden. Hr. Geh. Brt. Prof. Wickop in Darmstadt ist aus der Reihe der Ersatzpreisrichter auf seinen Wunsch ausgeschieden; an seiner Stelle hat Hr. städt. Brt. Hans Grässel in München das Amt als Ersatzpreisrichter übernommen. —

Wettbewerb betr. Bebauungsplan für den südlichen und westlichen Teil des Stadtgebietes der Stadt Hildesheim. (Schluß.) Neben diesen Bestimmungen allgemeineren Charakters enthält das Programm noch eine Reihe Einzelbestimmungen. Für den nordwestlichen Teil des Hildesheimer Stadtgebietes und das angrenzende Moritzberger Gebiet ist eine allgemeine Einteilung in verschiedenartige Wohn-, Villen- und Geschäftsviertel, Plätze, Schmuckanlagen usw. zu entwerfen.

Hierzu wird bemerkt, daß das Gebiet westlich des Kupferstranges, namentlich an der an der Ostseite liegenden Hauptstraße, mit 2—3 geschossigen kleineren Arbeiterhäusern, im übrigen aber nur spärlich mit kleineren Häusern bebaut ist. Das Gebiet nördlich der Eisenbahn-Linie Himmelsthür—Hildesheim bis nach Steuerwald ist in der Entwicklung zu einem Industriegebiet begriffen.

Der Magistrat übernimmt keine Verpflichtung, einen preisgekrönten oder angekauften Entwurf dem endgültigen Bebauungsplan zugrunde zu legen oder einem der Bewerber die weitere Ausarbeitung zu übertragen. —

Inhalt: Verband Deutscher Architekten- u. Ingenieur-Vereine E. V. — Die Architektur auf der Großen Berliner Kunstausstellung 1911. — Die Gestaltung der Umgebung des neuen Bahnhofes in Dortmund. — Einsturz und Wiederaufbau des Wehres in der Neife bei Zelz. (Forts. statt Schluß.) — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Vereinsmitteilungen. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die Architektur auf der Großen Berliner Kunstausstellung 1911.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



* BEILAGE FÜR VEREINE *

Berichte über Versammlungen und Besichtigungen.

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung am 27. März 1911. Vors. Hr. Saran. Die der gewöhnlichen Versammlung vorausgehende Hauptversammlung, die über den Haushaltsplan entscheiden sollte, war nicht beschlußfähig. Der Hauptgegenstand der sich anschließenden Versammlung war eine Besprechung über Heimatschutz und Verunstaltungsgesetz. Zunächst erstatteten die Hrn. Schmieden und Klöppel eingehende Berichte, daran schloß sich eine lebhafte Aussprache, an der sich namentlich die Hrn. Ochs, Dr. v. Ritgen, Dr. Seeßelberg, Habicht, Redlich, Roettger, Jautschus und die beiden Berichterstatter beteiligten.

Die Berichterstatter hatten die folgenden vier Fragen zur Besprechung gestellt:

1. Soll man der Heimatschutzbewegung über die Bekämpfung der groben Verunstaltung hinausgehende gesetzliche Handhaben geben, und wie ist der Begriff der „groben“ Verunstaltung für die Praxis handlicher zu fassen?

2. Ist Freiheit oder generelle Regelung der ortstatutarischen Vorschriften, generelle Regelung oder Freiheit der Einzelherstellung anzustreben?

3. Darf die Stilfrage als die brennendste baukünstlerische Zeitfrage aus der Heimatschutzfrage ausgeschaltet werden?

4. Ist von der heutigen Heimatschutz-Gesetzgebung eine soziale oder eine ästhetische Wirkung zu erwarten?

Die Beratungen, bei welchen sich zum Teil stark entgegengesetzte Meinungen gegenüber standen, wurden noch nicht zum Abschluß gebracht. —

Versammlung am 3. April 1911. Die Beratungen über Heimatschutz und Verunstaltungsgesetz werden fortgesetzt und es wird beschlossen, einen Ausschuß zu wählen, der die Frage der Reformbedürftigkeit des Verunstaltungsgesetzes prüfen soll. Gewählt werden die Hrn. Caesar, Grube, Jautschus, Klöppel, Ochs, Schmieden, Seeck, Seeßelberg und Stiehl. Dem Ausschuß werden keine bestimmten Direktiven gegeben. Es wird ferner ein Antrag des Hrn. Ochs angenommen, dahin gehend, der Verein möge sowohl bei der Regierung wie auch beim Landtag dahin vorstellig werden, daß das längst verheißene Denkmalsgesetz baldigst erlassen werde.

In der Hauptversammlung am gleichen Tage wird der Haushalts-Voranschlag angenommen. Nach demselben wird den auswärtigen Mitgliedern, deren Beiträge die erhöhten Kosten nicht mehr decken, für 1911 zunächst ein außerordentlicher Beitrag auferlegt, während die endgültige Regelung der Beitragsfrage

späterer Entschließung vorbehalten bleibt. — Dem Ausschuß Groß-Berlin wird ein Betrag von 500 M. für seine Arbeiten bewilligt. —

Versammlung am 10. April 1911. An diesem Abend, an welchem auch die Damen des Vereins der Versammlung beiwohnten, sprach Reg.-Baumeister Eiselen unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder über die neue österreichische Alpenbahn Salzburg—Triest. Die neuen Alpenbahnen bilden nach den Ausführungen des Redners nur einen Teil eines großzügigen Programmes für die Ausgestaltung der österreichischen Verkehrswege, das vom Ministerium Körber 1901 dem Parlament vorgelegt wurde und die Anlage von 750 Mill. Kr. für den Bau von Kanälen und Flußregulierungen, 487 Mill. Kr. für den Ausbau des staatlichen Eisenbahnnetzes, vor allem den Bau der zweiten Verbindung mit Triest vorsah. Die Vorlagen wurden rasch angenommen und erhielten beide im Juni 1901 Gesetzeskraft. Die Wasserstraßenvorlage ist allerdings bisher noch nicht aus dem Stadium der Planung herausgekommen. Die ganz ungewöhnlichen Schwierigkeiten bei der Ueberwindung bedeutender Höhenzüge, außerdem auch die sehr bedeutenden Ueberschreitungen beim Bau der Alpenbahnen, die bis zu 50% der veranschlagten Kosten betragen haben, wirkten hier hemmend. Die Alpenbahnen dagegen wurden sofort mit Energie in Angriff genommen und bis Herbst 1909 bereits in allen Teilen vollendet, nachdem sie schon vorher streckenweise dem Betrieb übergeben werden konnten.

Der Zweck der neuen Alpenbahnen ist ein doppelter. In erster Linie soll durch sie die Bedeutung des einzigen großen österreichischen Seehafens, Triest, durch bessere Verbindung mit dem eigenen Lande und mit Süddeutschland gehoben und ferner soll so damit die Monopolstellung der Südbahn im Verkehr mit Triest gebrochen werden. Die neue Verbindung Salzburg—Triest mit 414 km Länge bedeutet eine wesentliche Verkürzung.

Die neuen Alpenbahnen umfassen die Tauernbahn mit 105 km Länge, die in Schwarzach—St. Veit abzweigt von der Linie Salzburg—Wörgl und nach Durchbohrung der Hohen Tauern mit 8,52 km langem Tunnel in Spittal a. d. Drau in die Südbahn einläuft. Diese wird auf 36 km Länge bis Villach verfolgt, dann schließt die Karawankenbahn an, die mit 7,98 km langem Tunnel die Karawankenkette durchbricht und nach 41 km Länge in Aßling endigt. Dort schließt sich schließlich die Wocheiner-Bahn mit 176 km Länge an, die zum dritten Male einen wuch-



tigen Gebirgswall, die Julischen Alpen, mit 6,34 km langem Tunnel durchbricht, dann noch einmal zum öden Karst-Plateau emporsteigt und schließlich in St. Andrea, dem Hafen von Triest, 2 m über Meeresspiegel endigt. Von Schwarzach—St. Veit bis zum höchsten Punkt des Tauern-Tunnels erstreckt sich die Bahn 801 m, um dann bis Triest wieder 1223 m zu fallen. Unter Einrechnung der verlorenen Zwischenfälle sind im Auf- und Abstieg nicht weniger als 3000 m zu überwinden.

Durch die wiederholte Erklöpfung bedeutender Höhen und Durchbrechung von mächtigen Gebirgszügen unter schwierigsten Verhältnissen, durch die Führung in engen Tälern an zum Rutschen geneigten Felshalden, durch zahllose Viadukt- und Brückenbauten wird die Bahn zu einer der technisch schwierigsten und interessantesten Alpenbahnen, während andererseits der mehrfache Wechsel zwischen wilder Gebirgsgegend und fruchtbarer Landschaft, zwischen nördlicher und südlicher Vegetation die Fahrt auf dieser Bahn zu einer besonders genüßreichen gestaltet.

Durch interessante Vergleiche mit den älteren Alpenbahnen und durch schöne Lichtbilder wurden die Ausführungen des Redners, der eine eingehende und übersichtliche Schilderung von der Linienführung und Ausstattung der neuen Bahn gab, ergänzt und bereichert.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Düsseldorf. Versammlung vom 7. Dezember 1910. Nach einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen berichtet Hr. Arch. Klein über Mißstände bei Warmwasserbereitungs-Anlagen und führt dabei aus, daß er öfter Pilz- und Schlammanfälle im Boiler vorgefunden habe, deren Bildung er auf Rat von fachmännischer Seite durch Vornahme eines Lack-Anstriches begegnet sei. Ein derartiger Lack-Anstrich müsse jedoch alle zwei Jahre erneuert werden, wenn der alte Uebelstand nicht wieder auftreten soll. Auch sei teilweise die Verzinkung weggefressen gewesen, was auf elektrolytische Erscheinungen zurückzuführen sei. Hr. Körting erwidert darauf, daß er auch schon mehrfach Schlamm-Niederschlag im Boiler habe feststellen können, dieser entstehe durch die im Wasser enthaltene Luft. Pilzbildungen im Boiler habe er auch schon beobachtet, aber stets nur am oberen Rand des Boilers. Daß die Pilze die Verzinkung angreifen, sei nicht gut anzunehmen; dort, wo die Verzinkung angegriffen sei, wäre meist die Verzinkung nicht homogen gewesen. Elektrolytische Erscheinungen habe er auch schon mehrfach festgestellt. Korrodierende elektrische Ströme entstanden meist, wenn in der Nähe der Wasserleitungsrohre elektrische Straßenbahnen vorbeiführten, deren Schienen mangelhaft verbunden seien. Solche Fälle seien aber selten. Gefährlich würden solche korrodierenden Ströme erst, wenn sie 0,75 Milli-Ampère für 1 m überschritten. Der Lack-Anstrich sei sehr zu empfehlen, da er auch eine teilweise Gewähr gegen das Ansetzen von Kesselstein bilde, welcher sich bei überhitztem Wasser im Boiler niederschlage. Oefteres Reinigen der Boiler sei jedenfalls zu empfehlen. Von anderer Seite wird empfohlen, die Boiler im Inneren mit Teer zu streichen. Große Mannlöcher bei den Boilern seien sehr zu empfehlen, um gut reinigen zu können. Um die Haltbarkeit von Warmwasserbereitungs-Anlagen zu erhöhen, empfehle es sich, statt der gewöhnlichen verzinkten Rohre nahtlose verzinkte Rohre zu verwenden; solche seien bedeutend haltbarer, die Mehrkosten würden nur 15 % betragen. Weiter betont Hr. Körting, daß eine unmittelbare Verbindung von Heizung und Warmwasserbereitungs-Anlagen vorzuziehen sei. Das würde auch von anderer Seite empfohlen. Er habe solche Verbindungen stets mit Erfolg ausgeführt.

Im übrigen wurde über ein durch die Stadtgemeinde zu veranstaltendes Ausschreiben für Kleinwohnungen verhandelt, für welches das Programm vom Verein in Gemeinschaft mit der Ortsgruppe des B. D. A. und des Vereins der Diplom-Ingenieure aufgestellt ist. Die Preisrichter werden ebenfalls von diesen Vereinen gestellt.

Versammlung vom 4. Januar 1911. Neben geschäftlichen Angelegenheiten wird die Neuwahl des Vorstandes und verschiedener Ausschüsse erledigt. Vorsitzender wird Hr. Dorp, stellv. Vorsitzender Hr. Salzmann, Beisitzer Hr. Fischmann, Schriftführer die Hrn. Korn und Kurtz (letzterer zugleich Redakteur der Vereinsmitteilungen), Säckelmeister Hr. Schlunk, Bibliothekar Hr. Saal.

Versammlung vom 18. Januar 1911. Hauptgegenstand der Beratung bildet die Frage der Ergänzung bzw. Abänderung der Gebühren-Ordnung für Architekten und Ingenieure. Es entwickelt sich eine lebhafte Aussprache darüber, in welchen Punkten eine Abänderung erforderlich sei und ob die Mitglieder des Vereins

angehalten werden sollen, auch stets nach der Gebühren-Ordnung zu liquidieren, wie das der B. D. A. von seinen Mitgliedern verlange. Es wird die Möglichkeit, einen solchen Zwang auszuüben, zwar verneint, der Verein erwarte aber von seinen Mitgliedern, daß sie sich an die G.-O. halten. Es wird ein Ausschuß zur Beratung der Frage gewählt, in den die Hrn. Klein, Schneider, Engeler, Fettweis und Korn gewählt werden.

Versammlung vom 1. Februar 1911. Zunächst erstattet Hr. Ziv.-Ing. Schich einen Bericht über Revision der G.-O. Er sowohl wie Hr. Börner werden in den am 18. Januar gewählten Ausschuß entsandt. Es wird beschlossen, daß der Ausschuß in Honorarfragen Auskunft erteilen soll. Die übrigen Verhandlungen betreffen innere Angelegenheiten des Vereins. Dasselbe gilt von der Versammlung vom 22. Februar 1911.

In der Versammlung am 8. März 1911 sprach Hr. Betriebs-Inspr. Rückel über elektrische Hausinstallationen. Redner führte aus, daß selbst bei Neuanlagen, bei denen von vornherein elektrischer Strom für Beleuchtungs- und andere Zwecke vorgesehen sei, oft hierfür nicht die nötige rechtzeitige Vorsorge getroffen werde, sodaß dann nachträgliche Durchbrüche, Beschädigungen an Decken und Putz nicht zu vermeiden seien. Das komme wohl daher, weil man mit der leichten Anpassungsfähigkeit der elektrischen Leitungen rechne. Man müsse aber auch auf die elektrischen Einrichtungen von vornherein Rücksicht nehmen. Besonders sei zu bedenken: die rechtzeitige Benachrichtigung des Elektrizitätswerkes zur Herstellung des Anschlusses, die gute Unterbringung der Anschlußsicherung für Schaltbrett und Zähler in einem leicht zugänglichen, trockenen Raum. Von größerer Bedeutung ist die rechtzeitige Aufstellung des Entwurfes durch eine fachkundige Firma, damit alles rechtzeitig vorgesehen wird. Wichtig ist dann die sorgfältige Verlegung der Leitungen, für die bei offener Verlegung alle Wand- und Decken-Durchbrüche rechtzeitig vorgesehen, alle Dübel zur Befestigung zeitig genug eingesetzt werden müssen, während bei verdeckter Verlegung die Rohre gleich in Mauer-Kanälen und -Schlitzen eingelegt und mit verputzt werden. Es ist dabei auf entsprechenden Schutz der Rohre zu achten, daß das Metall nicht vom Putz zerfressen wird; die Isolierrohre müssen außerdem so verlegt werden, daß sie keine Wassersäcke bilden. Ganz besonders wichtig ist eine sachgemäße Sicherung, von deren richtiger Anordnung und Dimensionierung die Gefährlosigkeit der elektrischen Anlage abhängt. Wünschenswert ist eine Zerteilung des Stromnetzes im Gebäude in eine größere Zahl von Stromkreisen mit besonderer Sicherung, da dann im Falle des Durchbrennens einer Sicherung immer nur ein Teil der Beleuchtungsanlage versagt. Zum Schluß sprach Redner über die Lampen, namentlich über die Vorzüge der neueren Metallfadenlampen, die bis zu 70 % weniger Strom verbrauchen, als die alten Kohlenfadenlampen, und, wo sie keinen unmittelbaren Erschütterungen ausgesetzt sind, eine sehr hohe Lebensdauer bis zu 2000 Brennstunden aufweisen.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. Versammlung am 17. März 1911. Vors. Hr. Bubendey, anwes. 38 Personen. Hr. Wagenführ erstattet den Bericht des Gesellschafts-Ausschusses, der ein lebendiges Bild von den vielfachen Ausflügen und festlichen Veranstaltungen des Vereins gibt. Hr. Minetti spricht über die Meisterkurse der Gewerbekammer, welche die selbständigen Mitglieder des Gewerbestandes im Existenzkampf durch Vermittelung des erforderlichen theoretischen und praktischen Rüstzeuges stützen sollen. Die theoretischen Kurse sollen die Gewerbetreibenden auf die Meisterprüfung vorbereiten und den bereits im Besitz des Meistertitels befindlichen die Kenntnis einer geordneten Buch- und Rechnungsführung, Kalkulation, sowie der einschlägigen Gesetzgebung vermitteln. Es fanden von 1903—1910 60 solcher Kurse mit 2000 Teilnehmern statt, die eine segensreiche Wirkung ausgeübt haben. Die praktischen Meisterkurse sollen abweichend von denen in manchen anderen Bundesstaaten nicht nur elementare Konstruktionsweisen üben und Gesellen zu Meistern ausbilden, sondern den Meistern Gelegenheit bieten, Spezialtechniken, neue Arbeitsmethoden und Maschinen, die Neubelebung alter Techniken usw. kennen zu lernen. Die Schwierigkeit, sich den praktischen Bedürfnissen anzuschmiegen, wird durch Teilnahme hervorragender Vertreter der Praxis überwunden.

Versammlung am 24. März 1911. Vors. Hr. Bubendey, anw. 85 Personen. Hr. Erb bewidmet dem verstorbenen Ehrenmitglied und langjährigen Vereinsvorsitzenden, Bau-Dir. a. D. Zimmermann, einen warmen Nachruf.

Hr. Dr. Koch macht Mitteilungen über Spielplätze, Parkanlagen und Parksysteine in den Vereinigten Staaten. Chicago ist in der Ausbildung der Spielplätze allen anderen Städten voraus. Behördlichen Kommissionen mit künstlerischem Beirat liegt die Schaffung von Spielplätzen ob, die so angelegt werden, daß der nächste Platz von der Wohnung aus tunlichst in zehn Minuten erreicht werden kann. Die zur Unterhaltung und Belustigung von Jung und Alt eingerichteten Spielplätze enthalten in der Regel einen Raum für Kinder von 8 bis 10 Jahren, einen Raum für Frauen und Mädchen, einen Raum für Fußball, sowie Sandplätze für kleine Kinder, Planschbecken von geringer Tiefe zur Belustigung der Kinder, Plätze für Rundlaufspiel usw. Die meisten Spielplätze sind mit Schwimmbassins versehen, die in baulicher Verbindung mit den dazu gehörenden Garderoberräumen stehen. Sämtliche Einrichtungen stehen der Bevölkerung unentgeltlich zur Verfügung. Ein eigens dafür angestellter Schutzmann sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Chicago hat in 10 Jahren 42 Mill. Dollars aufgewendet zur Schaffung von 24 Plätzen. In New-York hat man wegen der hohen Bodenpreise von der Errichtung eigener Spielplätze abgesehen und benutzt dazu die Schulen. Der Redner schildert sodann noch in anregender Weise unter Vorführung von Lichtbildern die bekannten Systeme der amerikanischen Parkanlagen mit ihren Verbindungen durch Grünstreifen in Chicago, Boston, New-York und insbesondere die geplanten großartigen Veränderungen im Stadtplan von Washington. —

Versammlung am 31. März 1911. Vors. Hr. Löwen-gard. Hr. Raabe trägt über die Eisenbahnen in den deutschen Kolonien vor. Nach einer Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den deutsch-afrikanischen Kolonien, ihrer Rohstoffe und Produkte, erläutert der Redner die Notwendigkeit der Erschließung durch Eisenbahnen, um die Transportkosten gegenüber denjenigen bei Träger- und Tiertransporten herabzumindern. Bei Annahme der zwei großen Kolonialeisenbahn-Vorlagen durch den Reichstag beträgt die Länge der Kolonialeisenbahnen nach Fertigstellung der beantragten Linien etwa 3995 km; in ihren Betriebs-, Bau- und Verkehrsverhältnissen kommen sie unseren deutschen Kleinbahnen am nächsten. Es werden sodann der Vorgang beim Bau einer Tropenbahn sowie die allgemeinen und besonderen Vorarbeiten geschildert, die meist recht schwierig sind, da gute und genaue Karten fehlen und eine Uebersicht über das Gelände wegen des vorhandenen Urwaldes oft fast unmöglich ist. Die Ausführung der Arbeiten nach erfolgter Feststellung der Trasse durch den Eisenbahn-Kommissar, insbesondere die Hochbauten in ihrer meist einfachen Ausbildung und mit der die Wohnungen im ersten Stock umgebenden Veranda werden an der Hand von Lichtbildern erläutert; nach einem Ueberblick über den Betrieb der Bahnen, die Güter- und Personentarife und das finanzielle Ergebnis faßt der Vortragende seine Ausführungen dahin zusammen, daß unsere Kolonialbahnen ein erfreuliches Bild technischer und wirtschaftlicher Entwicklung zeigen. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Magdeburg. Die Versammlung am 8. März 1911, die von Hrn. Klemm als Vorsitzenden geleitet wurde, hatte vorwiegend geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Unter den Eingängen wird ein Aufruf zur staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend besprochen und von einigen Anwesenden als Zustimmung unterzeichnet. Als Mitglied wird Hr. Arch. Thürmer in Magdeburg aufgenommen.

Aus dem Bericht des Säcklers Hrn. Büttner über den Haushalt für das laufende Jahr ist hervorzuheben, daß die Einnahmen gegenüber den Ausgaben einen kleinen Ueberschuß ergeben. Es wird beabsichtigt, in diesem Sommer einen Ausflug mit Damen zu veranstalten, zu welchem der Ueberschuß bis zu einer näher festzusetzenden Summe verwendet werden soll. Der Haushalt wird genehmigt.

Es folgte dann der Bericht des 1. Schriftführers Hrn. Liedtke über das verflossene Geschäftsjahr und eine kurze Durchsprache der alten Vereinssatzungen, auf Grund derer beschlossen wurde, den Vorstand mit den Vorbereitungsarbeiten zu neuen Satzungen, die den jetzigen Verhältnissen entsprechen, zu beauftragen.

Der Vorsitzende berichtet zum Schluß kurz über den Stand der Einrichtung der Bauberatungsstellen im hiesigen Regierungsbezirk. Diese Stellen sollen der örtlichen Baupolizei angegliedert werden. Es sollen möglichst bei ihnen der Stelleninhaber der Baupolizei, ein Architekt, ein bis zwei gute Bauunternehmer und in ländlichen Kreisen ein Landwirt mitwirken. Als Architekt würde in erster Linie der staatliche Hochbaubeamte in Betracht zu ziehen sein. Die Schaffung einer Zentralstelle

in Verbindung mit dem Magdeburger Verein, die den Verkehr zwischen den einzelnen Bauberatungsstellen vermittelt, würde notwendig sein. Der Hr. Regierungs-Präsident hat die Unterstützung durch Staatsgelder in Aussicht gestellt. —

L—.

Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Verein. Den Verein führte am 1. April 1911 Hr. Dipl.-Ing. R. Restle in den von ihm an der Richard-Wagner-Straße nach dem Plan und unter Oberleitung des Hrn. Stadtrat Schaumann ausgeführten Neubau des Versorgungsheimes, zuerst an der Hand der Pläne ihn erklärend, sodann als Führer durch alle Räume. Er ist von der Stadt errichtet als Ersatz für den 1824 vom Freiherrn v. Wiesenhütten gestifteten alten Bau, dem ein nach dem Stifter benannter Flügel zugefügt ist, in welchem unter derselben Verwaltung auch zahlende Pfründner Unterkunft finden. Der 116 m lange Neubau, von dem sich nur der Westflügel auf dem tiefsten Geländepunkt, der unmittelbaren Parterre-Zugang gestattet, bis zur Straße erstreckt, während der Langbau 28 m zurücksteht, ist dreigeschossig; im Erdgeschoß enthält genannter Flügel Kapellen für beide christlichen Konfessionen und Kranken-Abteile für beide Geschlechter, im I. Obergeschoß die Frauen-, im II. die Männer-Abteilung, im III. 3 Zimmer für Frauen, 2 für Männer und 7 für Ehepaare. Längs derselben läuft in allen Geschossen ein Korridor mit eingebauten Wandschränken, Brunnen-Nischen und davor je eine Wandelhalle, daran auch Wärterinnen-Stuben, 2 behaglich eingerichtete Tage-Räume, ferner 3 Treppenhäuser, Bäder, Klosette und Aufzüge. Ueber den Kapellen liegen die Männer- und Frauen-Speisesäle, ungetrennt winkelförmig zusammengeschlossen mit Raum für Tische mit zusammen 250 Gedecken. Der Gartenflügel (Wiesenhütten-Stift) hat 46 Einzel- und 12 Ehepaar-Zimmer, dazwischen Tage-Räume usw. wie im Straßenflügel, auch Wandelhallen und gemeinsamen Speisesaal, vorn und hinten je eine Treppe. Die neuzeitlich eingerichteten Wirtschafts-Räume liegen im Untergeschoß des Straßen- und Kapellenflügels, daselbst vom tiefen Gelände zugänglich, und enthalten Kochküche mit 6 Dampf-Kochkesseln, großen Gasherd, Wärmetisch, Haushalts-Maschinen, Anrichte, Putzraum, Speisekammer, Kühlanlage und Wirtschaftskeller, Waschküche mit Motorbetrieb, Trocken-Apparat, Plättraum, Gasmangel, Wäschemagazin, im 4 m unter Erdgeschoß liegenden Keller Kesselraum mit zwei Kesseln für Niederdruck-Dampfheizung, einem für die Küche, außerdem Warmwasser-Versorgung, Gas- und elektrische Anlage. Oestlich schließt sich an den Haupteingang das Verwalter-Haus mit Wohnung und Bureau, Portier-, Sitzungs- und Buchhalter-Zimmer.

Beim Innenbau sind die neuesten Erfahrungen der Konstruktionen durchgeführt, Eisenbeton-Decken und Fußböden mit Gipsestrich, Linoleum- und Holzbelag, fünf Eisenbeton-Treppen mit Eichen-Belag, Preisputz-Bekleidung der Wände als solide Unterlage der maßvollen und doch wirksamen Bemalung, Erdgeschoß dunkler Putzton, Obergeschoß in heiterer Farbe, sodaß überall Zweckmäßigkeit und Behaglichkeit den alten Leuten willkommenen Aufenthalt bieten, auch in dem mit Wegen und Lauben versehenen Vor- und Hinter-Garten. Gutes Material und geschmackvolle Formen wirken erfreulich zusammen. Gesamtkosten ohne Betten und Mobilen 180 000 M. oder für 1 qm bebaute Fläche 345 M., für 1 cbm umbauten Raum 1950 M., für 1 Bett und Personal 3080 M.; Betten und Mobiliar 150 000 M. Der Zweck einer behaglichen Versorgung von 320 alten Leuten ist in anerkennenswerter Weise erreicht, was Hrn. Restle mit warmem Dank der Versammlung ausgesprochen wurde. —

In der Versammlung am 10. April 1911 wurde Hr. Arch. E. J. Imhoff als Mitglied aufgenommen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen folgte ein durch reichliche Lichtbilder illustrierter Vortrag des Hrn. Dir. Kempf aus Mainz, der einen kleinen Ueberblick gewährte über das Gebiet der Bauernhäuser ganz Deutschlands und angrenzender Gebiete. Die durch das Sammelwerk des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ gut vorbereiteten Zuhörer erhielten eine willkommene Erweiterung ihrer bezügl. Kenntnisse durch Hrn. Kempf's vergleichende Hinweise auf die Verschiedenheit des Charakters, der Gegend und der Lebensweise der Bewohner. Sein von einer vortrefflichen Camera begleiteter Reisewagen durchstreifte die Strom- und Fluß-Gebiete aller deutschen Gaue von der Etsch bis an den Belt, und der Schöpfer dieser herrlichen Bilder-Reihe verstand es durch Mitteilung seiner Eindrücke seine Zuhörer bis in späte Stunde zu fesseln. Von Südtirol, dem Gebiete des Inn, der Donau, des Neckars, Rheines, Mains und der Tauber und weiter nach Norden durch Mittel-

deutschland bis zur Weser, Elbe und den Nord- und Ostseee-Niederungen führte er die am meisten charakteristischen Bauernhäuser vor, unter denen die oberbayrischen, schwäbischen, badischen, elsässischen, pfälzischen und niedersächsischen besonders interessierten. Auch die eingestreuten Schilderungen von Land und Leuten, insbesondere die malerischen Gruppen von Kirchen, Festungswerken, Schlössern und Wohnhäusern in den Städten Ingolstadt, Landshut, Rothenburg o. T., Regensburg, Coburg, Paderborn, Flensburg und Lübeck machten Hrn. Kempfs Vortrag zu einem fesselnden und farbenreichen. Eine besondere Aufmerksamkeit wendete Redner der Verschiedenheit der Dach-Ausbildungen und Verwendung des Deckmaterials zu, ferner der Einfügung der Tennen, der Kornspeicher und derjenigen Bauteile, welche durch die Erzeugnisse der verschiedenen Gebirge, Täler und Ebenen ihre charakteristische bauliche Ausbildung zu erhalten pflegen. Erwähnt sei ferner, daß Redner durch kulturhistorische vergleichende Betrachtungen seinen Vorführungen einen besonderen Reiz zu verleihen verstand. Die Ergebnisse seiner ausgedehnten Durchforschungen deutscher Dörfer und Städte hat Hr. Kempf seinerzeit in einem bei Keller in Frankfurt a. M. erschienenen Bilder-Werke zusammengefaßt. —

Am 23. April 1911 besuchte der Verein den städtischen Gewerbeschul-Neubau. Der Erbauer ist Mag. Brt. Reinecke, die Baustelle der Hohenzollern-Platz in der Nachbarschaft der großen Festhalle, deren Wirkung diejenige des neuen Schul-Palastes nicht zu beeinträchtigen vermag. Der Bau ist gruppiert um einen stattlichen Mittelbau mit Säulen und Balkon geschmücktem Portal und hervorgehoben durch einen reichen Barockgiebel mit Figuren und Medaillons. Die nach den beiden Flügeln hin sich anreihenden Zwischenbauten beleben erkerartige Mittelteile. An den einen Flügel ist das Dienstwohn-Gebäude für Direktor und Diener angebaut, ihm entsprechend ist Platz für Erweiterung der Gewerbe-Schule vorgesehen; den Abschluß der Baugruppe bildet die Bismarck-Mittelschule. Beim Eintritt durch das Hauptportal gelangt man unter Vermittelung einer Eintrittshalle mit maßvollem, aber wirksamen Farbensmuck in den der ganzen Frontausdehnung entsprechenden Längskorridor, der in der Mitte und an den Enden mit den massiven Treppenhäusern abschließt. In Ausbauten sind sehr wirkungsvoll die hellen Räume für technologische und Baumaterial-Sammlungen gelegt. Unter dem Erdgeschoß sind durch Tieflage der Umgebung gewonnene sehr helle Keller-Gelasse mit den Meisterwerkstätten für Schlosser, Schreiner usw. untergebracht, die Kesselräume für die Heizung und die Kohlen, auch die für die elektrische Beleuchtung nötige Unterkunft, endlich Plätze für die Fahrräder. Im Erdgeschoß schließen sich den genannten Sammlungs-Einbauten Amts-, Lehrer- und Klassenzimmer an, im Mittelgeschoß um einen Saal für die permanente Schüler-Ausstellung die Konferenz- und Lehrer-Zimmer, sowie Räume für den Unterricht in Physik und Chemie. Darüber ist der großen Aula der ganze Mitteltrakt des II. Geschosses eingeräumt, ins Dachgeschoß reichend; um ihn liegen wieder Klassen. Entsprechend ist auch das neben der Aula verbleibende Dachgeschoß ausgenutzt. Es wird mitten über dem Bau überragt von einem verschieferten Uhrturm mit Säulenumgang. Ebenfalls das Dach durchbrechend sind sehr lichte Mal- und Modellerräume diesem obersten Geschosse mit teilweise Oberlicht eingefügt. Zu erwähnen bleibt der geräumige, landschaftlich anmutig ausgestattete Garten mit seinen zahlreichen als Lehrmaterial für den Zeichenunterricht dienenden Einbauten von Statuen und Säulengruppen; endlich enthält er Turn- und sonstige Geräte zur Benutzung in den Unterrichtspausen. Bebaute Fläche 2660 qm. Kosten rd. 1 Mill. M. Mit allen diesen großartigen Einrichtungen erweist sich dieser Neubau als das Muster einer zeitgemäßen Gewerbeschule ersten Ranges und ist geeignet, der im Handwerk sich bildenden Jugend eine Stätte zu bieten, wie sie einladender und vollkommener sich anderwärts kaum finden lassen dürfte. — Gerstner.

Verein deutscher Ingenieure. (Bezirksverein Berlin). In der ersten Winterversammlung 1910 des Berliner Bezirksvereins sprach Hr. Prof. Dr. Eugen Meyer über das Thema: „Der Kreisel und seine Verwendung in der Technik“. Infolge der zunehmenden Entwicklung der Technik und der Verfeinerung ihrer Methoden müssen immer schwierigere Kapitel der allgemeinen Mechanik in den Bereich der technischen Mechanik gezogen werden. Insbesondere gilt dies im Hinblick auf die in der Flugtechnik auftretenden mechanischen Fragen und auf die in neuerer Zeit vielfach vorgeschlagene Verwendung von Kreiseln in der Technik. Die für die Verwendung des

Kreisels bedeutungsvolle Eigenschaft besteht darin, daß er bei seiner „Präzession“ um eine zur Kreiselachse schiefe Achse infolge der Trägheit seiner Massenteilchen ein Kräftepaar erzeugt, dessen Ebene durch die beiden Achsen hindurchgeht.

Der Schlick'sche Schiffskreisel hat z. B. bei den Dampfern Silvana und Lochiel den Erfolg gehabt, daß die Schwingungsausschläge der Rollbewegung bei hohem Seegang, die vor dem Inbetriebsetzen des Kreisels 12 bis 15° betragen hatten, nach dessen Inbetriebsetzung auf 1 bis höchstens 2° heruntorgingen. Schlick hat auf die Bremsung der wagrechten, querschiffs gelegenen Aufhängungsachse des Kreisels großen Wert gelegt. Aber auch der ungebremste Kreisel ist imstande, gegenüber periodisch anstürmenden Wellen das Schiff vor merklicher Rollbewegung zu schützen. Bei der Scherl'schen Einschienenbahn werden zwei Kreisel mit senkrechter Drehachse und gegenläufiger Drehbewegung zum Stabilisieren des Einschienenwagens verwendet. Die Achse, um welche die Präzessionsbewegung des Kreisels relativ zum Wagen erfolgt, liegt bei aufrechter Stellung des letzteren wagrecht und quer zu der Schiene. Die Kreisel sind labil aufgehängt und steuern durch ihre Präzessionsbewegung einen mit Oel betriebenen Servomotor, der die Präzession der Kreisel proportional der Geschwindigkeit des Kreiselauerschlages beschleunigt.

Das Bestreben, Flugmaschinen durch den Einbau von Kreiseln zu stabilisieren, derart, daß die jetzt leider so häufig auftretenden schweren Unglücksfälle, die durch plötzliches Umkippen der Maschinen entstehen, vermieden werden, muß als aussichtsreich bezeichnet werden, wenn auch der praktischen Verwirklichung sehr große Schwierigkeiten noch entgegenstehen. Die größte Aussicht dürfte eine Anordnung nach Art des Schlick'schen Schiffskreisels haben, wobei aber ein Kreisel für die Höhenstabilität und ein zweiter für die Seitenstabilität einzubauen wären. Die Schwierigkeiten liegen hauptsächlich in dem Umstande, daß die störenden Kräfte nicht wie beim Schiffe periodisch wirken, sodaß die Kreisel nicht von selbst in ihre Gleichgewichtslage zurückgeführt werden, sowie darin, daß die Kreisel die normalen Höhen- und Seitenbewegungen der Flugmaschinen nicht hindern dürfen. Nachdem der Vortragende noch kurz auf den Kreiselkompaß von Dr. Anschütz-Kämpfe und auf die Verwendung von Kreiseln zur Erhaltung der Schußrichtung von Torpedos hingewiesen hat, schließt er mit der Mahnung an die Erfinder, die Kreiselgesetze gründlich kennen zu lernen, ehe sie an die Erfindung von Kreiselanordnungen gehen. —

Münchener (oberbayer.) Architekten- und Ingenieur-Verein. In der Versamml. am 9. März 1911 war Gegenstand des Vortragsthemas die „Wirtschaftsgeologie unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung der Eisenerze Skandinaviens und der Kohlen Spitzbergens“. Der Redner, Professor Dr. Konrad Oebbeck von der Münchener Technischen Hochschule, entwickelte zunächst das Hervorgehen der Geologie aus der Mineralogie und die Umwandlung jener aus der rein wissenschaftlichen in die angewandte, d. h. praktische Geologie. Die Industrie habe zu dieser geführt, deren Untersuchungen auf die Auffindung und Erschließung der mineralischen Bodenschätze gerichtet sei. Er gab dann eine schätzungsweise Uebersicht der heute bekannten Eisen- und Kohlenlager, ihrer Produktion und der Zeitdauer für die jene noch ungefähr ausreichen. Dann erläuterte er den sinnreich ausgebildeten Bergmannskompaß, mit dessen Hilfe das Vorhandensein von Eisenerzen mit Sicherheit festgestellt werden könne. Mit Bedauern betonte er, daß im Gegensatz zu anderen Ländern, insbesondere Schweden, gute geologische Karten bei uns so teuer seien. Dann ging er unter Zuhilfenahme von zahlreichen Lichtbildern auf die Schilderung der vorjährigen Exkursion des Stockholmer Geologentages durch Skandinavien über. Er wies hierbei darauf hin, mit welchem Scharfsinn der menschliche Erfindungsgeist in jenen eisstarrten Einöden die Naturschätze ausbeutet. Im Schoß der Erde von Spitzbergen, der Bäreninsel, harren deren noch gewaltige Mengen der Hebung. — J. K.

Oberschlesischer Bezirksverein des „Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure“. Am 30. Mai versammelten sich die obereschles. Mitglieder des genannten Verbandes, sowie zahlreiche Gäste im Grand Hotel Wiener in Kattowitz zwecks Gründung eines obereschles. Bezirksvereins. Vom Vorstand des Hauptverbandes war Hr. Patentanwalt Dipl.-Ing. Dr. Lang, Berlin, anwesend und verbreitete sich in einem längeren Vortrag über die Arbeiten des Verbandes im letzten Jahre. Der neue 32. Bezirksverein hat seinen Sitz in Kattowitz und tagt abwechselnd in Kattowitz, Beuthen und Gleiwitz. —



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 49. BERLIN, DEN 21. JUNI 1911.

Das Vorlesungsgebäude in Hamburg.

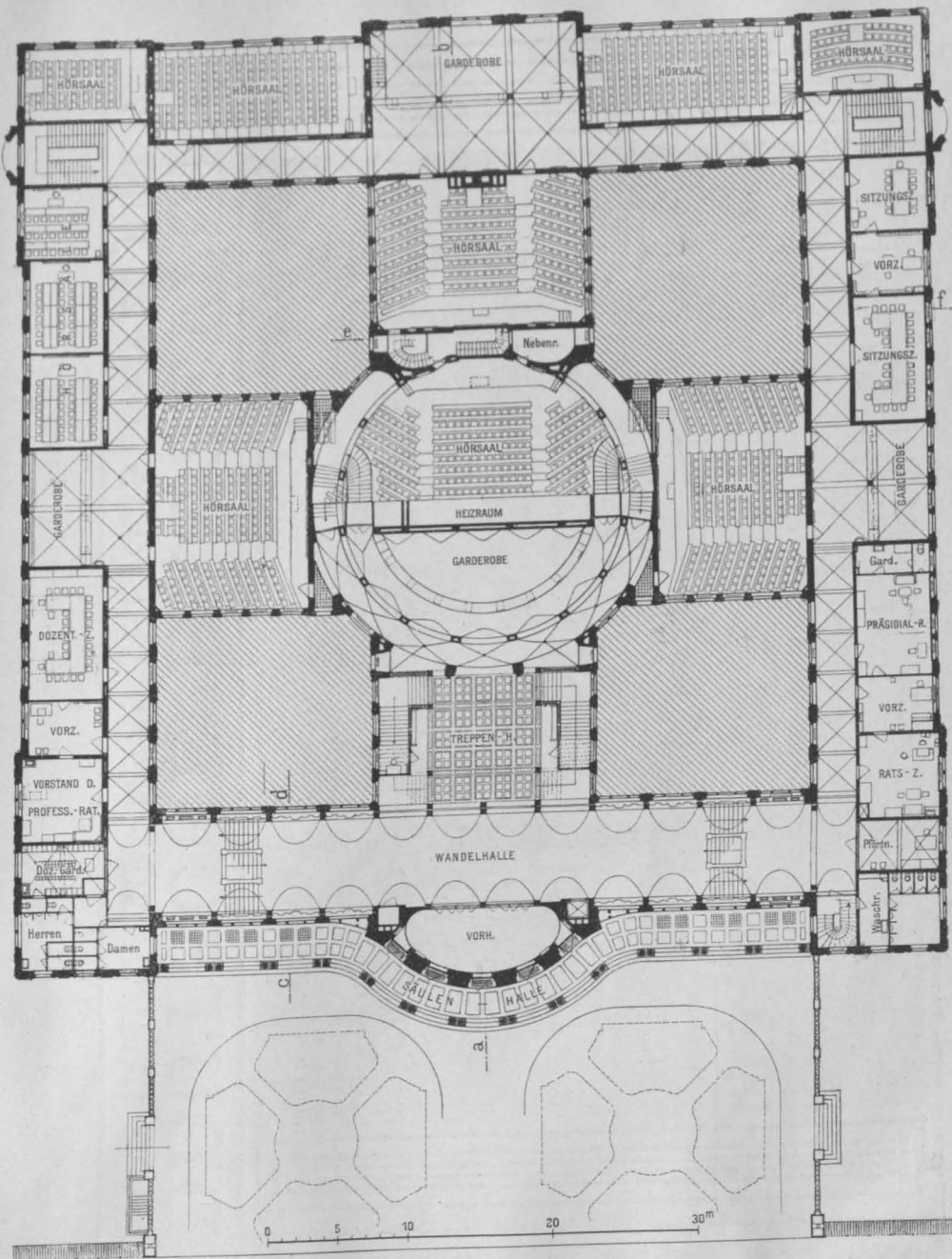
Architekten B. D. A.: Hermann Distel und August Grubitz in Hamburg.

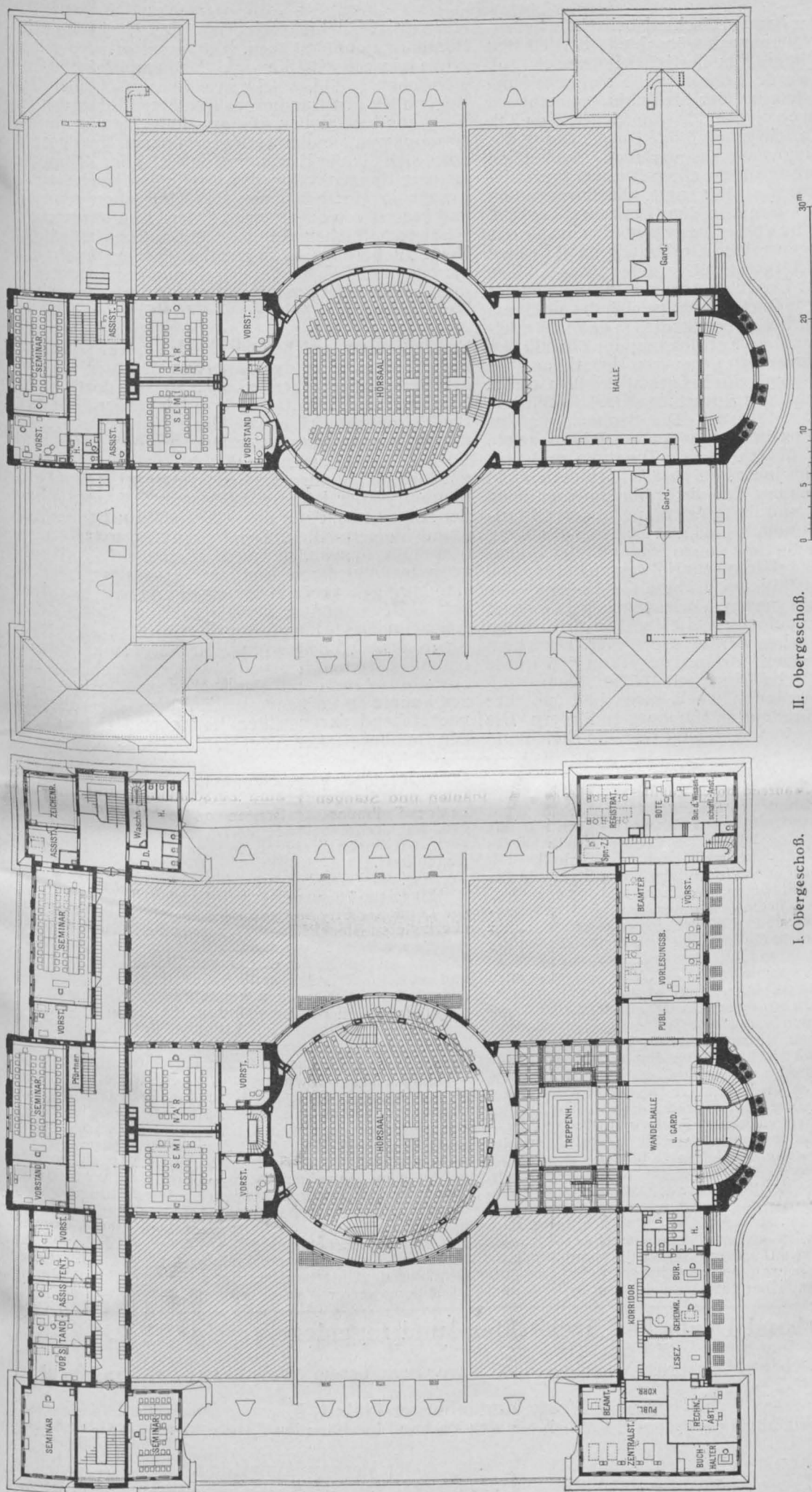


Am 13. Mai dieses Jahres wurde dem Hamburgischen Staat von einem Stifter ein Gebäude übergeben, das als die materielle Grundlage der zukünftigen Hamburgischen Universität betrachtet wird. Die Ausbreitung des Hochschulwesens hat in Deutschland im verfloßenen Jahrzehnt außerordentliche Fortschritte gemacht. Zu der Begründung neuer technischer Hochschulen in Danzig und Breslau und dem Ausbau der Akademie in Münster zu einer Universität durch Hinzufügung der juristischen Fakultät zur bestehenden theologischen und zur philosophischen Fakultät treten Bestrebungen, die alte protestantische Hochschule Juleum in Helmstedt im Herzogtum Braunschweig, die im Jahre 1576 aus dem durch Herzog Julius von Gandersheim nach Helmstedt verlegten Pädagogium gebildet, 1809 durch König Jérôme aber aufgehoben wurde, wieder mit neuem Leben zu erfüllen und sie, die im XVII. Jahrhundert unter den protestantischen Hochschulen deutscher Zunge eine der bedeutendsten war, zu einem gleichwertigen Gliede im Ring der hochentwickelten deutschen Hochschulen der Gegenwart zu machen. Frankfurt a. M., das sich auch heute noch gern seiner ehemaligen Bedeutung als unabhängige freie deutsche Reichsstadt erinnert, hat im Ausbau der Senckenbergischen Institute und durch Angliederung verwandter wissenschaftlicher Unternehmungen eine reich bedachte Bildungsstätte vom Charakter einer Hochschule geschaffen, die nur noch der formellen Bestätigung des preußischen Kultusministers bedarf, um eine deutsche Universität zu sein. Wir haben die umfangreichen Bauten dieser Bildungsstätte im Jahrgang 1908, No. 86 ff. unserer Zeitung veröffentlicht.

Es kann kaum überraschen, daß es dem stolzen hanseatischen Geiste Hamburgs nicht liegen konnte, diesen Fortschritten untätig zuzusehen, zumal sich

das Bildungswesen Hamburgs seit alters in den breitesten Schichten der Bevölkerung stark entwickelt hatte. Der Hamburgische Staat veranstaltet seit Jahren öffentliche Vorlesungen, die sich aus den wissenschaftlichen Studien des akademischen Gymnasiums entwickelten. Diese Vorlesungen faßten in der Bevölkerung Wurzel, wurden mehr und mehr verzweigt und vertieft, dienten vortrefflich den vermehrten wissenschaftlichen Bedürfnissen der verschiedenen Berufe und entwickelten sich in einer, gerade für Hamburg bedeutungsvollen, Hinsicht zu einem Kolonial-Institut. Dieses bildet „die Brücke von wissenschaftlicher Unterweisung junger Männer, die, der Schule entwachsen, noch einige Semester in der Vaterstadt verbringen wollen, zur wissenschaftlichen Vorbildung aller derjenigen, die, die Grenzen des engeren Vaterlandes überschreitend, in den deutschen Kolonien oder im Ausland mit allen Kenntnissen, die die Wissenschaft und die Erfahrung aufspeicherten, ausgerüstet, den Kampf ums Dasein führen wollen“. So trat also neben das Institut des „Allgemeinen Vorlesungswesens“ das „Kolonial-Institut“. Bis zum Jahre 1883 dienten drei Räume des Johanneums notdürftig den Zwecken dieser wissenschaftlichen Vorlesungen. Ende der achtziger Jahre traten weitere Räume hinzu. Als jedoch im Jahr 1895 das Vorlesungswesen im Sinne einer Erweiterung der Lesegebiete und der Vertiefung der Studienmöglichkeit reorganisiert, als von da ab „im Laufe der Zeit alle wichtigen Wissensgebiete in den Kreis der Vorlesungstätigkeit gezogen und möglichst vollständige, wenn auch nicht erschöpfende Darstellung der wichtigen Fächer angestrebt wurde“, ergab sich eine so starke Zunahme des Interesses der Bevölkerung, daß man zu dem Gedanken kam, die großen Konzertsäle Hamburgs für Vorlesungszwecke zu mieten. In der Besorgnis jedoch, daß hierdurch der wissenschaftliche und akademische Charakter der von der Behörde veranstalteten Vorlesungen leiden könnten, wurde dieser Gedanke wieder verlassen zugunsten des Planes, ein





II. Obergeschoß.

I. Obergeschoß.

eigenes Vorlesungs-Gebäude zu errichten. Anträge hierzu erfolgten bereits im Jahre 1898; es wurde der Plan erörtert, auf einem Gelände der Ring-Straße ein Vorlesungs-Gebäude mit 3 Hörsälen für 1000, 300 und 150 Personen und mit den erforderlichen Neben-Räumen zu erbauen. Das neue Gebäude sollte neben die Hörsäle des alten Johanneums treten, diese nicht ersetzen. Ein Senats-Antrag wurde 1899 von der Bürgerschaft beraten. Obwohl der Antrag im Grunde von der Bürgerschaft zustimmend begrüßt wurde, obwohl Rambatz und Genossen erklärten, daß es sich auch nach ihrer Meinung um eine große und schöne Sache handle, fand er doch nicht die Genehmigung der Bürgerschaft. Bei der Beratung trat von verschiedener Seite der stolze, große hanseatische Sinn in die Erscheinung. Rambatz erklärte, es stehe eine Sache von großer Zukunft zur Beratung; bei der Prüfung der Frage müsse auch erwogen werden, ob die Ausgestaltung des Gebäudes nicht

den Anfang einer hamburgischen Hochschule bedeuten könne. Vor allem auch wünschte er bei dem Bau die Berücksichtigung künstlerischer Interessen. Von anderer Seite wurde bezweifelt, ob sich das Vorlesungswesen stets auf der bis dahin beobachteten Höhe halten und ob nicht bald schon vielleicht die Zeit kommen werde, die eine völlige Umgestaltung des öffentlichen Bildungswesens verlange. Schließlich wurde der Senatsantrag an einen Ausschuss verwiesen, der in einem Beschluß sagte, die Bürgerschaft stimme mit dem Senat in dem Bestreben überein, das hamburgische Vorlesungswesen als eine für das Gemeinwohl segensreiche Einrichtung nach Kräften zu fördern; die Bürgerschaft vermöge indessen ihre Zustimmung zur Errichtung eines in monumentaler Form auszuführenden Vorlesungsgebäudes auf einem der wertvollsten Plätze der Stadt erst dann zu erteilen, wenn die weitere Entwicklung des öffentlichen Vorlesungswesens einen genaueren Ueberblick über das zukünftige Raumbedürfnis gestattet haben werde.

Dem Beschluß des Ausschusses trat die Bürgerschaft im Oktober 1899 bei. Die Beobachtung des Vorlesungswesens in den folgenden Jahren zeigte jedoch eine so überraschende Zunahme und Verzweigung, daß im Jahre 1902 bereits 13 Hörsäle nicht mehr ausreichten und daß die Eröffnung einer Reihe von Seminaren und die Einrichtung anderer Disziplinen im Winter von 1910 auf 1911 die Beanspruchung von 41 Räumen über die ganze Stadt von der Uhlenhorst bis St. Pauli zerstreut, zur Notwendigkeit machte. Bei diesen Verhältnissen drängte der Gedanke der Errichtung eines neuen Vorlesungsgebäudes von selbst zur Wiederaufnahme; die Verhältnisse konnten nun klarer übersehen werden, wie vorher. Dazu kam ein weiterer Umstand. Im April des Jahres 1907 wurde eine „Hamburgische Wissenschaftliche Stiftung“ mit dem Zweck begründet, die Wissenschaft und ihre Pflege und Verbreitung in Hamburg zu fördern. Die Stiftung sollte zudem berechtigt sein, die Errichtung

einer Universität oder einer anderen Hochschule in Hamburg zu unterstützen. Da waren es wieder der große hanseatische Sinn und das hamburgische Gemeinschaftsgefühl, welche in einem entscheidenden Augenblick den Hamburger Kaufherrn Eduard J. A. Siemers bestimmten, die erwähnte Stiftung durch ein monumentales Bauwerk zu ergänzen. Hr. Siemers erbot sich „in der Erwägung, daß jetzt der Zeitpunkt für eine Konzentration des staatlichen Vorlesungswesens in einem eigenen Gebäude gekommen ist, und beseelt von dem Wunsche, der „Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung“ ein eigenes würdiges Heim zu bereiten, dem Hamburgischen Staate ein monumentales Gebäude zu schenken unter der Bedingung, daß der Staat bereit sei, den erforderlichen Bauplatz auf der Moorweide an der Grindel-Allee in einer für den jetzigen Bedarf und für eine spätere Erweiterung ausreichenden Größe zur Verfügung zu stellen.“ Der Stifter dachte gerade an diesen Platz in hervorragender zentraler Lage, „weil ein dort errichtetes monumentales Gebäude einen großen Teil der Bevölkerung täglich an die idealen Aufgaben, denen es zu dienen bestimmt ist, erinnern wird“. Senat und Bürgerschaft nahmen die Stiftung einstimmig an als ein Zeichen althanseatischen Gemeingeistes und althamburgischer Liebe zur Wissenschaft und gaben der Allee-Strecke vor dem Gebäude den Namen Edmund Siemers-Allee. Der freien Wissenschaft eine freie Stätte zu schaffen, wurde nunmehr ein Preis aus schreiben für die in Hamburg ansässigen oder in Hamburg geborenen Architekten erlassen, aus dem bei 86 Bewerbungen der Entwurf der Architekten Hermann Distel und August Grubitz an erster Stelle siegreich hervorging. Er wurde, auch das ist ein gutes Zeichen hanseatischen Geistes, alsbald zur Ausführung bestimmt. Nach etwa zweijähriger Bauzeit konnte im vergangenen Mai die Uebergabe des nachstehend dargestellten trefflichen Gebäudes an den Hamburgischen Staat stattfinden. — (Forts. folgt.)

Vermischtes.

Stadtbaurat für Harburg a. E. Die ausgeschriebene Stelle eines Stadtbaurates für Harburg a. E. sieht nicht die volle Magistratsmitgliedschaft vor, sondern nur das Stimmrecht in den Angelegenheiten der Dienststelle. Dieses Ausschreiben erfüllt daher weite Kreise der Techniker mit Befremden. Bedarf doch eine aufstrebende Stadt von der Größe Harburgs mit 65000 Einwohnern und seiner Bedeutung und Lage nach eines Mannes, der nicht mit einer Magistratsmitgliedschaft 2. Klasse sich begnügt. In immer höherem Maße haben die in Frage kommenden Techniker erkannt, daß sie ihren Obliegenheiten nur voll gerecht werden können, wenn sie ihren Einfluß im Magistrat auch voll ausüben können. Dies ist mit unvollkommener Mitgliedschaft nicht zu erreichen. Die Bedeutung dieser Angelegenheit ist von den für die Stelle in Frage kommenden Bewerbern in solchem Umfang erkannt, daß man kaum annehmen kann, daß Harburg unter den ausgeschriebenen Bedingungen den Mann bekommt, den es braucht. Wie wir hören, sorgen die Techniker-Organisationen dafür, daß die tüchtigen Bewerber entweder die volle Magistratsmitgliedschaft erlangen oder der Bewerbung fernbleiben.

Wirkungen der Zuwachssteuer. Ein Wort an ernster Stelle aus sachverständigem Munde über die den Erwartungen bestimmter agitatorischer Kreise völlig entgegen gesetzte Wirkung der Reichszuwachssteuer hat der ehemalige Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren, Graf von Posadowsky, auf dem „Deutschen Wohnungskongreß“ in Leipzig in diesen Tagen ausgesprochen. Er führte unter lebhafter Zustimmung der Versammlung etwa aus, die Wertzuwachssteuer möge für das Reich eine gute Finanzquelle sein. „Aber davon, daß hierdurch die Grund-

stückspekulation eingeschränkt und die weitere maßlose Steigerung der Grundstückspreise gehemmt werden wird, kann ich mich wenigstens zurzeit noch nicht überzeugen. Ich fürchte vielmehr, daß in Zukunft der Mieter auch noch die Zinsen dieser neuen Grundstücksbelastung zu tragen hat.“

Was alle Einsichtigen vorher gesagt haben. —

Eine neue Themse-Brücke in London. Die Verwaltung der Londoner City hat die Absicht, zur Entlastung der überlasteten Blackfriars-Bridge zwischen dieser und der Southwark-Bridge eine neue Brücke über die Themse zu führen, die jedoch auf dem linken Ufer aus technischen und anderen Gründen seitlich der St. Pauls-Kathedrale ausmünden soll. Dagegen wendete sich die künstlerisch empfindende öffentliche Meinung, die forderte, daß der Brückenbau zugleich eine Schönheitsfrage des Städtebaues werde. Das „Royal Institute of British Architects“ faßte eine Entschlie ßung, die zum Ausdruck brachte, daß, wenn die Brücke so, wie geplant, zur Ausführung gelange, eine bedeutende Gelegenheit zu einer architektonischen Verbesserung Londons unwiederbringlich verloren sei. Die Entschlie ßung spricht den Wunsch aus, daß das Parlament den Brückenbau nicht eher genehmigen möge, bis nicht zuständige künstlerische Persönlichkeiten darüber gehört seien. In seiner Sitzung vom 14. Juni verwarf nun das englische Unterhaus die von der Verwaltung der City beantragte Bill zur Erbauung einer neuen Themse-Brücke in der vorgeschlagenen Führung und sprach den Wunsch aus, die neue Brücke möge so geführt werden, daß die St. Pauls - Kathedrale ein Zielpunkt für sie sei. Dieser Beschluß des Unterhauses trägt der öffentlichen Meinung in dankenswerter Weise Rechnung. —

Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine E. V.

An die Einzelvereine!

Wir machen die geehrten Vorstände der Einzelvereine darauf aufmerksam, daß die Geschäftsstelle zum 1. Juli d. J. nach

Berlin W. 35, Magdeburger-Platz 1, I

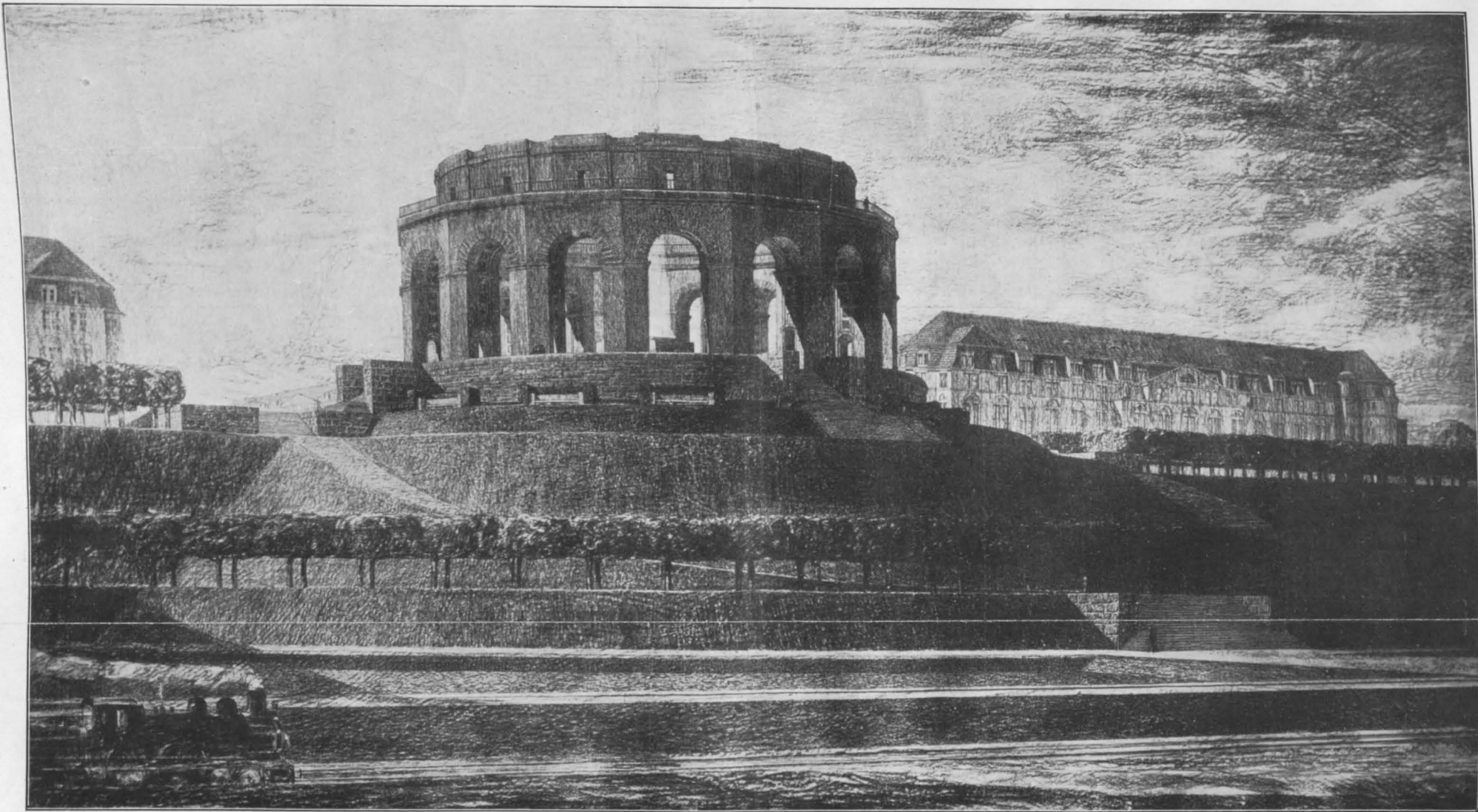
verlegt wird. Wir bitten also, vom 1. n. M. ab alle den Verband betreffenden Zuschriften an diese Adresse zu richten.

München-Berlin, den 8. Juni 1911.

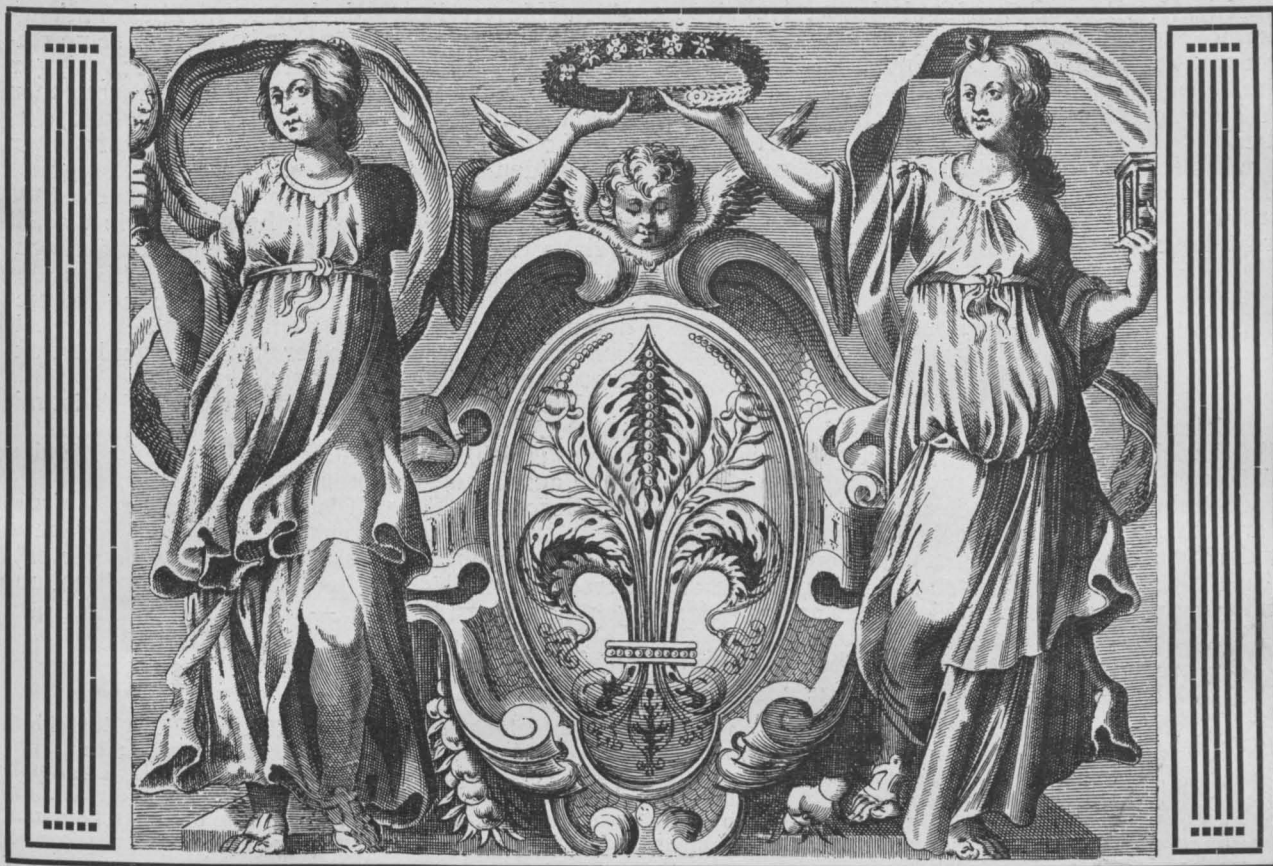
Der Verbandsvorstand.

Der Vorsitzende: R. Reverdy.

Der Geschäftsführer: F. Franzius



DER ENGERE WETTBEWERB ZUR ERLANGUNG VON ENTWÜRFEN
 FÜR EINE BISMARCK-WARTE AUF WESTEND BEI CHARLOTTEN-
 BURG. * * * ZUR AUSFÜHRUNG GEWÄHLTER ENTWURF VON
 PROFESSOR DR. BRUNO SCHMITZ IN CHARLOTTENBURG. * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG * XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 49.



BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

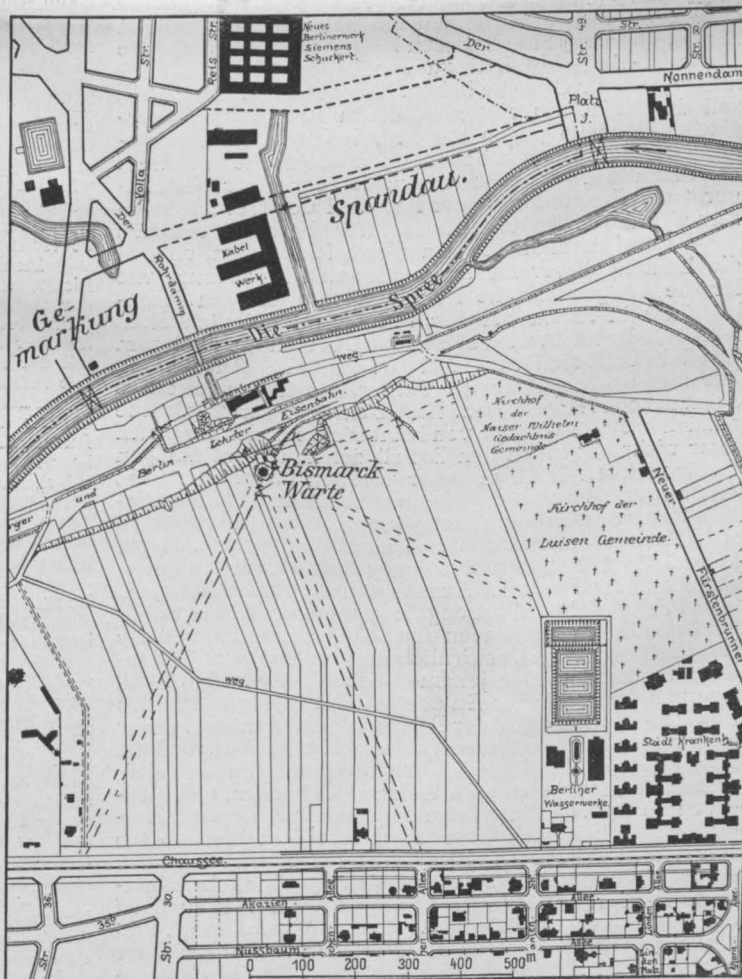
Das Ergebnis des engeren Wettbewerbes zur Erlangung von Entwürfen für eine Bismarck-Warte auf der Höhe von Westend vor Charlottenburg.

Hierzu eine Bildbeilage.



in eingetragener Verein „Bismarck-Warte Westend“ hatte es sich seit Jahren zur Aufgabe gesetzt, Mittel zur Errichtung eines Bismarck-Denkmales auf der Höhe von Westend westlich vor Charlottenburg zu beschaffen.

Es lag auch bereits ein Entwurf vor, von dessen Ausführung jedoch abgesehen wurde. Der Vorstand des Vereins beschloß vielmehr, einen neuen Entwurf auf dem Wege eines engeren Wettbewerbes unter den Architekten Reg.-Bmstr. Rob. Leibnitz und Emil Schaudt in Berlin, sowie Professor Dr. Bruno Schmitz in Charlottenburg auszuschreiben. Das Ergebnis dieses Wettbewerbes haben wir in No. 43 vorläufig mitgeteilt. Es ist ein in hohem Grade erfreuliches. Das Preisgericht erkannte an, daß alle Entwürfe eine bemerkenswerte Auffassung zeigen. Der Entwurf „Kleeblatt“ des Hrn. Rob. Leibnitz stellt eine Art ins Monumentale gesteigerter Toranlage mit der Gestalt Bismarck's als Wächter der Geschichte Deutschlands dar. Auf der Spitze der flankierenden Torteile sind Vorrichtungen für weithin sichtbare Feuerzeichen gedacht. Der Entwurf „Walhalla“ des Hrn. Emil Schaudt besteht seinem Kennwort gemäß aus einer ausgedehnten Säulenhalle, in deren Mitte ein Kuppelbau als Gedenkhalle angenommen ist. Nach eingehender Prüfung der drei Entwürfe kam das Preisgericht jedoch zu dem Entschluß, den Ent-



wurf des Hrn. Bruno Schmitz als den wertvollsten zu bezeichnen und als Grundlage für die weitere Bearbeitung zu empfehlen. Der Entwurf zeigt, wie die Bildbeilage darstellt, eine glückliche architektonische Weiterentwicklung des im Programm gegebenen Gedankens der Feuerstätte. Es ist ein Entwurf von ungewöhnlicher Größe und Kraft der Auffassung, ein Entwurf, der es vermag, Begeisterung zu erwecken und die Mittel reichlicher fließen zu machen. Er trägt das charakteristische Kennwort:

„Keiner war wohl treuer, reiner,
Näher stand dem König keiner,
Doch dem Volke schlug sein Herz.
Ewig auf den Lippen schweben
Wird er, wird im Volke leben
Besser als in Stein und Erz!“

Schmitz vertritt in seinem Erläuterungsbericht die Ansicht, daß eine große, breit gelagerte Masse sich besser in die flache Landschaft einfüge, als eine hochstrebende. Der Standort des Denkmals, eine Sanddüne, trage eine solche Baumasse besser, als ein in die Höhe gehendes Denkmal von irgendeiner Form. Auch könne die breite Masse leicht den Wettbewerb mit den an sie heran sich schiebenden mehrgeschos-

sigen Häuserreihen aufnehmen, wenn sie umfangreich genug sei. Der Künstler bezeichnet seine Anlage als einen Feuerplatz, den ein Arkadenpolygon mit Unterbau und Attika umgibt. Die Feuerzeichen sollen durch die Arkaden weithin sichtbar sein, eine hohe Lohe soll über das Denkmal hinausschlagen. In den beiden Achsen des regelmäßigen Polygons führen Treppenanlagen von der Höhe der Feuerstätte zu den umgebenden Straßen herunter. Die Viertelkreise zwischen den Freitreppen nehmen monumentale Bänke auf Rasenböschung auf. Die Bögen der Polygon-Arkaden haben eine tiefe Leibung mit niederen Durchgängen. Auf dem inneren Teil der Leibung sitzt die Attika, vor der ein Umgang mit durchbrochenem Metallgelenker sich hinzieht.

Die Bausumme für das Denkmal an sich ist mit 400 000 M. angenommen. Die Baumassen sind in Beton errichtet gedacht, während die deckenden Teile aus Granit angenommen wurden.

Besondere Sorgfalt ist in dem Entwurf auf die Gestaltung der unmittelbaren und weiteren Umgebung gelegt. Darüber hoffen wir unter Beigabe der entsprechenden Pläne im Schlußartikel noch Mitteilungen machen zu können. — (Schluß folgt.)

Zum zweiten Wettbewerb um Entwürfe für das Bismarck-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.



Nicht ohne Absicht schreiben wir, zum zweiten Wettbewerb um Entwürfe für das Bismarck-Denkmal auf der Elisenhöhe, denn wie sich die Verhältnisse bisher entwickelt haben, erscheint uns ein zweiter Wettbewerb ohne Beschränkung in Bezug auf die Teilnehmer nunmehr als die einzige Möglichkeit für den Denkmal-Ausschuß, aus einer nicht mehr nur verworrenen Lage wieder einen vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigenden Standpunkt zu gewinnen. Als Ergebnis der Besprechung des ersten Wettbewerbes mit allen seinen Menschlichkeiten hatten wir einen engeren Wettbewerb mit nicht zu engen Grenzen vorgeschlagen. Damals war die Ausstellung der Entwürfe in Wiesbaden noch nicht eröffnet. Aus welchem Grunde wurde diese Wiesbadener Ausstellung, die auf die Düsseldorf Verstimnungen nur neue Verstimnungen häufte, überhaupt beschlossen? Um den Kaiser für die Denkmal-Angelegenheit zu gewinnen? Nach Mitteilungen, die wir Ursache haben, für zuverlässig zu halten, soll der Kaiser in einem größeren Kreise sich energisch ablehnend gegen die Entscheidung des Preisgerichtes ausgesprochen haben, und darin dürfte auch wohl der Grund dafür zu suchen sein, daß von einer Besichtigung der Ausstellung einer Auswahl der Wettbewerbs-Entwürfe durch den Kaiser tatsächlich abgesehen wurde. *)

Da darf denn die Frage aufgeworfen werden, ob sich die Leitung dieser für den nationalen Idealismus wie für die zeitgenössische Kunst gleich wichtigen Angelegenheit in Allem bei den richtigen Persönlichkeiten befindet. Bestärkt wird selbst der Unbeteiligte in diesem Zweifel durch die Art, wie die Wiesbadener Ausstellung zusammengebracht wurde. Vorhanden war die gewaltige Summe von 379 Entwürfen. Es gab ein Preisgericht als eine offiziell bestellte Gruppe von Kunstrichtern, deren Spruch zwar nicht allgemein den Beifall der kunstverständigen Öffentlichkeit fand, die aber von den Teilnehmern des Wettbewerbes durch Einsendung von Entwürfen als Urteilstörperschaft anerkannt waren, deren Entscheidung sich die Teilnehmer formell und tatsächlich zu unterwerfen hatten. Es wäre nun nichts dagegen einzuwenden gewesen, wenn der Denkmal-Ausschuß beschlossen hätte, die vom Preisgericht auf die engste oder engere Wahl gestellten Entwürfe in Wiesbaden auszustellen, wenn man diese Ausstellung für die Verwirklichung des Denkmal-Gedankens in diesem oder jenem Sinne für förderlich hielt. Denn so wenig wir der Entscheidung des Preisgerichtes über die Zuerkennung der Preise folgen konnten, so sehr ist doch auf der anderen Seite anzuerkennen, daß die mehrtägige Arbeit des Preisgerichtes immerhin den Erfolg gehabt hat, die Spreu vom Weizen zu sondern, einen engeren Kreis von Entwürfen festzustellen, deren künstlerischer Inhalt sich über einer aus dem Wettbewerb selbst sich ergebenden Durchschnittslinie bewegt, aus denen mit anderen Worten eine nicht gewöhnliche künstlerische Kraft und Anschauung sprach, wenn sie auch auf der Suche nach dem richtigen Ziel naturgemäß weit auseinandergingen. Anstelle eines solchen Beschlusses, der nach unserer Meinung vom natürlichen Gefühl einge-

ben war, faßte der Denkmal-Ausschuß den Entschluß, eine Ausstellung „ausgewählter“ Entwürfe zu veranstalten, ausgewählt vom Kunstausschuß des Denkmal-Ausschusses. Etwa 85 Entwürfe wurden von dieser Auszeichnung betroffen. Die Tagespresse der verschiedenen deutschen Gaue beeilte sich, ihren Lesern mit Stolz mitzuteilen, daß in Wiesbaden die Entwürfe dieser oder jener ihrer Landsleute zur Ausstellung ausgewählt worden seien.

*) Anmerkung der Redaktion. Soeben kommt eine Mitteilung der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“ uns zu Gesicht, in der es heißt:

„Man erinnert sich, daß die von den Preisrichtern getroffene Entscheidung in der Öffentlichkeit den lebhaftesten Widerspruch hervorgerufen hat. Es ist daher außerordentlich erfreulich, daß, wie man aus zuverlässiger Quelle hört, auch der Kaiser das Ergebnis des Wettbewerbes mißbilligt und sich während seiner Anwesenheit in Straßburg sehr abfällig darüber geäußert hat. Der Kaiser lehnte daher auch den Besuch der offenbar ihm zu Liebe nach Wiesbaden verlegten Ausstellung der achtzig von den Preisrichtern bewerteten Entwürfe ab, als er sich im Monat Mai zu den Festspielen dort befand. Die Eröffnung der Ausstellung wurde dann unter dem Vorwande, daß sie zu spät fertig geworden sei, „vertagt“. Der allgemeine Unwille, den der Spruch des zu großem Teile aus Theoretikern bestehenden Preisgerichtes hervorgerufen hat, ist bedauerlicherweise von sehr nachteiligem Einfluß auf die Opferwilligkeit des deutschen Volkes geworden.“ —

Zu diesen Ausführungen bemerkte die Geschäftsstelle des Bismarck-Nationaldenkmales, daß die Ausstellung eines Teiles der Wettbewerbs-Entwürfe in Wiesbaden schon vor mehr als Jahresfrist im Prinzip beschlossen worden und daß es völlig aus der Luft gegriffen sei, den Kaiser in irgend einer Weise mit der Ausstellung in Wiesbaden in Verbindung zu bringen. Die Ausstellung sei aus verschiedenen Gründen zu einem früheren Zeitpunkt nicht fertig geworden. — Nun ist aber der Aufenthalt des Kaisers in Wiesbaden seit Jahren bekannt. Der Ausschluß konnte daher auch schon im vergangenen Jahre wohl beschließen, die Entwürfe zu einem bestimmten Zeitpunkt in Wiesbaden auszustellen. Warum hat denn die Ausstellung gerade hier stattgefunden und nicht etwa in Köln, Koblenz oder Frankfurt a. M., wo in gleicher Weise ein Zusammenströmen von Geld und Menschen stattfindet, wie in Wiesbaden? Welche Gründe haben die Eröffnung der Ausstellung verzögert?

Alles dieses aber tritt zurück gegen eine weitere Bemerkung der Geschäftsstelle, die lautet:

„Daß die Opferwilligkeit etwas nachgelassen hat in den letzten zwei Monaten, darf zugegeben werden; aber sie wird stärker wiederkehren, wenn in den Sitzungen in Wiesbaden das wieder gutgemacht worden ist, was durch das Urteil des Preisgerichtes verdorben wurde. Auf diese Entscheidung wartet jener Teil des deutschen Volkes, der gern bereit ist, für ein wirkliches Bismarck-Denkmal auch ein Opfer zu bringen. In Wiesbaden werden die Würfel darüber fallen, ob die deutsche Nation sich im Jahre 1915 am Jahrhundert-Denkmal seines großen, unvergeßlichen Einigers versammeln wird. Die ganze Frage ist in erster Linie eine Angelegenheit der Nation, und zwar ihres besten Teiles, aber erst in zweiter Linie eine Angelegenheit der Künstlerschaft, deren Ansicht noch heute recht verschieden ist.“

Wir haben bisher immer geglaubt, daß die deutsche Künstlerschaft zu diesem besten Teile der Nation zähle. Dem Ausdruck der Geschäftsstelle: „... was durch das Urteil des Preisgerichtes verdorben wurde“ wird man besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. —

Damit war neben dem Preisgericht eine zweite Richterbehörde eingesetzt — und leider von manchen Teilnehmern des Wettbewerbes umworben —, welche die bereits durch das Preisgericht hervorgerufene Verwirrung nur noch verstärkt hat, sodaß die heutige Lage der Denkmal-Angelegenheit beinahe als eine unentwirrbare erscheint, wenn man sich nicht entschließt, sie durch einen zweiten allgemeinen Wettbewerb mit neuem Preisgericht, mit bestimmtem Programm, bei dessen Abfassung die Erfahrungen des ersten Wettbewerbes verwertet sind, zu klären. Nur ein Beschluß, der Entschiedenheit verrät, der sich gleich weit entfernt hält von einem schwächlichen Kompromiß wie von einem verbitterten Justament-Standpunkt vermag die Öffentlichkeit bei dieser Frage wieder zu freiem Aufatmen zu bringen. Eine entschiedene Stellungnahme wäre auch zur Platzfrage gegenüber den verschiedenen Bestrebungen erwünscht, das Denkmal an einer anderen Stelle des Rheines zu errichten. Der 24. Juni wird ein entscheidender Tag in der Denkmal-Geschichte der Gegenwart sein.

Soweit unsere eigene Meinung zu dieser Sache. Nachstehend geben wir dazu eine Zuschrift im Auszug wieder, deren Anschauungen wir nicht in allen Teilen beitreten, die aber auch ihrerseits Zeugnis ablegt von der tiefgreifenden Verstimmung, welche die deutschen Künstlerkreise erfüllt.

„Die Wogen der ersten Erregung über den Urteilsspruch der Jury für die Errichtung eines Bismarck-Nationaldenkmales auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück haben sich nun gelegt. Da jetzt der geschäftsführende Ausschuß zu einer Sitzung einberufen will, in der die Weiterbehandlung der Denkmalfrage entschieden werden soll, so dürfte es für die Stifter von Mitteln, für alle Mitarbeiter am Wettbewerb und für die gesamte Öffentlichkeit an der Zeit sein, sich die bisherige Entwicklung der Denkmal- und Wettbewerbs-Angelegenheit noch einmal klar zu machen. Es gilt, die Fehler, die bisher gemacht sind, zu erkennen und diejenigen Maßnahmen zu erwägen, die getroffen werden müssen, um die verfahrene Angelegenheit zu einem Abschluß zu bringen, der nicht nur dem Ausschuß selber angemessen erscheint, sondern der auch die Öffentlichkeit befriedigt, namentlich diejenigen Stellen, welche zu den Kosten des Denkmals beitragen oder beigetragen haben.

Ueber die Wahl des Platzes soll nicht mehr gerechnet werden. Wir halten ihn nicht für glücklich, da er stromab gesehen durch höhere, dahinter liegende Berge nicht die Möglichkeit bietet, das Denkmal frei gegen den Himmel stehend zu sehen. Außerdem wird er dauernd entstellt bleiben durch die Anlagen des Rangierbahnhofes der Staatsbahn und die Eisenbahn-Werkstätten, Schuppen und Beamtenhäuser, kurz, durch einen häßlichen Vordergrund. Wir wollen trotzdem annehmen, daß es im Interesse der Verwirklichung eines Bismarck-Denkmales am Rhein wünschenswert ist, die Platzfrage nicht noch einmal zu erörtern. Wir wollen heute in erster Linie vom Wettbewerb, von seiner Ausschreibung, seiner Form und von der Beurteilung sprechen.

Zunächst ein kurzer Blick auf die Vorgeschichte:

Die erste Frage, die für das Denkmal zu lösen war, war die Frage der Aufbringung der Mittel. Dieselbe ist unseres Erachtens nicht ganz glücklich gelöst. Die Zusammensetzung des Ausschusses, namentlich der in demselben am meisten wirksamen Personen, macht den Ausschuß mehr zu einem westdeutschen (rheinischen) als zu einem nationalen. Die Sitzungen werden zum größten Teil am Rhein, seltener in Berlin abgehalten, wonach sich von selbst versteht, daß überwiegend Rheinländer Einfluß auf die Entscheidungen haben. Das hat wohl dazu geführt, daß die Beiträge weiterer Kreise zu den Denkmal-Kosten nicht so reichlich geflossen sind, wie der Ausschuß anfangs gedacht hat.

Wir wünschen aber dringend, daß die bestehende Geldnot bald behoben sein möchte. Was gibt es dazu zu tun? Eine Möglichkeit zu einem erfolgreicherem Sammeln sehen wir in erster Linie in einer Verstärkung der entscheidenden Personen durch Norddeutsche und Ostdeutsche und in dem Ausscheiden einzelner Personen, deren Wirken in der Öffentlichkeit wenig Beifall gefunden hat. Die Tatsachen liegen heute so, daß die Sammlungen, die auf Grund der Forderung von 1 800 000 M. für Denkmalkosten und mehrerer 100 000 M. für Nebenkosten begonnen wurden, im Ganzen nicht mehr als höchstens 700 000 M. eingebracht haben. Davon gehen die Kosten des Wettbewerbes und der Vorarbeiten mit 300 000 M. ab, sodaß ungefähr 400 000 M. verbleiben, eine geringe Summe im Verhältnis zu den bisherigen Anstrengungen. Dieser Mißerfolg ist aber nicht dem Gedanken an sich zuzuschreiben, sondern der wenig glücklichen Hand einiger lei-

tenden Persönlichkeiten. Wie groß die Opferwilligkeit der Nation für die Aufgabe war, ist ja ohne weiteres bewiesen durch die Summe der von nur einem einzigen Stande aufgewendeten Arbeit: durch das Ergebnis der Beteiligung am Wettbewerb. Der Wert der hier gebrachten Opfer wird mit 2—3 Mill. M. eher zu gering als zu hoch angegeben sein.

Es hat also nicht an den Künstlern gelegen, wenn der Wettbewerb keine erfreulichen Ergebnisse gehabt hat, sondern an den Veranstaltern und Preisrichtern. In der Tat haben diese nach den Äußerungen der Presse aller Richtungen leider viele Fehler begangen. Zunächst liegen diese Fehler schon in der Zusammensetzung des Richter-Kollegiums. Keiner (? Die Red.) der Richter ist als Monumentalkünstler hervorgetreten. Viel zu groß war die Zahl der Theoretiker, die neben den praktischen Künstlern vertreten waren, und verhängnisvoll wurde gerade dieser Fehler dadurch, daß die Träger klangvoller Namen im entscheidenden Augenblick ausgeschieden sind. Es soll hier vermieden werden, persönliche Kritik an den Preisrichtern zu üben. Soviel steht aber fest, daß nach der öffentlichen Beurteilung ihrer Tätigkeit keiner derjenigen Herren, die im ersten Preisgericht gesessen haben, in dem wohl unumgänglich notwendigen zweiten Wettbewerb als Richter verbleiben sollte.

Sehen wir uns nun die Bestimmungen des Programmes an, so ist gleich im ersten Paragraphen ein Widerspruch enthalten, der den Preisrichtern vielleicht nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Es heißt dort § 2, Punkt 2:

„Es soll dem Künstler überlassen bleiben, wohin er auf dem gegebenen Gelände den Schwerpunkt der Denkmal-Anlage verlegen will, doch wird entscheidendes Gewicht darauf gelegt, daß das Denkmal vom Rhein aus, sowohl oberhalb wie unterhalb der Elisenhöhe, zur Geltung kommt. Es soll zugleich den Denkmalplatz vollkommen beherrschen.“

An dieser Vorschrift sind gerade diejenigen Künstler gescheitert, welche sich mit Gewissenhaftigkeit den einmal bestehenden Bedingungen unterworfen haben. Das Denkmal soll vom Rhein zur Geltung kommen und soll den Festplatz beherrschen. Es soll also sein Gesicht nach zwei Seiten wenden, eine Forderung, die mit der Aufstellung einer Bismarck-Figur, welche die überwiegende Mehrzahl der Künstler ebenso wie die öffentliche Meinung als Hauptnotwendigkeit aufstellt, schlechterdings unvereinbar ist. Es sei gleich hier betont, daß der an erster Stelle preisgekrönte Entwurf weder die eine noch die andere Forderung erfüllt.

Im nächsten Paragraphen werden die Kosten des Denkmals auf 1 800 000 M. festgesetzt. Das kann doch nur heißen, daß damit der ungefähre Umfang der Arbeiten festgesetzt ist und daß Entwürfe, die höchstens einige 100 000 M. wie der Hahn'sche kosten können, ebenso gut auszuschneiden sind, wie diejenigen, welche die genannte Bausumme offensichtlich in erheblichem Maße überschreiten würden.

Mit der Angabe einer Bausumme forderten die Preisrichter die Künstler heraus, für die festgesetzte Summe das Möglichste an Schönheit und an Großartigkeit zu leisten. Es ist hier einzuschalten, daß, wenn auch die Abfassung des Programmes auf eine einzelne Persönlichkeit zurückgehen mag, doch sämtliche Preisrichter nach den allgemein geltenden Bestimmungen im Wettbewerbswesen sowohl für den Wortlaut wie für den Inhalt verantwortlich sind.

Ein weiterer schwerwiegender Fehler war die nachträgliche Terminänderung, welche diejenigen Künstler in Nachteil versetzte, welche gewissenhaft zur rechten Zeit angefangen hatten zu arbeiten; ferner die Unklarheit an den Vorschriften über den Maßstab der Architekturmodelle, für welche die Größe 1 : 50 vorgeschrieben wurde, während zahlreiche Modelle kleineren Maßstabes später zugelassen wurden. Vielen Künstlern wurden also ganz unbillige Opfer zugemutet.

Auch in § 8 wird eine Unklarheit geschaffen dadurch, daß gesagt ist:

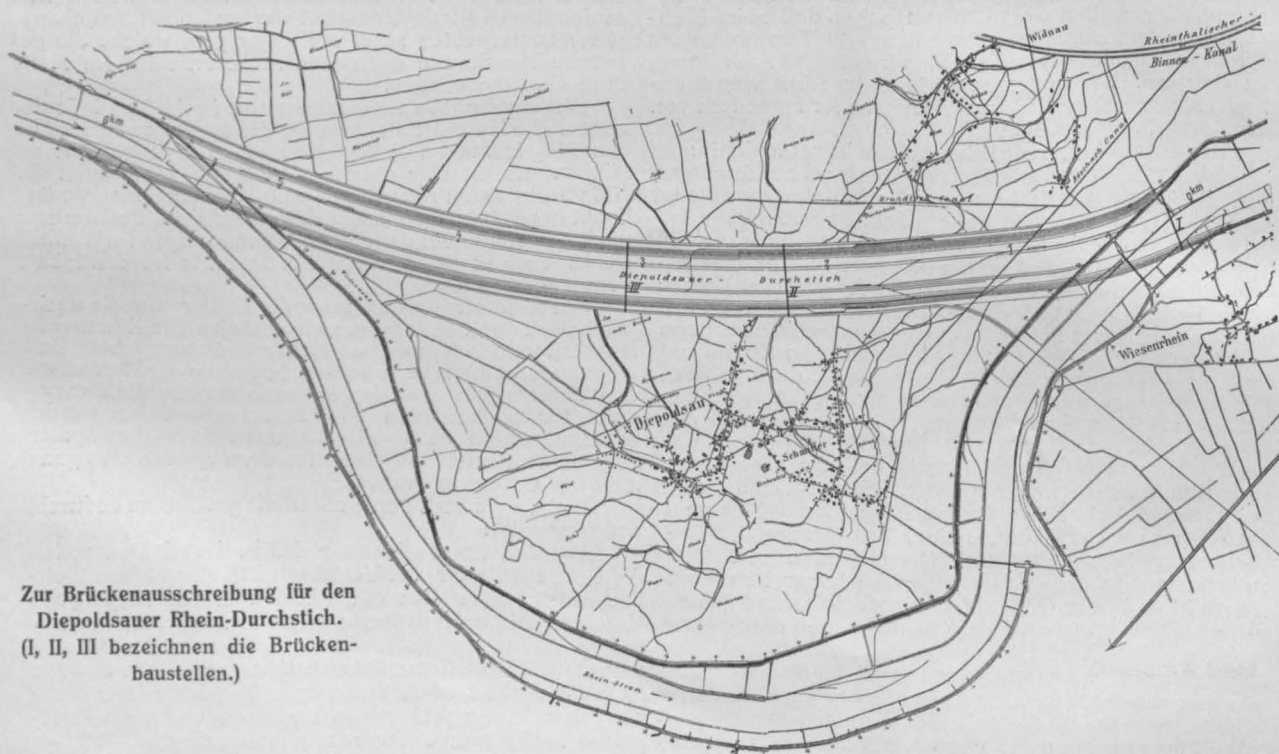
„Bei den Entscheidungen des Preisgerichtes sollen die Grundsätze für das Verfahren bei öffentlichen Wettbewerben, aufgestellt von der Bildhauer-Vereinigung des Vereins Berliner Künstler und von den deutschen Architekten- und Ingenieur-Vereinen, in sinngemäßer Anwendung tunlichst (!) berücksichtigt werden. Im übrigen ist die in der Sitzung zu Frankfurt a. M. vorbereitete Wettbewerbsordnung nebst deren Ergänzungen für die Preisrichter maßgebend“. Am schlimmsten aber ist, daß hier eine Wettbewerbsordnung angezogen ist, die nicht fertig, sondern nur „vorbereitet“ genannt wird, und von deren Inhalt nur die Preisrichter oder ihnen nahestehende Personen Kenntnis haben konnten.

Der im März 1910 erschienene Nachtrag zu diesem Programm ist noch unklarer. Die angegebenen Einheitspreise waren als Unterlagen für die Ermittlung der

Arbeit. Man wird fragen, warum gegen dieses Programm nicht Stellung genommen wurde. Den im Wettbewerbswesen Erfahrenen wird das nicht unklar sein. Wer beab-



Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für die städtebauliche Ausgestaltung der Frankfurter Wiesen in Leipzig im Anschluß an die geplante Hochwasser-Regulierung.



Zur Brückenausschreibung für den Diepoldsauer Rhein-Durchstich. (I, II, III bezeichnen die Brückenbaustellen.)

Kosten so unzulänglich und einseitig, daß ihre Mitteilung nur Verwirrung schaffen konnte.

So war also das Programm schon eine mangelhafte

sichtigt, sich an einem Wettbewerb zu beteiligen, wird gerne vermeiden, die Aufmerksamkeit auf seinen Namen zu lenken; aber selbst, wenn von Körperschaften Aende-

rungen vorgeschlagen werden, wie das ja grundsätzlich vom „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ durch eine besondere Kommission öfter geschieht, so sind die Erfolge in den weitaus meisten Fällen ganz geringfügige.

Eingreifen der einzelnen Bewerber den weitesten Spielraum, wodurch von vornherein die Anonymität illusorisch wurde. Die notwendige Unbefangenheit war hierdurch für die Beurteilung nicht unbedingt gewährleistet, und es dürfte für zukünftige Wettbewerbe, namentlich für den



Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für die städtebauliche Ausgestaltung der Frankfurter Wiesen in Leipzig im Anschluß an die geplante Hochwasser-Regulierung.

Trotz der unvorteilhaften Zusammensetzung des Preisgerichtes durften die Bewerber aber doch auf eine günstigere Auslegung des Wortes hoffen, als solche Tatsache geworden ist. Der Mangel einer ordentlichen Organisation bei der Durchführung des Wettbewerbes ließ zudem dem

des „Bismarck-Denkmales“, die Bestimmung zu erlassen und streng durchzuführen sein, daß das Aufstellen der Modelle und Pläne nur von Vertrauensleuten des Preisgerichtes ausgeführt werden, daß aber keiner der Bewerber in irgend einer Form dabei beteiligt sein darf.

Die Niedergeschlagenheit, welche die unglückliche Wahl für den I. Preis und auch die übrigen Entscheidungen des Preisgerichtes in weiten Kreisen hervorgerufen haben, hat nicht nur den ganzen Denkmal-Gedanken geschädigt, sondern auch die Opferwilligkeit zurückgeschreckt und ungünstigen Einfluß auf die Aufbringung weiterer Mittel gehabt. Wie anders wäre es gewesen, wenn ein großer Entwurf gewählt worden wäre, dessen hinreißende Kraft alles zur Darbringung weiterer Opfer begeistern hätte! Solche Entwürfe waren vorhanden.

Endete die Düsseldorfer Ausstellung der Wettbewerbs-Entwürfe in einer allgemeinen Verstimmung, so begann die Wiesbadener der ausgewählten 85 auch nicht mit einem Erfolg. Der Kaiser, dem zuliebe sie doch offenbar gerade jetzt und gerade nach Wiesbaden verlegt war, lehnte eine Besichtigung der Ausstellung ab und den verschie-

densten Personen gegenüber sprach er unverhohlen seine Mißbilligung über das Ergebnis des Wettbewerbes aus.

Möge aus allen diesen Fehlschlägen der geschäftsführende Ausschuß für das Bismarck-Denkmal bei der Sitzung am 24. Juni lernen und vor allen Dingen vorschlagen, daß neue Männer in das Preisgericht und an einzelne Stellen der Leitung der Denkmal-Sache kommen, um die gesunkene Begeisterung für den Gedanken neu zu beleben und zu hellen Flammen anzufachen und damit ein Entwurf gewählt werde, der alle Hoffnungen und Erwartungen der Tausende erfüllt, welche opferfreudige Träger des Denkmal-Gedankens sind. Absichtlich ist hier von Kunstfragen wenig die Rede gewesen; drängender als die Entscheidung dieser Fragen ist die Reorganisation der Geschäftsführung. Möge vor allen Dingen aber ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben werden! —

Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für die städtebauliche Ausgestaltung der Frankfurter Wiesen in Leipzig im Anschluß an die geplante Hochwasser-Regulierung.

Hierzu die Abbildungen Seite 420 und 421.



Wischen Leipzig und seinen beiden Vorstädten Plagwitz und Lindenau erstreckt sich ein weites Wiesengelände, das einen Teil bildet des ausgedehnten Wald-, Wiesen- und Parkgeländes, das von Norden nach Süden an der Westseite der Stadt entlang läuft und von den Vororten Wahren und Möckern im Norden bis zu den Vororten Gautzsch und Oetzsch im Süden reicht. Da, wo die Bebauung der Städte Lindenau und Plagwitz und Leipzig sich beinahe bis auf etwa 250^m berührt, liegt südlich dieser Berührung der König-Albert-Park; nördlich derselben und nördlich der Elster dagegen liegen die Frankfurter Wiesen, eine Fläche von etwa 235^{ha}, die fast ganz im Besitz der Stadt Leipzig ist, für die Gedanken zu einem Bebauungsplan auf dem Wege des in Rede stehenden Wettbewerbes gewonnen werden sollen. Diese Fläche liegt in der Flutniederung der Elster und Pleiße und stellt sich im ganzen als ein ebenes Wiesengelände dar, das mit einzelnen Baumgruppen, Alleen und größeren Bäumen bestanden ist. Nur im nördlichen Teil ragen die sich hier anschließenden großen Waldungen in das Gebiet hinein. Dieses wird durchzogen von der Elster, die das Gebiet am südöstlichen, von der „Alten Elster“, die es am östlichen Rande begrenzt; von dem Kuhburger Wasser, das die westliche Hälfte des Gebietes etwa von Süden nach Norden durchschneidet und durch die kleine Luppe, die ebenfalls in südöstlicher Richtung fließt und teilweise die westliche Grenze bildet. Bei Hochwasser, das wiederholt im Jahre eintritt, vermögen diese Flüsse die Wassermengen nicht zu fassen, sodaß die Wasser der Elster und Pleiße das ganze Wiesengelände bedecken. Um diese schädlichen Ueberschwemmungen zu verhindern, ist eine Regulierung der Hochwasserhältnisse geplant. Diese ist die Voraussetzung für die Bebauung des Geländes. Um die beträchtlichen Kosten der Hochwasserregulierung und der im Anschluß daran zu schaffenden öffentlichen Anlagen im Laufe der Zeit wieder einzubringen, und um die gute Wohnlage nutzbar zu machen, soll das Wettbewerbsgelände einer weiträumigen Bebauung erschlossen werden. Die Regulierung soll darin bestehen, daß unter Entlastung aller übrigen Wasserläufe das gesamte Elster- und Pleiße-Hochwasser oberhalb des Wettbewerbsgebietes dem schon vorhandenen, von Südosten kommenden Pleiße-Hochflutbett zugeführt wird. Diese Flutrinne wird durch das Bebauungsgebiet geführt, bis das Wasser unterhalb des Stadtgebietes wieder seine natürliche Vorflut findet. Im Bebauungsgebiet ist dieser Rinne eine Breite von 150^m gegeben, um ihr eine monumentale Wirkung zu verleihen und um sie zum Wassersport geeignet zu machen. Aus technischen Gründen wurde ihr zunächst ein geradliniger Verlauf gegeben. Um aber die Härten dieser Linienführung zu mildern und die Erzielung besserer künstlerischer Wirkungen bei der Bebauung zu ermöglichen, ist eine beckenartige Erweiterung bis auf 400^m etwa in der Mitte des Bebauungsgebietes zulässig, deren Form dem Ermessen der Bewerber überlassen bleibt. Auch an anderen geeigneten Stellen sind den Bewerbern geringe Abänderungen und Bewegungen in der Führung der Wasserlinie gestattet. Die Ausgestaltung und die Verschiebung des Beckens sind den Bewerbern freigestellt; die Böschungen der Hochflutrinne werden mit Rasen angesät; die Gestaltung der Ufer oberhalb und außerhalb der Hochwasserlinie ist wieder dem Ermessen der Bewerber überlassen. Treppenanlagen, die den erforderlichen Wasserquerschnitt frei lassen, sind gestattet. Durch die Wasserabführung der neuen Flutrinne werden das Kuhburger Wasser und die Alte Elster überflüssig und sollen zugeschüttet werden. Die kleine Luppe dagegen bleibt

bestehen und soll reguliert werden; ihre Linienführung kann entsprechend den Anforderungen des Bebauungsplanes gestaltet werden. Die Elster bleibt bestehen, wird aber gegen Hochwasser am Pleißen-Hochflutbett durch ein Schleusentorähnliches Bauwerk abgeschlossen.

Die Frankfurter-Straße ist eine Hauptverkehrsstraße. Sie soll durch eine 24^m breite Brücke über die Flutrinne hinweggeführt werden. Eine zweite neue Verbindung zwischen Osten und Westen soll durch die an der Nordgrenze des Bebauungsgebietes liegende Leutzscher-Allee geschaffen werden. Diese wird künftig einen Teil eines geplanten durchgehenden Straßenzuges bilden, der im Osten an die Springer-Straße anschließt und das Gebiet nördlich der Altstadt Leipzig mit den Vororten Lindenau und Leutzsch verbindet. Zum Anschluß des neuen Bebauungsgebietes an den südöstlich angrenzenden Stadtteil werden verschiedene Ueberbrückungen der Elster erforderlich. Eine nördliche parkstraßenartige Verlängerung der Bismarck-Straße mit einem begleitenden Grünstreifen an der Flutrinne entlang ist erwünscht. Der Leutzscher Weg, der den Meßplatz und das Bebauungs-Gelände von Südosten nach Nordwesten durchquert und beträchtlichen Verkehr hat, wird durch die Flutrinne abgeschnitten und muß im Anschluß an die nördliche Flutrinnenbrücke durch eine andere Verkehrsstraße ersetzt werden. Eine Reihe von Schleusen müssen erhalten bleiben; eine torartige Bebauung oder grüne Anlagen sind über den Schleusen zulässig. Für einige Teile des Gebietes sind Bebauungspläne oder Straßenzüge bereits genehmigt oder geplant. Ihre Beachtung ist erwünscht.

Bei der Verfassung des Bebauungsplanes ist darauf Bedacht zu nehmen, daß der landschaftliche Zusammenhang zwischen den Wäldern und Auen südlich und nördlich des Wettbewerbsgebietes nicht verloren geht. Dabei ist jedoch nicht aus dem Auge zu verlieren, daß eine gesunde Wirtschaftlichkeit der Entwürfe Vorbedingung für ihre Verwirklichung ist. Die landschaftliche Eigenart des dem Wettbewerb unterstellten Geländes kommt den erstgenannten Wünschen in weitem Maße entgegen.

Wenn auch der zwischen Luppe und Kuhburger Wasser in das Bebauungsgebiet hineinragende Wald nur jüngerer Baumbestand aus gemischten Holzarten und das zwischen Kuhburger Wasser und Flutrinne liegende Gehölz wertloses Weidengestrüpp ist, so hat doch der Cotta-Weg eine schöne Eschenallee und es besteht der zwischen Flutrinne und Elster in das Wettbewerbsgebiet hineinragende Wald aus alten hohen Eichen, Pappeln, Erlen und hochstämmigen Weiden. Der den Wald nordwestlich begrenzende Fußweg hat auf der Außenseite eine Eschenreihe und ist am Waldrande von mächtigen Eichen begleitet. Jenseits des Elstersteges beginnt der Hochwald. In dem Walde östlich der alten Elster stehen am Flusse entlang mehrere Reihen hoher italienischer Pappeln. Die Pappelallee „An der Alten Elster“ ist sorgfältig zu erhalten. Der Ziegeleiweg im Zuge der Moscheles-Straße hat eine sehr schöne Eichenallee mit einzelnen Pappeln. Somit ist der landschaftliche Charakter des Geländes wohl geeignet, die Verbindung der nord-südlichen Wald- und Wiesenzone westlich von Leipzig zu erhalten. An das Wettbewerbsgebiet grenzen im Norden größere Waldungen, im Süden der ebenfalls in Wald übergehende Albert-Park. Es ist erwünscht, die hier vorhandenen Fahr- und Reitwege mit dem neuen Bebauungsgebiet in Verbindung zu bringen und damit eine gewisse Einheitlichkeit der Anlagen anzustreben.

Bestehende Anlagen, die bei den Entwurfsarbeiten zum Teil zu berücksichtigen sind, sind der Sportplatz, der Palmengarten, die Turnhalle, der Meßplatz. Der jetzige

Sportplatz ist städtischer Besitz; er soll vorläufig noch erhalten bleiben, kann aber in den neuen Bebauungsplan einbezogen werden. Später soll die Kläranlage zwischen Elster und Flutrinne beseitigt und der Volkserholung zugewiesen werden. Der Palmengarten soll eine Erweiterung mit Anschluß an das Wasser erhalten. Die Turnhalle kann beseitigt werden. Der Meßplatz bleibt an seiner Stelle, seine Grenzen können jedoch in mäßigem Umfang verschoben werden. Die Gestaltung des Platzes ist den Bewerbern überlassen. Auf den Schutz der künftigen Umwohner gegen den Meßlärm ist durch Anlage breiter Allee-Straßen oder ähnliche Maßnahmen um den Platz herum Bedacht zu nehmen. Auf die übrigen Gebäude des Bebauungsgebietes ist keine Rücksicht zu nehmen. Notwendig werdende Verkehrsbeziehungen sind in den Plänen angedeutet; über die Art der Bebauung der Umgebung des Gebietes sind eingehende Angaben gemacht. An

Wettbewerbe.

Zur Brücken-Ausschreibung für den Diepoldsauer Rheindurchstich, veranlaßt von der internationalen Rhein-Regulierungs-Kommission, ist unter Bezugnahme auf den Lageplan Seite 420 ergänzend zu bemerken, daß es sich um eine Verdingung unter Einreichung von Plänen für die drei Brücken handelt, die sowohl für den Oberbau als den Unterbau ziemlich vollständig durchgerechnet und durchkonstruiert sein müssen, da die Angebote bindend sind. Eine Entschädigung wird den Bewerbern für die Planfertigung nicht in Aussicht gestellt, und nach den allg. Bedingungen der Kommission behält sich diese die freie Wahl unter den Bewerbern — allerdings nach Solidität und Tüchtigkeit — aber auch die Zurückweisung aller Angebote vor. Dabei wird nur die knappe Frist von 3 Monaten zur Einreichung der Pläne gewährt.

Es handelt sich um Brücken, die in dem beigegebenen Plan des Durchstiches mit I, II, III bezeichnet sind bei km 1,1 + 40, 2,2 + 30 und 3 + 80, welche den neuen Strom rechtwinklig überschreiten sollen. Gesamte Lichtweite zwischen den beiden Endwiderlagern 250 m (entsprechend der Breite zwischen den Deichen), Mittelöffnung ohne Pfeilereinbau mindestens 89 m (entsprechend der Breite der Durchstichsohle), Vorlandöffnungen, die durch ihre Pfeiler das Durchflußprofil möglichst wenig behindern sollen, mindestens 18 m. Unterkante der Fahrbahn mindestens 1,5 m über dem Höchstwasserspiegel an der Brückenbaustelle.

Nach den dem Ausschreiben beigegebenen Querprofilen liegt das Hochwasser 6,5 m über der Durchstichsohle. Der Untergrund besteht auf größere Tiefe aus gemischten Lagen von verschiedenkörnigem Sand und Kies, bei Brücke I auch aus eingelagerten dünnen Lehmschichten. Brücke I und II sollen 7 m Gesamt-Nutzbreite, davon 5 m für den Fahrdamm erhalten, über den später eine Straßenbahn zu führen ist. Eine spätere Verbreiterungsmöglichkeit durch ausgekragte Gehwege ist vorzusehen. Brücke III erhält nur 4 m Fahrdamm-Breite mit einseitigem Gehweg von 1 m. Für die Fahrbahntafel sind wasserdichte Abdeckung und 20 cm starke Beschotterung auf 6 cm starker Sandbettung vorgesehen. Für Brücke I und II sind als Verkehrslasten anzunehmen 460 kg/qm Menschengedränge, 2 sich begegnende Wagen von 12 t Gewicht bzw. Belastung durch elektrische Straßenbahnwagen von je 6 t (Motorwagen) bzw. 4,75 t (Anhängewagen) Achsdruck in 2 m Abstand der beiden Achsen (Spurweite 1 m). Für Brücke III sind entsprechend ihrer untergeordneten Bedeutung nur 350 kg/qm Menschengedränge und 7,5 t Wagen anzunehmen. Bezüglich des Materiales des Ueberbaues ist nach dem Ausschreiben nur Eisen vorgesehen, wenn auch Eisenbeton mindestens für die Vorlandöffnungen in Betracht kommen könnte. Diese Beschränkung in Bezug auf das Material ist bedauerlich.

Verlangt werden für alle 3 Brücken „genaue Zeichnungen in einem solchen Maßstab und so detailliert, daß daraus die Konstruktion in allen Einzelheiten klar ersichtlich ist“; ferner eine „zuverlässige, alle einzelnen Brückenteile umfassende Gewichtsberechnung und übersichtlich angelegte statische Berechnungen. Die Angebote sollen für den Unterbau nach Einheitspreisen, für die fertig montierte Eisenkonstruktion in Pauschsumme gemacht werden.

Die Einreichung hat, wie schon erwähnt, spätestens bis 16. September d. J. zu erfolgen, die Vergebung ist zum 15. Oktober in Aussicht gestellt. Brücke I soll bereits bis Jahresschluß 1912 fertig montiert sein, Brücke III bis 31. März 1913, Brücke II bis 1. September 1913. Die den Arbeiten zugrunde liegenden Bedingungen der Rheinregulierungs-Kommission sind recht scharf. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau der Alten Brücke in Frankfurt a. M. erläßt das

Monumentalgebäuden sind in Aussicht zu nehmen eine evangelische Kirche, eine höhere Schule, ein weiteres öffentliches Gebäude in größerem Umfang und eine Bürgerschule. Außer dem Meßplatz ist ein Ausstellungspark in etwa 200000 qm Fläche mit einer Ausstellungs- und Festhalle vorzusehen. Eine künstlerische Beziehung der Festhalle zum Hauptwasserbecken ist erwünscht. Jedoch ist auch ein Entwurf ohne Ausstellungs- und Festhalle zu liefern. Als Ersatz für die Halle kann am Hauptwasserbecken eine würdige Anlage für die Allgemeinheit angenommen werden. Es werden Bebauungspläne 1 : 5000, 1 : 2000 und 1 : 500, ein Entwurf für eine der beiden großen Brücken, sowie bis zu 5 perspektivische Straßen- und Platzbilder verlangt. Es ist einer der bedeutendsten und interessantesten Wettbewerbe der letzten Jahrzehnte, der hier zur Bearbeitung steht. Nur eine große Kraft wird ihm siegreich gerecht werden können. —

städtische Tiefbauamt daselbst für in Frankfurt ansässige Künstler zum 1. November 1911. Gegen besondere Entschädigung sind zu dem Wettbewerb außerdem persönlich eingeladen die Hrn. Prof. Wilh. Kreis in Düsseldorf, Prof. Dr. Gabriel von Seidl und Prof. Dr. Theod. Fischer in München. Es gelangen 3 Preise von 4000, 3000 und 2000 M. zur Verteilung; Ankäufe für je 1000 M. sind vorbehalten. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Arch. Dröll und Stadtrat Franze in Frankfurt, Ob.-Brt. Prof. K. Hofmann in Darmstadt, Reg.-Bmstr. R. Lion in Frankfurt, Bezirkskonservator Prof. F. Luthmer daselbst, Stadtrat Schumann in Frankfurt, Geh. Brt. Prof. Franz Schwechten in Berlin, Architekt G. Seeger in Frankfurt, Mag.-Brt. Uhlfelder daselbst und Geh. Hofrat Prof. Dr. Paul Wallot in Dresden. Der Wettbewerb stützt sich auf einen Entwurf des Tiefbauamtes, dem die preussische Staatsregierung zugestimmt hat. In sachlich begründeter, anerkennenswerter Weise sind in mäßigen Grenzen gehaltene, näher bezeichnete Abweichungen vom Entwurf gestattet, soweit die künstlerische Ausgestaltung der Brücke dies erfordert. Unverändert müssen bleiben: die Hoch- und Tiefkailinien, die Höhenlage der Hoch- und Tiefkais, die Brückenachse, die Stellung der Pfeiler zur Stromrichtung und die lichte Höhe der Brückengewölbe in den beiden Schiffsöffnungen. Die nutzbare Breite der Straße auf der Brücke innerhalb der Brüstungen muß 19 m betragen. Ueber die Brücke wird eine zweigleisige Straßenbahn mit oberirdischer Stromzuführung geleitet. Die Straßenbahnmaste sollen gleichzeitig zur Anbringung der elektrischen Beleuchtung dienen. Die Maste dürfen die nutzbare Breite der Straße einschließlich der Fußsteige nicht einengen.

Form und Ausbildung der Pfeiler werden anheimgestellt. Es ist jedoch darauf Rücksicht zu nehmen, daß die östlichen Pfeilerköpfe als Eisbrecher Verwendung finden. Auf Sachsenhauser Seite sind eine oder zwei Treppenverbindungen von der Brücke oder der Hochkaistraße aus nach dem Tiefkai herzustellen. Auf Frankfurter Seite ist eine Treppenverbindung zwischen der Brücke und dem Tiefkai vor der Verbindungsbahn erforderlich. Ferner wird eine Treppe zwischen Brücke und Maininsel gewünscht. Die Anlage von Terrassen an den Enden der Brücke, über der Maininsel oder an anderer Stelle der Brücke wird anheimgestellt. Das auf der Brücke stehende Kruzifix soll an geeigneter Stelle wieder Aufstellung finden. Für ein Reiterstandbild Kaiser Karls ist der Ort anzugeben. Anheimgestellt wird auch, die beiden alten Portale auf der Brüstung gegenüber dem alten Gebäude wieder zu verwenden. Neben der Brücke auf der Insel ist ein Gebäude zu errichten, das eine Restauration mit Café und mit Vereinsräumen aufnehmen soll. Für die Größe des Gebäudes und den Umfang der Restauration sollen in erster Linie ästhetische Rücksichten maßgebend sein, immerhin sollen die Räume für einen nicht zu kleinen Wirtschaftsbetrieb ausreichen. Die Anordnung von Untergeschossen unter der Brückenstraße für die Wirtschaft ist zulässig, doch soll Unterkante Fenster für Räume mit dauerndem Aufenthalt von Menschen nicht unter Hochwasserhöhe reichen. Eine Wohnung für den Wirt ist vorzusehen.

Die in Verbindung mit der Brücke und dem Gebäude stehende Maininsel soll in erster Linie als Gartenrestauration benutzt, und vom Brückengebäude oder von einer anderen Anlage aus, die über Hochwasser liegt, bewirtschaftet werden. Auf der Insel können Terrassen, Pavillons, Nebengebäude und dergleichen aufgestellt werden; ausgeschlossen ist indes die westliche Hälfte des westlichen Inselteiles, für den eine weitere Einschränkung des Hochwasserprofils durch Bauten nicht angängig ist. Die Art der Ausbildung der Ufer wird anheimgestellt; an geeigneten Stellen sind Plätze zum Anlegen von Ruder- und Motorbooten vorzusehen. Die Herstellung von Brü-

stungen ist zulässig. Die Insel soll gärtnerisch bepflanzt werden, wobei die vorhandenen alten Bäume möglichst zu schonen sind. — (Schluß folgt.)

Ein Wettbewerb betr. Skizzen für den Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses zu Forst in der Lausitz wird vom Magistrat zum 15. Aug. 1911 bei 3 Preisen von 500, 300 und 200 M. erlassen. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Reg.-Bmstr. a. D. Paul Ehrlich in Breslau und Stadtbtr. Schultze in Forst. „Die Entschließung darüber, ob bei der weiteren architektonischen Bearbeitung der Aufgabe einer der Preisgekrönten beteiligt werden soll, behält sich der Magistrat ausdrücklich vor.“ Die Preisrichter können von der Verteilung der Preise absehen, „falls kein Entwurf genügt“. Unterlagen gegen 2 M., die zurückerstattet werden, durch die Stadtbauamts-Registrierung in Forst. —

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Reform-Gymnasiums in Stuttgart sind 70 Arbeiten eingelaufen. Den I. Preis von 1500 M. errang Hr. Rich. Dollinger unter Mitarbeit des Hrn. Fritz Müller; den II. Preis von 1200 M. Hr. Karl Schoch; den III. Preis von 1000 M. Hr. A. Knoblauch unter Mitarbeit des Hrn. Otto Häcker. Zum Ankauf für je 500 M. wurden empfohlen die Entwürfe der Hrn. Schmolz & Stähelin, sowie K. R. Fritz, sämtlich in Stuttgart. —

Wettbewerb Kirche mit Pfarrhaus der evangelischen Gemeinde Essen-Altendorf. Zu der Ankündigung S. 388 tragen wir nach, daß es sich um eine Baugruppe auf einem Gelände an der Bonner- und der Breslauer-Straße handelt, zu der benachbarte Bauten noch in Uebereinstimmung gebracht werden können. Die Kirche soll 1000 Sitzplätze erhalten. Altar, Kanzel und Orgel sind hintereinander in der Achse des Raumes anzuordnen. Mit der Orgel und mit den Emporen der Kirche ist eine Sängerbühne zu verbinden, die 100 Sänger aufnehmen kann. Die Wahl des Stiles ist den Bewerbern überlassen. Das Material ist Kieselputz für die Flächen, Werkstein für die Architekturteile, Ziegel oder Schiefer für das Dach. Das Äußere ist schlicht, aber in großem Zuge zu gestalten, die Innenräume sollen das Gemüt heimatlich und doch erhebend stimmen. Die Gruppierung von Pfarrwohnung, Gemeindesälen und Küsterwohnung wird den Bewerbern freigestellt. Die Baukosten der ganzen Anlage dürfen den Betrag von 280000 M. nicht überschreiten. Hauptzeichnungen 1:200. Die Gemeinde übernimmt keine Verpflichtung, einen der eingereichten Entwürfe zur Ausführung zu bringen, beabsichtigt aber, mit einem der Preisträger oder Verfasser der angekauften Entwürfe wegen der Ausführung in Verbindung zu treten, wenn dem nichternste, vom Preisgericht geteilte Bedenken entgegen stehen. Der Betrag für die Unterlagen wird zurückerstattet. —

Wettbewerb Rathaus Mülheim an der Ruhr. Der Verhandlungsschrift des Preisgerichtes entnehmen wir, daß an der Beurteilung der 176 Entwürfe anstelle des Geh. Brt. Dr. L. Hoffmann-Berlin Hr. Geh. Ob.-Brt. Prof. Hofmann in Darmstadt teilnahm. Bei einer ersten Besichtigung wurden 85 Entwürfe ausgeschieden; bei einer zweiten Durchsicht wurden von den verbliebenen 91 Entwürfen weitere 73 zurückgestellt. Von den verbleibenden 18 Entwürfen kamen 7 auf die engste Wahl und zwar die Entwürfe mit den Kennworten „Gut Geleitet“, „Kraft“, „Zwei Plätze“, „Um 1900“, „O quae mutationum rerum“, „Bodenständig“ und „Koks“. Den mit dem I. Preis von 10000 M. gekrönten Entwurf „Koks“ der Hrn. O. O. Kurz und J. Rosenthal in München nennt das Gutachten des Preisgerichtes eine künstlerisch hochstehende Arbeit. Die Grundrißanordnung sei zweckmäßig und klar; die Architektur besitze einen großen Zug. — An dem mit dem II. Preis von 7000 M. ausgezeichneten Entwurf „O quae mutationum rerum“ des Hrn. Franz Thyriot in Frankfurt a. M. rühmt das Gutachten den großen Zug in der Anordnung des Grundrisses, die malerische Gruppierung des Aufbaues und den einwandfreien Verkehr im Hause. — Auch bei dem mit dem III. Preis von 4000 M. ausgezeichneten Entwurf „Zwei Plätze“ der Hrn. Pfeiffer & Großmann in Karlsruhe anerkennt das Preisgericht die klare und wohlüberlegte Grundrißbildung und die vornehme Wirkung des Aufbaues. — Der mit dem anderen III. Preis von 4000 M. gekrönte Entwurf „Gut Geleitet“ des Hrn. Schmelzer in Leipzig besitze gleichfalls einen übersichtlichen und klaren Grundriß. Die gebogene Grundform des Hauptgebäudes biete praktische und ästhetische Vorteile. Der Aufbau zeige schöne Verhältnisse und suche einen schlichten Rathaus-Charakter zu bekennen. —

Zum Wettbewerb Geschäftshaus der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft erhielten wir folgende Zuschrift: „Vor einigen Wochen schrieb die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft in München einen Wettbewerb aus für den Neubau eines Geschäftshauses in

München. Das sehr sorgfältig vorbereitete Programm enthält doch in einem Punkt eine Unklarheit, deren baldigste Behebung uns sowohl im Interesse der Wettbewerbsteilnehmer als der beurteilenden Preisrichter sehr wünschenswert erscheint. Der Bauplatz, welcher in unmittelbarer Nachbarschaft des großen Parkes „Englischer Garten“ in einem der vornehmsten herrschaftlichen Wohnviertel Münchens liegt, hat solche Abmessungen, daß recht gut eine Bebauung denkbar ist, die nur einen Teil des Bauplatzes für das Geschäftshaus verwendet und den Rest etwa für hochherrschaftliche Einfamilienhäuser verwertet und zwar, was wir besonders betonen, in einer Weise, daß die Gesamtbauung nicht bloß in praktischer und wirtschaftlicher, sondern auch in städtebaukünstlerischer Hinsicht befriedigen würde.

Aus der Stelle des Programmes: „Die Auswahl der zweckmäßigsten Lage des Gebäudes auf dem Grundstück bleibt dem Architekten überlassen“, geht nicht mit Klarheit hervor, ob die ausschreibende Gesellschaft beabsichtigt, von vornherein den ganzen Platz allein für Bebauung durch ihr Geschäftshaus zu verwenden, oder ob sie, wenn diese Möglichkeit sachlich und künstlerisch vorliegt, etwa die Absicht hat, übrige Teile für sonstige Bauzwecke zu verwerten. Es liegt auf der Hand, daß die Wettbewerbsaufgabe je nach der einen der beiden Möglichkeiten grundsätzlich verschieden angefaßt werden muß; es sei denn, daß die Gesellschaft die Lösung gerade dieser Frage, ob das ganze Grundstück lediglich von dem Geschäftshaus eingenommen werden soll oder nicht, mit als Gegenstand des Wettbewerbes betrachtet. Es erscheint uns im Interesse einer einheitlichen Durchführung des Wettbewerbes dringend nötig, daß über diese Frage, die so oder so aus dem erwähnten Satz des Programmes herausgelesen werden kann, eine bestimmte Erklärung der Gesellschaft bald erfolgt.

Wir ersuchen Sie daher höflichst, vertrauend auf die ersprießliche Tätigkeit, die Sie in den letzten Jahren schon immer zur Besserung des Wettbewerbswesens entfaltet haben, auch in dieser Angelegenheit die geeigneten Schritte zu tun, damit verhindert werde, daß eine Menge Arbeit vieler Teilnehmer schon von vornherein in einer falschen Richtung erfolge.“ —

Beschränkter Wettbewerb der „Allgemeinen Baugenossenschaft Stettin“. Die „Allgemeine Baugenossenschaft“ zu Stettin schreibt mit Frist zum 25. Juni d. J. einen beschränkten Wettbewerb zur Erlangung von Bebauungsplänen für Reihenhäuser und Einzelentwürfe mit Berechnungen für dieselben aus und zwar unter sechs Stettiner Architekten. Die Genossenschaft, welche gemeinnützige Zwecke verfolgt, glaubt nicht in der Lage zu sein, eine Entschädigung für die Entwürfe zahlen oder irgendwelche Verpflichtungen für die spätere Bauausführung übernehmen zu können. Sie schreibt: „Die Genossenschaft ist aber nicht in der Lage, für die Vorarbeiten eine Entschädigung zu zahlen oder Verpflichtungen für die späteren Bauausführungen zu übernehmen.“ Es handelt sich in diesem Fall um einen beschränkten Wettbewerb ohne jede Gegenleistung. Die hier von dem Architekten kostenlos verlangte Arbeitsleistung entspricht einem Barwerte von etwa 1000 M. und ist an und für sich zu hoch, um kostenlos geleistet zu werden. Wenn man nun auch mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit des Unternehmens auf eine Bezahlung der verlangten Vorentwürfe und Berechnungen verzichten könnte, so wäre es doch wohl ein Mindestmaß von Entgegenkommen der Genossenschaft den aufgeförderten Architekten gegenüber, wenn jedem der Beteiligten bei Ausführung der Anlage die Bearbeitung eines Teiles derselben zugesichert würde. Im übrigen sollte es genügen, wenn für eine solche Aufgabe drei bis vier Architekten zugezogen würden. Es ist bedauerlich, daß Fachgenossen die Beteiligung an Wettbewerben solcher Art nicht ohne weiteres ablehnen. Solange ferner Fachgenossen das Preisrichteramt in solchen Wettbewerben übernehmen, ist auf eine höhere Wertschätzung der Arbeit des Architekten und auf eine durchgreifende Änderung im Wettbewerbswesen nicht zu rechnen.“ —

Architekt Thesmacher.

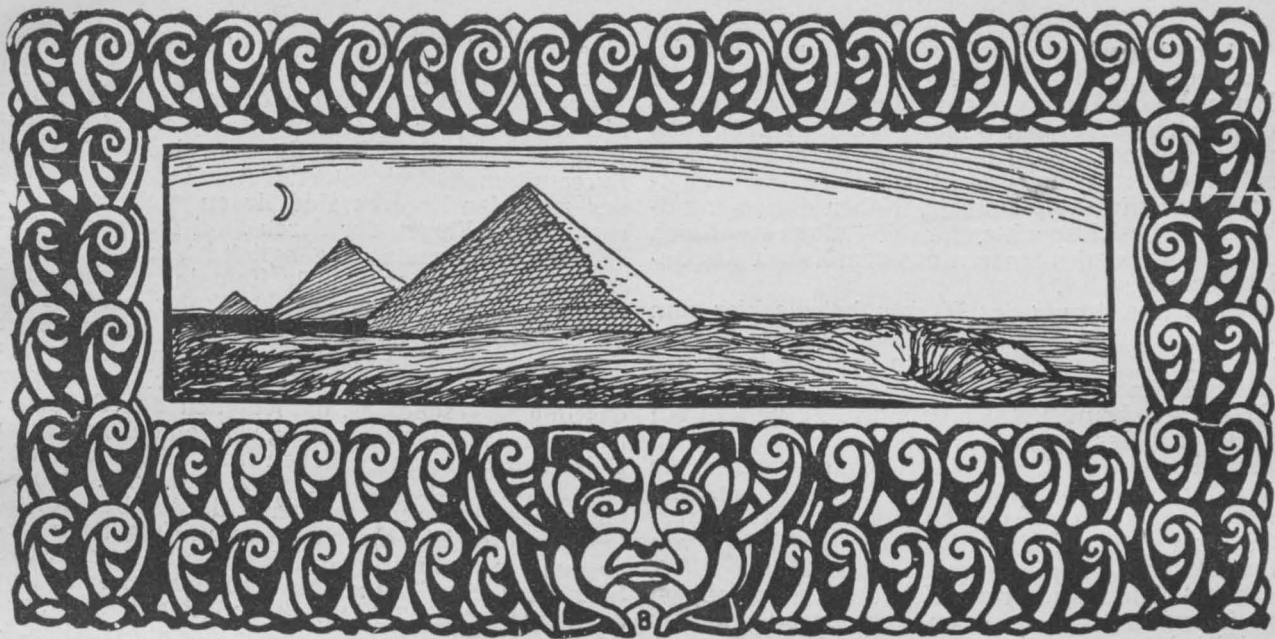
Inhalt: Das Vorlesungsgebäude in Hamburg. — Vermischtes. — Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine E. V. — Das Ergebnis des engeren Wettbewerbes zur Erlangung von Entwürfen für eine Bismarck-Warte auf der Höhe von Westend vor Charlottenburg. — Zum zweiten Wettbewerb um ein Bismarck-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück. — Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für die städtebauliche Ausgestaltung der Frankfurter Wiesen in Leipzig im Anschluß an die geplante Hochwasser-Regulierung. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Bismarck-Warte auf der Höhe von Westend vor Charlottenburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DAS VORLESUNGSGEBÄUDE IN
 HAMBURG. * * ARCHITEKTEN:
 H. DISTEL UND A. GRUBITZ IN
 HAMBURG. * TEIL DER HAUPT-
 ANSICHT AN DER EDMUND
 SIEMERS - ALLEE. * * * * *
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 50.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. N^o. 50. BERLIN, DEN 24. JUNI 1911.

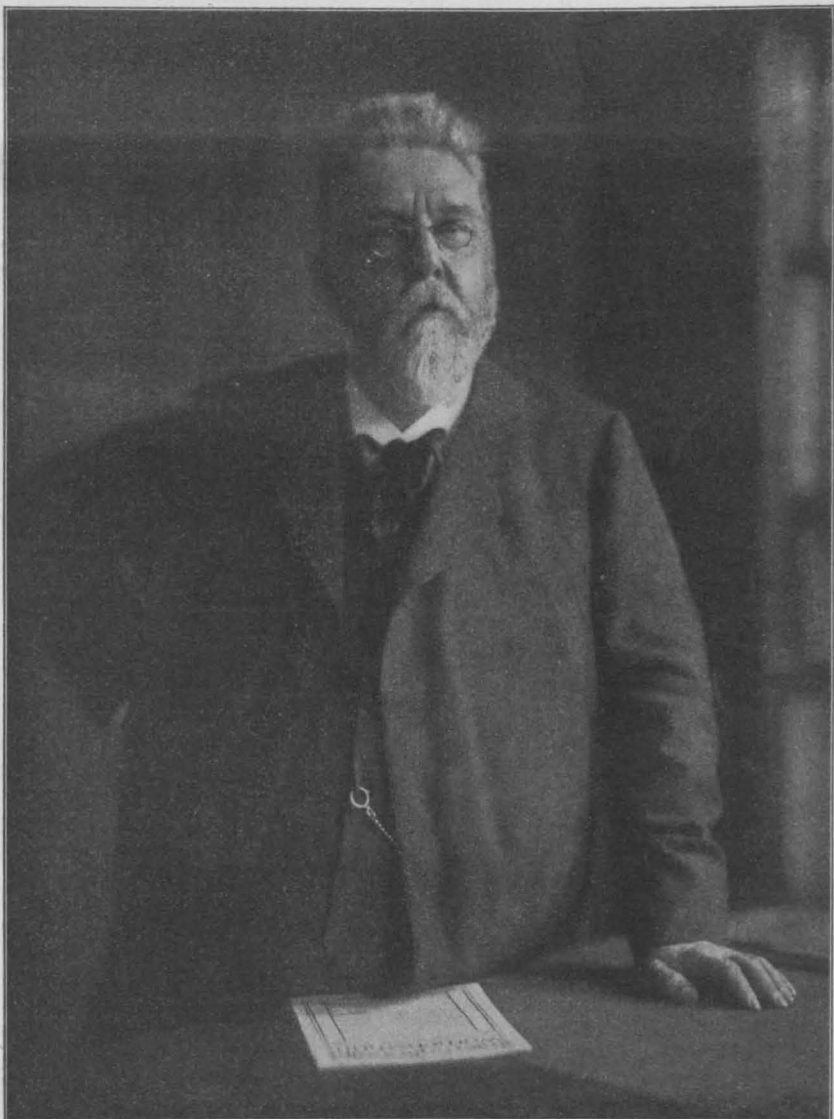
Das Vorlesungsgebäude in Hamburg.

Architekten B. D. A.: Herm. Distel und Aug. Grubitz in Hamburg. (Fortsetzung.) Hierzu eine Bildbellage, sowie die Abb. S. 428.



s ist von Interesse, die künstlerischen Gesichtspunkte zu erwähnen, von welchen das Preisgericht bei der Auszeichnung

des Entwurfes der Hrn. Hermann Distel und August Grubitz neben den Vorzügen praktischer Art gelenkt wurde. Wir hatten angeführt, daß den Bauherrn und Stifter des Gebäudes bei seinem Vorschlag des Bauplatzes besondere Gründe idealer Natur leiteten. Die Lage und Umgebung des Bauplatzes erhoben dann wieder besondere Ansprüche an den Aufbau. Die Nähe des Dammtor-Bahnhofes, die Erhöhung des langgestreckten Bahnkörpers über Gelände, ließen die Gefahr als nahe liegend erscheinen, daß das neue Gebäude durch den Bahnhof und die Bahnanlagen in seiner monumentalen Wirkung ungünstig beeinflußt werden könnte, wenn, wie es bei einer Reihe von Teilnehmern des Wettbewerbes der Fall war, etwa der Versuch unternommen wurde, das Vorlesungsgebäude in einen Wettbewerb mit dem Bahnhof treten zu lassen, was die öffentliche Meinung vielfach forderte, indem sie verlangte, eine geschlossene Baumasse auf einen Hügel gestellt zu sehen. An dieser gefährlichen Klippe scheiterten die meisten Entwürfe des Wettbewerbes. Dieser Anschauung entgegen war es daher das Bestreben des Preisgerichtes, einen Aufbau zur Ausführung vorzuschlagen, der



Christoph Hehl. 11. Oktober 1847 — 18. Juni 1911.

sich rhythmisch in das Landschafts- und Stadtbild eingliederte, sich nicht an Vorhandenes anlehnte, die Harmonie der Hauptverkehrsader nach dem Norden der Stadt nicht durch übermäßige Massen unterbrach und in schöner, eigenartiger Linienführung den Charakter eines besonderen Zielen dienenden Schulbaues zum Ausdruck brachte. Neben diesen grundlegenden Gesichtspunkten für den Aufbau ergab sich die Gliederung des Inneren aus dem Zweck des Gebäudes von selbst.

Die Ausführung des Werkes hat die hier zum Ausdruck gebrachten Anschauungen glänzend gerechtfertigt. Der einfache klare Grundgedanke des Baues ist in Grundriß und Aufbau in glücklichster Weise zu erkennen. Der Grundriß ist nahezu ein Quadrat, in das ein großer Kuppelbau mit vier Armen zentral so gelegt ist, daß vier Höfe sich ergeben, die dem Inneren reichlich Licht und Luft zuführen. Eine spätere Erweiterung des Gebäudes auf dem ausreichend großen Gelände ist durch die Anlage von Seitenflügeln, die wieder große Innenhöfe umziehen, gedacht. Die Besucher des Hauses treten durch den im Grundriß geschwungenen Haupteingang, an dem seitlich Personenaufzüge liegen, in die geräumige, quer gelagerte Wandelhalle, auf die in der Hauptachse die Halle zur Haupttreppe und die Garderobe für den großen Hörsaal A im Mittelpunkt des Erdgeschosses folgen. Zu beiden Seiten führt die Wandelhalle zu den Seitenflügeln, welche eine Reihe größerer und kleinerer Hörsäle, sowie Sitzungszimmer, Präsidialzimmer mit Vorzimmer, Dozenten- und Nebenräumen enthalten. In drei Kreuzflügeln sind große Hörsäle untergebracht; vor ihnen liegt jeweils eine geräumige Garderobe, sodaß das Erdgeschoß neben einer Dozenten-Garderobe 11 Hörsäle und 5 Garderoben enthält. Mit Ausnahme des großen Hörsaales B liegen sämtliche Hörsäle des Gebäudes im Erdgeschoß und sind durch nur wenige Stufen zu erreichen. Die Hörsäle sind so gruppiert, daß bei etwaiger gleichzeitiger Benutzung aller Säle die Besucher sich auf das ganze Geschoß verteilen, nirgends also Gedränge entstehen kann. Der große runde Hörsaal A im Mittelpunkt der Anlage wird vom I. Obergeschoß aus betreten. Ihm ist die Treppenhalle vorgelagert, an die sich eine Wandelhalle anschließt, aus der am Mittelbau der Vorderfassade

eine dreiarmlige Treppe zum II. Obergeschoß emporführt. Zur linken Seite der Wandelhalle liegen im Vorderflügel Räume für die Zentralstelle des Kolonial-Institutes, für die Rechnungs-Abteilung, für den Direktor, zur rechten Seite dagegen eine Gruppe von Bureauräumen. Die Seitenflügel und die Seitenarme des zentralen Kreuzes sind liegen geblieben. Der rückwärtige Flügel, der durch zwei Treppen in den seitlichen Kopfbauten zugänglich ist, enthält in diesem Geschoß Seminare für Kolonialsprachen, für Geschichte, für Geographie, für Kultur des Orients, für Ostasien, nebst Vorstandszimmern und anderen Räumen, sowie ein Lesezimmer der Zentralstelle des Kolonial-Institutes. Den Mittelpunkt der Raumgruppe des II. Obergeschosses, die lediglich den Gebäudeteil in der Hauptachse umfaßt, während alle anderen Gebäudeteile liegen geblieben sind, bildet der große Hörsaal B, gleich dem Hörsaal A kreisrund. Ihm ist eine große Halle mit seitlichen Garderoben vorgelagert und er ist an den Seiten von Umgängen umzogen. Im rückwärtigen Gebäudeteil liegen wieder Seminare: ein Seminar für Nationalökonomie, ein Seminar für öffentliches Recht und Kolonialrecht, sowie ein Germanistisches Seminar, alle mit Vorstandszimmern ausgestattet. Zwei Seminare, das für englische Sprache und Kultur, sowie das für romanische Sprachen und Kultur, haben in korrespondierende Kopfbauten des Untergeschosses verlegt werden müssen. Beide sind von Vorstandszimmern begleitet. Im übrigen enthält das Untergeschoß Dienstwohnungen, Bureauräume, Räume für Lehrmittel und Garderobenschränke, ein Dozenten- und ein Fahrradraum, eine Reihe verfügbarer Räume, sowie im Mittelpunkt die Heizanlage mit anschließenden Anlagen für Entlüftung, Frischluft, Warmluft usw. Die vier Höfe sind durch vier Durchfahrten zugänglich.

Der größte der beiden Hörsäle, der Hörsaal A im Erdgeschoß, faßt 700 Zuhörer, der über ihm liegende zweitgrößte Hörsaal B 500 Personen. Die in der Größe folgenden Hörsäle der Kreuzarme fassen je 200 Personen. Im ganzen können in dem Gebäude zu gleicher Zeit etwa 3000 Personen unterrichtet werden. Ein Teil der Hörsäle ist mit Tischen ausgerüstet. Mit außerordentlicher Klarheit und Uebersichtlichkeit sind die Besucher im Gebäude geleitet und mit großem Geschick sind die Massen geteilt. — (Schluß folgt.)

Zu Paul Wallot's 70. Geburtstag.



Am 26. Juni d. J. vollendet Paul Wallot sein 70. Lebensjahr. Der Architekt des Reichshauses, der seit lange in der ersten Reihe der deutschen Baukünstler steht, zählt fortan auch zu ihren Veteranen. Und von allen Seiten und an verschiedenen Orten dürfte man aus diesem Anlaß Huldigungen für ihn vorbereitet haben, obgleich die Ehrungen, welche ihm vor 17 Jahren, nach Abschluß seines Lebenswerkes, zuteil geworden sind, kaum noch sich steigern lassen. Aber die Künstler-

schaft und insbesondere der Kreis seiner nächsten Fachgenossen werden es trotzdem als ein Bedürfnis empfinden, ihm an einem so bedeutsamen Tage einen Gruß zu entbieten. Sie wollen und werden mit der Versicherung nicht zurückhalten, daß sie die Bedeutung seines Schaffens und Wirkens für die deutsche Kunst nach wie vor zu würdigen wissen, daß sie in Treue und Dankbarkeit unentwegt zu ihm stehen.

Es ist alles in allem ein glückliches Leben, auf das der Meister heute zurück blicken kann. Ein Leben voll unaus-

Christoph Hehl †.

11. Oktober 1847 — 18. Juni 1911.



Der Tod hält in diesem Jahre reiche Ernte unter den Berliner Architekten, die in der Baukunst unserer Tage eine einflußreiche und vorbildliche Rolle gespielt haben. Auf Carl von Groszheim und Johannes Otzen ist am Sonntag Abend, den 18. Juni, nun auch Christoph Hehl gefolgt, ein großer Meister unseres Faches, ein Meister im alten guten Sinne der Bauhütten des Mittelalters. Er erlag im 64. Jahre seines arbeits- und erfolgreichen Lebens einem Schlaganfall, nachdem ihn schon vor einiger Zeit wiederholte Anfälle auf das Krankenlager geworfen hatten, von denen er sich jedoch zeitweilig wieder erhob, um in strenger Pflichterfüllung seinem Lehrberuf und seiner Kunst nachzugehen. Eine stolze Säule der Abteilung für Baukunst der Technischen Hochschule Berlin ist geborsten; schwer ist der Verlust, den diese Schule durch den Heimgang des großen Meisters und Lehrers erlitten hat.

Christoph Hehl wurde am 11. Oktober 1847 zu Cassel als der Sohn des Direktors der dortigen höheren Gewerbeschule, Professor Dr. Hehl geboren, er würde also

in diesem Oktober sein 64. Lebensjahr vollendet haben. Nach Zurücklegung seiner Studien an der Gewerbeschule in Cassel, wo er in den Schülerkreis Ungewitter's eintrat, ging er zu seiner weiteren Ausbildung nach London und trat in das Atelier von George Gilbert Scott ein, der, 1811 geboren und 1878 gestorben, zu jener Zeit auf der Höhe seines Ruhmes stand. Nach Deutschland zurückgekehrt, besuchte er darauf die Technische Hochschule in Hannover und kämpfte im Feldzug 1870/71 gegen Frankreich, wo er bei Würth schwer verwundet wurde. Er fand jedoch so bald wieder Heilung, daß er an der Belagerung von Paris teilnehmen konnte.

Nach dem Feldzug trat er in Hannover in das Atelier des damals viel beschäftigten und künstlerisch bedeutenden Baurates Erwin Oppler ein, wo er bis zum Jahre 1874 blieb. In diesem Jahre machte er sich in Hannover selbständig und gründete einen Haushalt. In Hannover baute er zu jener Zeit eine große Zahl von städtischen Wohnhäusern, Geschäftshäusern und Villen. Sein erster großer Erfolg in einer lebhaften Tätigkeit auf dem Gebiet des Wettbewerbswesens war der I. Preis in dem Wettbewerb um Entwürfe für ein Rathaus in Essen. Von späteren größeren Wettbewerbsarbeiten seien genannt ein Entwurf für die katholische und protestantische Garnison-Doppel-Kirche in Dresden, welche die

gesetzter, stets nach den höchsten Zielen strebender Arbeit, reich an Mühen, aber auch reich an freudigen Erfolgen.

Geboren zu Oppenheim, als Sprößling einer alten, von südfranzösischen Refugiés abstammenden Familie, hat Wallot seine erste Ausbildung auf der früheren Darmstädter Gewerbeschule genossen. Daß sich schon damals der Künstler in ihm regte, erhellt aus der Tatsache, daß er noch als Schüler Entwürfe zur Ergänzung der Glasmalereien der Oppenheimer Katharinenkirche lieferte, die vielen Beifall fanden und zur Ausführung gelangten. Zunächst freilich lockte ihn der Beruf des Maschinen-Ingenieurs, dem er auch später stets eine warme Zuneigung bewahrt hat. Hat er sich doch s. Z. unter der jubelnden Zustimmung aller Ingenieure zu der Ueberzeugung bekannt, daß deren Schöpfungen gegenüber denen der älteren bildenden Künste als völlig gleichwertig zu betrachten seien.

Ein Jahr lang hat Wallot auf dem Polytechnikum zu Hannover dem Studium des Maschinenbaues obgelegen. Während desselben war in ihm jedoch die Erkenntnis gereift, daß seine Begabung ihn in erster Linie auf das Gebiet der Architektur hinweise. Ihrem Studium hat er in den nächsten Jahren auf der Berliner Bauakademie, der Technischen Hochschule in München und endlich auf der mit der Universität seines hessischen Heimatlandes verbundenen Bauschule in Gießen sich gewidmet. An letzter hat er, soviel bekannt ist, auch die für hessische Baubeamte vorgeschriebene Staatsprüfung bestanden. Doch war es niemals seine Absicht, die Beamten-Laufbahn einzuschlagen, sondern als Ziel hatte er von vornherein das freie, künstlerische Schaffen als Privatarchitekt im Auge. Um sich hierfür vorzubereiten, wandte der junge Künstler sich wiederum nach Berlin, wo damals eine regere Tätigkeit im Privatbau sich zu entwickeln begann. Er hat hier den Ateliers von Gropius, Hitzig und Lucae angehört, sowie nebenher auch den Unterricht von Strack genossen. Mehrfache längere Studienreisen, besonders nach Italien, vervollständigten seine künstlerische Ausbildung.

Als Stätte für seine selbständige Wirksamkeit als Architekt, die Wallot im Jahre 1868 begann, hatte er Frankfurt a. M. sich ausgewählt. Er hätte keine glücklichere Wahl treffen können. Denn in der alten Kaiserstadt, die den Verlust ihrer politischen Selbständigkeit durch ein um so lebhafteres wirtschaftliches Aufblühen wettmachen zu wollen schien, waren die beiden Grundbedingungen für das Entfalten einer künstlerischen Bautätigkeit — Kunstsinne und Kapitalkraft der Bauherren — vielleicht in stärkerem Maße vorhanden, als an irgend einem anderen Orte Deutschlands. Dazu kam als ein günstiger Nebenumstand, daß hier zufällig ein Kreis von hochbegabten, aus verschiedenen Schulen hervorgegangenen, jüngeren Architekten sich zusammengefunden hatte, die im frühlichen Wetteifer gegenseitig zu eigenartigem Schaffen sich anregten. Es sei hier nur an Mylius und Bluntschli, Linnemann, Heinrich Theodor Schmidt, von Hoven, Meckel und Friedrich Thiersch erinnert.

In diesem Kreise, dessen Schöpfungen den Pulsschlag einer neuen, von der älteren akademischen Schablone sich losringenden Zeit deutlich verspüren lassen, hat Wallot bald einen ehrenvollen Platz sich errungen. Es würde zu weit führen, auf einzelne der in ihrer Stilfassung teils an die italienische, teils an die deutsche Renaissance anknüpfenden, jedoch immer eine selbständige, persönliche Note enthaltenden Bauten einzugehen, die er während

seines fast 1 $\frac{1}{2}$ Jahrzehnte umfassenden Aufenthaltes in Frankfurt errichtet hat. Als besonders anziehende Beispiele mögen jedoch die Häusergruppe in der Kaiser-Straße, das Eckhaus an der Kaiser- und Mainzer-Straße, sowie die Gastwirtschaft zur Stadt Ulm wenigstens erwähnt sein.

Immerhin hatten diese Bauten und die interessanten Entwürfe, mit denen Wallot in den Jahren 1880 und 1881 an den Preisbewerben um das neue Leipziger Gewandhaus und den Frankfurter Zentralbahnhof sich beteiligt hatte, den Ruf ihres Urhebers in der breiteren Öffentlichkeit noch nicht so fest begründet, daß der Sieg, den sein zum zweiten, von den besten Architekten Deutschlands beschickten Wettbewerb um das deutsche Reichshaus eingereichter Entwurf im Jahre 1882 errang, nicht wie eine Ueberraschung wirken mußte. Es hat damals an Stimmen nicht gefehlt, die es für bedenklich erklärten, den auf lange Zeit hinaus bedeutendsten Monumentalbau Deutschlands einem Architekten anzuvertrauen, der bis dahin nur in den engeren Verhältnissen des Privatbaues sich bewährt hatte. Doch gewann die Ueberzeugung derjenigen die Oberhand, die in jener Arbeit nicht bloß die zufällig besonders geglückte Lösung der zum Wettbewerb gestellten Aufgabe erblickten, sondern sie als die Offenbarung einer ganz eigenartigen, kraftvollen Künstlernatur ansahen, von der man eine große schöpferische Tat erwarten durfte. Nach langen, schwierigen Verhandlungen, die sich über Jahresfrist erstreckten, wurde Wallot auf Grund eines von ihm aufgestellten, dem veränderten Bauprogramm angepaßten neuen Entwurfes zur künstlerischen Leitung des Reichshaus-Baues endgültig berufen. Im Herbst d. J. 1883 siedelte er demzufolge von Frankfurt a. M. nach Berlin über.

Die Geschichte des Reichshaus-Baues braucht hier ebensowenig erzählt zu werden, wie es notwendig sein dürfte, dessen künstlerische Bedeutung nochmals zu würdigen. Beides ist s. Z. in diesen Blättern so ausgiebig geschehen, daß vor den Lesern nur Bekanntes wiederholt werden könnte. Festgestellt sei lediglich, daß die freudige Anerkennung, welche die Schöpfung Wallots bei dessen Fachgenossen und der gesamten Künstlerschaft Deutschlands fand, im Laufe der Ausführung stetig sich gesteigert hat, bis sie nach Vollendung des Baues nahezu an Enthusiasmus streifte. Feste, wie sie zu Ehren des Meisters im Dezember 1894 in Berlin, im Frühjahr 1895 in Darmstadt und Dresden gefeiert wurden, können in ihrer Art kaum überboten werden. Der zahlreichen Auszeichnungen nicht zu gedenken, die ihm, neben staatlichen Titeln und Orden, von verschiedenen fachlichen Körperschaften gewidmet wurden.

Kühler hat sich — von einzelnen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — zu dem Werke Wallot's bisher leider die öffentliche Meinung der nichtkünstlerischen Kreise gestellt. In etwas mag dazu mitgewirkt haben, daß man hierbei durch ein angeblich von höchster Stelle gefälltes absprechendes Urteil sich beeinflussen ließ. Im wesentlichen aber liegt die Schuld wohl daran, daß jene Kreise, zu denen auch der größere Teil der sogenannten kunstwissenschaftlichen Kritik gerechnet werden muß, den künstlerischen Zielen Wallot's nicht das nötige Verständnis entgegenbringen konnten. Was die Künstlerschaft an seiner Schöpfung in erster Linie entzückte und was ihr besonders verdienstlich erschien, weil es das gährende Ringen unserer nach neuen Ausdrucksmitteln suchenden Zeit getreu widerspiegelt — die Verwertung historischer,

mittelbare Veranlassung zu der Berufung Hehls an die Technische Hochschule in Berlin war, an der wir einigen Anteil hatten, ein Entwurf für den Erweiterungsbau des Rathauses in Bremen usw. Größere Bauten in Hannover waren in jener Zeit die Dreifaltigkeits-Kirche, die katholische Marien-Kirche, die Elisabeth-Kirche, die evangelische Garnison-Kirche. Bei Hannover führte er aus die Benno-Kirche in Linden, die Kirche in Döhren. Für Harburg erbaute er die Johannis-Kirche und das Rathaus; für die von George Gilbert Scott erbaute Nicolai-Kirche in Hamburg war Hehl der Entwurf der inneren Einrichtung übertragen worden. Ein Teil dieser und der folgenden Arbeiten ist in unserer Zeitung zur Veröffentlichung gelangt.

Im Jahre 1894 erfolgte die Berufung von Christoph Hehl als Nachfolger des nach Karlsruhe gegangenen Karl Schäfer an die Technische Hochschule in Charlottenburg, wo er den Lehrstuhl für mittelalterliche Baukunst übernahm und während 17 Jahren eine außerordentlich erspriessliche und anregende Lehrtätigkeit entfaltete. Viele hundert Schüler saßen zu seinen Füßen oder folgten seiner Unterweisung; mit großer Liebe hingen sie an ihrem ihnen sein Bestes gebenden Lehrer. Daneben fand er in unermüdlichem Fleiß noch die Zeit zur Ausführung einer Reihe bedeutender Kirchenbauten, wie der Herz-Jesu-Kirche in

Berlin, der Rosenkranz-Kirche in Steglitz, der kath. Pfarrkirchen in Groß-Lichterfelde, Zehlendorf und Spandau. Die kath. Garnisonkirche in Spandau blieb sein letztes vollendetes großes Werk, mehr vielleicht als seine übrigen Arbeiten ein Werk von eigenartiger Gestaltung. In den letzten Jahren kränklich, plante er in Gemeinschaft mit seinem ersten Assistenten Carl Kühn noch verschiedene Kirchenbauten, so für Lankwitz und Friedenau. Hehl war außerordentliches Mitglied der Akademie des Bauwesens in Berlin.

Ein wirklicher Verlust ist uns mit dem Heimgang von Christoph Hehl entstanden. Er gehörte zu den Meistern, die in ihrem Werke aufgehen, deren ganze Seele an ihren Werken hängt und bei denen jedes Werk ein Stück ihres eigenen Seelenlebens ist. In konstruktiver wie in künstlerischer Hinsicht gleich erfahren, ruhte er nicht, bis er für eine konstruktive Anordnung oder ein praktisches Ziel die künstlerische Form gefunden hatte. Dabei war er ein künstlerischer Charakter, sicher und bestimmt in dem, was er wollte, glücklich in dem, wie er es wollte. Bei ihm gab es kein Schwanken und Zagen, fest ging er auf das einmal erkannte Ziel los. Daher sind seine Werke Charakterbilder eines großen Charakters, jawohl, eines großen und seltenen Charakters. Diesem gebührt unsere Verehrung über das Grab hinaus! —

aber durch eine starke künstlerische Individualität einheitlich beeinflusster Motive zu neuen harmonischen Gestaltungen: es galt und gilt Jenen als Willkür, wenn nicht gar als Verirrung. Erst eine spätere Zeit dürfte dem Meister auch in diesem Lager zu einer gerechteren Würdigung verhelfen. Ein Platz in der Kunstgeschichte ist ihm für immer gesichert.

Noch ehe die Einweihung des Reichshauses erfolgt war, hatte Wallot der deutschen Hauptstadt den Rücken gekehrt und als Nachfolger von Konstantin Lipsius das Lehramt für Architektur an der Kunstakademie zu Dresden angetreten. Doch ward ihm in Berlin nicht nur der Bau des Wohnhauses für das Reichstags-Präsidium vorbehalten, sondern er verblieb auch als künstlerisches Mitglied in dem zur Leitung der inneren Ausschmückung des Reichshauses eingesetzten Ausschuss. Das allerdings nur für einige Jahre, bis die Gehässigkeit der wider ihn im Reichstag erhobenen Angriffe und die Mattigkeit der Verteidigung, welche ihm dabei von seiten der Reichsbehörden zuteil wurde, ihn dazu nötigten, auch diesen letzten Zusammenhang mit seinem Lebenswerk zu lösen. Er hat unter diesen Vorgängen, in denen eine kleinliche Gesinnung und große Undankbarkeit zutage traten, wohl schwerer gelitten als er selbst zugeben wollte. Sie dürften als die Hauptursache dafür anzusehen sein, daß er fortan von jedem Vortreten in die Öffentlichkeit ersichtlich sich zurückzog.

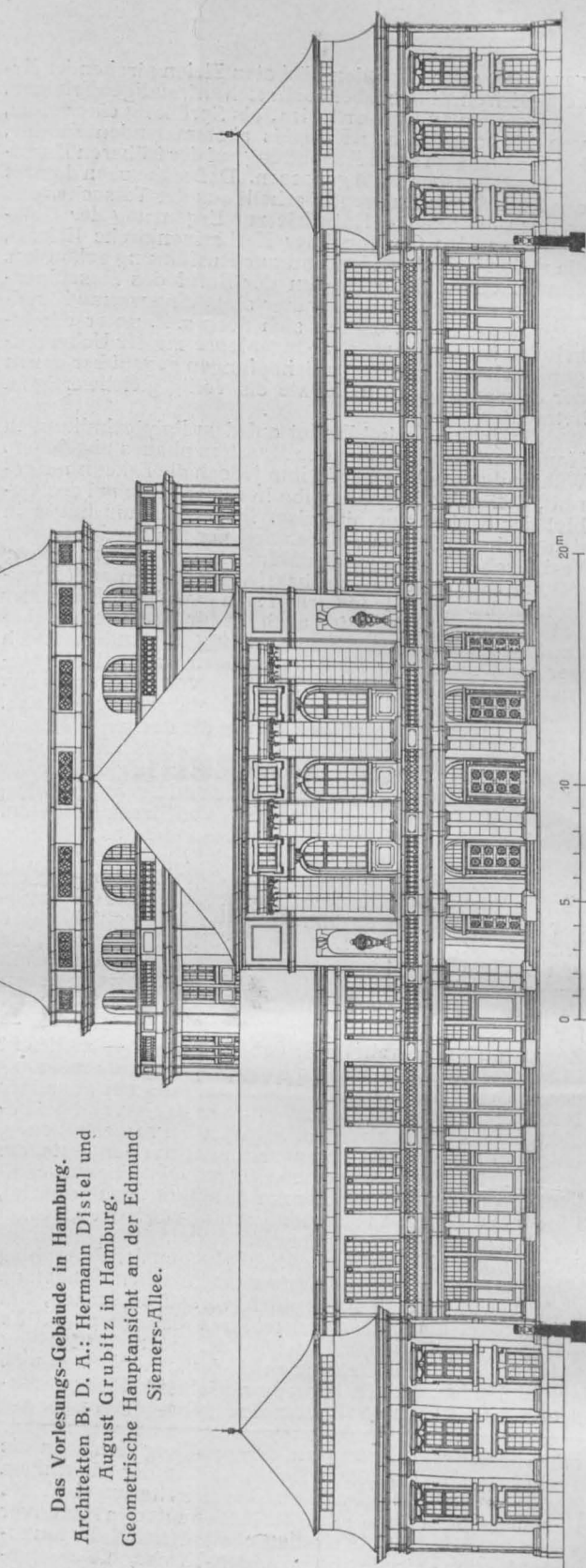
Man hat das in Dresden, wo ihm sonst vielleicht die führende Rolle in künstlerischen Angelegenheiten zugefallen wäre, die Sempur ein halbes Jahrhundert früher behauptet hatte, mit Bedauern empfunden. Im übrigen ist man ihm dort in jeder Beziehung bereitwilligst entgegen gekommen und hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß man stolz auf seinen Besitz war. Nicht nur, daß ihm die bedeutendste, künstlerisch freilich nicht allzu dankbare Aufgabe, welche der sächsische Staat zu vergeben hatte, der Bau des neuen Landtagshauses an der Brühlschen Terrasse übertragen wurde. Auch als Mitglied aller über künstlerische Fragen beratenden Ausschüsse und als Gutachter über solche wurde er herangezogen. Daß er — auch schon während des Reichshaus-Baues — bei der Entscheidung zahlreicher bedeutender Wettbewerbe in ganz Deutschland und vereinzelt auch im Auslande zum Mitgliede des Preisgerichtes berufen wurde, sei hier beiläufig erwähnt.

Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit hat Wallot in den letzten 17 Jahren seines Lebens selbstverständlich in sein Lehramt an der Kunstakademie verlegt, neben welchem er in beschränkterem Umfang auch ein solches an der Dresdner Technischen Hochschule bekleidet hat. Dem letzteren hat er bereits mit Beginn des Sommer-Semesters entsagt; aus jenem scheidet er mit dessen Beendigung. Welche dauernden Erfolge er in beiden erzielt hat, entzieht sich vorläufig leider dem Urteil des Fernstehenden, wird aber bei der gelegentlich des Wallot-Jubiläums veranstalteten Ausstellung von Arbeiten seiner Schüler und vermutlich in erfreulicher Weise ersichtlich werden. Denn es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß die Anfänge einer „Wallot-Schule“, welche schon in den Arbeiten seiner künstlerischen Mitarbeiter am Reichshause zutage traten, in diesen 17 Jahren eine glänzende Fortsetzung werden erfahren haben.

Dem aus seinen Ämtern und Würden scheidenden Meister geben die wärmsten Wünsche seiner Fachgenossen und Freunde das Geleit. Ob es angebracht wäre, diese Wünsche auf weitere Erfolge in künstlerischer Arbeit zu beziehen, erscheint fraglich, obgleich der Jubilar über die hierzu erforderliche körperliche und geistige Frische noch gebietet. Aber wer ein so arbeitsreiches Leben hinter sich

Wettbewerbe.

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für das Empfangsgebäude des Stuttgarter Hauptbahnhofes sind 70 Arbeiten eingelaufen. Den I. Preis von 10000 M. gewannen die Hrn. Prof. P. Bonatz und Architekt F. E. Scholer in Stuttgart, je einen II Preis von 6500 M. gewannen Hr. Franz Röckle unter Mitarbeit des Hrn. Paul Ros in Frankfurt a. M., sowie Hr. Prof. Pützer in Darmstadt. Je ein III. Preis von 4000 M. fiel den Hrn. R. Lempp und H. Riethmüller unter Mitarbeit des Hrn. E. Kimmmerle in Stuttgart, sowie Hrn. Reg.-Bmstr. Alfr. Fischer



Das Vorlesungs-Gebäude in Hamburg.
Architekten B. D. A.: Hermann Distel und
August Grubitz in Hamburg.
Geometrische Hauptansicht an der Edmund
Siemens-Allee.

hat, besitzt das volle Anrecht auf eine letzte behaglicher Ruhe — auf das gepriesene „otium“ der alten Römer. Es wird bei Paul Wallot jedenfalls ein „otium cum dignitate“ sein. —

—F.—

in Düsseldorf zu. Für je 1500 M. wurden zum Ankauf empfohlen Entwürfe der Hrn. Prof. Läger in Karlsruhe, sowie Rich. Dollinger unter Mitarbeit von F. Müller in Stuttgart. —

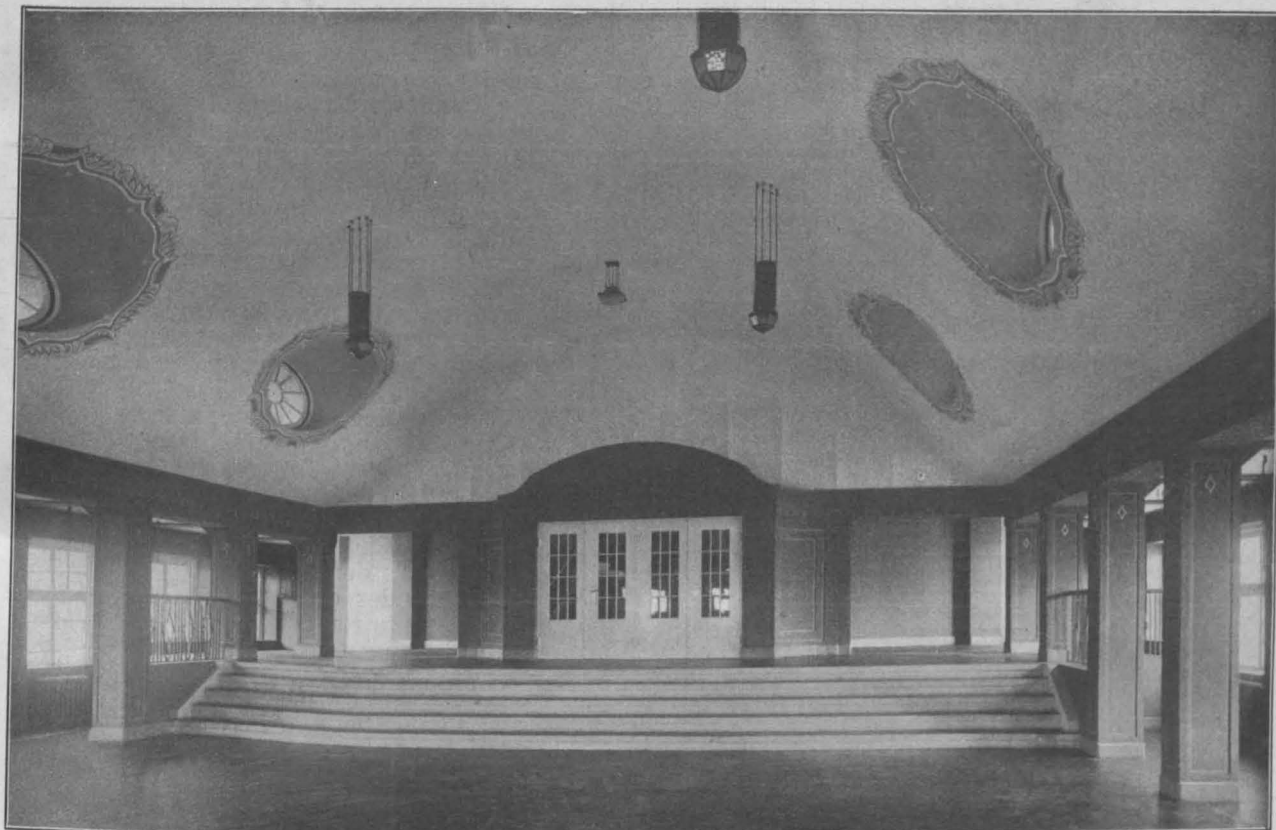
Inhalt: Das Vorlesungsgebäude in Hamburg. (Fortsetzung.) — Zu Paul Wallot's 70. Geburtstag. — Christoph Hehl †. — Wettbewerbe —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Vorlesungsgebäude in Hamburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



AS VORLESUNGS-
GEBÄUDE IN HAM-
BURG. ** ARCHI-
TEKTEN: H. DISTEL
UND A. GRUBITZ IN
HAMBURG. ****
GROSSER HÖRSAAL
IM OBERGESCHOSS
DES KUPPELBAUES.
== DEUTSCHE ==
** BAUZEITUNG **
XLV. JAHRGANG 1911
***** NO. 51. *****



Vorhalle zum großen Hörsaal im II. Obergeschoß.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. No. 51. BERLIN, DEN 28. JUNI 1911.

Das Vorlesungsgebäude in Hamburg.

Architekten B. D. A.: Hermann Distel und August Grubitz in Hamburg.

(Fortsetzung statt Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 432 und 433.

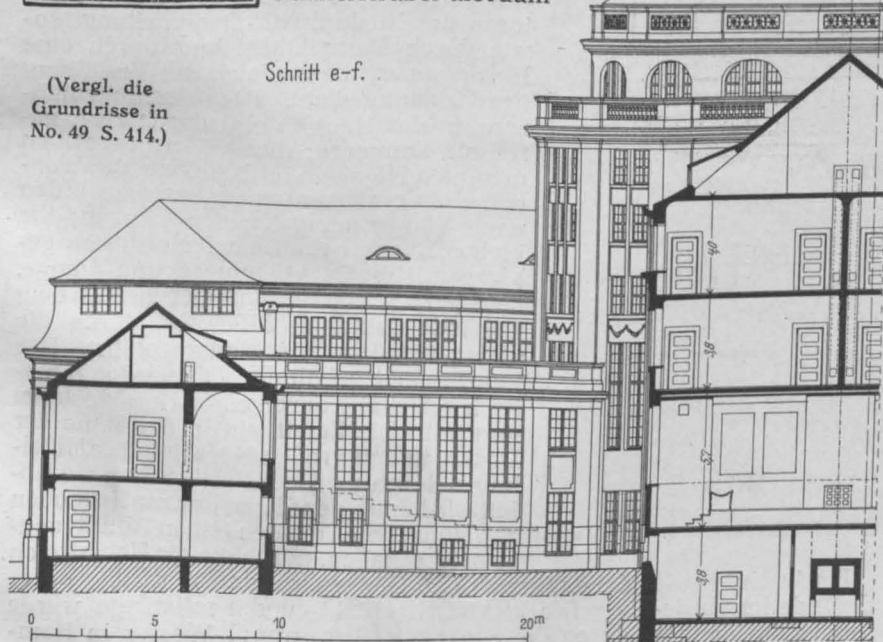


Der Bauentwurf konnte, nachdem der Bauherr am 13. Juni 1908 den Architekten den endgültigen Auftrag zur Ausführung erteilt hatte, nach zahlreichen Beratungen mit der Ober-schulbehörde, mit den Dozenten und mit dem Bauherrn über die räum-

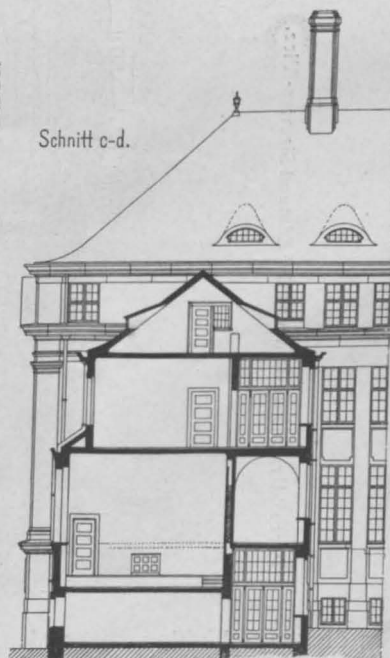
lichen Erfordernisse, mit der Baudeputation über die Stellung des Gebäudes auf dem Gelände, am 12. August 1908 dem Senat vorgelegt werden. Am 12. März 1909 wurde mit den Erdarbeiten

(Vergl. die Grundrisse in No. 49 S. 414.)

Schnitt e-f.



Schnitt c-d.



begonnen. Der Baugrund war außerordentlich schlecht und ungleichmäßig; ein Teil war aufgeschütteter Festungsgraben, im übrigen waren Moor und Schlick

Kabelkanal für die Telephon-Kabel der Innenstadt in vorsichtigster Weise berücksichtigt werden mußte, ergaben sich sehr schwierige Gründungsarbeiten.

Der Kanal erforderte eine sorgfältig bearbeitete Ueberbrückungskonstruktion. Unter und über dem Kabelkanal wurde eine Eisenbetonplatte eingelegt. Die übrige Gründung besteht aus einer verbundenen Pfeiler- und Ringplatten-Konstruktion, die Hr. Dr. Drach anordnete und berechnete. Nicht allein die Umfassungs- und Scheidemauern, sondern auch alle Decken und Stützen sowie das ganze Dachgewölbe wurden massiv erstellt; Decken, Stützen und Dach in Eisenbeton. Schwierig war die Konstruktion der Decke und der Stützen des unteren großen Hörsaales. Die wagrechte Decke hat eine Spannweite von 20 m, der untere, als Konsole ausgebildete Deckenring enthält einen Warmluftkanal, der aus den hohlen Stützen gespeist wird.

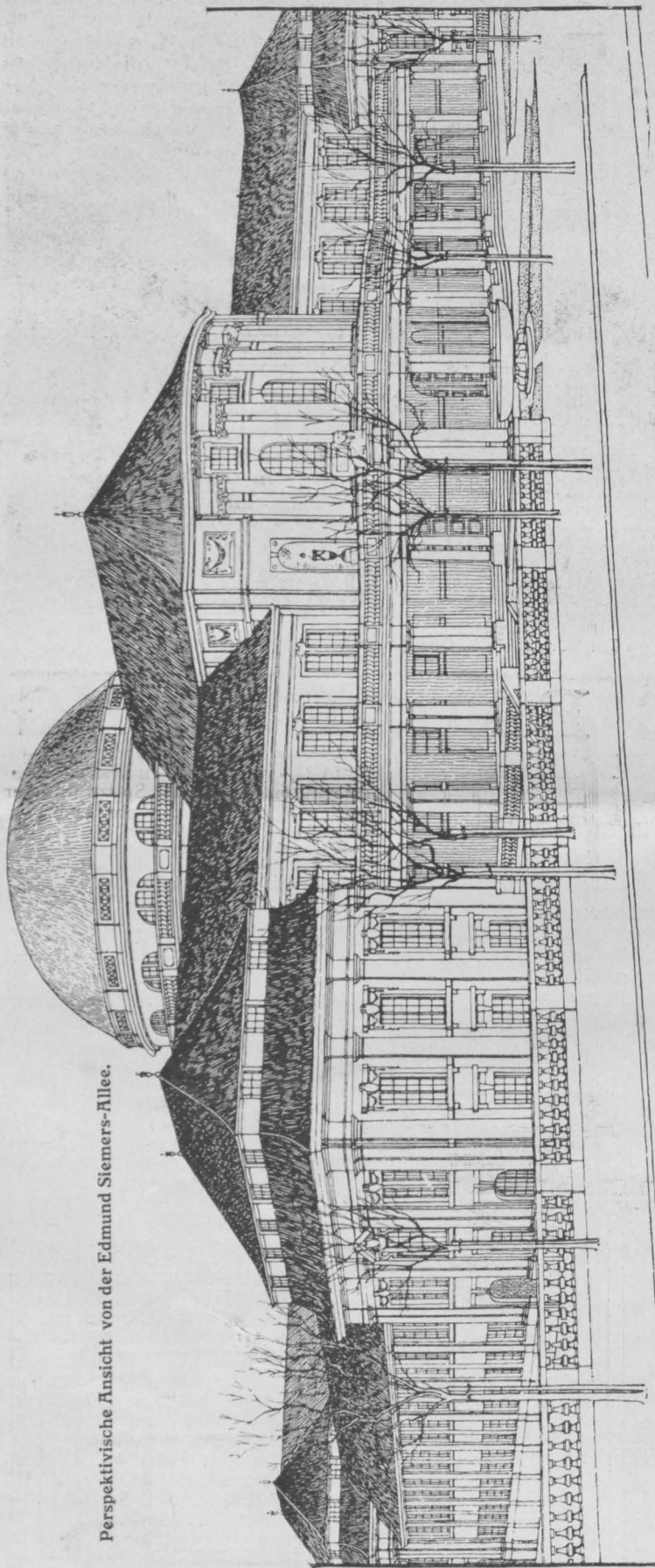
Die aus dem konstruktiven Charakter des Gebäudes entstehenden Schallreflexe und Resonanzen bei Wänden und Decken wurden dadurch gemildert oder beseitigt, daß über dem Eisenbeton der Fußböden ein Bimsbeton-Estrich aufgebracht wurde. Auf ihn wurden 6 mm dicke Korkplatten als Unterlage für das Linoleum verlegt. Der Putz der Wände und Decken wurde sehr rau gehalten und mit Korkschat vermengt. Die Stützen der großen Hörsäle, die Blechkanäle enthalten, waren in akustischer Beziehung besonders vorsichtig zu behandeln. Sie wurden mit doppelter Leinwand überzogen und gleichfalls mit rauhem Putz versehen. Um schädliche Reflexwirkungen zu vermeiden, ist außerdem die Decke kassettiert.

Sämtliche Räume des Hauses wie auch alle Ventilationskanäle können durch eine Entstaubungsanlage von Gebr. Körting gereinigt werden. Mit großer Sorgfalt wurde auch die durch die Firma Rud. Otto Meyer in Hamburg ausgeführte Heizungs- und Lüftungsanlage behandelt. Die Erwärmanngsart ist die durch Niederdruck-Dampf. Zur Erzeugung der Wärme wurden vier schmiedeeiserne Sattelkessel mit je 38 qm Heizfläche aufgestellt. Die Heizkörper in den einzelnen Räumen sind gußeiserne Radiatoren in den Fensternischen. In den großen Hörsälen erfolgt die Erwärmung vor Beginn der Vorlesungen sowohl durch die Radiatoren der Niederdruck-Dampfleitung, sowie durch Dampfheizung durch eine Heizkammer, die zugleich der Entlüftung des Gebäudes dient. Die Frischluftzuführung in das Haus erfolgt durch zwei getrennte Kammern; die größere derselben dient den Hörsälen im Mittelbau, der Wandelhalle, dem Haupttreppenhaus, sowie den nach Südwesten gelegenen Gängen; die kleinere versorgt die nach Nordosten gelegenen Hörsäle, Seminare und Gänge. Durch die große Heizkammer werden dem Gebäude stündlich 35000 cbm, durch die kleine 12500 cbm Frischluft zugeführt. Der Feuchtigkeitsgehalt der Luft wird automatisch selbsttätig durch einen Humidostaten geregelt. Die Zuluft tritt in der Nähe der Decke, in den großen Hörsälen des Mittelbaues durch die Decke selbst aus; die Abluft wird unter den Sitzen und am Fußboden abgeführt. Die Toiletten haben Abluftventilatoren erhalten, durch die ein Uebertreten

der Luft nach den Gängen verhindert wird.

Die elektrische Licht- und Kraftanlage wurde durch die Siemens-Schuckert-Werke in Ham-

in dicken Schichten vorhanden. Hierdurch, sowie durch den Umstand, daß ein das Gelände im vorderen Teil des Gebäudes diagonal durchschneidender



Perspektivische Ansicht von der Edmund Siemers-Allee.

burg, eine Fernsprech-Anlage durch die Akt.-Ges. Siemens & Halske in Hamburg ausgeführt.

Die unmittelbare Umgebung des Vorlesungsge-

Unterschiede geschaffen, die jedoch nicht mit gärtnerischen Anlagen und Pflanzungen, sondern nur mit Rasen bedeckt wurden. Die Umgebung bildet zu den aufsteigenden Baumassen einen wirkungsvollen Gegensatz und läßt sie in monumentaler Geschlossenheit hervortreten. An der Vorderseite leiten einfache Balustraden mit wenigen, den Höhenunterschied ausgleichenden Stufen aus dem Gelände zu der Architektur des Gebäudes über. Die Arbeiten der Umgebung wurden von der 3. Ingenieur-Abteilung der Bau-Deputation geleitet.

Ueber die architektonische Ausbildung des Aeußeren und des Inneren, die würdevoll, streng, schlicht und sachlich ist, geben die zahlreichen Abbildungen, die wir diesen Ausführungen beigeben, so erschöpfend Auskunft, daß wir darauf nicht näher einzugehen brauchen. — (Schluß folgt.)

Einsturz und Wiederaufbau des Wehres in der Neiße bei Zelz.

Von Br. Schulz, Reg.-Baumstr. und Privat-Dozent an der Techn. Hochschule in Berlin.

(Schluß aus No. 48.)



it Hilfe eines Handkranes, der auf der Wehrbrücke verschiebbar ist, vollzieht sich der Einbau in folgender Weise: der Lößständer hängt mit dem Bügel in dem Kranhaken in solcher Höhe, daß sein unteres Ende noch über dem strömenden Wasser liegt. Nun wird durch ein Loch in der Wehrbrücke ein Gasrohr von oben durch die Führungen des Lößständers hindurchgesteckt, bis es mit der Spitze in einer Aussparung der in dem Wehrrücken befindlichen Nische festsetzt, worauf der Lößständer an dieser Stange langsam heruntergelassen wird. Damit dessen unteres Ende genau in die Nische hineinkommt und nicht durch die Wasserströmung um das Rohr herumpendelt, wird in eine Nut des Lößständers eine winkelrecht abgebogene Handhabe gesteckt, die während des Hinunterlassens mit der Hand festgehalten wird und jede Drehung verhindert. Stehen die Lößständer, so werden die Vorsatzbretter schwimmend an die Lößständer herangebracht und mit Bootshaken aufgerichtet, worauf sie durch den Wasserdruck selbsttätig angepreßt und nun mit dem Bootshaken hinuntergedrückt werden. An den Seiten stoßen die Bretter stumpf aneinander bezw. gegen die Pfeiler und Widerlager. Die Zwischenräume werden durch davor gestellte Dichtungsnadeln durch den Wasserdruck selbsttätig geschlossen. Die Fugen zwischen den Vorsatzbrettern schließen sich durch die vom Wasser mitgeführten Blätter usw. von selbst, sodaß das Wehr nach einigen Tagen völlig dicht ist. Beim Öffnen des Wehres findet der umgekehrte Vorgang statt.

Die Pfeiler und Widerlager sind über Hochwasserordinate durch einen Bediensteten verbunden. Dieser besteht bei den Schützöffnungen aus einem 1 m breiten Betongewölbe zwischen eisernen Trägern, entsprechend der früheren Anordnung unterhalb der Schützenverschlüsse. Bei den Lößständer-Verschlüssen sind über jeder Oeffnung 2 Stege aus Eisenkonstruktion in 0,6 m Abstand angeordnet (Abb 17 in No. 48, S. 406). Der abwärts gelegene, gegen den sich die Lößständer

bäudes war dem Charakter des Bauwerkes anzupassen; durch sie sollte seine Wirkung gehoben werden. Zu diesem Zweck wurden in dem Gelände Höhen-

lehnen, hat neben den Verkehrslasten die wagrechten Auflagerdrucke der Lößständer auf die Pfeiler zu übertragen und ist dementsprechend ausgebildet und verankert. Der

obere Steg dient nur dem Verkehr. Auf den inneren Trägern der Fußwege läuft der Kran zur Bedienung der Verschlüsse. An dem inneren Träger des unteren Steges sind die auslösbaren Ansätze für die Lößtänder angebracht. Diese lehnen sich gegen ein kurzes C-Eisen-Stück, das an dem Laufstegträger drehbar gelagert ist. Die Drehung wird verhindert durch eine Klinke, die das C-Eisen an dem Träger festhält. Wird die Klinke gelöst, so dreht sich das

terwasser gespült. Ein vollständiges Öffnen aller Öffnungen bis auf die Lößtänder findet nur bei Hochwasser statt. Diese selbst sind nur bei Eisgang zu ziehen, falls der Abgang der Eisschollen durch die Schützöffnungen allein sich nicht erzielen läßt und Eisversetzungen eintreten können.

Zum Schluß noch Einiges über den Bauvorgang: Zur Aufrechterhaltung des Betriebes nach dem Einsturz wurde



Ansicht des Treppenhauses.

Das Vorlesungsgebäude in Hamburg. Architekten B. D. A.: Hermann Distel und August Grubitz in Hamburg.

C-Eisen unter dem Druck des Lößtänders und stellt sich wagrecht, wodurch letzterer seinen Halt verliert und nach dem Unterwasser umkippt.

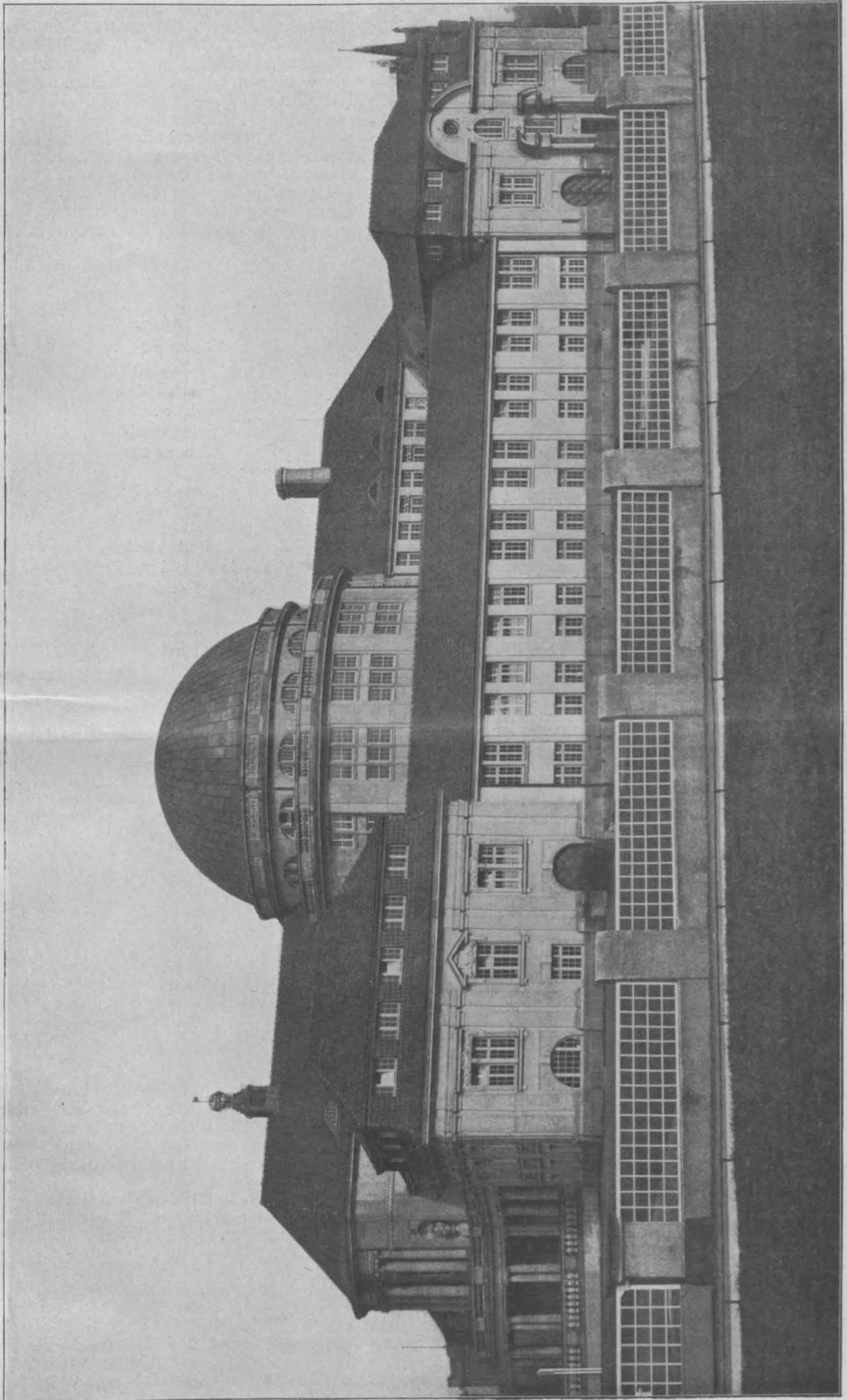
Der Betrieb des Wehres vollzieht sich in folgender Weise: Zur Regulierung der Stauhöhe und des Wasserabflusses werden die oberen Bretter der Seitenöffnung gezogen. An den betriebsfreien Tagen wird alles Wasser durch die Schützöffnungen abgelassen und damit gleichzeitig der oberhalb des Wehres abgelagerte Kies ins Un-

zunächst versucht, eine vorläufige Abdichtung des alten Wehres durch Faschinenlagen und Sandsäcke herbeizuführen, was bei der Durchlässigkeit des Bodens jedoch nicht gelang. Es wurde deshalb oberhalb an der Inselfspitze über den noch vorhandenen Resten des alten Strauchwehres quer durch den Fluß ein 100 m langer Fangdamm gebaut, der in seinem mittleren Teil (Querschnitt Abb. 18a, S. 434) auf 30 m eine bewegliche Konstruktion aufwies, die gegebenenfalls für ein Hochwasser

geöffnet werden konnte, in den seitlichen Teilen dagegen nach Abbildung 18b ausgebildet war. Der Fangdamm wurde vollständig abgedichtet und das Neißewasser während des Baues durch die Freischleuse und ein Freigerinne des Kraftwerkes abgeführt. Unter dem Schutze dieses Fangdammes lag das Neißebett bis unterhalb der Baustelle des neuen Wehres trocken, und es konnte der Neubau des Wehres daher in einer offenen Baugrube mit Grundwasser - Absenkung im Trockenen erfolgen. Gegen das Rückstauen des Unterwassers wurde unterhalb ein niedriger Erdamm errichtet und das Grundwasser mit zwei Pumpen bis auf die erforderliche Tiefe abgesenkt. Der Bau wurde Anfang Septemb. 1909 in Angriff genommen und trotz der Jahreszeit so gefördert, daß bereits Mitte Februar das neue Wehr unter Stau gesetzt werden konnte. Die gesamten Kosten des Wehrbaues einschl.

Errichtung und Abbruch des Fangdammes und einschließlich des Abbruches der eingestürzten Wehr-Anlage beliefen sich auf rd. 175000 M. Mit dem Neubau des Wehres zugleich wurden noch einige Neben-Arbeiten zur Verbesserung der Zu- und Abflußverhältnisse an der bestehenden Anlage vorgenommen. Der Zufluß - Graben zu dem Kraftwerk Mühlgraben (vergl. den Lageplan Abb. 1 in No. 47) hatte bisher stets stark unter Versandung zu leiden, die sich auf seiner ganzen Länge, besonders aber an der oberen Einmündung bemerkbar machte und erhebliche Gefällverluste zur Folge hatte. Dieser Uebelstand kam daher, daß eine ordnungsmäßige Abführung des Kiesel nicht be-

trieben wurde, sondern allein dem Hochwasser diese Arbeit überlassen blieb. Infolgedessen schob der Fluß während des ganzen Jahres seine Geschiebe in den Mühlgraben ab. Zudem war der Mühlgraben-Einlauf viel zu



Das Vorlesungsgebäude in Hamburg. Architekten B. D. A.: Hermann Distel und August Grubitz in Hamburg. Seitenfassade gegen die innere Stadt.

breit, sodaß auch die Wassergeschwindigkeit hier verlangsamt und die Kiesablagerungen begünstigt. Diesen Ablagerungen gegenüber waren Versuche, durch Baggerungen von Zeit zu Zeit den Graben zu räumen, machtlos, da die Kosten hierfür sehr bedeutend waren und eine dauernde Besserung nicht erzielt wurde. Um diese lästige

Die Entwurfsarbeiten für den Neubau des Wehres und sämtliche Nebenanlagen wurden im Bureau des Reg.-Baumeisters a. D. Bruno Schulz in Berlin-Halensee angefertigt, in dessen Händen auch die Bauleitung lag. Die Ausführung der Tiefbauarbeiten wurde der Bauunternehmung Th. Möbus & G. m. b. H. in Charlottenburg übertragen,



Eine württembergische Eisenbahnvorlage.



ine württembergische Eisenbahnvorlage, die mit einem Gesamtbetrage von 40 781 000 M. abschließt, ist den Ständen vor einiger Zeit zugestanden. Von dem Gesamtbetrag entfallen: auf bereits im Bau begriffene staatl. Nebenbahnen und für neu durch den Staat zu bauende Nebenbahnen 6 433 000 M. (außerdem wird der Bau von 5 weiteren Nebenbahnen unter entsprechenden Zuschüssen der Beteiligten vorgesehen, wobei jedoch die Bewilligung der Mittel besonderen Vorlagen vorbehalten bleibt); auf den Bau von 2 Gleisen 5 Mill. M.; auf den Umbau des Hauptbahnhofes Stuttgart und weitere Eisenbahn-Neu- und Erweiterungsbauten zwischen Ludwigsburg und Plochingen als 6. Rate 14 Mill. M.; auf sonstige Erweiterungen und Verbesserungen an den im Betrieb stehenden Bahnen 7 554 500 M.; auf die Erbauung von Wohngebäuden 861 000 M.; auf die Vermehrung der Betriebsmittel 6 770 000 M. Der Rest entfällt auf Anforderungen der Post- und Telegraphen-Verwaltung.

Eine der Vorlage beigegebene Denkschrift führt über die Arbeiten am Stuttgarter Hauptbahnhof*) nach dem „Schwäbischen Merkur“ Folgendes aus: Bis November 1910 waren von dem im ganzen bewilligten 48 800 000 Mark 37 851 172 M. verwendet, davon für Grunderwerbungen 33 251 567 M., verfügbar waren noch 10 948 827 M., die aber demnächst aufgebraucht sein werden durch weitere Grunderwerbungen und Bauarbeiten. Die zur Bestreitung des in der Finanzperiode 1911/12 in Aussicht zu nehmenden Aufwandes beantragte 6. Rate von 14 Mill. M. soll für die Fortsetzung der Grunderwerbungen und der Bauarbeiten, sowie für die weitere Bearbeitung von Einzelentwürfen Verwendung finden.

Geplant sind für 1911 und 1912 folgende Arbeiten: Es sollen die neue Ludwigsburger-Straße von der Wolfram-Straße bis zur Friedhof-Straße, die Unterführung der Wolfram-Straße unter den Bahngleisen, die umfangreichen Kunstbauten unterhalb der Brauerei zum Englischen Garten, mehrere Stützmauern, sowie weitere Erdarbeiten ausgeführt werden. Der Bau des an der Kriegsberg- und Bahnhof-Straße zu errichtenden Generaldirektions-Gebäudes soll im Frühjahr 1911 in Angriff genommen werden. Die Entwürfe für die Bahnhofhochbauten (Empfangsgebäude, Güterschuppen usw.) sind in Arbeit. Die Grunderwerbungen für den 4gleisigen Ausbau der Strecke Stuttgart—Untertürkheim sind nahezu vollzogen. Im Jahre 1911 wird die Strecke Güterbahnhof Cannstatt bis zur Gleisverschlingung vor Untertürkheim in Angriff genommen werden können. Für den 4gleisigen Ausbau der Strecke Stuttgart—Ludwigsburg sind die Grunderwerbungen z. T. vorgenommen. Auf der Strecke Feuerbach—Zuffenhausen ist der Bau nahezu vollendet. Der im Zusammenhang mit dem 4gleisigen Ausbau stehende Umbau des Bahnhofes Zuffenhausen ist in der Ausführung begriffen. Mit den Bauarbeiten auf der Strecke Zuffenhausen—Kornwestheim ist begonnen. Die Entwürfe für die Strecke Kornwestheim—Ludwigsburg und für den Umbau des bestehenden Bahnhofes Kornwestheim sind in Arbeit. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich in der Finanzperiode 1911/12 in Angriff genommen werden. Auf der Westseite des Bahnhofes Kornwestheim soll ein neuer Verschiebebahnhof auf den Markungen Kornwestheim und Stammheim hergestellt werden. Dem Gesetzentwurf ist eine besondere Denkschrift über diesen Verschiebebahnhof angefügt. Mit den Grunderwerbungen für denselben ist bereits begonnen worden.

Vermischtes.

Auszeichnung. Die goldene Grashof-Denkmünze für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Technik wurde gelegentlich der 52. Hauptversammlung des „Vereins Deutscher Ingenieure“ in Breslau von diesem dem Direktor des kgl. Material-Prüfungsamtes in Groß-Lichterfelde Geh. Ob.-Reg.-Rat Dr.-Ing. A. Martens verliehen.

Der Wohnungsbau als Groß-Unternehmung. In der soeben ausgegebenen 3. Auflage seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik“**) widmet der Wirtschaftspolitiker Friedrich Naumann dem Bauwesen längere, interessante Ausführungen. Daraus sei Folgendes angeführt: „Wer die Erweiterung Berlins oder einer anderen Großstadt miterlebt und dabei einige allgemeinere volkswirtschaftliche Bildung hat, verwundert sich immer von neuem über die altmodische, handwerkerliche Art der Wohnungsherstellung. Fast nie wird ein ganzer Block zwischen vier

Dem neuen Rangierbahnhof fällt die Aufgabe zu: 1) die aus den Richtungen Ulm, Mühlacker, Heilbronn, Stuttgart, Böblingen und Leonberg kommenden Güterzüge zu verarbeiten und 2) neue Güterzüge nach diesen Richtungen zu bilden. Der Gesamtentwurf umfaßt zwei Rangiergleissysteme mit entgegengesetzter, von Norden nach Süden und umgekehrt gehender Bewegungsrichtung. Zunächst soll nur ein System, und zwar das Verschiebesystem Nord-Süd als das wichtigste ausgeführt werden, während der Grunderwerb gleich auf die Gesamtanlage ausgedehnt werden soll. Die Kosten dafür sind für 120 ha Fläche auf 2,5 Mill. M., für das erste Gleissystem auf 9,9 Mill. M., zus. also 12,4 Mill. M. veranschlagt. Dem stehen jedoch nicht unwesentliche Ersparnisse gegenüber dem bisherigen Plan gegenüber, so daß nur etwa 4,45 Mill. M. Mehrkosten aufzuwenden sind.

Die Grunderwerbungen für den Umbau und die Erweiterung des Bahnhofes Cannstatt sind zum größten Teil vollzogen. Die Bauarbeiten für die Herstellung des Ortsgüterbahnhofes Cannstatt sind seit Frühjahr 1910 im Gang. Das Auffüllmaterial wird vom Abelsberg, Markung Wangen, auf einer den Neckar überschreitenden Transportbahn begeführt. Der Entwurf für die Durchquerung des Rosensteinparks durch die 4gleisige Linie Stuttgart—Cannstatt und für die hieran anschließende neue Neckarbrücke ist bearbeitet. Die 4 Gleise sollen hierbei gegen die Anlagen abgeschwenkt und in einem Tunnel, der im offenen Einschnittbetrieb hergestellt werden wird, südöstlich vom Rosensteinschloß durchgeführt werden. Die neue 4gleisige Neckarbrücke kommt etwa 80 m oberhalb der bestehenden Eisenbahnbrücke zu liegen und wird als gewölbte Betonbrücke ausgeführt. Der Gedanke, unter Benutzung der alten Eisenbahnbrücke und des bestehenden Rosensteintunnels eine besondere Linie für den Güterverkehr von Stuttgart nach Cannstatt zu führen, wurde aufgegeben. Infolge der Höherlegung des Bahnhofes Cannstatt würden sich sehr ungünstige Neigungsverhältnisse bei der Einmündung in diesen Bahnhof ergeben, auch würde die Strecke vom westlichen Tunnel-Ende bis zum Güterbahnhof Stuttgart besonders hohe Kosten verursachen, die außer Verhältnis stünden zu dem Vorteil, den die Führung einer besonderen Güterlinie hätte. Mit den Bauarbeiten soll im Frühjahr 1911 begonnen werden. In der Finanzperiode 1911/12 werden die Arbeiten für den Bahnhofumbau Cannstatt fortgesetzt und soweit möglich durchgeführt werden, namentlich für die Bauten zwischen Personenbahnhof und Güterbahnhof. Die Entwürfe für die in Cannstatt zu errichtenden Hochbauten sind teils fertiggestellt, teils noch in Arbeit. Mit einem Teil dieser Bauten wird im Jahr 1911 begonnen werden. Die Erweiterung des Güterbahnhofes Untertürkheim wird ebenfalls im Jahre 1911 in Angriff genommen werden können. Der Entwurf für den Umbau des Bahnhofes Ludwigsburg (Umbau des Personenbahnhofes und Errichtung eines neuen Ortsgüterbahnhofes) ist in Arbeit. Der Entwurf für die Bahn von dem Güterbahnhof Untertürkheim nach Wangen und für die Herstellung eines Güterbahnhofes Gaisburg ist in der Einzelbearbeitung begriffen. Die Grunderwerbungen sind z. T. vollzogen. In der Finanzperiode 1911/12 wird mit den Bauarbeiten begonnen werden können. Die Entwurfsbearbeitung für den 4gleisigen Ausbau der Hauptbahn auf der Strecke Untertürkheim—Eßlingen—Plochingen mit dem Umbau der Stationen Untertürkheim, Obertürkheim, Mettingen, Eßlingen, Ober-Eßlingen und Altbach ist im Gang, einzelne Grunderwerbungen sind vollzogen. —

Straßen von einer Firma übernommen und nach einheitlichem Plane erbaut. Zehn, zwölf, fünfzehn Bauunternehmer teilen sich in den Fetzen Land. Jeder baut für sich Häuser, obgleich diese Häuser völlig unpersönlich sind und sich nur in gleichgültigen Dingen unterscheiden. Das hat für die ganze Anlage die nachteiligsten Folgen. Alle Vorteile des leichteren Verkehrs im Häuserblock, der zentralen Heizung und Beleuchtung, der gemeinsamen Verwaltung und Bedienung, gemeinsamer für den Abend zu mietender Gesellschaftsräume, gehen auf diese Weise verloren. Es gibt nichts Spießbürgerlicheres, als die Fortsetzung der alten Idee „Haus“ in eine Zeit hinein, wo das Haus als solches in allen Mieterquartieren keine Einheit mehr ist. Was heute abgeschlossen lebt, ist die Einzel-Wohnung, nicht das Haus. Welche Schäden für die künstlerische Durcharbeitung der Straßen das jetzige System mit sich bringt, ist Sache für sich. Jetzt überlegen wir die volkswirtschaftliche Erscheinung, daß die großen Organisatoren, die wir in allen großen Industrien, im Bankwesen, im Handel auftauchen sehen, auf diesem Gebiete

*) Vergl. den Gesamtplan Jahrg. 1907 S. 137 u. ff.

**) Verlag „Fortschritt“ (Buchverlag der „Hille“) G. m. b. H., Berlin-Schöneberg 1911. (4 M. br., 5 M. geb.)

ausgeblieben sind. Die Bauunternehmung für Eisenbahnen, Kanäle, Straßen, Brücken, Fabriken, Ausstellungen ist großzügig geworden, aber der Wohnungsbau steht talentlos und organisationslos vor unseren Augen. Er wird als Geschäft mit herkömmlicher Gewandtheit betrieben, ist aber innerlich noch kein Teil der Neuzeit geworden. Man denke sich Köpfe wie Siemens, Krupp, Ballin oder Wertheim in das Wohnungswesen hinein! Daß sie fehlen, muß irgendwie sachlich begründet sein. Liegt es darin, daß das Bauen Saisonsgeschäft ist? Alle Saisonsgeschäfte haben Neigung zu kleineren Betriebsformen. Oder liegt es daran, daß verhältnismäßig wenig konstantes Kapital im Baugeschäft nötig ist, daß also leicht jeder bessere Maurer einen selbständigen Betrieb anfangen kann? Ist das Baugeschäft an sich weniger ertragreich als andere Geschäfte? Alles dies mag mitwirken. Die Hauptsache ist, daß das Baugeschäft durch die Dampfmaschine wenig berührt wird. Produktionen, bei denen keine zentrale Kraft verwendet wird, pflegen auch geschäftlich dezentralisiert zu bleiben.“ —

Förderanlagen beim Bau des Völkerschlachtdenkmales bei Leipzig. Das Denkmal ist so weit gediehen, daß jetzt der letzte Gerüstaufbau beendet werden konnte, womit die Rüstung eine Höhe von 92 m erreicht hat und die Höhe des fertigen Denkmals um 1 m übertrifft. Man hofft die Bauarbeiten bis zum Herbst fertigzustellen. Auch die Arbeiten an den Anlagen vor dem Denkmal schreiten rüstig voran. Es sind dort zur Herstellung einer 120 000 qm großen Wasserfläche bereits 30 000 cbm Erdschutt ausgeschachtet und die zu 13 m Höhe amphitheatralisch ansteigenden Wälle zur Umzäunung des Wasserspiegels angeschüttet.

Vom Baubeginn am 18. Okt. 1898 an wurden bis heute 120 000 cbm Erde bewegt und nahezu 12 000 cbm Beuchaer Granit vermauert; die größten Steine hatten ein Gewicht von 18 t. Zu den Fundamenten, Gründungen und Eckpfeilern sind rund 100 000 cbm Stampfbeton verbraucht worden, wofür 12 000 t Zement entsprechend 10 000 cbm nötig waren, so daß 90 000 cbm Sand und Kies herangeschafft werden mußten. Von günstigem Einfluß auf die Kosten des Baues war es, daß man gleich zu Beginn bei den Ausschachtungsarbeiten auf ein Kieslager stieß, das für die Stampfbetongründungen vorteilhaft verwendet werden konnte. Außerdem wurde ein großes etwa 1,5 km entferntes Kieslager mit dem Bauplatz durch eine von Adolf Bleichert & Co. in Leipzig gelieferte Drahtseilbahn verbunden. Diese Hilfsanlage ist von besonderem Interesse, weil sie zeigt, daß bei derartigen Bauunternehmungen das Pferdefuhrwerk und Feldbahnen selbst durch umfangreichere Schwebebahnanlagen mit Vorteil ersetzt werden können, trotzdem diese Drahtseilbahnen nur für eine begrenzte Zeit Benutzung finden. Der Betrieb der Bahn wickelt sich sehr einfach ab, indem die Wagen in der Sandgrube mit Schurren beladen werden, worauf sie die Bedienungsmannschaft aus der Beladestation herauschiebt. Dabei kuppeln sie sich von selbst an das von einem Elektromotor in Umlauf gesetzte Zugseil fest an und gelangen so zur Entladestation am Denkmal, wo sie in die Trichter über den Betonmischmaschinen ausgekippt werden, um darauf leer zur Beladestation zurückzukehren. Auf der Strecke selbst ist eine Bedienung nicht nötig. Die Drahtseilbahn für das Völkerschlachtdenkmal ist weiterhin deshalb bemerkenswert, weil ihre Linie mit einem Knick geführt und an dieser Knickstelle eine Winkelstation eingebaut ist, die von dem Wagen am Seile automatisch und ohne jede Beaufsichtigung durchfahren wird. Die Bahn fördert in der Stunde 14,5 t, was 8 cbm Kies entspricht.

Infolge der Benutzung dieser und anderer mechanischer Förderanlagen beim Bau des Denkmals, die in der Rüstung als Aufzüge und Rollbahnen fortgesetzt sind und unter denen namentlich zwei von Eck & Schröder in Chemnitz, gelieferte Materialaufzüge von 18 und 45 m Förderhöhe auffallen, und infolge der Verwendung zahlreicher Baumaschinen, wie Mörtelmaschinen usw. konnte man die Zahl der auf dem Bau beschäftigten Handwerker sehr beschränken. Obgleich täglich im Durchschnitt 30 cbm Mauerwerk und Stampfbeton hergestellt und 110 t Holz für Rüstung verzimmert werden, sind auf dem Bau in der Regel nur 40 Handwerker tätig. Freilich muß auch berücksichtigt werden, daß die einlaufenden Blöcke fertig behauen ankommen.

Wie die Bauarbeiten jetzt stehen, kann mit großer Wahrscheinlichkeit darauf gerechnet werden, daß das Denkmal am 100jährigen Gedenktag der Schlacht bei Leipzig seine Weihe empfangen wird.

Die Kosten des Bauwerkes belaufen sich auf 5,5 bis 6 Mill. M.; das Gelände im Werte von 1 Mill. M. wurde von der Stadt Leipzig gestiftet. Zur Vollendung des

Denkmals fehlt aber heute noch ein Betrag von 1¼ Mill. M., der durch Fortführung der Sammlungen vom „Deutschen Patriotenbund“ aufgebracht werden soll. Dieser Bund einer großen Zahl vaterländisch gesinnter Vereine wurde von seinem heute noch auf das regste ehrenamtlich tätigen Leiter, dem Leipziger Architekten Kammerrat Clemens Thieme, mit dem ausgesprochenen Zweck gegründet, ein der großen Taten der Befreiungskriege und der Völkerschlacht würdiges Denkmal als Mahnung für kommende Geschlechter zu errichten. Der Entwurf des Bauwerkes rührt bekanntlich von Prof. Dr. Bruno Schmitz in Charlottenburg, der bildnerische Schmuck von Prof. Fr. Metzner in Berlin her. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Krankenhaus Naumburg a. S. Das Gebäude soll auf einem Gelände zwischen der Schönburger- und der Weißenfelder-Straße errichtet werden und Raum für 49 Betten, zur Hälfte für Männer und für Frauen, bieten. Außer den Krankenzimmern sind vorzusehen eine Reihe von Räumen für Aerzte, Wärter, Schwestern usw. Hinsichtlich der Anordnung besteht volle Freiheit. Bau-summe 200 000 M. Die Zeichnungen sind unnötig groß 1:100, jedoch ohne Schaubild verlangt. —

Wettbewerb städtisches Krankenhaus Forst in der Lausitz. Der Erweiterungsbau ist auf einem städtischen Gelände östlich von dem bestehenden Krankenhaus an der Sedan-Straße und am Nauendorfer Weg zu errichten und soll sich mittels eines Verbindungsbaues an das alte Krankenhaus, dessen Pläne den Unterlagen beiliegen, anschließen. Der Verbindungsbau soll die Tagräume nebst Nebenräumen enthalten, der Erweiterungsbau nach näherem Raumprogramm die Kranken-, Schwestern-, Wärter-, Aerzte- und Nebenräume. Der nichts weniger als schöne Ziegelfugenbau des alten Gebäudes soll verlassen werden. Die Arbeitsleistung ist angesichts der sehr bescheidenen drei Preise von 500, 300 und 200 M., die nicht einmal verteilt werden müssen, ganz unnötig groß. Denn zu den Hauptzeichnungen 1:100 werden ein farbig gemaltes Schaubild, sowie eine Einzelzeichnung eines Fassadenteiles 1:20 verlangt. Man darf die Frage aufwerfen, ob in diesem Falle überhaupt ein allgemeiner Wettbewerb gerechtfertigt ist, oder ob sich nicht ein engster Wettbewerb unter drei Bewerbern, oder besser noch die unmittelbare Uebertragung der Ausführung an einen der zahlreichen im Krankenhausbau erfahrenen Architekten empfehle. —

Wettbewerb des Architekten-Vereins zu Berlin betr. die Strauch-Stiftung. Unter drei Bewerbungen um den Strauchpreis in Höhe von 3000 M. erhielt die mit dem Kennwort „Der Vaterstadt“ des Hrn. Stadtbauinsp. Phil. Nitze in Wilmersdorf den Preis. Die Arbeit mit dem Kennwort „Wo ein Wollen ist, da gibt es auch ein Gelingen“ des Hrn. Reg.-Bmstr. Albert Weiss in Charlottenburg erhielt einen Preis von 1500 M. Preisaufgabe war eine wissenschaftliche Behandlung der Entwicklung des Wohnungswesens in Berlin und anderen städtebaulich bemerkenswerten benachbarten Orten. —

Im dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Verkehrs-Museum in Nürnberg wurde bei 49 Arbeiten ein I. Preis nicht zuerkannt. Zwei II. Preise von je 5250 M. fielen an die Entwürfe „Augusta“ der Hrn. Prof. Herm. Selzer und Eisenbahnhass. Hans Weiß in München, sowie „Frankenland“ des Hrn. Rich. Senf in München. Den III. Preis von 3000 M. gewann der Entwurf „Noris“ der Hrn. Hessemmer & Schmidt in München. Die Entwürfe „K. V. M.“, „Nürnberg“ und „Dientzenhofer“ wurden zum Ankauf empfohlen. —

Im Wettbewerb Moselbrücke in Trier (vergl. Jahrg. 1910 S. 700 und 778), bei dem es sich um den Entwurf einer massiven Brücke mit bindendem Angebot handelte, und den 3 besten Entwürfen je ein Preis von 3000 M. zugesagt war, hat das Preisgericht unter 37 Entwürfen folgende Arbeiten prämiert: 1. A.-G. Dyckerhoff & Widmann, Prof. Meißner in Darmstadt, Bildhauer Killer in München; 2. Dr.-Ing. Diethelm, Arch. Jagielski und Bauunternehmung Rob. Grastorf in Hannover; 3. A.-G. Grün & Billfinger in Mannheim und Arch. Müller-Erkelenz in Köln a. Rh. —

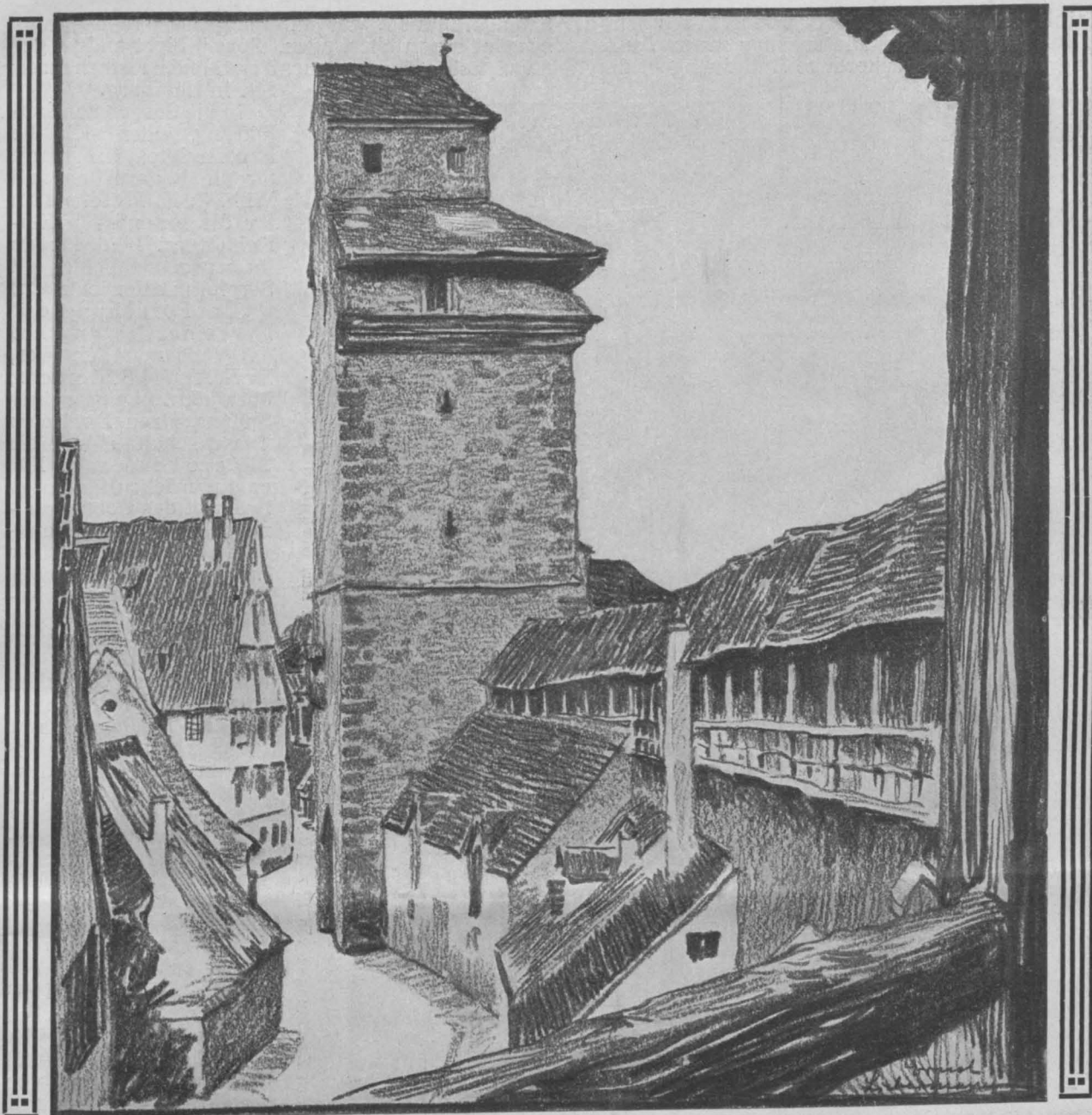
Inhalt: Das Vorlesungsgebäude in Hamburg. (Forts. statt Schluß.) — Einsturz und Wiederaufbau des Wehres in der Neiffe bei Zelz. (Schluß.) — Eine württembergische Eisenbahnvorlage. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Vorlesungsgebäude in Hamburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DIE ALTE REICHSTADT NÖRD-
 LINGEN IM RIES. ** ANSICHT
 DES HOLZMARKTES NACH
 ZEICHNUNG VON ERNST LIE-
 BERMANN IN MÜNCHEN. ***
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 52.



Die alte Reichsstadt Nördlingen im Ries. Reimlinger Tor vom Stadtinneren. Nach Zeichnung von Ernst Liebermann in München.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. No. 52. BERLIN, DEN 30. JUNI 1911.

Das Vorlesungsgebäude in Hamburg.

Architekten B. D. A.: Herm. Distel und Aug. Grubitz in Hamburg. (Schluß.) Hierzu die Abbildungen Seite 440, 441 und 442



Für den konstruktiven Teil des großen Werkes standen den leitenden Architekten die Ingenieure Speckbötzel, Buchwald und Dr. Drach zur Seite. Für die künstlerische Ausschmückung waren die Bildhauer Feuerhahn, Haas und Prof. Lucksch gewonnen worden, während an der Ausschmückung durch Malerei der Kunstmaler Fischer-Trachau beteiligt war.

Von den an der technischen Ausführung des Gebäudes beteiligten Firmen seien in der Hauptsache genannt: für die Erd-, Maurer- und anderen einschlägigen Arbeiten J. F. M. Blatt & Söhne, für die Zim-

merarbeiten Gottfried Hagen, für die Beton- und Eisenbeton-Arbeiten Carl Brandt, für die Steinmetz-Arbeiten J. Reimer, für die Kunststein-Arbeiten J. F. M. Blatt & Söhne, sowie H. Bösch in Oldenburg, für den Terranova- und den Innenputz Alb. Lauermann G. m. b. H. Die Klempner-, Dachdecker-, Installations- und Kanalisations-Arbeiten wurden von Oldenburg & Hengstler, die Tischler-Arbeiten von W. & G. Schweimler, die Glaser-Arbeiten und Kunstverglasungen von Gebr. Kuball, die Maler-Arbeiten von J. Schott, der Bodenbelag durch Schlüsselmarke ausgeführt. Die Stigler-Aufzüge stammen von E. Poplawsky, die Bestuhlung lieferten Joh. Busch & Co., sowie J. Glückert in Darmstadt. Die Beleuchtungskörper gingen aus der Hamburger Bronzewarefabrik von W. Fähn-

drich, sowie aus der Fabrik von A. L. Riedinger in Augsburg hervor. Die sonstige innere Ausstattung durch Möbel, dekorative Anordnungen, durch

Schulgeräte usw. war an eine größere Reihe Hamburger Firmen übertragen. Soweit nicht anders genannt, haben die vorstehend erwähnten Firmen ihren Sitz in Hamburg.

In die Sorgen der Bau- führung teilten sich die Hrn. Architekt W. F. Rück für die Bauarbeiten und Wilh. C. A. Metelmann für die besonderen Ein- richtungen. Beide kamen ihren großen Pflichten mit Sorgfalt und Umsicht nach.

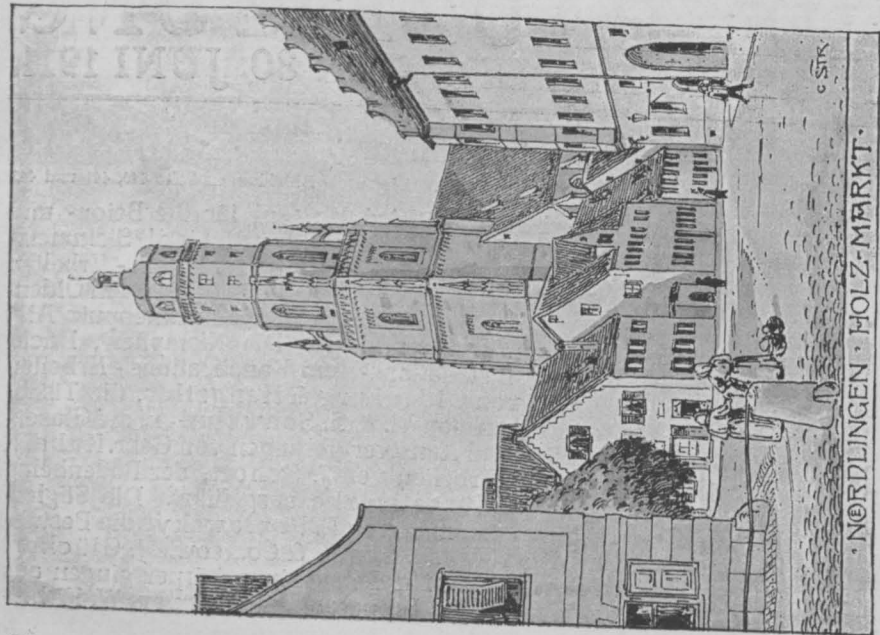
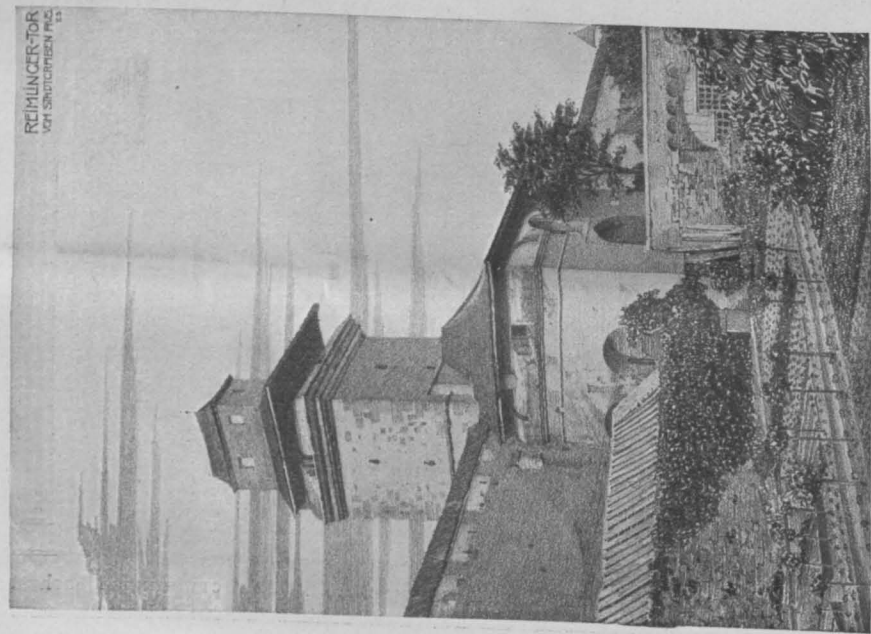
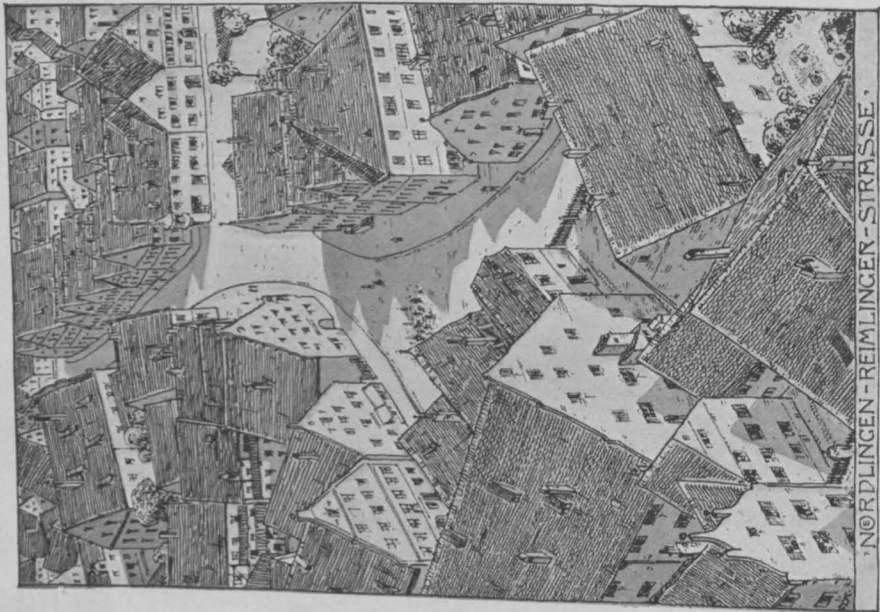
„Der Forschung, der Lehre, der Bildung“ ließ der großherzige Schenker, Hr. Edmund J. A. Siemers, über den Eingang seiner Stiftung setzen. Der freien Wissenschaft eine freie Stätte soll diese sein. Für das Kulturleben Hamburgs bedeutet das Gebäude einen Abschnitt, den monu- mentalen Merkstein einer Periode. Am Schlusse der Festrede, die bei den Feier- lichkeiten zur Uebergabe der Stiftung an den Staat gehalten wurde, gab der Redner dem Gedanken Ausdruck, der Bau unseres Gesamtlebens könne nur durch das Zusammen- wirken der Kräfte vollendet werden, der alten und der neuen, der bodenstän- digen und der zuwachsen- den, der wirtschaftlichen und der geistigen. Schon schließe sich über diesem Gesamtleben die Kuppel des Wissenschafts- Pa- lastes zusammen, ein Zei- chen der Einheit und Har- monie im hamburgischen Dasein, ein Zeichen der Vereinigung von Lehren- den und Hörenden, von Gelehrten und Bürgertum. Es ist der schönste Ruhm, den ein Baukünstler ernten kann, wenn sein Werk in dieser Weise beginnt symbolisch auf die Den- kungsart des Volkes ein- zuwirken. —

Die alte Reichsstadt Nördlingen im Ries.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildung Seite 437.



in altes, wohler- haltenes Städ- tebild voll innerer Har- monie ist die alte Reichsstadt Nördlingen im Ries, in einem stillen, vom Verkehr auf die Seite geschobenen Winkel des bayerischen Regie- rungs-Bezirktes Schwaben. Wenn für andere Städte der Verkehr ein Glück des Wirt- schaftslebens bedeutet, so hat der Mangel des Ver- kehrs für Nördlingen und einige wenige andere Städte des Reiches die Bedeutung eines anderen Glückes: In

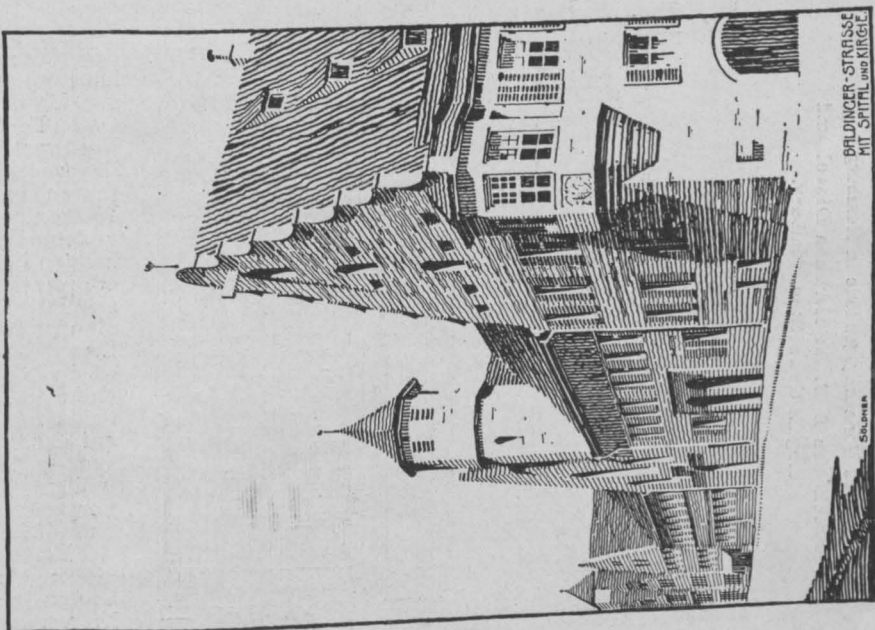
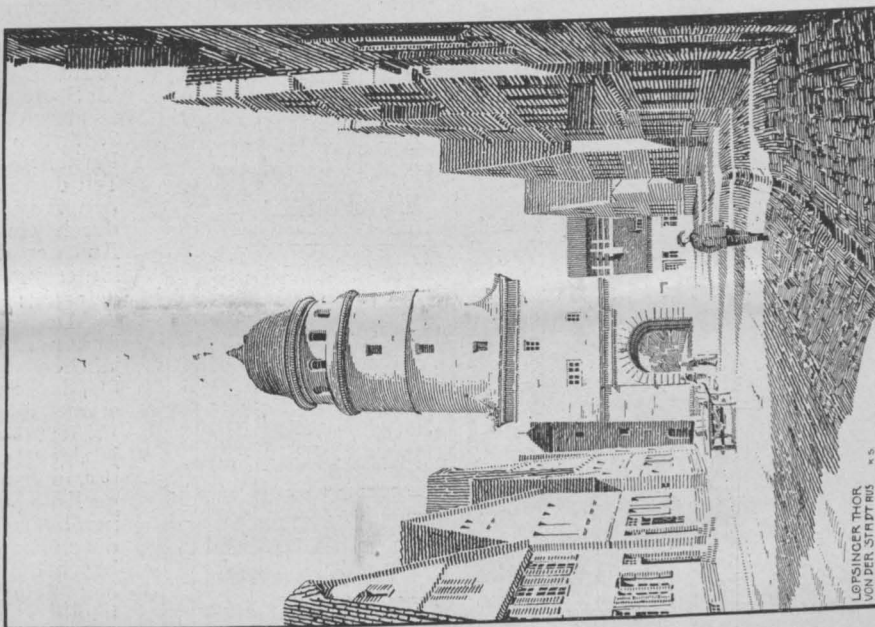
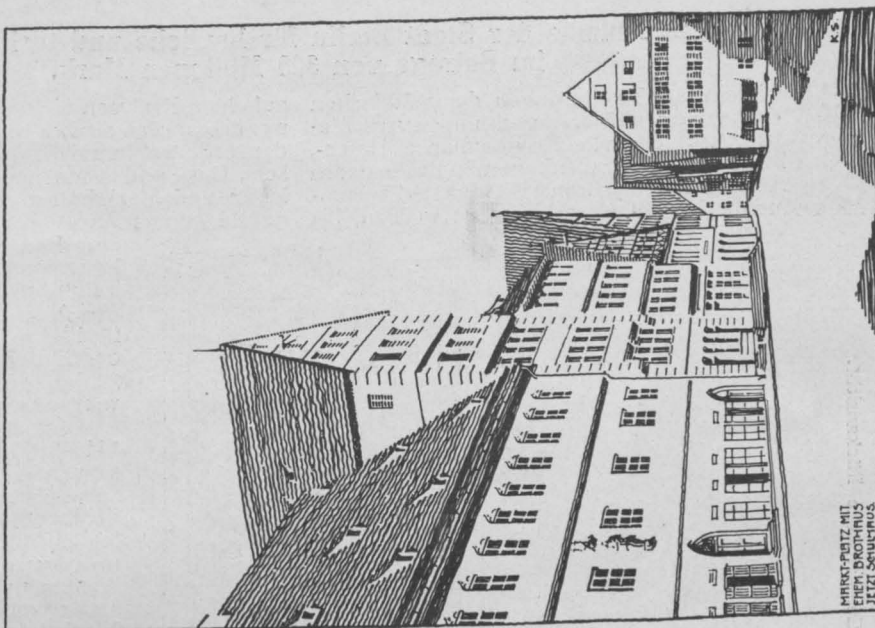


Die alte Reichsstadt Nördlingen im Ries. Nach Zeichnungen von Prof. Eugen Hönig und Architekt Karl Straub in München.

seiner Erhaltung aus früherer Zeit, in seiner künstlerischen Harmonie, in der Stille seiner Geschehnisse ist das etwa 9000 vorwiegend protestantische Einwohner zählende Städtchen an der Eger heute ein Anziehungspunkt für Alle geworden, die in der Zersplitterung und Hast des Lebens der Gegenwart nach einem Ruhepunkt suchen. Für sie hat Hr. Architekt Karl Söldner in München im Verein mit den Architekten Karl Straub, Professor Eugen Hönig und Gustav Steinlein einen kurzen Führer herausgegeben, den der „Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs in Nördlingen“ versendet und welcher in seiner schönen Ausstattung, von der die Abbildungen dieser Nummer aus Nördlingen Zeugnis ablegen, eine sehr reizvolle Erinnerungsgabe an das alte Städtchen ist. Seine geschichtlichen Ueberlieferungen gehen weit, bis in das VII. Jahrhundert zurück. Erwähnt wird die Stadt 898 als Besitz des Hochstiftes Regensburg. Im Jahre 1215 wurde sie von Kaiser Friedrich II. in den Besitz des Reiches übernommen und wuchs unmittelbar. Nachdem wiederholte Brände und auch Erdbeben die erste Siedlung an den Hängen des St. Emmeran- oder Todenberges, die bereits zwei Kirchen, unter ihnen die St. Emmerans-Kirche, besaß, beinahe vernichtet hatten, beschloßen die Bürger im Jahre 1238, die Stadt am Fuße des Berges an der Eger neu aufzubauen. Die erste Stadtanlage bewegte sich in ihrer Umwallungslinie im Verlauf der heutigen Oberen und Unteren Herrengasse, der Vorderen Gerber-, sowie der Neubaus- Straße. Die Erweiterung der Stadt bis zu der noch heute erhaltenen Umwallung mit Mauern, Tortürmen und Gräben begann im Jahre 1327 unter Kaiser Ludwig dem Bayern. In der deutschen Reformation spielte Nördlingen eine große Rolle; 1524 wurde die gesamte Einwohnerschaft protestantisch; die Stadt wurde in den Reformationskriegen stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch der dreißigjährige Krieg brachte ihr schweren Schaden: 1647 wurde sie vom bayerischen Kriegsvolk beschossen. Der Krieg vernichtete die blühende Macht der Stadt und den Wohlstand ihrer Bürger. In der Reichspolitik spielte sie keine Rolle mehr; 1802 fiel sie an Bayern und kam von da ab zu beschaulicher Entwicklung, war nicht mehr Reichsstadt, wurde aber Hauptstadt eines der fruchtbarsten und gewerbetüchtigsten Gebiete.

Das Städtebild ist höchst anziehend und einzigartig. Es lohnt, wie die Abbildungen zeigen, wohl einen Seitensprung von der Hauptbahnlinie. „Rings umgürtet

mit wohl erhaltenen Mauern und Tortürmen, erscheinen darüber hinaus nur die hohen, steil abfallenden Dächer und mächtigen Giebel der größeren Gebäude, das ganze



Die alte Reichsstadt Nördlingen im Ries. Nach Zeichnungen von Architekt Karl Söldner in München.

Bild überragt von dem mächtigen Kirchendach und herrlich gegliederten Turm der Georgs-Kirche“. Wir wollen dieses Städtebild nicht weiter schildern; es möge dem, der einige Stunden dafür erübrigen kann, seine offenen

und geheimen Reize selbst erschließen. Er wird, wie es am Schlusse unseres Führers heißt, nach dem Besuch dieses Idylles unter unseren deutschen Städten sagen müssen: „Ein Sonntag war's im Leben.“ —

Eine neue Anleihe der Stadt Berlin für bauliche und technische Zwecke im Betrage von 323 Millionen Mark.



achdem für Erweiterungen der städtischen Werke und sanitärer Einrichtungen verschiedener Art, für Schulen, Krankenhäuser, Hafen-, Brücken- und Straßenbauten in Berlin durch Anleihe in den Jahren 1898 und 1904 zusammen 285,6 Mill. M. aufgebracht worden, bis

auf einen Rest von nicht ganz 7 Mill. M. aber bereits verwendet worden sind, wird soeben der obige Betrag durch den Magistrat zum weiteren Ausbau der städtischen Wasser-, Gas- und Kanalisationswerke, der Schlachthofanlagen und Markthallen, zur Ausführung von Straßendurchlegungen und Verbreiterungen, zu Brückenbauten,

zum Bau höherer Schulen, zu Krankenhauszwecken, zu Parkanlagen und zur Erfüllung neuer Aufgaben auf dem Gebiete des Verkehrswesens für die nächsten fünf Jahre gefordert. Die Vorlage ist in der Stadtverordneten-Versammlung vom 22. Juni zunächst einem Ausschuss überwiesen worden.

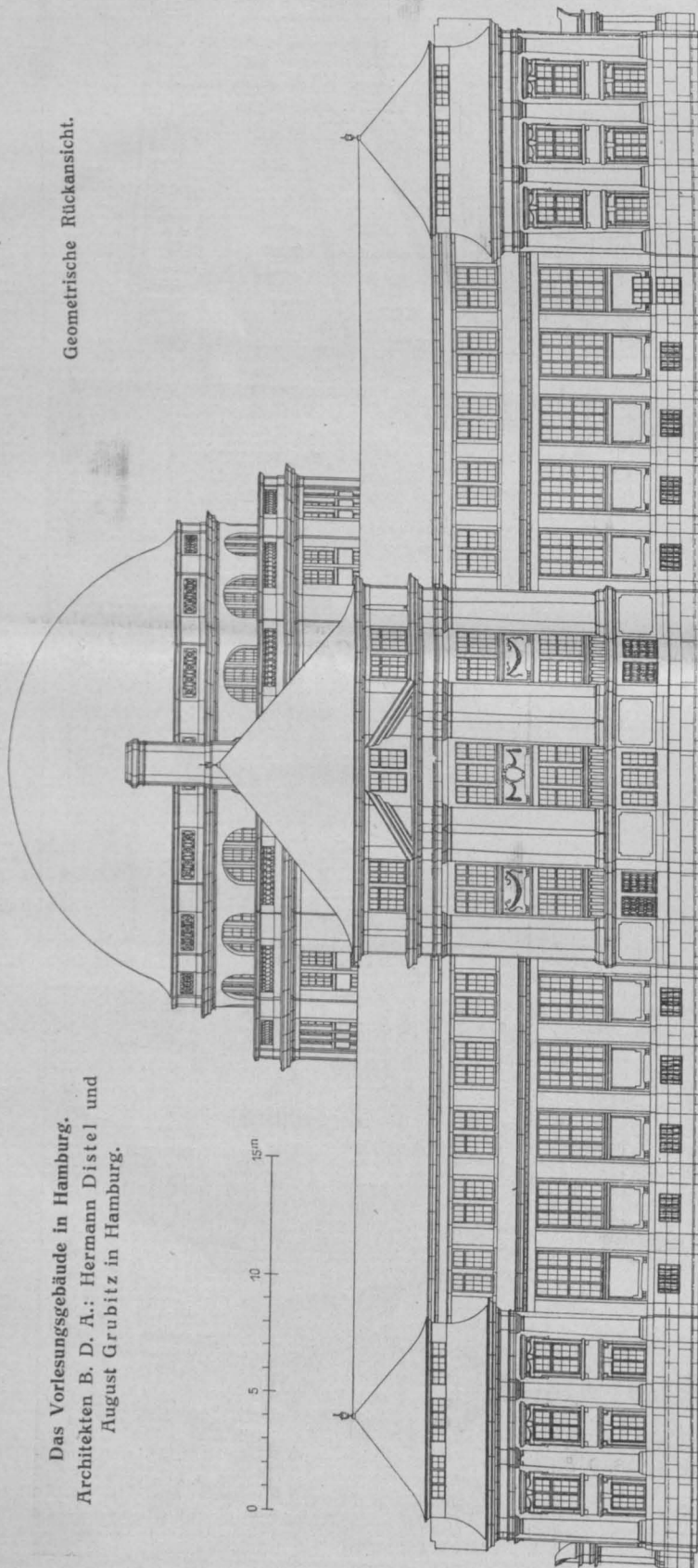
Von der neuen Anleihe sind bestimmt 144 808 000 M. für die Zwecke der städtischen Werke (Gaswerke rd. 51,15, Wasserwerke rd. 38,32, Kanalisationswerke 30, Schlachthofverwaltung rd. 2,34, Markthallen 23 Mill. M.); für Verkehrs-Unternehmungen 132,4 Mill. M. (Osthafen 10, Westhafen 30, Errichtung von Kranen, Anlage von Ladestraßen 2, Untergrundbahn Nord-Süd 69,5, Straßenbahnen 12, zwei Straßentunnel am Brandenburger-Tor 5,7 bzw. am Kaiser-Franz-Joseph-Platz 3,2, zus. 8,9 Mill. M.); für Kammereizecke 531 150 000 M., d. h. für Brückenbauten 5,9, für Straßen-Durchlegungen und -Verbreiterungen rd. 28,92, für Krankenhauszwecke 2, für den Bau höherer Schulen 3 und für Parkanlagen 13,3 Mill. M.). Ein erheblicher Teil der aus dieser Anleihe zu bewirkenden Ausführungen ist übrigens bereits durch die Gemeindebehörden bewilligt. Aus der der Vorlage beigegebenen Erläuterung seien einige nähere Angaben gemacht:

Danach sind für die städt. Gaswerke Erweiterungen zu schaffen, welche den jährlich zu erwartenden Mehrbedarf von 6% decken können, sodaß der für 1913 zu erwartende höchste Tagesbedarf von 1 733 000 cbm geleistet werden kann. Die jetzigen Anlagen leisten höchstens 1 400 000 cbm, müssen aber infolge Beseitigung einiger Anlagen auf 1 250 000 cbm Höchstleistung herabgesetzt werden, sodaß 533 000 cbm durch Ersatz- und Erweiterungsbauten zu beschaffen sind. Hierfür, einschl. aller Nebenanlagen, Verwaltungs- und Wohngebäude, sind fast 48 Mill. M. veranschlagt. Auf Erweiterung des Rohrnetzes usw. entfallen rd. 15 Millionen.

Die Wasserwerke planen bekanntlich, da sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind, neue Grundwasser-Versorgungsanlagen, und zwar im Osten Berlins in der Wuhlheide und im Nordwesten am linken Havelufer bei Heiligensee. Da aber noch eine Reihe von Jahren bis zur Wasserlieferung aus diesen Werken vergehen werden, so sind auch umfangreiche Erweiterungen der bestehenden Anlagen geplant, um die zunächst erforderlichen Wassermengen möglichst schnell zu beschaffen. Es ist ein Ausbauplan bis 1930 aufgestellt, für den an Grund-Erwerbskosten fast 27 Mill., an Baukosten rd. 60 Mill. M. veranschlagt sind. Davon entfallen 13,5 Mill. M. auf das Werk Wuhlheide mit Drucksträngen, 20 Mill. desgl. auf das Werk Heiligensee. Für Erweiterungen der Werke in Lichtenberg, Tegel und am Müggelsee sind nahezu 15 Mill. M. vorgesehen. Bis Ende 1914 werden davon etwa 47,3 Mill. verbraucht.

Die Kanalisationswerke wollen die angeforderten Mittel zu Nachtragsbauten in den Radialsystemen I—X und XII verwenden, sowie zum Bau des Ra-

Geometrische Rückansicht.



Das Vorlesungsgebäude in Hamburg.
Architekten B. D. A.: Hermann Distel und
August Grubitz in Hamburg.

dialsystemes XI, dessen Kosten einschl. der Aufwendungen für Weißensee auf 19,2 Mill. M. (davon 16 Mill. für Berlin) veranschlagt sind, ferner zur Erwerbung und Einrichtung

der Umgebung der Groß-Markthalle, wo die Verkehrsbehinderungen allmählich unhaltbare Zustände geschaffen haben. Auch sind die Eisenbahn-Anschlüsse zu wenig



Oben: Unterer Hörsaal im Ruppelbau; unten: Wandelhalle.

Das Vorlesungsgebäude in Hamburg. Architekten B. D. A.: Hermann Distel und August Grubitz in Hamburg.

neuer Rieselfelder. Auch ein Betrag für die Regulierung der Panke mit 2,71 Mill. M. ist darin enthalten. Bei der Forderung der Markthallenverwaltung handelt es sich um die Verlegung des Großmarktes aus

günstig und leistungsfähig. Der Großmarkt soll daher nach einem im Norden in der Nähe des städtischen Straßenbahnhofes gelegenen Gelände mit günstigerem Eisenbahnan-schluß verlegt werden. Dafür sind 15,5 Mill. M. erforder-

lich. Für den Obst- und Gemüsemarkt soll unter Umständen an anderer Stelle (früher war dafür ein Platz an der Spree in Moabit in Aussicht genommen, am Lehrter-

Die Verkehrs-Unternehmungen beanspruchen naturgemäß den größten Teil der Anleihe und davon wieder mehr als die Hälfte allein die bereits zur Aus-

führung bestimmte Nord-Süd-Bahn. Für die geplanten beiden Hafen-Anlagen sind die veranschlagten Kosten ganz auf die Anleihe übernommen. Der Osthafen am Stralauer Anger ist bekanntlich bereits seit längerem im Bau und erhält Eisenbahn-Anschluß an die Ringbahn. Der Westhafen soll auf einem bereits erworbenen Gelände angelegt werden, das an dem Einlauf des Stettiner Großschiffahrtsweges in die Berliner Wasserstraßen von der Hamburg-Lehrter-Bahn, der verlängerten Putlitz-Straße, dem Spandauer-Schiffahrts-Kanal und dem Verbindungs-Kanal eingeschlossen wird und Gleisanschluß an die Hamburger- und Lehrter-Bahn erhalten soll. Im übrigen sollen zur rascheren Erledigung des Schiffs-Verkehres an geeigneten Stellen der Flußläufe in Berlin mit Kranen ausgerüstete Ladestraßen angelegt werden, wie das bereits an einigen Stellen mit gutem Erfolg geschehen ist.

Unter den Brückenbauten, die bis 1914 geplant sind (z. T. sind schon Mittel dafür bewilligt worden), sind zu nennen: Neubau der eisernen Brücke am Museum, der Insel-Brücke, der Augusta-Brücke, der Brücke über die Spree im Zuge der Frucht- und Manteuffel-Straße, einer Brücke über den Landwehr-Kanal im Zuge der Alten-Jakob-Straße, über die Gleise der Ringbahn im Zuge der Sonnenburger- und Schönfließ-Straße, über die Gleise der Stettiner- und Nordbahn im Zuge der Bornholmer-Straße usw.

Unter den Straßendurchbrüchen sind namentlich hervorzuheben die Durchlegung der Manteuffel-Straße von der Köpenicker-Straße bis zur Spree (4,25), Durchlegung der Linden-Straße zwischen Kommandanten-Straße und Spittelmarkt (8,89), Durchlegung der Charlotten-Straße zum Enckeplatz (2), und für die Untertunnelung des Außenbahnhofes der Berlin-Potsdamer Eisenbahn zwischen Kurfürsten- und Schöneberger-Straße (4,33 Mill. M.). Sehr beträchtliche Mittel werden auch erforderlich für die Fortsetzung der Verbreiterung der Landsberger-Straße, der Neuen König-Straße, der Invaliden-Straße und der Dresdener-Straße. Die Gesamtmittel für diese Ausführungen sind mit über 44 Mill. M. veranschlagt, von denen aber 19,5 noch durch die Anleihe von 1904 gedeckt sind.

Für Krankenhauzwwecke werden bis 1914 rd. 15 Mill. M. erforderlich werden und zwar für größere Neu- und Umbauten bei den vorhandenen städt. Krankenhäusern, für neue Lungenheilstätten usw. Bezüglich der Park-Anlagen ist schließlich zu bemerken, daß die Erweiterung des Viktoria-Parkes durch Ankauf des Aufmarsch-Geländes, sowie die Herichtung der Parkanlagen etwa 6,7 Mill. M. erfordern werden. Das Aufmarsch-Gelände soll nur etwa zur Hälfte zu Parkanlagen benutzt, zur Hälfte der Bebauung erschlossen werden. Eine neue Parkanlage soll ferner auf einem zu erwerbenden Teil des Exerzierplatzes an der Schönhauser Allee angelegt werden. —

(Vergl. die Grundrisse in No. 49, S. 414.)

Längsschnitt a-b.

Das Vorlesungsgebäude in Hamburg.
Architekten B. D. A.: Herm. Distel und Aug. Grubitz
in Hamburg.

Güterbahnhof) eine Neuanlage für den Großverkehr geschaffen werden. Hierfür werden zum Grunderwerb 7,5 Mill. M. angesetzt.

Verbesserung der Beleuchtung dunkler Bahnhofsräume.

Dunkle und häufig oder fast immer mit künstlichem Licht erhellte

Bahnhofsräume, namentlich Wartesäle, sind leider eine nicht so seltene Erscheinung, selbst bei großen und monumentalen Empfangsgebäuden. Einen kleinen, vielleicht nicht uninteressanten Beitrag zur Lösung dieser Frage bietet der im Jahre 1910 gemachte Versuch, die Lichtverhältnisse im Empfangs-Gebäude der durch das Ordensschloß bekannten Stadt Marienburg i. Wpr. zu verbessern.

Es handelt sich hierbei namentlich um den Wartesaal II. Klasse, außerdem um das Nichtraucherzimmer und die Wirtschaftsräume des Bahnhofswirtes, weil hier durch bauliche Maßnahmen verhältnismäßig leicht Abhilfe zu schaffen war.

Die Bahnsteig-Überdachungen — welche auf eine Tiefe von rd. 38 m alles von oben und von der Seite kommende Licht von den Wartesälen absperrten, die auf Gleis I und den benachbarten drei Gleisen oft längere Zeit vor den Fenstern des Warteraumes haltenden Züge auf der einen Seite, und der zum Warteraum III. Klasse führende Gang auf der anderen Seite verdunkeln den Wartesaal II. Klasse — trotz der verhältnismäßig zahlreichen, in der üblichen Form aus gewöhnlichem Glas hergestellten Oberlichte der dicht am Gebäude angebrachten Bahnsteigüberdachung — auch an hellen Tagen, sodaß meist künstliche Beleuchtung mit Gas nötig war. (Vergl. den Querschnitt Abbildung 1, in dem nur noch die Überdachung des Bahnsteiges I mit angedeutet ist.)

Da es nicht möglich war, den nach der III. Klasse führenden Flur an die Bahnseite zu verlegen und so von der Straßenseite unmittelbares Licht zuzuführen, wurde versucht, in folgender Weise Abhilfe zu schaffen: einmal zwecks Zuführung von Seitenlicht, durch Herausnahme der fensterlosen Trennungswand zwischen Wartesaal und Gang, Hinzunahme des Ganges zum Wartesaal und durch Auflösung der neuen Wand in drei große Fensterflächen; weiter dadurch, daß ein neuer Gang zu dem ebenfalls erweiterten Wartesaal III.

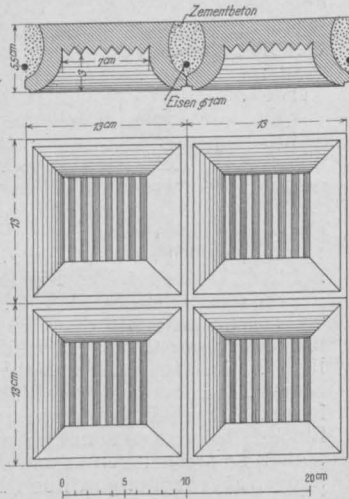


Abbildung 1. Querschnitt durch das Empfangsgebäude und die anschließenden Bahnsteige.
(Die schwarzen Schnitte bezeichnen die Neuanlagen.)

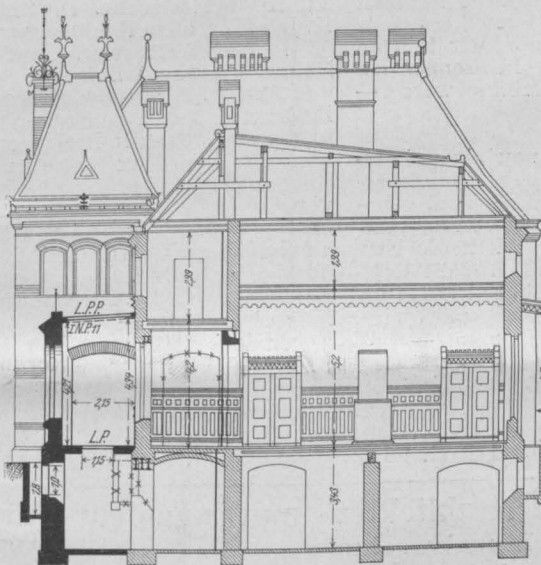


Abbildung 2. Blick in den neuen Gang längs des Wartesaales.

Abbildung 3. Längsschnitt und Grundriß der Oberlicht-Anlage in Luxfer-Prismen-Fliesen, gefaßt in Eisenbeton.

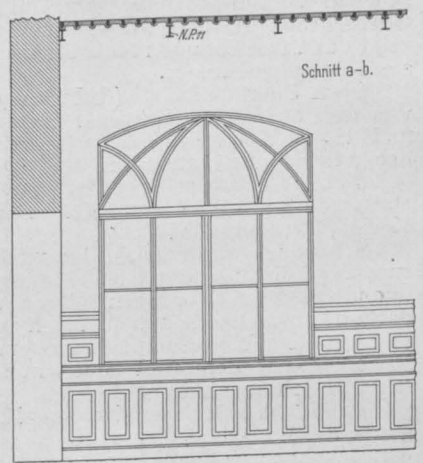
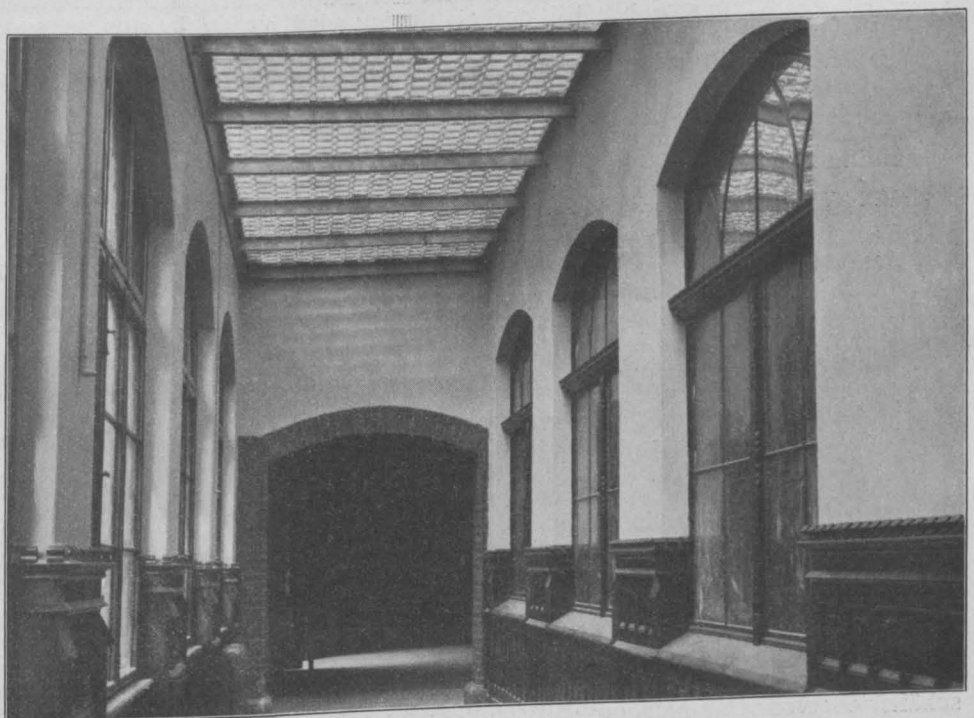
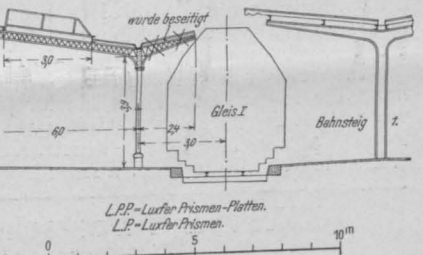
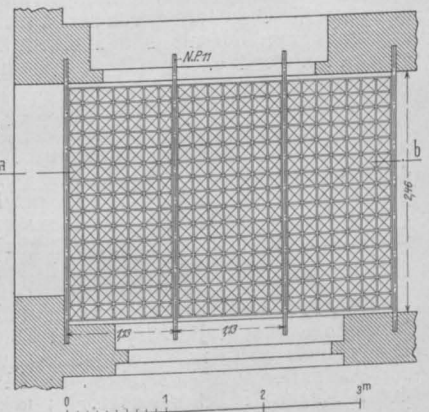


Abbildung 4. Einzelheit des Glasbeton-Oberlichtes.



Klasse durch einen mit vier großen Fensteröffnungen versehenen Vorbau geschaffen und mit einem Glasbeton-Oberlicht aus Glasfußfliesen versehen wurde. Abbildung 2 zeigt das Oberlicht und rechts die drei nach dem Wartesaal führenden Fenster.

Diese Oberlichtanlage (Abbildungen 3 und 4), welche von dem deutschen Luxfer-Prismen-Syndikat, G. m. b. H., zu Weißensee bei Berlin einschl. der erforderlichen Eisenkonstruktion und der Regenwasserableitung geliefert und angebracht wurde, kostet bei einem lichten Maße von 2,46^m Breite auf 12,49^m Länge im Ganzen rd. 1642 M., 1^{qm} also rd. 54 M.

Schließlich wurde noch eine wesentliche Verbesserung der Belichtung durch Beseitigung des ausragenden und überflüssig gewordenen Teiles der Bahnsteig-Ueberdachung am Gebäude erzielt. Auch der in ganz dunklem Ton gehaltene Wartesaal II. Klasse gewann bedeutend an Helligkeit, nachdem die Wände einen weißen Oelfarben-Anstrich erhalten hatten.

Damit das unter dem Wartesaal II. und III. Klasse liegende Kellergeschoß, das als Küche und Vorratsraum für den Bahnhofswirt diente, nicht durch die etwa 3^m vorgeschobene Außenwand erheblich verdunkelt wurde, mußte auch hierfür Oberlicht durch sechs je 1,02^{qm} große Luxfer-Fliesenflächen, ebenfalls aus Glasfußfliesen bestehend, geschaffen werden.

Vermischtes.

Das preußische Gesetz über die Feuerbestattung ist nunmehr auch vom Herrenhaus mit 92 gegen 86 Stimmen angenommen worden, sodaß es für den Bereich der Monarchie jetzt praktische Geltung gewinnt. Wir führten bereits aus, daß dadurch der Baukunst in Preußen ein Gebiet künstlerisch dankbarer Tätigkeit eröffnet werde. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben um Entwürfe zu einem Laufbrunnen auf dem Jülichplatz in Cöln wird vom Oberbürgermeister für in Cöln ansässige und daselbst geborene Künstler ausgeschrieben. Drei Preise von 1000, 600, 400 M., Frist 1. Oktober 1911. Im Preisgericht die Hrn. Beigeordneten Rehorst, Stadtr. Heimann, die Reg.-Bmstr. Moritz und Fabricius, die Arch. Schreiterer und Brantzy, die Bildhauer Prof. Jobst und Wrba. Wettbewerbsunterlagen vom städt. Hochbauamt. —

Im Wettbewerb Moselbrücke Trier (vergl. No. 51) sind noch die folgenden 3 Entwürfe für je 1000 M. angekauft worden: 1. Entwurf von A.-G. Wayss & Freytag, Arch. Peter Marx in Trier, Reg.-Bmstr. Kaurisch in Zürich; 2. Entwurf vom Baugesch. Wix in Dortmund, Arch. Peter

Bei dem sehr dunklen Nichtraucherzimmer, welches nur von der Bahnseite Licht oder vielmehr kein Licht empfängt, war seitliche Lichtzuführung nicht möglich. Indessen konnte auch hier durch einen Anstrich mit weißer Oelfarbe nicht nur der Wände, sondern auch der Decke, doch eine merkliche Zunahme des Helligkeitsgrades erzielt werden.

Die gemachten Erfahrungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Durch die Zuführung von Seiten- und Oberlicht an der Straßenseite haben sich die Lichtverhältnisse des Wartesaales II. Klasse wesentlich gebessert; an der Straßenseite natürlich in bedeutend höherem Grade als an der Bahnseite. Auch die Helligkeit der Wirtschaftsräume des Wirtes im Kellergeschoß hat durch das Oberlicht im Fußboden des Flures erheblich gewonnen. Dagegen ist festzustellen, daß bei Bahnsteig-Ueberdachungen, welche unmittelbar am Gebäude selbst und nicht sehr hoch angebracht sind, selbst durch Luxfer-Prismen-Oberlicht kaum wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Es wird sich daher namentlich bei Neuanlagen stets empfehlen, falls nicht Oberlicht unmittelbar über den betreffenden Räumen geschaffen werden kann, die Höhe desselben so groß zu bemessen, daß über dem First der Bahnsteig-Ueberdachungen noch Fenster angebracht werden können. —

Dirschau, im Februar 1911.

Metzel.

Marx in Trier; 3. ein 2. Entwurf (Kennw. „Urbi Trevirorum“) der A.-G. Grün & Biffinger in Mannheim und Prof. Herm. Billing in Karlsruhe. Die Entwürfe sind vom 28. Juni bis 12. Juli im großen Kaufhaussaal in Trier ausgestellt. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Villa in Döbeln (Sachsen) liefen 42 Arbeiten ein. Den I. Preis von 2500 M. erhielt Hr. Alfred Lehmann in Dresden; Mitarbeiter waren die Hrn. Erich und Walther Hartmann in Dresden. Den II. Preis von 1500 M. gewann ein Entwurf des Hrn. Max Wrba in Dresden; Mitarbeiter war Bildhauer Prof. Georg Wrba in Blasewitz. Der III. Preis von 800 M. wurde den Hrn. Friedr. Becker und Hans Herkommer in Dresden verliehen. Zum Ankauf wurden empfohlen die Entwürfe mit dem Kennzeichen zweier sich durchdringender Kreise, „Herrensitz“, „Sächsisches Herrenhaus“ und „139“. Ausstellung bis mit 5. Juli im Schützenhause in Döbeln. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für die Apsis einer Synagoge der Ausstellung zu Stuttgart (S. 168) erhielten: Den I. Preis Hr. Paul Rammeisen in Karlsruhe; den II. Preis die Hrn. A. Wager und E. Wanner in Stuttgart; den III. Preis Hr. Carl Pfeiffer in Düsseldorf, und eine Belobung Hr. Chr. Kämmerer in Stuttgart. —

Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, E. V.

An die Einzelvereine!

Der Hauptorganisations-Ausschuß für den IX. internationalen Architekten-Kongreß zu Rom, der in der Zeit vom 2.—10. Oktober d. J. dort stattfinden wird, versendet nunmehr sein erstes Rundschreiben, das neben der an die Fachgenossen gerichteten Einladung auch die Beratungsgegenstände aufzählt, die den Mitgliedern der Einzelvereine bereits im vorigen Jahr durch die Versendung des Berichtes des Hrn. Baurat Neher über die Sitzungen des ständigen Komitees zu Paris am 12. und 13. Mai 1910 bekannt gegeben sind.

Die Verhandlungsgegenstände betreffen:

1. Eisenbetonbau, seine Anwendung in den verschiedenen Ländern, seine Anwendbarkeit bei künstlerischen Bauwerken, vom technischen wie vom dekorativen Standpunkt.
2. Rechte und Pflichten des Architekten gegenüber dem Bauherrn.
3. Technisch-künstlerische Ausbildung und Diplom des Architekten. Ausübung des Berufes außerhalb des Vaterlandes.
4. Betrachtungen über moderne Architektur.
5. Ueber die Ausführung von Bauwerken durch den Staat und andere öffentliche Verwaltungen.
6. Ueber die Nützlichkeit eines vielsprachigen Wörterbuches über Fachausdrücke.
7. Die fremden Akademien in Rom (ihre Geschichte, Studien und Projekte der Studierenden. Einfluß auf die bezüglichen Länder).

Ueber das Thema „Regulierungspläne und Aesthetik der Städte“ werden schriftliche Mitteilungen und Vorträge angenommen.

Schriftliche Berichte zu den genannten Themen werden bis zum 15. August vom Organisations-Ausschuß angenommen; sie müssen von einem Auszug in einer der vier Kongreßsprachen (deutsch, englisch, französisch oder italienisch) begleitet sein.

Die Einschreibgebühr beträgt für Kongreßteilnehmer 20 M. (25 L.) und gibt Anrecht auch auf die gedruckten Sitzungsberichte; Familienmitglieder der Kongreßteilnehmer haben 12 M. (15 L.) zu entrichten. Zuschriften sind zu richten an das

„Comitato ordinatore del IX. Congresso Internazionale degli Architetti“.
Via delle Muratte, 70. Roma.

Ein allgemeines Reglement und besondere Bestimmungen über die Einschreibung sind der Geschäftsstelle vom Organisations-Ausschuß in Aussicht gestellt worden. —

Berlin, den 26. Juni 1911.

Der Geschäftsführer: Franz Franzius.



* BEILAGE FÜR VEREINE *

Berichte über Versammlungen und Besichtigungen.

Die „Vereinigung Berliner Architekten“ hatte sich, wie seinerzeit mitgeteilt, infolge der pietätlosen Veränderungen im Kunstgewerbe-Museum in Berlin mit einer Eingabe an das kgl. preuß. Kultus-Ministerium gewandt, in der sie um Schonung des Meisterwerkes von Martin Gropius bat. Die in der Eingabe unter ausführlicher Begründung bemängelten Änderungen bestehen hauptsächlich darin, daß in einem Teil der alten Sammlungsräume die oberen Wandteile und die Decken weiß getüncht, die unteren stark farbig bespannt oder gestrichen worden sind, während in den Lichthof-Umgängen die ganzen Wandflächen und Decken weiß getüncht wurden, wodurch der früher so harmonische Raumeindruck völlig zerstört worden ist. Die Direktion des Kunstgewerbe-Museums hatte auf eine an sie vom Vorstände der „Vereinigung Berliner Architekten“ gerichtete Anfrage geantwortet, daß durch die Veränderungen bezweckt worden sei, den Räumen mehr Licht zuzuführen und dadurch die ausgestellten Gegenstände besser als früher zur Geltung kommen zu lassen. Die „Vereinigung Berliner Architekten“ sah demgegenüber in den Veränderungen nur willkürliche Eingriffe in den Bestand eines hervorragenden Baudenkmals und bezeichnete in ihrer Eingabe die getroffenen Maßnahmen als fast durchweg unnötig und verfehlt, für die künstlerische Wirkung der Räume aber als höchst schädlich. Vom Kultusministerium ist nun auf die Eingabe eine Antwort eingegangen, in der gesagt wird, daß es sich bei den in den Räumen des Kunstgewerbe-Museums vorgenommenen Veränderungen mangels größerer verfügbarer Mittel nur um vorübergehende Maßnahmen zur besseren Beleuchtung gehandelt habe, wie sie vom museumstechnischen Standpunkte gefordert wurden. Sobald größere Mittel bereit gestellt werden könnten, werde es möglich sein, Verbesserungen vorzunehmen, bei denen auf die nach Gropius' Angabe gemalten Modelle zurückgegriffen werden soll.

Hoffentlich folgt dieser dankenswerten Zusage bald die Tat und werden in Zukunft ähnliche Mißgriffe verhindert. — a.

Am 10. Juni besichtigte die „Vereinigung“ bei zahlreicher Beteiligung die nach den Entwürfen der Mitglieder Jürgensen & Bachmann errichteten neuen Saalbauten im Zoologischen Garten zu Berlin, eine ausgezeichnete Anlage von hohen künstlerischen und praktischen Eigenschaften. Die neuen Bauten schließen in der Form etwa eines U an die alten Saalbauten von Ende & Böckmann an und lagern sich in den östlichen spitzen Teil des Garten-

geländes zwischen Kurfürstendamm und Garten-Ufer, diesen abschließend.

Nach der Besichtigung vereinigten sich die Teilnehmer zu einem gemeinsamen Mahl. Vor diesem gedachte der Vorsitzende, Hr. Wolfenstein, des Hinscheidens von Johannes Otzen, dessen Andenken die Versammlung ehrte. —

52. Hauptversammlung des „Vereins Deutscher Ingenieure“ zu Breslau. Vom 12.—14. Juni d. J. tagte in Breslau unter lebhafter Beteiligung die 52. Hauptversammlung des „Vereins Deutscher Ingenieure“, die sich von den früheren Versammlungen insofern unterschied, als die geschäftlichen Verhandlungen noch mehr als bisher durch den Vorstandsrat erledigt wurden, sodaß für die Hauptversammlung mehr Raum zu Vorträgen und einer sich an diese anschließenden Besprechung verblieb. Nachdem am Abend des 11. Juni ein vom Breslauer Bezirksverein gebotener Begrüßungsabend vorausgegangen war, wurde die erste Sitzung im Stadttheater am 12. Juni durch den Vorsitzenden des Gesamtvereins, Hrn. Dir. Sorge vom Magdeburger Grusonwerk der Firma Friedrich Krupp eröffnet, der die zahlreich erschienenen Ehrengäste, Vertreter der befreundeten Vereine und Mitglieder begrüßte. Die Eröffnungsansprache des Vorsitzenden behandelte die Stellung des deutschen Ingenieurs im öffentlichen Leben, eine Frage, die der Verein schon erfolgreich behandelt hat, deren endgültige Lösung ihn aber auch in der Zukunft noch beschäftigen wird.

Im Namen der Ehrengäste erwiderte der Ober-Präsidentrat Schimmelpfennig, der auf die im Gange befindlichen großen Ingenieurarbeiten in Schlesien hinwies und dem Bedauern des Herrn Oberpräsidenten Ausdruck gab, an der Teilnahme an der Versammlung gehindert zu sein. Namens der Stadt Breslau begrüßte Hr. Bürgermeister Trentin die Versammlung mit herzlichen, mit großem Beifall aufgenommenen Worten. Dann folgten noch eine große Zahl weiterer Begrüßungsreden und Ansprachen.

Der geschäftliche Teil der Sitzung wurde durch den Bericht der Direktoren eingeleitet, woraus hervorgehoben sei, daß der Verein heute 47 Bezirksvereine und rd. 24500 Mitglieder zählt. Das Hauptunternehmen, die wöchentlich erscheinende „Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure“ hat im Berichtsjahr eine Auflage von 27500 Exemplaren gehabt; sie wird an alle Mitglieder versendet.

Dann wurde die Verleihung der höchsten Auszeichnung des Vereins, der Grashofdenkmünze, be-



kannt gegeben, worüber wir schon in No. 51, Seite 435 berichtet haben. Aus den geschäftlichen Angelegenheiten sei nur erwähnt, daß zum Vorsitzenden für 1912 Brt. Dr.-Ing. Oskar von Miller in München und als Ort der nächsten Hauptversammlung Stuttgart gewählt wurden. Es wird ferner der Bau eines neuen Vereinshauses in Berlin Ecke Dorotheen- und Sommer-Straße endgültig beschlossen (Kostenaufwand 900000 M.).

Die Reihe der Vorträge eröffnete der Direktor des Vereins, Hr. Reg.-Bmstr. a. D. D. Meyer, der über Entwicklung und Ziele des Unterrichtes an unseren höheren Allgemeinschulen und Technischen Hochschulen sprach. Nach einem Ueberblick über den Verlauf der preußischen „Schulreform“ und die Entwicklung unserer höheren Schulen, forderte er eine Erweiterung und Vertiefung des naturwissenschaftlich-mathematischen Unterrichtes. Als ein neueres Element tritt in den Kreis der Schulfrage der Ruf nach staatsbürgerlicher Erziehung, die aber in einem tieferen umfassenderen Sinne aufgefaßt werden müsse. Der zweite Teil des Vortrages befaßte sich mit der Berufsausbildung des Ingenieurs durch die Technische Hochschule. Redner hob hervor, daß es im Sinne der Vorwärts- und Weiterentwicklung der Technischen Hochschule liege, wenn sie, soweit die Industrie in Frage kommt, nicht das ganze große Heer der technischen Angestellten, sondern im wesentlichen die führenden Männer ausbilde. Plan und Richtung des ganzen Studiums müßten mehr als bisher auf dieses Ziel zugeschnitten werden. Das bedingt eine stärkere Betonung der wirtschaftlichen Fächer, die in einer den Technischen Hochschulen angepaßten Weise zu pflegen sind.

Den zweiten Vortrag des Tages hielt Hr. Dipl.-Ing. C. Matschoß, der über die wechselseitigen Beziehungen zwischen Staat und Technik sprach. Redner hob hervor, daß Technik und Industrie zu ihrer vollen Entwicklung ebenso wie Wissenschaft und Kunst Freiheitliche Betätigung brauchen. Zwar könne eine gewisse Beeinflussung durch den Staat nicht entbehrt werden zur Ausgleichung der Interessengegensätze, sie dürfe aber nie zu einer Ertötung der Initiative führen. Hier den richtigen Mittelweg zu finden, die Unterlagen für eine abgeklärte Beurteilung der Verhältnisse zu liefern, den Entwicklungsgang der sich mit den ändernden Lebensbedürfnissen auch stetig ändernden Funktionen des Staates ihrerseits zu beeinflussen, sei Aufgabe der großen technisch-wissenschaftlichen Vereine. Bei allen Maßnahmen aber müsse das Allgemeinwohl im Auge behalten, nie einseitige Interessenpolitik irgend eines Berufsstandes getrieben werden. An den Vortrag schloß sich eine lebhaft Aussprache.

Wirtschaftlicher Natur waren die Vorträge, die Dr. Freymark, Syndikus der Breslauer Handelskammer, über „Die Stellung der Industrie im Wirtschaftsleben des Deutschen Reiches, insbesondere Ost-Deutschlands“ und Dr. Bonikowsky über „Die wirtschaftlichen Verhältnisse der oberschlesischen Montan-Industrie“ hielten. Der erstgenannte Vortrag klang in den Ausführungen aus, daß eine unparteiische Einschätzung des Wertes der Industrie für die gesamte Volkswirtschaft durchaus zugunsten der Industrie ausfallen müsse, deren freie Entwicklung daher nicht gestört werden dürfe. Das Fortschreiten der gewerblichen Entwicklung stelle immer neue Aufgaben für eine möglichst nutzbringende Gestaltung der Arbeit des Ingenieurs, der daher in der Lage sein müsse, auch die wirtschaftlichen Verhältnisse übersehen und beurteilen zu können. Der Staat selbst sei der größte Unternehmer geworden, er könne aber die ihm obliegenden Aufgaben in vollkommener Weise nur dann lösen, wenn seine Verwaltung immer mehr nicht nur von kaufmännischem, sondern auch von technischem Geiste durchdrungen werde. Aus diesem Gesichtspunkte heraus sei auch das Verlangen der Techniker nach größerer Berücksichtigung bei der öffentlichen Verwaltung zu beurteilen und als berechtigt anzuerkennen. Der zweite Vortrag behandelte die machtvolle Entwicklung der oberschlesischen Montanindustrie, die aber gleichzeitig ein Schulbeispiel abgebe, wie durch Eisenbahntarife und durch handelspolitische Maßnahmen örtliche Industrien außerordentlich hemmend und schädigend beeinflußt werden könnten. Weitere Vorträge vom Geh. Hofrat Prof. Dr. Oebbecke in München und Prof. Dr.-Ing. Nägel in Dresden, auf die wir nicht weiter eingehen wollen, behandelten die Verwertung flüssiger Brennstoffe zu Kraftbetrieben.

Der letzte Vortrag des Hrn. Reg.-Bmstrs. Brecht behandelte die Frage der „Elektrischen Zugförderung bei den preußischen Staatseisenbahnen“. Redner ging von der Entwicklung des elektrischen Hauptbahnbetriebes in den letzten Jahren aus, wobei er besonders

die Entwicklung des Lokomotivbaues und die Stellung der Bahnverwaltung zur elektrischen Zugförderung im allgemeinen berücksichtigte. Hierauf gab er einen Ueberblick über das Vorgehen der preußischen Staatseisenbahnverwaltung auf diesem Gebiet und besprach eingehend die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Strecken Blankenese—Ohlsdorf und Bitterfeld—Dessau, sowie die hierbei beobachteten Grundsätze. Die weiteren Darlegungen erstreckten sich auf die Einrichtungen und Einzelheiten der Lokomotiven für die elektrische Zugförderung Bitterfeld—Dessau und auf Mitteilungen über die Ergebnisse des bisherigen Betriebes auf dieser Strecke. Der Vortragende machte hierbei interessante Angaben über die mit elektrischen Lokomotiven erzielten Leistungen, Zugkräfte und Geschwindigkeiten, sowie über die Erfahrungen hinsichtlich der Besonderheiten des elektrischen Betriebes und konstruktiver Einzelheiten der Lokomotiven. Dann wandte er sich den weiteren Plänen der preußischen Staatseisenbahnverwaltung hinsichtlich der Einführung des elektrischen Betriebes zu, wobei er eingehend auf die große Bedeutung dieser Pläne für die Allgemeinheit hinwies.

Während und nach den Sitzungstagen fanden eine Reihe interessanter Besichtigungen und gelungener festlicher Veranstaltungen statt. —

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung am 24. April 1911. Vors.: Hr. Saran. Schriftf.: Hr. Lamp. Anwesend: 92 Mitgl., 10 Gäste.

Den Vortrag des Abends hielt Hr. Dr. H. Kania als Gast. Er sprach über das Thema „Friedrich der Große als Architekt der Stadt Potsdam“. Der Vortragende ging von den nahen baugeschichtlichen Beziehungen zwischen Berlin und Potsdam aus. Hat doch der Wille der Herrscher, ihre Residenzen würdig zu gestalten, in gleicher Weise auf die beiden Städte eingewirkt. Besonders für die kunsthistorische Betrachtung der Bauten des 18. Jahrhunderts ist eine vergleichende Betrachtung von Wert: Friedrich der Große steht damals als Bauherr an der Spitze des Staates, seine Baulust wendet sich vornehmlich den wichtigsten Aufenthaltsorten zu. Die Fülle der in Potsdam erhaltenen Denkmäler dürfte daher auch für die Baugeschichte Berlins von Wert sein, von hier aus fällt neues Licht auf die Bauten des großen Königs in der Hauptstadt. Die Kunstgeschichte Berlins kann in architektonischer Beziehung nur unter Heranziehung Potsdams geschrieben werden; denn nur dort ist der innere Zusammenhang vorhanden, läßt sich der Gang stilgeschichtlicher Entwicklung rekonstruieren. Noch heute stehen in Potsdam mehr als 600 Häuser aus der Zeit des großen Königs, damit ist die Anschauung, die Innenstadt der Havelresidenz sei uninteressant, schlagend widerlegt. Einer zweiten falschen Ansicht muß entgegengetreten werden: der König habe nur äußerlich kopieren lassen. Es hat sich vielmehr hier ein einheitlicher Baustil selbständig entwickelt, natürlich unter Anlehnung an herrschende Richtungen in Europa. Es gibt keine zweite Stadt in Norddeutschland von so eigenartigem geschlossenen Charakter wie Potsdam, diese Stadt steht als Denkmal der Kunstbestrebungen eines großen Mannes überhaupt in der Welt einzig da. König Friedrich war auf dem Gebiet der Baukunst Dilettant, aber genialer Dilettant, Dilettant im guten Sinne des Wortes, selbst eine eminent künstlerische Natur. Dazu verfolgte er alle künstlerischen Bewegungen der Zeit mit aufmerksamem Auge und bildete sich seine eigenen, bestimmten Ansichten. Das Klassizistisch-Harmonische lag ihm nahe, aber auch das Charakteristische, ja sogar das Bizarre, Romantische stand seinem beweglichen, differenzierten Geist nicht fern. Zunächst wurde er durch Knobelsdorff für die klassische-französische Schule, für das Akademische eines Blondel, Perrault, Mansart (Hardouin) gewonnen. Aber das genügte ihm bald nicht mehr. Die Italiener boten ihm das Klassische aus erster Hand. Fernando Fuga gab ihm manches, dann aber vor allem Palladio. Dieser, in dem die Antike wieder aufzuleben schien, wurde kopiert. In seinem Suchen nach klassischen Vorbildern zeigt sich Friedrich in Uebereinstimmung mit der gesamten Zeitströmung seit 1750. Der König wendet sich nun nach England, wo der Palladianismus eine selbständige Fortentwicklung erfahren hatte; hier fand er sogar Anschluß an die Gotik. Bis 1763 war er selbständig tätig. Büding und Hildebrandt waren bloße Handlanger. Da gewinnt er einen neuen genialen Baumeister, Karl von Gontard. Diesen läßt er gewähren. Und nun entwickelt sich, wie schon unter Knobelsdorff in Ansätzen, in reicher Fülle ein neuer Stil des Bürgerhauses. An Gontard schließt sich in klassizistisch-barocker Gestaltung Unger an. Auf diesen folgt die Gontard'sche Schule: Richter, Schultze,

Krüger, Titel. Sie vollzieht eine immer stärkere Hinwendung zum Klassizismus, hier ist die Vorstufe zum Zopfstil. Man kann König Friedrich mit vollem Recht als Architekten der Stadt Potsdam bezeichnen. Seinem Streben nach harmonischer Schönheit, würdiger künstlerischer Ausgestaltung der Residenz verdanken alle diese Werke ihr Dasein, eine Zeitlang hat er selbst als Leiter des Bauwesens sich betätigt. Sein Geschmack, seine Vorliebe für den Prospekt, für stark wirkende Schauseiten, waren wesentlich bestimmend. Bis 1780 mußten ihm alle Entwürfe vorgelegt werden, zu vielen Häusern zeichnete er selbst die Fassaden, an allen aber arbeitete er mit und gab seine Genehmigung. So sind die Potsdamer Bauten ein hervorragendes Dokument seiner Zeit, sie behaupten sich als eigenartiges, preußisches Barock neben Pöppelmann, Fischer von Erlach mit allen Ehren. Sie sind ferner auch ein Dokument für die künstlerische Persönlichkeit des großen Herrschers selbst.

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag sprach zunächst Hr. Geh. Brt. Friedr. Schultze über eine neuartige Anwendung einer alten Technik von Kunstschmiedearbeiten des Schlossermeisters Julius Schramm. Sodann machte Hr. Brt. Bürde Mitteilungen über einen neuen Wandbekleidungsstoff Webelin der Gummiwerke „Elbe“ in Piesteritz bei Wittenberg; weiter legte er der Versammlung die von der Opakwandplatten-Gesellschaft m. b. H. in Düren (Rheinland) hergestellten Opakwandplatten vor, und machte zum Schluß Mitteilungen über ein neues Dekensystem von Friedrich Schiller & Co., G. m. b. H. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Düsseldorf. Versammlung am 29. März 1911. Den Abend füllte ein interessanter Vortrag des Hrn. Dr. Emil Donath, Vorsteher der öffentlichen Prüfungsanstalt für Bau- und Malmaterialien in Leipzig über: „Zur Frage des Einflusses von Steinholz auf metallische Baumaterialien und auf die in Bauten verwendeten Leitungsrohre“ und die sich daran anschließende lebhafte Aussprache. Veranlassung zu dem Vortrag des Redners, dessen Anstalt auch das Verbandslaboratorium des „Verbandes Deutscher Steinholzfabrikanten“ angegliedert ist, gab die Erscheinung, daß stellenweise Gasrohre in Bimsbeton unter Korkestrich in kurzer Zeit vollständig zerstört worden seien. Auf diese Fälle, die zur Beunruhigung Veranlassung gaben, hat s. Zt. namentlich Hr. Arch. Fuchs im Düsseldorfer Verein hingewiesen. Hr. Donath gab zu, daß solche Fälle vorgekommen sind, ganz falsch aber sei ein in der Öffentlichkeit verbreitetes Gutachten, das chemisch ganz unhaltbar sei. Die Anfressung der Rohre sei nur möglich bei unsachgemäß hergestelltem Estrich, der freies, ungebundenes Chlormagnesium enthalten habe, das in den porösen Beton eindringt; da sei ein Anfressen der Rohre natürlich. (Steinholz besteht bekanntlich aus einer Mischung von Magnesit, Chlormagnesium, Holzmehl und Asbest). Will man ein Eindringen des Chlormagnesiums in den Beton absolut sicher verhüten, so übergießt man vor Verlegung des Steinholzfußbodens seine Oberfläche mit Zement-schlänne 1:3, auch empfiehlt sich eine Umkleidung eiserner Träger und Rohre mit isolierender Masse, über die die Untersuchungen noch nicht ganz abgeschlossen sind. Im übrigen bilden die Fälle, bei denen Zerstörungen aufgetreten sind, wie sie sich übrigens auch bei Schlackenbeton gefunden haben, eine Ausnahme gegenüber den Tausenden von Quadratmetern sachgemäß ausgeführten Steinholzfußbodens, bei dem sich keine Schäden gezeigt haben.

In der sich anschließenden Aussprache wird verlangt, daß der „Verband Deutscher Steinholzfabrikanten“ solche Aufklärung über die Bauweise gebe, daß diese von jedem Bauleitenden auf sachgemäße Ausführung kontrolliert werden könne und daß er für seine Mitglieder die Garantie für jeden Schaden übernehme, der aus der Anlage entstehe. —

Münchener (oberbayer.) Architekten- und Ingenieur-Verein. In der Versammlung am 16. März 1911 sprach Hr. Rechtsanwalt Dr. G. Nützel über „Jurisprudenz des täglichen Lebens für Architekten und Ingenieure“. Der Genannte, dem wir schon einmal auf dem Gebiete recht interessanter Ausführungen begegneten, erörterte diesmal den Begriff: Bestandteil und Zubehör eines Streitobjektes. Unter dem ersteren sei alles mit dem Boden fest verbundene, also Immobile zu verstehen, unter letzterem nur das Bewegliche, also Mobile. Er legte sodann an einer Reihe von Beispielen den juristischen Begriff fest unter Angabe der einschlägigen Gesetzesparagrafen. Hierbei kamen ganz drastisch aus-

einandergehende Ansichten der Laien und der Juristen über dieselbe Frage zu tage, Interessengegensätze zwischen Käufer und Verkäufer, Schuldner und Gläubiger, wie sie kaum schärfer gedacht werden können. Eingehende Erörterung fand auch die Frage der Bewertung von Gutachten der Architekten und Ingenieure, die nach der Gebührenordnung für Sachverständige als unzulänglich bezeichnet werden müßten, was selbst von Seiten der Gerichte anerkannt werde, indem nun von diesen meist die Sätze der G.-O. f. Arch. u. Ing. als gültige angenommen würden. Sehr lebhaft gestaltete sich die anschließende Aussprache, die sich naturgemäß um örtliche Verhältnisse drehte und an der sich Prof. Hönig, Stadtbrt. Rehlen, Baumstr. Driglmayer u. a. beteiligten. —

In der Versammlung am 23. März 1911 machte Prof. Franz Zell über das „Deutsche Bürgerhauswerk“ und anschließend über das „Bürgerhaus in Bayern“ hübsche Ausführungen. Auf die Bestrebungen zur Förderung der Heimatkunst und Denkmalpflege hinweisend, die in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz bereits sehr wertvolle Veröffentlichungen über das Bauernhaus gezeitigt habe, begrüßte er die Idee, die gleiche Sorgfalt nun auch dem Bürgerhause zuzuwenden. Er entwickelte hierauf den Plan dieser großzügiggedachten Veröffentlichung, an deren Durchführung die gesamten Architektenvereine Deutschlands beteiligt sind, deren Mitglieder sich selbstlos in den Dienst dieser für die Baukunst so überaus wichtigen Sache stellen. Prof. Zell ging dann des näheren auf die historische Entwicklung des bayerischen Bürgerhauses ein, dessen Bearbeitung für jenes große Gesamtwerk ihm übertragen worden sei. Mit Zuhilfenahme von Lichtbildern und einem außerordentlich reichen sonstigen Anschauungsmaterial vermittelte er dem Hörer eine sehr lehrreiche Übersicht der Wandlungen, die der bürgerliche Wohnhausbau in Bayern sowohl hinsichtlich der Grundrißanordnung wie auch der Außenarchitektur im Lauf der Jahrhunderte bis herab bis zur Biedermeierperiode durchmachte, wie er da und dort von fremden Einflüssen durchsetzt wurde. Prof. Zell fand für seine trefflichen Ausführungen verdienten Beifall. —

In der Versammlung am 30. März 1911 sprach der Reg.-Bmstr. a. D. Dr. Jobst Eduard Siedler aus Charlottenburg über das „Hochschulstudium der Architekten und Ingenieure“. Er stellte in seinen Ausführungen als fundamentalen Grundsatz die Forderung auf, daß die Ausbildung beider, nachdem Deutschland sich aus einem Agrar- in einen Industriestaat gewandelt habe, dem modernen Wirtschaftsleben angepaßt werden müsse. Die Schöpferin der modernen Kultur sei die technische Wissenschaft, der Architekt und Ingenieur seien die Träger des geistigen Momentes jener, durch ihre Zusammenarbeit entstanden Städte, Fabriken usw. Deshalb seien die Hochschulen berufen, Männer für die praktische Betätigung heranzuziehen. Zu unrecht sehe sich der Techniker heute noch vielfach bei der Besetzung von führenden Stellen zurückgesetzt. Die Schuld liege nicht zum geringen Teil an der fast ausschließlich akademischen Erziehung. Sachkenntnis durch praktische Erfahrung müsse aber jene ergänzen. Erst die praktische Tätigkeit mit der Gelegenheit zur verwaltungstechnischen Ausbildung seien die richtigen Lehrjahre. Dr. Siedler kritisierte auch das mitunter wenig kollegiale Verhalten der älteren gegenüber den jüngeren Technikern, das geschlossene Zusammengehen sei notwendig. Der Vortrag löste großen Beifall und eine sehr angeregte Aussprache aus. —

In der Versammlung am 6. April 1911 sprach der Wirkl. Geh. Ob.-Brt. J. Rudloff aus Berlin über „Entwicklung und Bedeutung der Größe der Kriegsschiffe“. Der Vortragende gab ein übersichtliches Bild der ganzen Kriegsmarinegeschichte seit dem „Merimac“ des amerikanischen Sezessionskrieges. Die Grundgesetze der Schiffsbautechnik, Wasserverdrängung, Tiefgang, Tonnengehalt, Stabilität, Neigungswinkel u. s. f. wurden ebenso erörtert, wie die fortwährende Steigerung der Größenverhältnisse, der Belastung, Maschinenstärke und Fahrtgeschwindigkeit. Der Wettlauf der Nationen in dieser Hinsicht wurde ebenso anschaulich gemacht, wie der bezüglich der Armierung, der Schutzvorrichtungen gegen Minen, Torpedos u. s. f. Prof. Rudloff gab dann einen Ueberblick der ungeheuer gestiegenen Kosten dieser schwimmenden Festungen und wies nach, daß die der großen Schiffe infolge ihrer erhöhten Leistungsfähigkeit relativ immer noch geringer seien als der kleineren, wenn diese auch keineswegs entbehrlich seien. Der Vortrag, dem auch Prinz Leopold von Bayern beiwohnte, wurde mit einheitlichem Beifall aufgenommen. —

J. K.

Verein für Eisenbahnkunde zu Berlin. In der Sitzung am 9. Mai 1911 sprach Hr. Eisenb.-Bau- und Betr.-Insp. a. D. Biedermann über ein Verfahren zur Ermittlung der durchschnittlichen Liegezeiten von Oberbaustoffen. Der Vortragende behandelte zunächst in einem einleitenden Teil den Uebergang deutscher Eisenbahn-Verwaltungen vom hölzernen zum eisernen Querschwellen-Oberbau mit der Begleiterscheinung beträchtlich höherer Neubeschaffungskosten. Hieraus sind die wiederholt in die deutsche Fachpresse gelangten vergleichenden Wirtschaftsbetrachtungen beider Schwellengattungen zu erklären. In solchen Vergleichsrechnungen spielt die Liegedauer beider Schwellenarten, z. B. der kiefernen teerölgetränkten Holzschwelle einerseits, der preussischen eisernen Regelschwelle von 58,3 kg Gewicht andererseits, eine durchschlagende Rolle, in der nach den Ausführungen des Vortragenden die technischen Vorzüge und Nachteile jeder Schwellengattung mit ihren unverfälschten Gewichten in die Erscheinung treten. Während für die Holzschwelle in deren langjähriger Erprobung im Betriebe aller Eisenbahnländer sich gewisse Mittelwertziffern ihrer Lebensdauern herausgebildet haben, fehlt es an solchen durch die statistische Erfahrung begründeten, zuverlässigen, mittleren Liegedauerwerten der Eisenschwelle noch, weil sie bis an die Gegenwart zu immer neuen und verbesserten Profil- und Befestigungsformen geführt hat. Diesem Mangel gegenüber ist die persönliche Schätzung der Liegedauer mit ihren darin begründeten Fehlerquellen um so üppiger ins Kraut geschossen. Diese in den widerspruchsvollsten Grenzen (von 15—20 Jahren) sich bewegenden Liegedauerzahlen haben das Bedürfnis zeitig, in den umfassenden einwandfreien amtlichen Veröffentlichungen der Reichs-Eisenbahnstatistik zuverlässige Antwort auf diese Fragen zu suchen.

Die vom Verfasser erläuterte graphische Methode einer solchen Liegedauer-Ermittlung läßt sich in der Hauptsache dahin zusammenfassen: Die jährlichen, der Unterhaltung unterliegenden Gleisneubaustrecken werden durch den nach Art der statischen Momente zu gewinnenden Mittelwert nach Größe und Zeitlage ersetzt. Ein Gleiches ist für die jährlichen Unterhaltungsaufwendungen an Schwellen zulässig, wobei dann der wagrechte Abstand zwischen diesen beiden Mittelwerten des Gleiseinbaues und der Gleisunterhaltung sich als die mittlere Liegedauer darstellt.

Die Anwendung dieses Verfahrens auf die Statistik, die in guten Lichtbildern veranschaulicht wurde, führt für das preussische Eisenbahnnetz nach den Ermittlungen des Verfassers zu dem befremdend erscheinenden Ergebnis, daß die Eisenschwellen keine höhere Lebensdauer als die kieferne getränkte Holzschwelle (mit rd. 15 Jahren) nachzuweisen haben. Die mittlere, bis jetzt nachweisbare Liegedauer der badischen Eisenschwellen von 70 kg Gewicht ist nach demselben Verfahren etwa mit 16 Jahren zu bewerten. Der Verfasser gelangt zu dem Schluß, daß die Eisenschwelle bei ihren beträchtlich höheren Anlagekosten und ihrer ungefähr gleich hohen Lebensdauer der getränkten Kiefernchwelle unter sonst gleichen Verhältnissen wirtschaftlich nachstehe. Bei der Besprechung wurden hiergegen Bedenken erhoben. —

Sächsischer Ingenieur- und Architekten-Verein zu Dresden. In der Wochenversammlung am 13. März 1911 sprach Hr. Bergdir. Schenk über „Kampf gegen Staub und Rauch beim Steinkohlenbergbau“, ein Thema, das sich dem Arbeitsgebiet der „Deutschen Bauzeitung“ entzieht.

In der Wochenversammlung am 20. März sprach Hr. Vermessungsdir. Gerke über „Reliefpläne, ihre Konstruktion und Verwendung beim Entwurf von Bebauungsplänen“, sowie die Konstruktion der Böschungsschnittkurven mittels kotierter Projektion.

Am 14. Mai fand die diesjährige Frühjahrs-Hauptversammlung in Dresden statt.

Nachdem am 13. Mai der Begrüßungsabend zahlreiche Teilnehmer mit ihren Damen zu einigen vergnügten Stunden vereinigt hatte, hielten am 14. vormittags sämtliche Fachabteilungen Abteilungssitzungen ab, bei welchen folgende Vorträge gehalten wurden:

In der I. Fachabteilung sprach Hr. Stadtbtr. Fleck über den „Bau der Talsperre bei Werda i. Vgtl. für die Trinkwasserversorgung der Stadt Plauen“. Eine weitere Versorgung der mächtig anwachsenden Stadt Plauen durch Grundwasser zu Trinkwasserzwecken war ausgeschlossen. Das Geipenbachtal war das geeignetste zur Anlage einer Sperre, da der Höhenunterschied zwischen Sperre und Versorgungsgebiet über 110 m betrug. Der Entwurf wurde 1902 den Stadtverordneten zur Ge-

nehmigung vorgelegt, die auch erteilt wurde. Die kgl. Wasserbaudirektion riet, den Mauerquerschnitt zu verstärken. Zuzufolge verschiedener beim Grundaushub sich zeigender ungünstiger Verhältnisse wurde auch die Verstärkung geplant, und die Mehrkosten wurden bewilligt. Die Leitung des Trinkwassers mußte vollständig getrennt von der Tagewasserleitung ausgeführt werden.

Mit dem Bau war eine Höherlegung der Staatsstraße verbunden. Zur Reinigung des Trinkwassers dient eine Filteranlage. Zur Ausführung der geplanten Turbinen-Anlage ist es vorläufig noch nicht gekommen. Die Niederschlagshöhe wurde zu 700 mm, nach Abzug der Verluste zu 450 mm angenommen. Die mittlere jährliche Abflußmenge wurde zu 7—10 Mill. cbm gemessen. Der erforderliche Beckenraum wäre 2 Mill. cbm gewesen, er wurde aber zu 3,3 Mill. cbm angenommen. Die Triebwassermenge konnte ohne Einschaltung des Betriebsweihers von 8 Sek./l auf 55 Sek./l erhöht werden. Der Betriebswasserweiher hat 3 Entlastungsvorrichtungen und wird durch einen Erddamm, der Trinkwasserweiher durch eine Sperrmauer von 4 m Kronenbreite, von 35 m größter Fußbreite, 41,9 m größter Mauerhöhe bei 33 m Wassertiefe abgeschlossen. Außerordentlich schwierig gestaltete sich die Mauergründung. Zum Schutze gegen Durchdringung des Mauerkernes durch Wasser dient ein Schild. Besonderer Wert wurde auf die Ausführung einer Drainage gelegt, da mit der Dichtigkeit des Schildes nicht unbedingt gerechnet werden kann. Außerdem liegen im Mauerwerk noch Sickerrohre, von deren Wirksamkeit aber nicht viel gehalten wird. An der tiefsten Stelle wird die Mauer von 2 Stollen durchsetzt mit wasserseitigen Absperrschiebern, an die sich die Entnahmerohre mit den Entnahmetürmen anschließen. Die Bedienung erfolgt vom Schieberturm auf der Mauerkrone aus. Außerdem ist ein Freilut mit Ueberfallwehr und Kaskaden angelegt worden. Der Bruchstein wurde aus 2 in nächster Nähe gelegenen Brüchen gewonnen. Von der Verwendung von Traßmörtel ist abgesehen worden. Das Konstruktionsprinzip war, dichten Schild bei nicht zu fetter Mörtelmischung unter Vermeidung von Zugspannungen zu erhalten. Wichtig war die gründliche Reinigung des Beckenbodens von Humus und Vegetation. Die Filter sind amerikanische Schnell-Doppelfilter.

Die Kosten betrugen 5,4 Mill. M. einschließlich Grunderwerb. Eine große Anzahl Lichtbilder wurden während des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages vorgeführt.

In der II. Fachabteilung sprach Hr. Reg.-Bmstr. Hüttner a. G. über die „Pumpstation Kaditz“. An der Hand zahlreicher Lichtbilder legte der Vortragende zunächst die Grundzüge der vom verstorbenen Ob.-Brt. Klette geschaffenen Schwemmkanalisation für Dresden dar. Der Schlußstein dieses Werkes ist die Pumpstation und Reinigungsanlage in Kaditz. Hier werden die Wasser zunächst mechanisch gereinigt und, sobald der Wasserstand der Elbe höher ist als — 60 cm am Dresdner Pegel, in die Elbe übergepumpt. Zum Betrieb der Pumpstation wird Einphasen-Wechselstrom verwendet, der durch eine Fernleitung mit 10 000 Volt vom Lichtwerk an der Stiftsstraße geliefert wird. Die konstruktive Durchbildung der Reinigerscheiben, der Pumpanlage, der elektr. Schalteinrichtungen, der automatischen Schaltvorrichtungen, sowie die konstruktive Durchbildung der Druckrohre wird an der Hand von zahlreichen Lichtbildern näher erläutert.

In der III. Fachabteilung sprach Hr. Ob.-Baurat Schmidt über Kleinwohnungen (Kleinbau oder Mietkasernen). Die über die Förderung wie über die Vorzüge des Kleinwohnungsbaues in wirtschaftlicher, ästhetischer und hygienischer Beziehung eingehend sich verbreitenden Darlegungen mit ihren reichen zahlenmäßigen Begründungen werden demnächst im Druck erscheinen, so daß sich hier eine auszugsweise Wiedergabe erübrigt. Die Vorführung einer großen Reihe vorzüglicher Lichtbilder wirkte ergänzend und belehrend und gab zugleich den Wegweiser bei Besichtigung der Musterbauten heimatlicher Bauweise auf der internationalen Hygiene-Ausstellung. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß die Gemeinden wie die ausführenden Baumeister dieser sehr wichtigen Kulturfrage Herz und Sinn noch mehr als jetzt erschließen möchten, der Jugend, der kommenden Generation zuliebe. — (Schluß folgt.) Ktz.

Inhalt: Das Vorlesungsgebäude in Hamburg. (Schluß.) — Die alte Reichsstadt Nördlingen im Ries. — Eine neue Anleihe der Stadt Berlin für bauliche und technische Zwecke im Betrage von 323 Millionen Mark. — Verbesserung der Beleuchtung dunkler Bahnhofsräume. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Verb. deutsch. Arch.- u. Ing.-Ver. — Vereinsmitteilungen. —

Bildbeilage: Die alte Reichsstadt Nördlingen am Ries.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Schluß des I. Halbbandes 1911.